

EMB  
105

Domenico Losurdo

# Flucht aus der Geschichte

Die russische und die  
chinesische Revolution heute



NEUE IMPULSE VERLAG

EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER

## Über den Autor

Domenico Losurdo schloss sein Philosophiestudium 1963 an der Universität Urbino mit einer Dissertation über den Hegel-Schüler Karl Rosenkranz ab und arbeitete dort als Hochschullehrer für Geschichte der Philosophie. An der Universität Urbino war er Dekan der Philosophischen Fakultät. Losurdo war Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken und Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Zusammen mit Hans Heinz Holz († 2011) gab er die philosophische Halbjahresschrift *Topos* heraus.

In den 1960er Jahren trat er der Kommunistischen Partei Italiens bei, nach deren Auflösung im Jahr 1991 wurde er Mitglied der *Partito della Rifondazione Comunista*. Zuletzt gehörte er der *Partito dei Comunisti Italiani* an. Er war Präsident der *Associazione Politica e Culturale MARX XXI*, die unter anderem die kommunistische Zeitschrift *Marx Ventuno* herausgibt.

Losurdo wird mitunter als einer der produktivsten marxistischen Autoren der vergangenen Jahrzehnte bezeichnet. Losurdo schrieb mehr als 50 Bücher auf italienisch, war Herausgeber und veröffentlichte auch zahlreiche Arbeiten auf deutsch. In seinem Buch *Die Gemeinschaft, der Tod, das Abendland* verdeutlichte er die allgemein positive Haltung der deutschen Geisteswissenschaftler gegenüber dem Ersten Weltkrieg.

Domenico Losurdo

**Flucht aus der Geschichte**

Die russische Revolution und die chinesische Revolution heute

Domenico Losurdo

# Flucht aus der Geschichte

Die russische Revolution und  
die chinesische Revolution  
heute

Aus dem Italienischen  
von Erdmute Brielmayer  
und Hermann Kopp

1. Auflage 2009

Diese Auflage als ePublikation September 2020

*Datenaufbereitung:*

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

<http://www.k-mw.de>

*Umschlaggestaltung:*

Frank Münschke dwb

ISBN 978-3-946845-35-5 (ePDF)

auch erschienen als

ISBN 978-3-910080-71-3 (print)

ISBN 978-3-946845-34-8 (ePub)

Alle Rechte vorbehalten

© Neue Impulse Verlag, Essen 2020

<http://www.neue-impulse-verlag.de>

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	9
<b>Anmerkung zur zweiten Ausgabe</b> .....	11

## Erster Teil

### Die kommunistische Bewegung vom Selbsthass zur Entwicklung des Lernprozesse

<b>I. Am Scheideweg: Religion oder Politik?</b> .....	14
1. Ein aufschlussreiches Geschehen, das fast 2.000 Jahre zurückliegt .....	14
2. Geschichte der subalternen Klassen und Geschichte der religiösen Bewegungen .....	15
3. »Rückkehr zu Marx« und Märtyrerkult .....	17
4. Die Fähigkeit zu politischem Denken und Handeln zurückgewinnen .....	18
<b>II. Der Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers«. Implosion oder Dritter Weltkrieg?</b> .....	20
1. »Implosion«: Ein apologetischer Mythos des Imperialismus .	20
2. An den Quellen des kalten Krieges .....	21
3. Eine tödliche Mischung: Das neue Gesicht des Krieges .....	25
<b>III. Eine kommunistische Bewegung mit begrenzter Souveränität?</b> .....	28
1. Normalität und Ausnahmezustand .....	28
2. Bobbio und der Ausnahmezustand .....	29
3. Der Kampf um Hegemonie .....	31
<b>IV. Die Jahre Lenins und Stalins: Eine erste Bilanz</b> .....	34
1. Totaler Krieg und »Totalitarismus« .....	34
2. Gulag und Emanzipation in der Epoche Stalins .....	35
3. Eine Geschichte, derer man sich nur schämen muss? .....	36
4. Churchill, Franklin Delano Roosevelt und Stalin .....	38
5. Zwei Kapitel aus der Geschichte der subalternen Klassen und der unterdrückten Völker .....	39
6. Die Kommunisten müssen sich rasch ihre Geschichte wieder aneignen .....	41

<b>V.</b>	<b>Warum die USA den »Dritten Weltkrieg« gewonnen haben .</b>	43
1.	Die diplomatisch-militärische Offensive der USA . . . . .	43
2.	Nationale Frage und Auflösung des »sozialistischen Lagers« .	44
3.	Die ökonomische und die ideologische Front des »Dritten Weltkriegs« . . . . .	47
4.	Eine gänzlich unrealistische Theorie des Kommunismus . . . .	48
5.	»Ohne revolutionäre Theorie keine Revolution« . . . . .	50
<b>VI.</b>	<b>Volkschina und die historische Bilanz des Sozialismus . . . . .</b>	51
1.	Mao Zedong und die chinesische Revolution . . . . .	51
2.	Eine gigantische und neuartige NÖP . . . . .	53
3.	Ungeheuer viel steht auf dem Spiel . . . . .	55
<b>VII.</b>	<b>Marxismus oder Anarchismus?</b>	
	<b>Die kommunistische Theorie und Praxis</b>	
	<b>grundlegend neu durchdenken . . . . .</b>	58
1.	Materialismus oder Idealismus? . . . . .	58
2.	»Diktatur des Proletariats« und »Absterben des Staates« . . . .	60
3.	Politik und Ökonomie . . . . .	63
4.	Der Kommunismus jenseits der abstrakten anarchistischen Utopie . . . . .	64
<b>VIII.</b>	<b>Jenseits des Kapitalismus. Das 20. Jahrhundert und</b>	
	<b>das kommunistische Projekt . . . . .</b>	66
1.	Wie kann der Rückstand zum kapitalistischen Westen aufgeholt werden? . . . . .	66
2.	Soziale Revolution und politische Revolution . . . . .	70
3.	Revolution von unten und Revolution von oben . . . . .	72
4.	Der Prozess der Verselbstständigung der ideologischen und politischen Stände . . . . .	73
5.	Christoph Kolumbus und die Dialektik der Revolution . . . . .	76
6.	Ideologischer Kampf und Kampf um das historische Gedächtnis . . . . .	79
<b>IX.</b>	<b>»Scheitern«, »Verrat«, »Lernprozess«.</b>	
	<b>Drei Ansätze für die Interpretation der</b>	
	<b>Geschichte der kommunistischen Bewegung . . . . .</b>	82
1.	Kommunistische Bewegung, Überwindung der drei großen Diskriminierungen und Erringung der Demokratie und des Sozialstaats . . . . .	82

2. Vom »Scheitern« zum »Verrat« .....	87
3. Der »Verrat« von Stalin bis Chruschtschow .....	89
4. Größte Ausdehnung und beginnende Krise des »sozialistischen Lagers« .....	92
5. Zwischen Utopie und Ausnahmezustand .....	96
6. Revolution und Lernprozess .....	98
7. Lernprozess und Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts .....	100
8. Entdämonisierung Stalins (und Chruschtschows) und Entkanonisation von Marx und Engels sowie der »Klassiker« .....	105
9. Kapitalismus und Sozialismus: Experimente am Reißbrett oder gegenseitiger Kampf und wechselseitige Bedingung .....	106

## **Zweiter Teil**

### **China und die historische Bilanz der Erfahrung des Sozialismus**

<b>X. Die Dialektik der Revolution:</b>	
<b>Russland und China im Vergleich .....</b>	<b>110</b>
1. Revolution und Sozialpakt in Russland und China .....	110
2. Einige philosophische Charakteristika der chinesischen Revolution .....	113
3. Nationale Unabhängigkeit und ökonomische Entwicklung ..	117
4. Die Krise des Sozialpakts von 1949 .....	120
5. Deng Xiaoping und die Neuformulierung des Sozialpakts von 1949 .....	125
6. Nationalistischer Ansatz oder »neue Revolution«? .....	128
<b>XI. Die Linke, China und der Imperialismus .....</b>	<b>133</b>
1. »Das gekreuzigte China« .....	133
2. Liberale Kultur und die Feier der überlegenen »europäischen Rasse« .....	136
3. Die USA, der Dalai Lama und die indonesischen Schlächter .	138
4. Die CIA und Hollywood konvertieren zum Buddhismus! ....	141
5. Tibet und der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion ....	144
6. Ein Blick auf die »Dissidenten« .....	148



7. Linke, Selbstbestimmung und Demokratie .....	151
8. Von der Rückkehr Hongkongs zum Mutterland zur Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad .....	156
9. Die kommunistische Bewegung und die Tragödie und Farce der »Exkommunikationen« .....	160
10. Es war einmal die Linke ... ..	161
<b>XII. China und das Ende der kolumbianischen Epoche</b>	
<b>Zwei Interviews</b> .....	163
1. Vereinigte Staaten, China, geopolitischer Konflikt und Menschenrechte .....	163
2. Entwicklung der Produktivkräfte und Emanzipationsprozess	167
<b>Zitierte Literatur</b> .....	177
<b>Quellen</b> .....	184

## Vorwort

1818, mitten in der Restaurationszeit und zu einem Zeitpunkt, da das Scheitern der französischen Revolution offenkundig schien, gingen auch jene, die das 1789 Begonnene anfangs begrüßt hatten, auf Distanz: Es war für sie nun ein kolossales Missverständnis oder, schlimmer, ein schändlicher Verrat edler Ideale. In diesem Sinne sang Byron: »Doch Frankreich betrank sich mit Blut, um Verbrechen zu speien/Und seine Saturnalien waren tödlich/ für die Sache der Freiheit, in jeder Epoche und jedem Land.« Müssen wir diese Verzweiflung heute zu der unseren machen, wobei dann nur 1789 durch 1917 und die »Sache der Freiheit« durch die Sache des Sozialismus zu ersetzen wäre? Müssen sich die Kommunisten ihrer Geschichte schämen?

In der Geschichte verfolgter ethnischer oder religiöser Gruppen begegnet uns eine merkwürdige Erscheinung. An einem gewissen Punkt neigen auch die Opfer dazu, sich den Standpunkt der Unterdrücker zu eigen zu machen, und beginnen deshalb, sich selbst zu verachten und zu hassen. Dieser Selbsthass wurde vor allem am Beispiel der Juden erforscht, die Jahrtausende hindurch das Objekt einer systematischen Diskriminierungs- und Diffamierungskampagne waren. Doch etwas Ähnliches, und ebenfalls Tragisches, hat sich in der Geschichte der Schwarzen zugetragen, die aus ihrer Heimat deportiert, versklavt und unterdrückt und ihrer Identität beraubt wurden: An einem gewissen Punkt begannen die afroamerikanischen Frauen, selbst solche von außerordentlicher Schönheit, sich danach zu sehnen und davon zu träumen, weiß zu sein oder wenigstens das Schwarz ihrer Haut aufgehellt zu sehen. So weit kann die Unterwerfung der Opfer unter die Werte ihrer Unterdrücker gehen ...

Doch das Phänomen des Selbsthasses betrifft nicht nur ethnische und religiöse Gruppen. Es kann auch bei sozialen Klassen und politischen Parteien nach einer schweren Niederlage auftreten, vor allem wenn die Sieger, sobald die eigentlichen Waffen beiseite gelegt oder in den Hintergrund getreten sind, an ihrer tödlichen, heute durch das multimediale Feuer verstärkten Kampagne festhalten. Unter den vielen Problemen, mit denen die kommunistische Bewegung zu kämpfen hat, ist das des Selbsthasses gewiss nicht das geringste.

Reden wir gar nicht von den ehemaligen Führern und Exponenten der KPI, die zuweilen erklären, sie hätten in vergangenen Zeiten dieser Partei angehört, ohne je Kommunisten gewesen zu sein. Es ist kein Zufall, dass sie heute mit Bewunderung, und vielleicht sogar Neid, auf einen Clinton blicken, der, bei Gelegenheit seiner Wiederwahl, Gott gedankt hat dafür, dass er ihn als Amerikaner hat auf die Welt kommen lassen. Eine wenn auch subtile Form des Selbsthasses erfasst alle, die nicht das Glück haben, zum auserwählten Volk zu gehören: Dem Volk, dem die Vorsehung die Aufgabe zugedacht hat, in aller Welt und mit allen Mitteln die Ideen – und die Waren – Made in USA zu verbreiten.

Doch, wie gesagt, jene Ex-Kommunisten, die heute das traurige Los beweinen, nicht als Angelsachsen und Liberale, fern vom heiligen Herzen wahrer Kultur geboren zu sein – lassen wir sie beiseite. Unglücklicherweise fasst der Selbsthass auch in den Reihen jener Fuß, die sich zwar weiterhin Kommunisten nennen, aber entschieden jeglichen Gedanken zurückweisen, sie könnten irgend etwas zu tun haben mit einer Vergangenheit, die für sie, wie für ihre politischen Gegner, geradezu ein Synonym für Verkommenheit darstellt. Der aufgeblasene Narzissmus der Sieger, die ihre eigene Geschichte verklären, findet so sein Gegenstück in der Selbstgeißelung der Besiegten.

Es versteht sich von selbst, dass der Kampf gegen die Plage des Selbsthasses desto wirksamer sein wird, je radikaler und vorurteilsfreier die kritische Bilanz der großen und faszinierenden Epoche ausfällt, die mit der Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Doch ungeachtet ihrer Assonanz sind Selbstkritik und Selbsthass gegensätzliche Haltungen. Die Selbstkritik drückt, bei aller Schärfe und sogar Radikalität, das Bewusstsein der Notwendigkeit aus, sich der eigenen Geschichte zu stellen; der Selbsthass aber ist die feige Flucht vor dieser Geschichte und vor der Realität des ideologischen und kulturellen Kampfes, der in dieser Geschichte aufscheint. Wenn Selbstkritik die Voraussetzung dafür ist, kommunistische Identität wiederzugewinnen, dann ist Selbsthass das Synonym für Kapitulation und Verleugnung einer autonomen Identität.

Urbino, Februar 1999

## **Anmerkung zur zweiten Ausgabe**

Zunächst als Artikelreihe in einer Zeitschrift veröffentlicht, erzielte dieses Buch einen gewissen Erfolg und ist in mehrere Sprachen übersetzt worden. Die zweite Ausgabe, die hier vorgestellt wird, unterscheidet sich in erster Linie durch die Hinzufügung der letzten fünf Kapitel; auch die ersten sieben sind da und dort durchgesehen und aktualisiert worden.

Urbino, Mai 2008

**Erster Teil**  
**Die kommunistische Bewegung**  
**vom Selbsthass zur Entwicklung**  
**des Lernprozesse**

## I. Am Scheideweg: Religion oder Politik?

Will man die Ideen, die Haltungen und Stimmungen der heutigen Linken analysieren, lohnt es sich, weit zurückzugreifen.

### 1. Ein aufschlussreiches Geschehen, das fast 2.000 Jahre zurückliegt

70 nach Christus: Die jüdische nationale Revolution gegen den römischen Imperialismus ist gezwungen zu kapitulieren. Vorausgegangen war eine unerbittliche Belagerung, die Jerusalem nicht nur zum Hungern verurteilt, sondern auch alle sozialen Beziehungen zersetzt hatte: »Die Söhne rissen den Vätern das Brot vom Mund weg und, das Allerschmerzlichste, die Mütter den Kindern.« Wenn die Belagerung schrecklich war, die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um ihr zu begegnen, waren es nicht minder. Verräter und Deserteure, wirkliche oder mögliche, wurden ausnahmslos getötet; krankhaft verbreitet waren Verdächtigungen, und oft beruhten sie auf falschen Anschuldigungen, die von Privatleuten aus privaten und unehrenhaften Gründen vorgebracht wurden; selbst Greise und Kinder, die im Verdacht standen, Nahrung versteckt zu haben, wurden gefoltert. Doch all dies geschah nicht ohne Grund: Der Triumph der Römer brachte nicht nur den Tod der Führer und Kämpfer der nationalen Revolution mit sich, sondern auch Exil und Diaspora für ein ganzes Volk.

Mitgeteilt werden diese Dinge von einem jüdischen Autor, der einige Zeit selbst am Widerstandskampf beteiligt war, doch dann auf die Seite der Sieger wechselte, deren Großmut und Unbesiegbarkeit er rühmt. Aus Josef – dies sein Name – wurde Josephus Flavius; er nahm den Namen jenes Geschlechts von Söldnerführern an, die Jerusalem zerstörten. Wichtiger als dieser Lagerwechsel ist, was er über die Christen zu berichten weiß. Ursprünglich integraler Teil der jüdischen Gemeinschaft, hatten diese das Bedürfnis zu erklären, sie hätten nichts mit dem soeben unterdrückten Aufstand zu tun. Sie beriefen sich zwar weiterhin auf die heiligen Schriften, heilig auch den besiegten Revo-

lutionären, aber letztere wurden jetzt beschuldigt, diese Schriften verfälscht und verraten zu haben.

Diese Dialektik lässt sich besonders gut anhand des Markus-Evangeliums verfolgen, das unmittelbar vor der Zerstörung Jerusalems geschrieben wurde. Eine Katastrophe, die von Jesus vorausgesehen wurde: »Kein Stein wird auf dem andern bleiben.« Und die Ankunft von Jesus, dem Messias, wurde ihrerseits von Jesaja prophezeit. Die über das jüdische Volk hereingebrochene Tragödie, so die Botschaft, ist keineswegs dem römischen Imperialismus anzulasten: Sie war einerseits schon ursprünglicher Bestandteil des göttlichen Heilsplans, andererseits das Ergebnis der fortschreitenden Entartung der jüdischen Gemeinschaft. Die Revolutionäre hatten zu recht die messianische Botschaft weltlich und politisch, statt spirituell und innerlich interpretiert: Gräuelt und Katastrophe waren das unvermeidliche Resultat dieser Verfälschung und dieses Verrats. Indem sie sich so entschieden distanzieren von der jüdischen nationalen Revolution, die vom römischen Reich niedergeschlagen wurde, gehen die Christen ebenso entschieden auf Distanz zu jeglichem geschichtlichen und politischen Handeln.

## **2. Geschichte der subalternen Klassen und Geschichte der religiösen Bewegungen**

Gramsci hat deutlich gemacht, dass auch in der heutigen Welt (mehr oder weniger explizite) religiöse Haltungen sehr wohl im Umfeld der Emanzipationsbewegungen der subalternen Klassen auftreten können. Schauen wir uns die Dialektik an, die sich im Gefolge des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« entwickelt hat. Wir können dabei diejenigen außer acht lassen, die sich eiligst auf den Karren der Sieger geschwungen haben. Konzentrieren wir uns vielmehr auf die Verheerungen, die geistigen und politischen Verwüstungen, die dieser Zusammenbruch in Teilen der kommunistischen Bewegung angerichtet hat. Wie die Christen des Markus-Evangeliums, die sich an die römischen Sieger wandten und pflichtschuldigst erklärten, sie hätten mit dem grade niedergeschlagenen nationalen Aufstand absolut nichts zu tun, verfahren in unseren Tagen nicht wenige Kommunisten: Empört weisen sie den Verdacht zurück, irgend etwas verbinde sie mit der Geschichte des »realen Sozialismus«, und gleichzeitig reduzieren sie diese Geschichte auf eine simple

Folge von Gräueln, in der Hoffnung, dadurch Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen, zumal in den Augen ihrer liberalen Bourgeoisie.

Marx hat die Methode des historischen Materialismus in dem Ausspruch auf den Begriff gebracht, die Menschen machten ihre Geschichte selbst, aber nicht unter selbst gewählten Bedingungen. Wenn heutzutage jemand schüchtern versucht, die Aufmerksamkeit auf den permanenten Ausnahmezustand zu lenken, unter dem sich die von der Oktoberrevolution eingeleitete Entwicklung vollzog; wenn jemand konkret die objektiven Bedingungen erforschen möchte, in die der Versuch, eine nach-kapitalistische Gesellschaft aufzubauen, gestellt war – wetten, dass die »kommunistischen« Nacheiferer der frühchristlichen Gemeinde empört aufschreien ob des skandalösen, unanständigen »Rechtfertigungs«-Versuchs! Zum Verständnis dieser Haltung trägt das Markus-Evangelium mehr bei als Die deutsche Ideologie oder das Manifest der kommunistischen Partei. In den Augen dieser »Kommuniste« ist die imperialistische Umzingelung des »realen Sozialismus« und der sozialistischen Revolution ebenso irrelevant, wie es für die jüdisch-frühchristliche Gemeinde die römische Belagerung Jerusalems und der nationalen Revolution der Juden war. Aus solcher Sicht ist alles Bemühen um die Analyse der konkreten historischen Bedingungen abwegig und unmoralisch: Das einzige, was wirklich zählt, ist die Authentizität, die unbefleckte Reinheit der Heilsbotschaft.

Weit davon entfernt, den Sieg des römischen Imperialismus als schmerzhaft zu empfinden, schien die jüdisch-christliche Gemeinde sich über den Fall und die Zerstörung Jerusalems zu freuen: War dies doch von Jesus schon vorausgesehen worden, und jedenfalls war es von nun an möglich, die Heilsbotschaft ohne die der Politik geschuldeten Verfälschungen und Abweichungen zu verkünden. Ähnlich haben in unseren Tagen nicht wenige Kommunisten erklärt, angesichts des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« ein Gefühl der Erleichterung und »Befreiung« verspürt zu haben: Wurde es doch dadurch möglich, zum »authentischen« Marx zurückzukehren und die kommunistische Idee ohne die schrecklichen Verkrustungen zu verkünden, die Geschichte und Politik auf ihr abgelagert hatten.



### 3. »Rückkehr zu Marx« und Märtyrerkult

So also kam die Losung der »Rückkehr zu Marx« auf. Es ließe sich leicht zeigen, dass Marx der entschiedenste philosophische Kritiker aller Rückkehr-Philosophie ist. Zu seiner Zeit hat er sich lustig gemacht über jene, die, im Streit mit Hegel, zu Kant oder gar zu Aristoteles zurück wollten. Zum ABC des historischen Materialismus gehört die These, wonach die Theorie sich mit der Geschichte, mit den konkreten historischen Prozessen entwickelt. Der große revolutionäre Denker hat nicht gezögert anzuerkennen, dass er in der theoretischen Schuld der wenn auch kurzen Erfahrung der Pariser Kommune stand: Heute dagegen werden Jahrzehnte und aber Jahrzehnte einer ungeheuer dichten historischen Epoche, vom Oktober bis zur chinesischen und kubanischen Revolution, für unwesentlich und bedeutungslos in Hinblick auf die bereits ein für alle Mal in heiligen Schriften verkündete »authentische« Heilsbotschaft erklärt, die es nur wieder zu entdecken und religiös zu überdenken gelte!

Allerdings sind jene, die die Losung der »Rückkehr zu Marx« ausgeben, die ersten, die sie nicht ernst nehmen. Wie anders ließe sich die große Aufmerksamkeit erklären, die sie Gramsci und Che Guevara schenken? Sind diese doch Persönlichkeiten, deren Denken und Handeln die bolschewistische Revolution und die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung zur Voraussetzung hat, also entscheidende Jahrzehnte der Weltgeschichte nach Marxens Tod und unter Bedingungen, die von Marx nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten! In welchem Marx-Text etwa kann man den Sozialismus auf einer kleinen Insel wie Kuba oder die bolivianische Guerilla, die für eine Revolution sozialistischen Typs kämpft, prognostiziert finden? Und was Gramsci angeht, so ist bekannt, dass er den Oktober als Die Revolution gegen »Das Kapital« begrüßt hat. Es waren die Menschewiki, die damals die Losung der »Rückkehr zu Marx« (einem mechanistisch verstandenen) ausgaben! Und die Größe Gramscis liegt gerade darin, dass er sich dem widersetzt hat.

Das Zurück zu Marx ist eindeutig eine religiöse Phrase. Wie einst die frühchristliche Gemeinde nichts mit der jüdischen nationalen Revolution zu tun haben wollte und dabei Jesus und Jesaja einander entgegensetzte, so erklären gewisse heutige »Kommunisten«, sie hätten nichts mit der von der Oktoberrevolution eingeleiteten historischen Entwicklung zu tun, und stellen dieser Marx und sich selbst entgegen.

Sehr merkwürdige Züge trägt auch die Berufung auf Gramsci und Che Guevara. Beide sind nicht ohne die Lehre Lenins zu denken, der jedoch sorgfältig verschwiegen wird. So unterschiedlich sie sind, teilen Gramsci und Che Guevara doch das Geschick, in gewisser Weise Besiegte zu sein, die nicht an der Ausübung der von der Revolution verliehenen Macht teilhaben konnten und stattdessen die Gewalt der alten politisch-sozialen Ordnung erleiden mussten. Also würdigt man das Martyrium dieser beiden hervorragenden Vertreter der internationalen kommunistischen Bewegung, nicht aber ihr Denken und politisches Handeln, die einer hartnäckig verdrängten Geschichte angehören.

#### **4. Die Fähigkeit zu politischem Denken und Handeln zurückgewinnen**

Die Folgen dieser letztlich religiösen Haltung wiegen schwer. Ich begnüge mich mit zwei Beispielen. In Italien verurteilen *il manifesto* und *Liberazione* zu Recht die Embargos gestern gegen den Irak und heute noch gegen Kuba als Völkermord oder versuchten Völkermord, kritisieren dann aber die USA, weil diese nicht auf normale Handelsbeziehungen mit China verzichten, das sich der Unterdrückung der »Dissidenten« schuldig mache. Ein Land, das man des Völkermords beschuldigt, wird also als Garant des Respekts vor den »Menschenrechten« in China angerufen, und wird damit zum einen angeklagt, weil es eine Embargopolitik betreibt, zum andern, weil es diese nicht betreibt bzw. keine Schritte in diese Richtung unternimmt. Das entbehrt eindeutig jeder Logik; aber man wird vergeblich auch nur entfernte Spuren von Logik im Diskurs eines religiösen Bewusstseins suchen, das sich in einer Fantasiewelt bewegt und ständig besorgt ist, seine Ablehnung des Bösen zu verkünden, wo und wie immer sich dieses zeigen mag: Das Embargo gegen Kuba und der Krieg gegen Irak oder die Unterdrückung der »Dissidenten« in China.

Man muss nur irgendeine politisch-historische Untersuchung durchblättern um zu erfahren, dass die derzeitige antichinesische Kampagne eine mehr oder weniger vorgeschobene Folge der Vorfälle vom Tien-an-men-Platz<sup>1</sup> ist; in Wirklichkeit sind die USA beunruhigt dadurch, dass »China das letzte

1 Jean, 1995, S. 205

große Territorium ist, das sich dem Einfluss der amerikanischen Politik entzieht, die noch nicht eroberte *last frontier*.<sup>2</sup> Aber für ein religiöses Bewusstsein, das sich nur damit beschäftigt, die vermeintliche eigene Unbeflecktheit zu verkünden (und zu genießen), zählt keine historischpolitische Analyse. Was interessiert's denn, dass eine Embargopolitik zum Schaden des chinesischen Volks zu fordern heißt, die bereits praktizierte gegenüber dem irakischen und dem kubanischen Volk indirekt zu legitimieren? Die amerikanische Eroberung dieser »last frontier« würde die Zerstückelung Chinas (nach der Jugoslawiens und der UdSSR) und eine Katastrophe für sein Volk bedeuten; und ein Debakel dieses großen asiatischen Landes würde wiederum den US-Imperialismus und seine militärische und politische Fähigkeit, die Strategie des Embargos und der völkermörderische Strangulierung zum Schaden des irakischen und des kubanischen Volks durchzusetzen, ungeheuer stärken. Doch solche Erwägungen anzustellen, hält der religiöse Primitivismus bestimmter »Kommunisten« für überflüssig. Der Jesus, der dem Debakel der jüdischen nationalen Revolution entsprungen war, freilich erklärte: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt.« Die »Kommunisten« haben sich heute diese Losung offenbar weit mehr zu eigen gemacht als die Christen!

Ich habe die Haltung gewisser »Kommunisten« mit der der jüdisch-christlichen Gemeinde verglichen. Aber eine Präzisierung ist angebracht. Der Rückzug dieser Gemeinde in die Innerlichkeit enthielt auch ein positives Element: Die Distanzierung von einer nationalen Revolution förderte die Entstehung universalistischen Denkens. Der heutige Rückzug in die Innerlichkeit jedoch, da er die Distanzierung von einer Revolution und einer historischen Entwicklung mit ausgesprochen universalistischen Losungen proklamiert, bedeutet nur noch Involution und Regression. Man braucht sich darüber nicht zu empören. Es ist nur natürlich, dass ein Debakel historischen Ausmaßes Haltungen religiösen Typs befördert. Katastrophal wäre jedoch das Verharren in dieser Haltung. Die Kommunisten, wollen sie sich nicht selbst zu Ohnmacht und Subalternität verurteilen, müssen die Fähigkeit, in politischen Begriffen zu denken und zu handeln, neu erobern, auch wenn es dabei um eine Politik geht, die von einer großen ideellen Spannung getragen wird.

## II. Der Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers«. Implosion oder Dritter Weltkrieg?

### 1. »Implosion«: Ein apologetischer Mythos des Imperialismus

Wie ist es dem amerikanischen Imperialismus gelungen, 1989 Nikaragua zu schlucken? Er hat es einer ökonomischen und militärischen Blockade unterworfen, der Kontrolle und den Umsturzbemühungen seiner Geheimdienste, hat die Häfen vermint, hat einen unerklärten, doch blutigen, schmutzigen und alles internationale Recht verhöhrenden Krieg gegen das Land angezettelt. Angesichts all dessen sah sich die sandinistische Regierung gezwungen, begrenzte Verteidigungsmaßnahmen gegen die äußere Aggression und die innere Reaktion zu ergreifen. Und sieh da, die US-Administration schwang sich, zum Verteidiger der vom »Totalitarismus« unterdrückten Menschenrechte auf und richtete ihr ganzes multimediales Feuer gegen die sandinistische Regierung – in einer Kampagne, die sich zwar in erster Linie auf die katholische Hierarchie stützte, die aber auch einige schöne Seelen der »Linken« mitriss. Die Manövierrmöglichkeiten Ortegas gegenüber der Aggression wurden zunehmend eingeschränkt und vernichtet. Während wirtschaftliche Strangulierung und ideologischer Kreuzzug die sozialen Stützen der sandinistischen Regierung untergruben, schwächten der militärische Druck und der (von Washington alimentierte) Terrorismus der Contras den Willen und die Fähigkeit zum Widerstand. Das Ergebnis: Wahlen, bei denen der Imperialismus seine außerordentliche finanzielle und multimediale Macht voll ausspielen konnte; bereits ausgeblutet und verarmt, mit dem Messer näher denn je an der Gurgel, entschied sich das nicaraguanische Volk »frei« dafür, den Aggressoren nachzugeben. Die gegen Kuba angewandte Taktik ist keine andere. Da darf man sich jetzt fragen: War der (wenn auch nur vorübergehende) Zusammenbruch des sandinistischen Regimes das Ergebnis einer »Implosion«? Könnte ein Sturz des kubanischen Sozialismus, wie ihn der amerikanische Imperialismus seit Jahrzehnten betreibt, als »Implosion« oder »Kollaps« bezeichnet werden?

Der mystifizierende Charakter von Kategorien, die einen Zusammenbruch oder eine Krise, welche nicht getrennt werden können von dem schrecklichen

Druck, den der Imperialismus auf allen Ebenen ausübt, als einen rein spontanen und inneren Prozess darstellen wollen, ist in diesem Fall unmittelbar einsichtig. Doch die Kategorie »Implosion« wird auch nicht überzeugender, wenn sie nicht auf Nicaragua oder Kuba, sondern auf den Weg des »sozialistischen Lagers« in seiner Gesamtheit angewendet wird. Schon 1947, als er die Politik des »containment, der »Eindämmung« formulierte, betonte George F. Kennan, ihr Theoretiker, dass es notwendig sei, »die inneren Entwicklungen in Russland und der kommunistischen Bewegung)) zu beeinflussen; und zwar nicht nur mittels der »Informationstätigkeit« der Geheimdienste, die freilich, wie der einflussreiche Ratgeber der amerikanischen Botschaft in Moskau und der US-Administration unterstrich, nicht vernachlässigt werden darf. Allgemeiner und ambitiöser ausgedrückt, ging es darum, »die Belastungen (*strains*), unter denen die sowjetische Politik operieren muss, zu erhöhen«, und dies so, dass »Tendenzen befördert werden, die schließlich zum Bruch oder zur Aufweichung der Sowjetmacht führen müssen«. Was gemeinhin mit einem merkwürdigen Euphemismus »Implosion« genannt wird, wird hier präzise als »Bruch« (*break-up*) definiert, der so wenig spontan ist, dass er mit rund vierzig Jahren Vorlauf vorhergesagt, geplant und aktiv betrieben werden kann. Auf der internationalen Ebene sind die ökonomischen, politischen und militärischen Kräfteverhältnisse dergestalt, dass – auch das ist immer noch Kennan – der Westen eine Art »Entscheidungsmacht über Leben und Tod der kommunistischen Bewegung« und der Sowjetunion ausübt.<sup>3</sup>

## 2. An den Quellen des kalten Krieges

Der Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers« muss deshalb im Kontext einer erbarmungslosen Machtprobe gesehen werden. Das ist der sogenannte kalte Krieg. Er erstreckt sich über den ganzen Erdball und dauert Jahrzehnte. Zu Beginn der 1950er Jahre bestimmt der amerikanische General James Doolittle dessen Bedingungen folgendermaßen: »Dieses Spiel kennt keine Regeln. Die bisher akzeptierten Normen menschlichen Verhaltens gelten nicht mehr [...] Wir müssen [...] lernen, unsere Feinde mit Methoden zu zersetzen, zu

3 Hofstadter und Hofstadter, 1982, Bd. 3, S. 418f.

sabotieren und zu zerstören, die intelligenter, entwickelter und effizienter als jene sind, die sie gegen uns gebrauchen.«<sup>4</sup>

Zu den selben Schlussfolgerungen kommt Eisenhower, der nicht zufällig vom Amt des militärischen Oberkommandierenden in Europa in das des Präsidenten der USA gewechselt hat. Wir haben es mit einem Kräftemessen zu tun, das nicht nur, auf beiden Seiten, zu allen Mitteln (Spionage, Umsturz, Staatsstreiche etc.) greift, sondern in verschiedenen Gegenden des Erdballs auch zu einem wirklichen Krieg wird. Zum Beispiel in Korea. Im Januar 1952 läugelt Truman, um den toten Punkt in den militärischen Operationen zu überwinden, mit einer radikalen Idee, die er auch seinem Tagebuch anvertraut: Man könnte der UdSSR und Volkschina ein Ultimatum stellen und vorab deutlich machen, dass bei Nichtbeachtung »Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Peking, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und alle Industrieanlagen in China und der Sowjetunion eliminiert würden«.<sup>5</sup> Es handelt sich dabei nicht nur um eine private Überlegung: Während des Koreakrieges wird gegen die Chinesische Volksrepublik bei mehreren Gelegenheiten die Atomwaffe geschwungen; und die Drohung wirkt um so glaubwürdiger, als die schreckliche Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki noch frisch ist.

Ohne Zweifel hat der Kalte Krieg mit der Auflösung, richtiger: Mit dem *break-up*, der UdSSR sein Ende gefunden. Aber wann hat er begonnen? Er ist offenkundig schon im Gange, während noch der Zweite Weltkrieg tobt. Hiroshima und Nagasaki werden zerstört, als bereits klar ist, dass Japan bereit ist zu kapitulieren; weit mehr als auf dieses bereits besiegte Land hat der Griff nach der Bombe die UdSSR zum Ziel: Zu diesem Schluss kommen namhafte amerikanische Historiker auf der Grundlage unwiderlegbarer Dokumente. Die neue schreckliche Waffe soll nicht nur zu Demonstrationszwecken über einem Wüstengebiet erprobt, sondern muss sofort über zwei großen Städten abgeworfen werden, damit die Sowjets unverzüglich und gründlich die tatsächlichen Kräfteverhältnisse und die Entschlossenheit der USA, vor nichts zurückzuschrecken, begreifen lernen. Und in der Tat tut Churchill schon seine Bereitschaft kund, notfalls »alle industriellen Zentren Russlands zu eliminie-

4 Ambrose, 1991, S. 377.

5 Sherry, 1995, S. 182.

ren«, während der US-Kriegsminister Henry Stimson eine Zeit lang mit dem Gedanken liebäugelt, »die Sowjetunion zu zwingen, ihr ganzes Regierungssystem aufzugeben oder radikal zu verändern«. Paradoxerweise sind es die militärischen Führer, die dem Bombardierungsplan mit Widerstand oder Widerwillen begegnen. »Barbarisch« wird von ihnen die neue Waffe genannt: Sie treffe unterschiedslos »Frauen und Kinder«, sei nicht besser als die »bakteriologischen Waffen« und die »Giftgase«, die die Genfer Konvention verbietet. Darüber hinaus sei Japan »bereits geschlagen und zur Kapitulation bereit. Diese Militärs wissen nicht, dass die Atomwaffe in Wirklichkeit auf die Sowjetunion zielt, das einzige Land, das in der Lage ist, sich Trumans Programm zu widersetzen, die USA zum »Weltpolizisten und Weltsheriff« zu machen – so ausdrücklich formuliert bei einer Kabinettsitzung am 7. September 1945. Das Bekanntwerden der schrecklichen Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis führt zu Unruhe und sogar Empörung in der öffentlichen Meinung Amerikas, und deshalb greift der ehemalige Kriegsminister Stimson 1947 mit einem Artikel ein, der von allen Medien groß herausgebracht wird: Darin wird die lügnerische Legende verbreitet, die beiden grauenhaften Massaker seien nötig gewesen, um Millionen Menschenleben zu retten. In Wirklichkeit jedoch ging es darum – wie der hier zitierte amerikanische Historiker unterstreicht –, die Welle der Kritik zu stoppen, um die öffentliche Meinung an den Gedanken zu gewöhnen, dass der Griff zur Atomwaffe absolut normal sei. (Und die UdSSR war von neuem gewarnt.)<sup>6</sup>

In Japan spielt sich ein anderer Vorfall ab, der zum Verstehen des kalten Kriegs beiträgt. Bei seiner Aggression gegen China hatte sich das kaiserlich-japanische Heer grauenhafter Verbrechen schuldig gemacht; nicht wenige Gefangene wurden als Versuchskaninchen für Vivisektionen und andere Experimente benutzt, und gegen die Zivilbevölkerung wurden versuchsweise bakteriologische Waffen eingesetzt. Doch den dafür Verantwortlichen und den Mitgliedern der berüchtigten Einheit 731 garantieren die USA Straffreiheit im Tausch gegen die Aushändigung aller bei diesen Kriegsverbrechen gewonnenen Daten. Im kalten Krieg, der sich jetzt abzeichnet, wird nicht nur auf Atombomben, sondern auch auf bakteriologische Waffen gesetzt.

6 Alperovitz, 1995, S. 316–330, 260 f., 252, 260; zum Programm Trumans vgl. Thomas, 1988, S. 187.

Die Anfänge des Kalten Krieges und die Endphase des Zweiten Weltkriegs sind also miteinander verbunden. Tatsächlich ist es, um diese Verbindung zu sehen, gar nicht nötig, auf 1945 zu warten. Erhellend ist die Erklärung, die Truman unmittelbar nach dem Einfall der Nazis in der Sowjetunion abgab. Zu diesem Zeitpunkt sind die USA noch nicht formelle Kriegspartei, sind aber faktische Verbündete Großbritanniens. Verständlicherweise macht der künftige US-Präsident deshalb deutlich, dass er »auf keinen Fall Hitler als Sieger sehen« möchte. Und doch, andererseits zögert er nicht zu erklären: »Wenn wir sehen, dass Deutschland dabei ist, den Krieg zu gewinnen, sollten wir Russland helfen; und wenn wir Russland gewinnen sehen, sollten wir Deutschland helfen; und so sollten wir sie so viele wie möglich töten lassen.« Damit tut Truman, ungeachtet der faktischen Allianz seines Landes mit Großbritannien und damit indirekt auch der UdSSR, sein enthusiastisches Interesse an der Ausblutung des Landes kund, das aus der Oktoberrevolution hervorging. Ähnliche Überlegungen wie Truman stellt zur selben Zeit der britische Minister Lord Brabazon an: Er wird zwar gezwungen zurückzutreten, doch bleibt das Faktum, dass einflussreiche Kreise Großbritanniens in der Sowjetunion, mit der sie förmlich verbündet sind, weiterhin ihren Todfeind sehen.<sup>7</sup>

1944 Vizepräsident und im Jahr darauf Präsident geworden, bemüht sich Truman darum, das im Sommer 1941 verkündete Programm umzusetzen. Man muss hinzufügen, dass das Ziel der Schwächung (oder der Ausblutung) der UdSSR auch Franklin Delano Roosevelt (dessen Vize Truman nicht zufällig ein Jahr lang war) keineswegs fremd gewesen zu sein scheint. Als gegen Kriegsende deutlich wurde, dass die Sowjetunion und nicht Großbritannien aus dem Krieg »als wichtigster Gegner einer globalen ›Pax Americana‹ hervorgehen würde, veränderte Roosevelt – wie ein deutscher Historiker beobachtet – radikal seine Militärstrategie: »Die Konsequenz daraus, die Sowjetunion die Hauptanstrengungen des Sieges über Deutschland tragen zu lassen, fand in der Entscheidung ihren Niederschlag, statt der im *Victory Program* vorgesehenen 215 Divisionen nur insgesamt 89 Divisionen aufzustellen und den Schwerpunkt der amerikanischen Rüstung auf die Marine

7 Thomas, 1988, S. 187.



und Luftwaffe zwecks Aufbau einer überlegene See- und Luftmacht der USA zu verlagern.«<sup>8</sup>

Vielleicht ist es nötig, noch weiter zurückzugehen; Andre Fontaine beginnt, in seiner Geschichte des Kalten Krieges, bezeichnenderweise mit der Oktoberrevolution, die ja wirklich mit kaltem und heißem Krieg bekämpft wurde. In der Periode zwischen dem Oktober 1917 und 1953 (dem Todesjahr Stalins) sehen wir Deutschland und die angelsächsischen Mächte sich dabei abwechselnd in einer Art Stafette engagieren: Der Aggression des wilhelminischen Deutschlands (bis zum Frieden von Brest-Litowsk) folgte erst die der Entente, dann jene Hitler-Deutschlands, und schließlich der »Kalte Krieg« im engeren Sinne, dessen Anfänge sich jedoch schon Jahrzehnte zuvor gezeigt hatten und sogar mit den beiden Weltkriegen verbunden waren.

### 3. Eine tödliche Mischung: Das neue Gesicht des Krieges

In der Auseinandersetzung mit der UdSSR und dem »sozialistischen Lager« kam die selbe Mischung von wirtschaftlichen, ideologischen und militärischen Pressionen zur Anwendung, mit der die US-Administration erfolgreich den Sturz der sandinistischen Regierung betrieb und hofft, den »Bruch« des politisch-sozialen Systems Kubas herbeiführen zu können; dieselbe Mischung, mit der sie auch gegen Länder wie den Irak, den Iran, Libyen und, perspektivisch, China operiert.

Diese neue, differenziertere und entwickeltere Art der Kriegführung wurde nach und nach im Verlauf des langen Kampfs gegen die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Gesellschaft ausgearbeitet. Soldaten gegen Sowjetrussland zu schicken heißt – wie Herbert Hoover, ein hoher Vertreter der US-Administration und späterer Präsident, unterstreicht – sie »der Ansteckung durch bolschewistische Ideen« auszusetzen. Besser sei es deshalb, in der Auseinandersetzung mit dem Feind zur Wirtschaftsblockade zu greifen, und in der Auseinandersetzung mit jenen Völkern, die dazu neigen, sich von Moskau verführen zu lassen, zur Drohung mit der Wirtschaftsblockade: Die Gefahr des Hungertods werde sie wieder zu Vernunft kommen lassen. Der

8 Hillgruber, 1988, S. 295 (Anmerkung 71).

französische Premier Georges Clemenceau zeigt sich sofort fasziniert von Hoovers Vorschlag: Er anerkennt, dass es sich um »eine wirklich wirksame Waffe« handelt, die »größere Erfolgchancen als die militärische Intervention« bietet. Gramsci dagegen ist empört über das von den Imperialisten formulierte Rezept: »Geld oder Leben! Bürgerliche Ordnung oder Hungersnot!«<sup>9</sup>

Eine andere Waffe wird vor allem seit dem Beginn des kalten Kriegs im engeren Sinne aufgefahren. Schon im November 1945 empfiehlt der amerikanische Botschafter in Moskau, William A. Harriman, die Eröffnung einer ideologischen und Propagandafront gegen die UdSSR: Gewiss könne man dabei mit der Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften arbeiten, doch »das gedruckte Wort« sei »grundsätzlich unzureichend«; besser sei es, sich auf starke Rundfunkstationen zu stützen, die in all den verschiedenen Sprachen der Sowjetunion senden. Die Durchschlagskraft solcher Rundfunksender wird wiederholt empfohlen und gerühmt.<sup>10</sup> Eine neue Waffe in der gigantischen Konfrontation, die jetzt beginnt ... Das Radio, das dem Naziregime zur Festigung seiner sozialen Konsensbasis gedient hatte, wird jetzt zur Zersetzung der sozialen Konsensbasis des Sowjetregimes genutzt.

Im Verbund mit diesen neuen Waffen werden die eigentlichen Waffen weiterhin in mittelbarer oder unmittelbarer Form angewandt. Die 1945/46 begonnene Periode wurde von Eric Hobsbawm als »ein Dritter Weltkrieg, wenn auch einer sehr besonderer Art« charakterisiert.<sup>11</sup> Es ist letztlich unangemessen, einen Krieg »kalt« zu nennen, der – bzw. dessen letzte Phase – mit Hiroshima und Nagasaki beginnt. Es handelt sich um einen Krieg, der nicht nur periodisch in unterschiedlichen Gebieten des Globus zum heißen wird, sondern der in manchen Augenblicken so heiß zu werden droht, dass der ganze oder fast der ganze Planet in Brand gerät. Sogar was die Konfrontation zwischen den beiden hauptsächlichen Widersachern angeht, darf man, selbst wenn die offenkundigste Front die der politisch-diplomatischen, ökonomischen und Propagandaschlacht ist, nie die schreckliche militärische Kraftprobe aus dem Blick verlieren, welche, auch ohne zum direkten und totalen

9 Vgl. dazu Losurdo, 1997, S. 75–78 (Dieses Kapitel ist in der gekürzten deutschen Fassung »Losurdo 2000« – nicht enthalten).

10 Thomas, 1988, S. 223.

11 Hobsbawm, 1995, S. 226.

Zusammenstoß zu führen, gewiss nicht ohne Folgen bleibt. Es handelt sich dabei um ein Kräftemessen, das sich letzten Endes auf die Wirtschaft und Politik des feindlichen Landes auswirkt, auf seine ganzen inneren Verhältnisse; und das darauf abzielt und dem es auch gelingt, wie wir sehen konnten, die Bündnisse, das »Lager« des Feindes zu zerschlagen.

An diesem Punkt entlarvt sich die Kategorie der »Implosion« als ein apologetischer Mythos des Kapitalismus und Imperialismus: Gefeierte wird deren unhinterfragte Überlegenheit gegenüber einem Gesellschaftssystem, das, in Moskau wie in der Karibik und in Lateinamerika, zusammenbricht oder in die Krise gerät ausschließlich wegen seiner inneren Schwäche, seiner eingebauten Unterlegenheit. Die Kategorie der Implosion oder des Kollaps dient ausschließlich dazu, die Sieger zu krönen. Sie hat zwar auch in der Linken, unter den Kommunisten, freundliche Aufnahme gefunden, auch und vor allem bei jenen, die sich als Ultrakommunisten und Ultrarevolutionäre gebärden; aber dies belegt nur erneut ihre ideologische und politische Subalternität.

Die Kategorie der »Implosion« abzulehnen heißt nicht, auf eine unerbittliche geschichtliche Bilanz des »realen Sozialismus« und der internationalen kommunistischen Bewegung zu verzichten. Im Gegenteil, eine solche Bilanz wird erst möglich, wenn man sich die Realität des »Dritten Weltkriegs« bewusst macht. Andererseits, da diese unerbittliche Bilanz keineswegs mit Kapitulation verwechselt werden darf, ist es nötig, die Kritik an Subalternität und religiösem Primitivismus, wie sie in der kommunistischen Bewegung im Gefolge der Niederlage Fuß gefasst haben, bis zum Ende zu führen.

### **III. Eine kommunistische Bewegung mit begrenzter Souveränität?**

Wir haben gesehen, dass die Kategorie der »Implosion« völlig ungeeignet ist, den Zusammenbruch des »realen Sozialismus« zu erklären. Weit überzeugender sind jene, die vom »Dritten Weltkrieg« sprechen. Einem Weltkrieg, in dem die Komponente des multimedialen und ideologischen Schlagabtauschs eine zentrale Rolle übernommen hat, was auch die Desorientierung der Besiegten verständlich macht. Es ist, als ob ein ideologisches Hiroshima die Fähigkeit großer Teile der internationalen kommunistischen Bewegung zu eigenständigem Denken zerstört hätte.

#### **1. Normalität und Ausnahmezustand**

»Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet«; diese Formel des ultrareaktionären und genialen Juristen Carl Schmitt kann nicht nur helfen, die konkrete Funktionsweise einer Verfassungsordnung und die Beziehungen zwischen ihren verschiedenen Machtzentren zu verstehen, sondern auch das Leben und den realen Grad von Autonomie einer politischen Bewegung. Ein Beispiel. 1991 wurden in Algerien durch einen Staatsstreich die Wahlen annulliert, die die Islamische Heilsfront an die Macht gebracht hätten. Bei der Errichtung der Militärdiktatur, die sie mit der großen Gefahr für das Land und seinen Modernisierungsprozess rechtfertigten, beriefen sich die Generale auf den Ausnahmezustand; sie haben sich damit faktisch als die wirklichen Träger der politischen Macht erwiesen. Um mit Mao Zedong zu sprechen: »Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen«, und souverän ist derjenige, der entscheidet, wann die Waffen sprechen. Soviel zur Realität von Macht im Bereich eines Staates.

Wenden wir nun dasselbe methodologische Kriterium an, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern zu untersuchen. Der Staatsstreich in Algerien wurde seinerzeit im Westen hingenommen und begrüßt mit dem Argument, dass durch ihn die Errichtung eines islamischen –

und obskurantistischen – Regimes verhindert worden sei, das das Ende jeglicher Gewissensfreiheit und furchtbare Rückschritte vor allem für die Frauen gebracht hätte. In ähnlicher Weise hatte einige Jahre zuvor die UdSSR ihre Intervention in Afghanistan zur Unterstützung eines Regimes gerechtfertigt, das ein ehrgeiziges Modernisierungsprojekt verfolgte und dabei gegen den wütenden Widerstand des islamischen Fundamentalismus zu kämpfen hatte. In diesem letzteren Fall jedoch hatte sich der Westen nicht nur empört gezeigt, sondern auch jene »Freiheitskämpfer«, die heute in Algerien als blutrünstige Mörder und gemeine Verbrecher gebrandmarkt werden, bis zu den Zähnen bewaffnet. Also: Der Ausnahmezustand, auf den man sich in einen Fall beruft, darf im andern nicht geltend gemacht werden; die hier legitimierte und geheiligte Regelverletzung wird dort als Frevel verdammt.

Dass die USA oder Frankreich je nach dem jeweiligen geopolitischen und wirtschaftlichen Streitfall mit anderem Maß messen, braucht uns nicht zu verwundern. Viel interessanter ist es, sich nach der Haltung der Linken und vor allem der Kommunisten zu fragen. Im großen und ganzen scheinen sie sich der herrschenden Ideologie anzuschließen: Sie halten den Staatsstreich in Algerien für eine selbstverständliche und natürliche Sache, werden aber nicht müde, den sowjetischen Gewaltakt in Afghanistan zu verurteilen. Über den Ausnahmezustand, der die Suspendierung der geltenden Spielregeln rechtfertigt, hat immer und ausschließlich der liberale, kapitalistische und imperialistische Westen zu entscheiden. So ergibt sich das betrübliche Faktum einer kommunistischen Bewegung ohne oder mit bestenfalls beschränkter Souveränität. Wenn souverän der ist, der über den Ausnahmezustand entscheidet, dann ist klar, dass der Souverän *par excellence* in Washington sitzt; und seine Souveränität ist derart voll und unumschränkt, dass er die eigenständige Urteilsfähigkeit von Kreisen, Presseorganen und Bewegungen, die sich als kommunistisch verstehen, einschränken und sogar beseitigen kann.

## 2. Bobbio und der Ausnahmezustand

Das soeben angeführte ist nicht das einzige Beispiel, das sich zur Unterstützung der hier vertretenen These vorbringen lässt. Im August 1991 findet in Moskau ein seltsamer Putsch statt, der Jelzin völlig unbehelligt lässt. Im Gegenteil, er verschafft ihm eine kolossale Propagandatribüne, die zur Voraus-

setzung seines folgenden Triumphs wird. Jegliches Misstrauen ist legitim; Das Editorial der italienischen Zeitschrift *Espresso* vom 1. September jenes Jahres trägt die beredte Überschrift: »Den eigentlichen Putsch hat Jelzin gemacht. Oder vielmehr Bush«. Doch nicht das interessiert uns jetzt. Die Initiatoren des »Putschs« versicherten, sie wollten der dramatischen Gefährdung der Einheit und Unabhängigkeit der UdSSR entgegenreten, und zwar indem sie sich auf die Gewalten stützten, die die Verfassung für den Ausnahmezustand vorsehe. Nun, wer erinnerte sich nicht des damaligen internationalen Entrüstungssturms, der auch die Kommunisten einbezog oder überrannte?

Zwei Jahre später ist es Jelzin, der als Protagonist eines Putschs ein vom Volk frei gewähltes Parlament auflöst und dann lässt. Diesmal wird die Repressionsmaschinerie rechtzeitig in Stellung gebracht und bestens geölt; sie begnügt sich nicht mit leeren Drohungen. Die verfassungsmäßige Ordnung wird mit aller Brutalität liquidiert, doch das hindert den »Demokraten« Clinton und den »Sozialisten« Mitterrand nicht daran, ihre Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Und die Kommunisten? Als rührselig erweist sich vor allem *il manifesto*, das auf Turin blickt, um den Windungen des großen Theoretikers der absoluten Unantastbarkeit der Regeln zu folgen. Darum gebeten, Stellung zu nehmen, verkündet Bobbio: »Ich verteidige den Rechtsstaat und werde ihn immer verteidigen. Doch im russischen Fall frage ich mich: Existierten noch die Bedingungen für die Existenz eines Rechtsstaats?« (*la Stampa* vom 24.9.1993). Schade, dass diese Frage dem illustren Philosophen nicht zwei Jahre zuvor, im August 1991, in den Sinn gekommen war. Trotzdem, seine Überlegung ist einfach und vernünftig: Es geht darum, den Ausnahmezustand von der Normalität zu unterscheiden. Dies ist eine Überlegung, von der auch die Kommunisten viel lernen könnten; die aber weigern sich, solche Unterscheidungen zu treffen und überlassen es dem Souverän mit Sitz in Washington oder, bescheidener, in Turin zu entscheiden, ob ein Ausnahmezustand entstanden ist.

Erhellend ist das subalterne Sichanhängen der Linken an die Kampagne, die die amerikanische Administration gegen die Chinesische Volksrepublik losgetreten hat. In letzter Zeit sind eine Reihe von Dingen bekannt geworden, die neues Licht auf die Ereignisse vom Tien-An-Men-Platz werfen. Ins US-amerikanische Exil verbannte Studenten und Intellektuelle klagen heute die »radikalen« Exponenten der damaligen Bewegung an, sie hätten eine Einigung mit den Peking Behörden um jeden Preis verhindern wollen. Hier zeigt sich

das wirkliche Ziel, das von bestimmten Kreisen (chinesischen wie ausländischen) mit den Unruhen von 1989 verfolgt wurde. Enthüllt wurde dies in einem Artikel, der in *Foreign Affairs* (einer dem State Department nahestehenden Zeitschrift) erschienen ist. Dort wird freudig das Auseinanderbrechen Chinas nach dem Tode von Deng Xiaoping prophezeit und hinzugefügt, dass genau dieses Ziel schon 1989 verfolgt worden sei, in jenem Jahr, das den Zusammenbruch des Kommunismus »in einem Dutzend Ländern gesehen hat.<sup>12</sup> Es versteht sich von selbst, dass dieselben Kreise, die heute die Pekinger Führung an den Pranger stellen wollen, mit den Rechtfertigungen für die Kanonenschüsse eines eventuellen chinesischen Jelzin rasch bei der Hand wären!

### 3. Der Kampf um Hegemonie

Doch darüber scheint sich eine Linke nicht den Kopf zerbrechen zu wollen, die den Mund gar nicht voll genug nehmen kann mit förmlichen Lobreden auf Gramsci – und die dabei völlig vergisst, dass einer der grundlegenden Aspekte seines Werks der Kampf um Hegemonie ist. Kategorien, Bewertungen, historische Bezüge – man könnte sagen, dass all dies die Linke heute letztlich der herrschenden Ideologie entnimmt. 1996 gab Anlass, sich der vierzig Jahre zuvor stattgefundenen sowjetischen Invasion in Ungarn zu erinnern; und logischer- wie pflichtgemäßerweise beschäftigten sich die Kommunisten damit in tiefgründiger und unbarmherziger Selbstkritik. 1997 hat jedoch niemand die Gelegenheit ergriffen, an die Unterdrückungsmaßnahmen Tschiang Kaischeks auf Formosa 50 Jahre zuvor zu erinnern. Ein ziemlich unwichtiges Ereignis? Wir wissen von amtlicher ungarischer Seite, dass den tragischen Ereignissen von 1956 2.500 Menschen zum Opfer fielen; Neun Jahre zuvor, Anfang 1947, kostete die Repression der von den USA gestützten Kuomintang 10.000 Menschenleben.<sup>13</sup>

Jedes Jahr wird neu an das Geschehen auf dem Tien An Men Platz erinnert; aber wer erinnert sich, dass im selben Jahr 1989 bei der Intervention der USA

12 Waldron, 1995, S. 149.

13 Lutzker, 1987, S. 178.

in Panama, ohne Kriegserklärung und mit der Bombardierung von dicht bevölkerten Vierteln, Hunderte oder Tausende Menschen starben? Man darf wohl sagen, dass die Linke und nicht wenige Kommunisten heute auch in Hinblick auf ihre historische Wahrnehmung und ihr historisches Gedächtnis nur über eine beschränkte Souveränität verfügen.

Noch viel deutlicher wird der Mangel an Autonomie beim Gebrauch der Kategorien. Ich beschränke mich hier auf ein besonders eklatantes Beispiel. Wie oft hat nicht die linke Presse, und bisweilen sogar die kommunistische, sich der bürgerlichen darin angeschlossen, die damalige Opposition gegen Jelzin, einschließlich der russischer Kommunisten, als »nationalistisch« zu kennzeichnen?! Es mag jedoch genügen, die Erklärungen der US-amerikanischen Führer zu lesen, um auf den Boden der Tatsachen zurückzufinden. Bush sr. hat sich seinerzeit mit exemplarischer Deutlichkeit ausgedrückt:

»Ich sehe in Amerika die führende Nation, die einzige mit einer besonderen Rolle in dieser Welt. Unser Jahrhundert wird das amerikanische genannt, weil wir, zum Wohl der Welt, die beherrschende Macht sind. Wir haben Europa gerettet, die Kinderlähmung geheilt, sind auf den Mond gegangen und haben die Welt mit unserer Kultur erhellt. Jetzt stehen wir am Vorabend eines neuen Jahrhunderts: Nach welchem Land wird es benannt werden? Es wird, meine ich, ein weiteres amerikanisches Jahrhundert sein. Unser Werk ist noch nicht beendet, unsere Kraft noch nicht verausgabt.«<sup>14</sup>

Identisch ist, wie wir hier sehen werden, die Orientierung des »Demokraten« Clinton und des »Pragmatisten« Kissinger. Wir sehen hier die unglückselige Mythologie vom auserwählten Volk erneut Gestalt annehmen. Der Chauvinismus, der sie charakterisiert, ist unverkennbar; doch als Nationalisten werden jene abgestempelt, die es wagen, diesem auserwählten Volk Widerstand entgegenzusetzen.

Deren Misstrauen aber ist mehr als berechtigt. Letztlich räumt das auch die amerikanische Zeitschrift Time ein: »Vier Monate lang hat sich eine Gruppe von amerikanischen Beratern heimlich an der Kampagne zur Wahl Jelzins beteiligt.« Um Missverständnisse zu vermeiden, hatte ein »maßgeblicher Vertreter des State Departments erklärt, dass »ein kommunistischer

14 Vgl. Losurdo, 2008, 8. Kap. 3.



Sieg« keinesfalls toleriert werden könne.<sup>15</sup> Deshalb: Wie immer das Urteil über die Putschisten vom August 1991 ausfallen mag, es ist anzuerkennen, dass ihr Verhalten bestimmt war von der berechtigten Sorge um die Einheit und Unabhängigkeit des Landes! Und wie immer das Urteil ausfallen mag über die Art, in der die chinesischen Kommunisten der Krise von 1989 begegnet sind, Tatsache ist, dass sie allen Grund haben, wachsam zu sein gegenüber den Manövern, die darauf abzielen, die Einheit und Unabhängigkeit des heute einzigen Landes zu zerstören, das in der Lage ist, den definitiven Triumph des amerikanischen Jahrhunderts zu behindern. Um es deutlich zu sagen: Hier geht es nicht darum, diese oder jene Haltung in der Auseinandersetzung zwischen der ehemaligen KPdSU und der KP Chinas zu rechtfertigen: Jedes konkrete Verhalten dieser oder jener kommunistischen Partei – bzw. jeder Partei, die sich auf den Kommunismus beruft – muss einer konkreten und vorurteilsfreien Analyse unterzogen werden. Doch diese Analyse darf nicht unkritisch jener interessierten und instrumentalisierten entnommen werden, die von der herrschenden Ideologie verbreitet wird. Die Vorurteilslosigkeit muss sich auf alles erstrecken und muss darauf abzielen, die Autonomie des Urteils und des historischen Gedächtnisses zurückzugewinnen. Die Kommunisten sind aufgerufen, sich endlich frei zu machen von jener beschränkten Souveränität, die die Sieger im Kalten Krieg bzw. im »Dritten Weltkrieg« so gerne verewigen möchten.

15 Vgl. Chiesa, 1997, S. 14 und 36.

## IV. Die Jahre Lenins und Stalins: Eine erste Bilanz

### 1. Totaler Krieg und »Totalitarismus«

Man kann die Geschichte der UdSSR nicht von ihrem internationalen Kontext trennen. Weit mehr als auf die belastende asiatische Tradition verweist der – erst leninsche, dann stalinsche – Terror auf den Totalitarismus, der sich weltweit auszubreiten beginnt seit dem Ausbruch des Zweiten Dreißigjährigen Krieges, als der Staat, auch in den liberalen Ländern, sich die »legitime« Gewalt über Leben, Tod und Freiheit« (Max Weber) anmaßt. Davon zeugen die totale Mobilmachung, die Militärgerichte, die Exekutionspelotons, die Dezimationen. Es lohnt sich, vor allem über diese letztere Praxis nachzudenken, von der das Oberkommando des liberalen Italien regen Gebrauch macht und die das Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit über Bord wirft. Aufschlussreich ist auch, was sich in den USA abspielt. Nach Pearl Harbor lässt Franklin D. Roosevelt die amerikanischen Bürger japanischer Herkunft (einschließlich der Frauen und Kinder) in Konzentrationslager deportieren, und zwar nicht auf Grund irgendwelcher Vergehen, sonder einzig wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer verdächtigen ethnischen Gruppe. (Auch hier wird – und dies ist eins der konstitutiven Merkmale des Totalitarismus – das Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit aufgegeben.) Noch 1950 kommt es zur Verabschiedung des *McCarran Act*, eines Gesetzes, das den Bau von sechs Konzentrationslagern, die politische Gefangene aufnehmen sollen in verschiedenen Regionen des Landes vorsieht. Zu den Befürwortern dieses Gesetzes gehören etliche Abgeordnete, die einmal als Präsidenten der USA bekannt werden sollen: Kennedy, Nixon und Johnson! Sogar das Phänomen der Personalisierung der Macht kann in vergleichender Perspektive untersucht werden. Von den Wogen der großen Krise ins Präsidentenamt gespült und sofort mit größten Machtbefugnissen ausgestattet, wird F.D. Roosevelt dreimal wiedergewählt (er stirbt freilich schon zu Beginn seiner vierten Amtszeit).

Entstanden im Verlauf eines Krieges, der die totale Mobilmachung und Gleichschaltung der Bevölkerung mit sich brachte, und zwar auch in Ländern mit einer gefestigten liberalen Tradition und darüber hinaus einer relativ

sicheren geografischen Lage (weil vom Mittelmeer oder vom Ozean umgeben), ist die Sowjetmacht gezwungen, mit einer permanenten Ausnahme-situation zurechtzukommen. Wenn wir die Periode vom Oktober 1917 bis 1953, dem Todesjahr Stalins, untersuchen, stellen wir fest, dass sie von mindestens vier oder fünf Kriegen und von zwei Revolutionen gekennzeichnet ist. Im Westen folgt der Aggression des wilhelminischen Deutschland (bis zum Frieden von Brest-Litowsk) erst die der Entente und dann die des hitlerfaschistischen Deutschland, und schließlich ein von lokalen Konflikten durchgesetzter Kalter Krieg, der jederzeit zu einem großen heißen werden kann – in dem dann auch die Atomwaffe eingesetzt wird. Im Osten wird Japan (das sich erst 1922 aus Sibirien und erst 1925 von Sachalin zurückgezogen hat) durch die Invasion in der Mandschurei zu einer militärischen Bedrohung an den Grenzen der UdSSR, die jedenfalls schon 1938 und 1939, noch vor dem offiziellen Beginn des Zweiten Weltkrieges, in größere Grenzgefechte verwickelt wird. Alle hier genannten Kriege sind totale Kriege in dem Sinn, dass ihnen entweder keine Kriegserklärung (ob seitens der Entente oder des Dritten Reichs) vorausgeht oder dass die Invasoren die erklärte Absicht verfolgen, das bestehende Regime zu zerschlagen: Der hitlerfaschistische Feldzug zielt dann gar auf die Ausrottung der »Untermenschen« im Osten. Zu den Kriegen kommen die Revolutionen hinzu, nämlich außer der vom Oktober die Revolution von oben in Form der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung des flachen Landes, die 1929 beginnen. Die Diktatur Lenins und, bei aller Unterschiedlichkeit, die Stalins stimmen in dem wesentlichen Punkt überein, dass sie konfrontiert sind mit diesem totalen Krieg und mit dem permanenten Ausnahmezustand in der Sowjetunion (und das heißt in einem zurückgebliebenen Land ohne liberale Tradition).

## **2. Gulag und Emanzipation in der Epoche Stalins**

Bisher haben wir wenig oder nicht von der inneren Entwicklung des Landes gesprochen, das aus der bolschewistischen Revolution hervorging. Hier muss sofort gesagt werden, und das gilt sogar für die stalinsche Periode, dass der Terror nur die eine Seite der Medaille ist. Die andere soll hier mit Ziffern und Angaben angedeutet werden, die von gänzlich unverdächtigen Autoren stammen: »Der fünfte Fünfjahresplan für das Unterrichtswesen war ein organisier-

ter Anlauf zur Beseitigung des Analphabetentums«; weitere Initiativen auf diesem Gebiet führen zur Herausbildung »einer völlig neuen Generation von Facharbeitern und Technikern und technisch gebildetem Verwaltungspersonal«. Zwischen 1927/28 und 1932/33 steigt die Zahl der Studierenden an Universitäten und höheren Schulen sprunghaft an von 160.000 auf 470.000; der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien steigt von einem Viertel auf die Hälfte. »Neue Städte werden gegründet, und alte Städte werden umgestaltet«; Die Entstehung neuer gigantischer Industriekomplexe geht Hand in Hand mit einer großen vertikalen Mobilität, die zum »sozialen Aufstieg fähiger und ehrgeiziger Bürger aus dem Arbeiter- oder Bauernmilieu« führt. Als Folge auch der grausamen und groß angelegten Repression jener Jahre »werden Zehntausende von Stachanow-Arbeitern Werksdirektoren« und kommt es, ein analoger Vorgang, zu einer gigantischen vertikalen Mobilität in den Streitkräften.<sup>16</sup> Man versteht nichts von der Stalinperiode, wenn man sich nicht die für sie charakteristische Mischung von Barbarei (einem enormen Gulag) und sozialem Aufstieg auf großer Stufenleiter vor Augen hält.

### 3. Eine Geschichte, derer man sich nur schämen muss?

Die Geschichte der Machtausübung unter Lenin und Stalin ist kein Kapitel, dessen sich Kommunisten vor allem schämen müssten, wie dies die Anhänger des (antimarxistischen) Phantoms einer »Rückkehr zu Marx« behaupten. Das epochale Kennzeichen der Oktoberrevolution und der von Lenin eingeleiteten Wende wurde 1924 von Stalin so beschrieben:

»Früher beschränkte sich die nationale Frage gewöhnlich auf einen engen Kreis von Fragen, die hauptsächlich die ›zivilisierten‹ Nationalitäten betrafen. Irländer, Ungarn, Polen, Finnen, Serben und einige andere Nationalitäten Europas – das war der Kreis der nichtvollberechtigten Völker, für deren Schicksale sich die Helden der II. Internationale interessierten. Die Millionen und aber Millionen der Völker Asiens und Afrikas, die unter der nationalen Bedrückung in ihrer rohesten und härtesten Form litten, blieben gewöhnlich außerhalb ihres Gesichtsfeldes. Man konnte sich nicht entschließen, Weiße

16 Tucker, 1990, S. 201 f. und S. 324; Medwedew, 1977, S. 404.

und Farbige, ›Zivilisierte‹ und ›Unzivilisierte‹ in eine Reihe zu stellen. [...] Der Leninismus hat dieses schreiende Missverhältnis aufgedeckt, die Scheidewand zwischen Weißen und Farbigen, zwischen Europäern und Asiaten, zwischen ›zivilisierten‹ und ›unzivilisierten‹ Sklaven des Imperialismus niedergerissen und auf diese Weise die nationale Frage mit der Frage der Kolonien verknüpft.«<sup>17</sup>

Nur Gerede? So könnten knickrige Provinzkrämer oder kurzsichtige kapitalistische Manager argumentieren, die alle Theorie, welche keinen unmittelbaren Profit bringt, für unwesentlich halten. Auf keinen Fall aber kann dies der Standpunkt eines Kommunisten sein, der von Lenin gelernt haben sollte, dass Theorie völlig unentbehrlich ist für die Konstituierung einer emanzipatorischen Bewegung, und der von Marx gelernt haben sollte, dass die Theorie, wenn sie die Massen ergreift, zu einer materiellen Kraft ersten Ranges wird. Und dies ist auch wirklich geschehen.

Auch in den dunkelsten Jahren des Stalinismus hat die internationale kommunistische Bewegung eine fortschrittliche Rolle gespielt – nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Im »Dritten Reich« hat der jüdische Philologe Viktor Klemperer in herzerreißenden Worten die Beleidigungen und Erniedrigungen notiert, die mit dem Tragen des Davidsterns verbunden waren. Jedoch:

»Ein Möbelträger ..., der mir von zwei Umzügen her zugetan ist, steht in der Freiburger Straße plötzlich vor mir und packt meine Hand mit seinen beiden Tatzen und flüstert, dass man es über den Fahrdamm weg hören muss: ›Nu, Herr Professor, lassen Sie bloß den Kopf nicht hängen! Nächstens haben sie doch abgewirtschaftet, die verfluchten Brüder!‹«

Der jüdische Philologe meint dazu mit liebevoller Ironie, dass es schon »gute Leute ..., riechen sehr nach KPD« sein müssen, die derart das Regime herausfordern.<sup>18</sup>

Wechseln wir von Deutschland in die USA. Dort ist Franklin D. Roosevelt Präsident geworden. Aber im Süden wird die gegen die Schwarzen gerichtete Politik der Rassentrennung und Lynchjustiz fortgesetzt. Wer dagegen kämpft, sind die Kommunisten, die deshalb nicht zufällig von der herrschenden Ideo-

17 Stalin, 1971, Bd. 6, S. 122 f.

18 Klemperer, 1975, S. 178.

logie als »Ausländer« und »Negerliebhaber« (*nigger lovers*) gebrandmarkt werden. Ein amerikanischer Historiker beschreibt den Mut, dessen die Kommunisten auch in den SA bedurften: »Ihre Kampfansage an den Rassismus und den Status quo führte zu einer Repressionswelle, die man für unvorstellbar in einem demokratischen Land gehalten hätte«; Kommunist zu sein, habe bedeutet, »die Möglichkeit von Gefängnis, Zusammengeslagen werden, persönlicher Verfolgung und sogar des Todes einzukalkulieren«.<sup>19</sup>

Und demnach haben in zwei so ganz unterschiedlichen Ländern gegen die antisemitische und antihemitische (negerfeindliche) Barbarei Kommunisten gekämpft, die – wie wir hinzufügen wollen – voller Sympathie und Hoffnung auf die UdSSR Stalins blickten.

#### 4. Churchill, Franklin Delano Roosevelt und Stalin

Doch prüfen wir jetzt die Ideologie des Diktators in Person und konfrontieren wir sie nicht mit der Hitlers – einen derart absurden Vergleich überlassen wir professionellen Antikommunisten –, sondern mit der Ideologie zweier anderer Führer der antifaschistischen Koalition. Vor einigen Jahren hat eine angesehene englische Zeitung enthüllt, dass Churchill sich mit dem – unter Reaktionen des ausgehenden 19. Jahrhunderts weit verbreiteten – Gedanken trug, die Rasse der Vagabunden, Müßiggänger und Kriminellen, der Barbaren, die unfähig sind, sich auf dem Niveau der Zivilisiertheit zu bewegen, zwangsweise sterilisieren zu lassen.<sup>20</sup> Diese Denktradition ist auch noch bei Franklin Delano Roosevelt spürbar. Nachdem er in Jalta erklärt hatte, er fühle sich »mehr denn je rachedurstig gegenüber den Deutschen« wegen der von diesen begangenen Verbrechen, liebäugelte der US-Präsident zumindest eine Zeit lang mit einem radikalen Projekt:

»Wir müssen hart sein Deutschland gegenüber – und ich meine damit das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen das deutsche Volk kastrieren oder es jedenfalls so behandeln, dass es nie wieder Leute hervorbringen kann, die sich wie in der Vergangenheit aufführen wollen.«

19 Kelley, 1990, S. 30 u. XII.

20 Ponting, 1992.

Ungeachtet der Verluste und unsäglichen Leiden aufgrund der hitlerfaschistischen Aggression gab es bei Stalin keine vergleichbare *en-bloc*-Rassisierung der Deutschen. Im August 1942 erklärte er:

»Es wäre lächerlich, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, dass die Hitler kommen und gehen, dass aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt. Die Stärke der Roten Armee beruht auf der Tatsache, dass diese keinerlei Rassenhass hegt und hegen kann gegen andere Völker, auch nicht gegen das deutsche Volk.«<sup>21</sup>

Auch in diesem Fall kann man versuchen, dies als bloße Theorie abzutun, aber eins ist gewiss: Ungeachtet der Barbarisierung und der Schrecken dieser Jahre, noch bei Stalin erweist sich die marxistische Theorie jener überlegen, zu der sich die angesehensten Exponenten der bürgerlichen Welt bekennen.

## 5. Zwei Kapitel aus der Geschichte der subalternen Klassen und der unterdrückten Völker

Den Kommunisten, die sich der von der herrschenden Ideologie aufgezwungenen Dämonisierung Stalins anschließen, wollen wir eine Überlegung vorschlagen. Berufen sie sich doch zuweilen auf Spartakus. Die Geschichtsschreiber berichten, dass Spartakus, um den Tod eines seiner Genossen zu rächen und zu ehren, dreihundert römische Gefangene geopfert habe; die anderen tötete er am Vorabend der Schlacht. Noch gewalttätiger war das Verhalten der Sklaven, die einige Jahrzehnte zuvor einen Aufstand in Sizilien wagten; nach Diodorus Siculus brachen sie in die Häuser der Herren ein, vergewaltigten die Frauen und richteten »ein großes Blutbad (an), das nicht einmal vor den Säuglingen halt machte«. Dies sind gewiss nicht die Verhaltensweisen, an die die italienischen Kommunisten erinnern wollen, wenn sie bei den *Liberazione*-Festen oder im Parteiorgan des PRC das Bild von Spartakus schwenken. Sie weigern sich jedenfalls, ihn auf eine Ebene mit Crassus zu stellen, dem es gelang, nachdem er im römischen Heer mittels der Dezimation eiserne Diszi-

21 Hinsichtlich des allgemeinen hier skizzierten Bildes des 20. Jahrhunderts verweise ich auf Losurdo, 2007 und Losurdo, 1998.

plin durchgesetzt hatte, die Aufständischen zu besiegen, und der dann vier-tausend Gefangene entlang der Via Appia kreuzigen ließ. Dort also Crassus, der reichste Mann Roms und damit befasst, die Institution der Sklaverei zu verewigen und den »sprechenden Werkzeugen der Erde« alle Würde zu verweigern; und hier eines dieser sprechenden Werkzeuge, dem es gelingt, den Protest seiner Arbeits- und Leidensgenossen auszudrücken und zu organisieren und wenigstens eine Zeit lang die Arroganz seiner imperialen Herren in die Schranken zu weisen. Indem sie Spartakus ehren, bekräftigen die italienischen Kommunisten lediglich, dass seine Persönlichkeit und sein Schicksal untrennbar zur Geschichte der subalternen Klassen gehören, dass sie Teil einer Bewegung sind, die, ungeachtet ihrer Irrtümer, eine Emanzipationsbewegung war und ist.

Davon unterscheidet sich kaum die Bedeutung, die die russischen Kommunisten ihrem Demonstrieren hinter dem Porträt Stalins beimessen: Sie wollen sich damit ebenso wenig mit dem Gulag und der systematischen Liquidierung der Gegner identifizieren, wie die *Liberazione* sich identifizieren will mit der Vergewaltigung der Frauen und dem Massakrieren von Gefangenen und Säuglingen, derer sich die aufständischen Sklaven schuldig gemacht haben. Die alberne Verklärung von Spartakus ist die andere Seite der Medaille der Dämonisierung Stalins. Es macht keinen Sinn, vor der Realität zu flüchten oder sie willkürlich so zu vereinfachen, dass der Seelenfrieden gewahrt bleibt: Man braucht kein Kommunist zu sein, jeder ehrliche Historiker kann erkennen, dass der »Stalinismus«, mit allen seinen Schrecken, ein Kapitel jenes Emanzipationsprozesses ist, der das Dritte Reich besiegt hat, der den Impuls gab für die Dekolonisierung und für den Kampf gegen den antisemitischen und antihamitischen Rassismus.

Ein Historiker hat beobachtet: Es ist ein Irrtum zu glauben, dass »der Rassismus der Nazis schon in den 30er Jahren dieses [des 20.] Jahrhunderts zurückgewiesen worden sei«; der Neologismus »Rassismus« mit seiner negativen Konnotation wird erst später benutzt, während zuvor das Rassenvorurteil ein selbstverständlicher Bestandteil der herrschenden Ideologie auf beiden Seiten des Atlantik war.<sup>22</sup> Kann man sich die radikalen Wandlungen in

22 Barkan, 1992, S. 1–3.



der Auseinandersetzung über »Rasse« und »Rassismus« ohne den Beitrag der UdSSR Stalins überhaupt vorstellen?

## **6. Die Kommunisten müssen sich rasch ihre Geschichte wieder aneignen**

Vor mehreren Jahren hat Clinton erklärt, er wolle sich an Theodore Roosevelt ein Beispiel nehmen. Dieser ist nicht nur der Theoretiker des »großen Knüppels«, der im Umgang mit den Ländern Lateinamerikas benutzt werden müsse. Die Person, die dem derzeitigen amerikanischen Präsidenten so teuer ist, ist auch der Verkünder des »ewigen Kriegs« ohne »falsche Sentimentalitäten« gegen die Rothäute: »Ich gehe nicht so weit zu glauben, dass nur tote Indianer gute Indianer seien, doch glaube ich, dass dies in neun von zehn Fällen zutrifft; und andererseits würde ich auch beim zehnten nicht allzu tief schürfen wollen.« Natürlich ist dies nicht jener Theodore Roosevelt, den sich Clinton zum Vorbild nehmen möchte. Aber zu denken gibt das sorglose Sichberufen auf eine Persönlichkeit, die bis an die Schwelle zur theoretischen Rechtfertigung des Völkermords gegangen ist; und zu denken gibt das Schweigen jener, die unermüdlich von den Kommunisten und der Linken verlangen, sie sollten endlich mit ihrer verbrecherischen Vergangenheit abrechnen.

Andererseits haben bekannte Juristen angesichts des Embargos gegen das irakische Volk zwischen dem ersten und dem zweiten Golfkrieg von einem »westlichen Völkermord« oder jedenfalls einem Massaker gesprochen (das schon Hunderttausende von Menschenleben gekostet hat). Und dieses Massaker fand nicht im Verlauf eines schrecklichen Ausnahmezustands statt, sondern in einer Friedensperiode (sogar der Kalte Krieg ist beendet), zu einer Zeit, da die Sicherheit und sogar die Hegemonie der Vereinigten Staaten in keiner Weise gefährdet sind. Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die Verbrechen Lenins und Stalins seien schlimmer als jene, derer sich die amerikanischen Führer schuldig machten?

Während der Präsidentschaft Clintons hat der einflussreiche italienische Leitartikler Sergio Romano die periodischen Bombenangriffe auf den Irak eine Fortsetzung der Wahlkampagne mit anderen Mitteln genannt. Das Terrorbombardement als Werbespot: Diese Erfindung, die Goebbels Freude gemacht hätte, war jedoch dem Führungsland des »demokratischen« Westens vorbe-

halten. Und all dies, noch einmal, in einer Periode des Friedens. Und von neuem stellt sich die Frage: Warum eigentlich sollte ein künftiger Historiker die US-Präsidenten für »humanem halten als jene, die die UdSSR in einer der tragischsten Perioden der Weltgeschichte geführt haben? Da mutet die Haltung gewisser Kommunisten schon sehr befremdlich oder philiströs an, die einerseits Stalin dämonisieren, andererseits in Clinton einen Exponenten der, wenn auch gemäßigten, »Linken« sehen wollten.

Prüfen wir die Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus: Der Westen hat die Indios von der Erdoberfläche getilgt und die Schwarzen versklavt; einem ähnlichen Schicksal hat er andere Kolonialvölker unterworfen, doch dies hat den Westen nicht daran gehindert, seine Expansion deshalb als Vormarsch von Freiheit und Zivilisation darzustellen und zu feiern. Und diese Vision hat zuweilen damit geendet, selbst die Opfer in einer Weise zu erobern bzw. völlig abhängig zu machen, dass sie, in der Hoffnung, in den Schoß der »Zivilisation« aufgenommen zu werden, ihre Niederlage verinnerlicht und ihr historisches Gedächtnis und ihre kulturelle Identität aufgegeben haben. Heute werden wir Zeugen von einer Art Kolonisierung des historischen Bewusstseins der Kommunisten. Und das ist mehr als eine bloße Metapher. Historisch ist die kommunistische Bewegung an die Macht gekommen in Kolonialländern, jedenfalls an den Rändern des Westens. Andererseits ist mit dem Triumph der Globalisierung und der *pax americana* unter medialen Gesichtspunkten der ganze Rest der Welt Provinz und Kolonie geworden – zumindest potenziell und in Hinblick auf das Zentrum des Imperiums, das von Washington aus tagtäglich jeden Ort des Erdballs mit konzentriertem multimedialem Feuer bestreichen kann und bestreicht. Dem zu widerstehen ist schwer, doch ohne solchen Widerstand gibt es keine Kommunisten.

## V. Warum die USA den »Dritten Weltkrieg« gewonnen haben

### 1. Die diplomatisch-militärische Offensive der USA

Der Anfang und das Ende des »kalten Krieges« werden von zwei explizit militärischen Warnungen markiert, zwei Drohungen nicht nur mit Krieg, sondern mit totalem Krieg und Vernichtung: Der von Truman befohlenen atomaren Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki und dem von Reagan initiierten »Sternenkriegs«-Programm. Doch nicht nur aus diesem Grund kann die Periode zwischen 1945 und 1991 als eine Art »Dritter Weltkrieg« mit besonderen Merkmalen verstanden werden. Den Siegern ist es gelungen, die politisch-militärische Schlachtordnung ihrer Feinde aus den Angeln zu heben. Fünf Jahre nach dem Bruch mit der UdSSR, 1953, wurde Jugoslawien aufgrund seiner Unterzeichnung des mit der Türkei und Griechenland geschlossenen »Balkanpakts« als eine Art korrespondierendes Mitglied der NATO in die »Verteidigungsstellung des Westens« eingebaut.<sup>23</sup> Seit den 1970er Jahren beginnt sich mit der chinesisch-amerikanischen Wiederannäherung eine »*de facto*-Allianz« gegen die UdSSR herauszubilden, welche letztere ihrerseits die USA für eine »Quasi-Allianz gegen China« zu gewinnen sucht.<sup>24</sup>

Offenkundig waren die siegreichen diplomatischen Initiativen des Westens verbunden mit heftigen militärischen Pressionen. Schauen wir uns die Politik an, die Volkschina, das nach Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten kolonialer Demütigung endlich die nationale Einheit zu erlangen sucht, in diesen Auseinandersetzungen verfolgt. Es geht ihm in erster Linie darum, Quemoy und Matsu zurückzugewinnen, zwei Inseln, die – wie Churchill in einem Brief an Eisenhower vom 15. Februar 1955 unterstreicht – »im Küstenbereich« liegen, »rechtlich ein Teil Chinas sind« und eine Art an die Schläfe gesetzte Pistole

23 So drückt sich im selben Jahr das Jahrbuch der internationalen Politik des ISPI (1953, S. 391) aus. Zitiert nach: Canfora, 1996.

24 Kissinger, 1994, S. 729 f.

bilden.<sup>25</sup> Aber auf genau diese Pistole will die amerikanische Administration nicht verzichten und zögert deshalb nicht, mit Atomwaffen zu drohen. Als deshalb 1958 die Krise um Quemoy und Matsu erneut ausbricht, beschränkt sich die UdSSR im Bewusstsein der klaren Überlegenheit der USA darauf, China eine Schutzzusage zu geben, die sich auf sein Festlandsterritorium beschränkt: Das große asiatische Land ist gezwungen, auf ein Ziel zu verzichten, das auch Churchill für vollkommen legitim hält und die Wiedergewinnung seiner territorialen Vollständigkeit zu vertagen. Die Rückendeckung, die Mao Chruschtschow zwei Jahre zuvor gegeben hat bei der Wiederherstellung des *contre-cordon sanitaire*, den die Führungsmacht des sozialistischen Lagers brauchte, hat nichts genützt; die linientreue Unterordnung unter die UdSSR schien deshalb den chinesischen Führern nicht länger der Weg, auf dem die nationale Einheit wiedererlangt und die Zeit der kolonialen Demütigungen beendet werden könnte. Wenn nicht die Anwendung von Waffengewalt, so hat auf jeden Fall die Drohung damit, und vor allem die Drohung mit Nukleawaffen, in ganz direkter und vielleicht sogar entscheidender Weise die Entwicklung des »Dritten Weltkriegs« beeinflusst.

## 2. Nationale Frage und Auflösung des »sozialistischen Lagers«

All dies macht die Verantwortung, die Fehler und Verbrechen des sozialistischen Lagers nicht kleiner, im Gegenteil: Es lässt sie deutlicher werden. Werfen wir einen kurzen Blick auf die schwersten Krisenmomente. 1948: Bruch der UdSSR mit Jugoslawien. 1956: Invasion in Ungarn. 1968: Invasion in der Tschechoslowakei. 1969: Blutige Zwischenfälle an der Grenze zwischen der UdSSR und China; zu diesem Zeitpunkt grade noch einmal vermieden, wird der Krieg zwischen Ländern, die sich auf den Sozialismus berufen, ein Jahrzehnt später mit dem Zusammenstoß zuerst von Vietnam und Kambodscha, dann von China und Vietnam tragische Realität. 1981: Kriege in Polen, um einer möglichen »brüderlichen« Intervention der UdSSR zuvorzukommen und eine Oppositionsbewegung unter Kontrolle zu halten, die auch deshalb breite Gefolgschaft findet, weil sie an die vom Großen Bruder verletzte natio-

25 S. unten, 9. Kap., 4.

nale Identität appelliert. Aus unterschiedlichen Gründen ist allen diesen Krisen gemeinsam, dass die nationale Frage dabei eine zentrale Rolle spielt. Die Auflösung des sozialistischen Lagers hat nicht zufällig an der Peripherie des »Imperiums« begonnen, in Ländern, die seit längerer Zeit unzufrieden waren mit der ihnen aufgezwungenen beschränkten Souveränität; und auch im Inneren der UdSSR gab den entscheidenden Anstoß zum schließlichen Zusammenbruch, noch vor dem obskuren »Putsch« vom August 1991, der Aufruhr in den baltischen Republiken, in die der Sozialismus 1939/40 »exportiert« worden war: In gewisser Weise hat die nationale Frage, die einen wesentlichen Beitrag zum Sieg der Oktoberrevolution geleistet hat, auch das Ende des mit dem Oktober begonnenen historischen Zyklus besiegelt.

Die größere Vitalität der Chinesischen Volksrepublik (wie immer man ihre derzeitigen politischen Orientierungen bewerten mag) erklärt sich auch daraus, dass Mao die historischen Erfahrungen beherzigte und es verstand, sich mit den schweren Irrtümern, die in der UdSSR hinsichtlich der Beziehungen zu den Bauern und den nationalen Minderheiten begangen worden waren, kritisch auseinanderzusetzen.<sup>26</sup> Zumindest in bestimmten Momenten ihrer Geschichte haben es die chinesischen Kommunisten verstanden, sich auf der Höhe jener Äußerungen Lenins von 1916 zu halten, die unterstreichen, dass die nationale Frage auch dann bleibt, wenn kommunistische und Arbeiterparteien die Macht erobert haben: »das siegreiche Proletariat« muss mühsam lernen, der Versuchung zu widerstehen, einem »fremden Volk« die »Beglückung« von außen aufzuzwingen.<sup>27</sup> In einer Positionsbestimmung der KPCh von 1956 wird betont, dass innerhalb des sozialistischen Lagers »ständige Bemühungen zur Überwindung der Tendenz zum Chauvinismus großer Nationen nötig sind«, einer Tendenz, die keineswegs unmittelbar zusammen mit dem besiegten bürgerlichen oder halbfeudalen Regime verschwinde und sogar im »Überlegenheitsgefühl«, das der Sieg der Revolution mit sich bringe, neue Nahrung finden könne. Wir haben es zu tun mit einer »Erscheinung, die keine Besonderheit dieses oder jenes Landes ist. Zum Beispiel kann das Land B klein und zurückgeblieben sein im Vergleich zum Land A, aber groß und entwickelt verglichen mit Land C. Es kann deshalb vorkommen, dass Land B, während

26 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 328 und 333.

27 Lenin 1955 ff., Bd. 22, S. 360.

es sich über den Chauvinismus der großen Nation des Landes A beklagt, im Verhältnis zu Land C selbst Verhaltensweisen der großen Nation annimmt.«<sup>28</sup> Das Problem wird hier ganz allgemein behandelt, doch es ist unschwer zu erkennen, dass hinter C sich Jugoslawien verbirgt, das sich einerseits zwar zurecht über den Chauvinismus und die Arroganz der UdSSR (A) beklagte, andererseits aber im Verhältnis zu Albanien (C) selbst hegemoniale Ambitionen zeigte. Später jedoch sollten die chinesischen Kommunisten die UdSSR als sozialistisch in Worten und imperialistisch in der Tat denunzieren; sie griffen dabei auf eine Kategorie (»Sozialimperialismus«) zurück, die zwar Handlungen wie die Invasion in der Tschechoslowakei richtig brandmarkt, aber zu Unrecht nationale Widersprüche sowie chauvinistische und hegemoniale Tendenzen erneut aus der Realität der sozialistischen Welt entfernt und damit in eine utopistische Auffassung von Sozialismus zurückfällt.

In unseren Tagen kam Fidel Castro im Bemühen, eine kritische und selbstkritische Bilanz zu ziehen, zu diesem bemerkenswerten Schluss: »Wir Sozialisten haben den Irrtum begangen, die Macht des Nationalismus und der Religion zu unterschätzen.«<sup>29</sup> Man sollte sich vor Augen halten, dass grade die Religion einen wesentlichen Bestandteil der nationalen Identität ausmachen kann: Man denke an Länder wie Polen und Irland; (aber heute ließe sich vielleicht Ähnliches für die islamische Welt sagen). Aus einem abstrakten und aggressiven »Internationalismus«, unfähig, die nationalen Besonderheiten zu erkennen und zu respektieren, wurde mit Breschnew die offen chauvinistische und hegemoniale Theorie der »internationalen Diktatur des Proletariats« und der begrenzten Souveränität von offiziell mit der UdSSR verbündeten Ländern. Von daher rühren das Zerbröseln und das Debakel des sozialistischen Lagers und schließlich der Triumph und die Praxis der von den USA ausgeübten »internationalen Diktatur der Bourgeoisie«.

28 Renmin Ribao 1971, S. 37.

29 SchJesinger jr., 1992, S. 25.

### 3. Die ökonomische und die ideologische Front des »Dritten Weltkriegs«

Die zweite Front des »Dritten Weltkriegs«, nach der diplomatisch-militärischen, ist die ökonomische, mit dem technologischen Embargo, das gegenüber der UdSSR erklärt wurde und praktisch bis zu ihrem Zusammenbruch in Kraft blieb. Es wäre dennoch falsch, die Rolle der Ökonomie in diesem Geschehen zu überschätzen. Es genügt der Hinweis auf einige unverdächtige amerikanische Autoren. Paul Kennedy sieht das Russland der 1930er Jahre auf dem Weg der raschen Transformation »zu einer wirtschaftlichen Supermacht«, und konstatiert für das Jahrzehnt 1945 bis 1950 ein »kleines ökonomisches Wundern.<sup>30</sup> In den Jahren unmittelbar danach wächst die Wirtschaft der Sowjetunion »schneller als die der USA«: Dies zumindest meint Lester Thurow, dem »das unerwartete Verschwinden des Kommunismus« als »mysteriös« gilt, wenigstens auf ökonomischem Gebiet.<sup>31</sup> Wenn wir uns den Zusammenbruch der Produktion vergegenwärtigen, der sich in den ehemals sozialistischen Ländern nach 1991 vollzog, lässt sich mit Entschiedenheit sagen, dass die Ökonomie nicht der Schlüssel zur Erklärung des Debakels des »realen Sozialismus« sein kann.

Wir sind deshalb gezwungen, auf die dritte Front im »Dritten Weltkrieg«, die ideologische, zu achten. Die Schaffung eines effizienten »Psychological Warfare Workshop« war eine der ersten Aufgaben, die sich die CIA stellte. Schon im November 1945 verlangte der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, die Einrichtung leistungsfähiger Rundfunkstationen, die in all den verschiedenen Sprachen der Sowjetunion senden sollten. In den Tagen des ungarischen Aufstands von 1956 spielte das Dutzend kleiner Radiostationen, die heimlich im Land eingerichtet wurden, eine wesentliche Rolle.

30 Kennedy, 1989, S. 24f. und 499.

31 Thurow, 1992, S. 11 ff.

#### 4. Eine gänzlich unrealistische Theorie des Kommunismus

Doch die multimediale Übermacht der USA ist nicht das Wichtigste. In den 1950er Jahren (in denen, wie wir sahen, der ökonomische Entwicklungsrhythmus der UdSSR sehr vielversprechend war) verkündete Chruschtschow gleichzeitig das Ziel des Kommunismus und des Überholens der USA: Damals war der »reale Sozialismus« ideologisch derart in der Offensive, dass auf dem Feld der Geschichte und der Geschichtsphilosophie das Schicksal des Kapitalismus schon besiegelt zu sein schien. Die folgenden Jahre und Jahrzehnte zeigten den irrealen Charakter dieser Auffassung. Die Sowjetunion, gezwungen ihre Ambitionen drastisch zu reduzieren, erwies sich als unfähig, die eigene Geschichte zu bilanzieren und die eigene Ideologie gründlich zu überdenken: Ihre Führer versicherten wieder und wieder, man schreite rasch voran auf dem Weg zur Verwirklichung des Kommunismus – eines Kommunismus, der auf die fantastische Art verstanden wurde, die oft die uns von Marx und Engels überlieferte Definition charakterisiert. Gemäß der Deutschen Ideologie würde der Kommunismus eine Situation hervorbringen, die es jedem Einzelnen »möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren«, je nach Lust und Laune, »ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden«.<sup>32</sup>

Wenn wir eine solche Definition übernehmen wollen, dann verlangt der Kommunismus eine so wunderbare Entwicklung der Produktivkräfte, dass die Probleme und Konflikte verschwinden, die mit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und daher mit der Arbeit, mit der Messung und der Kontrolle der zur Erzeugung dieses Reichtums erforderlichen Arbeit zu tun haben; außerdem setzt ein so verstandener Kommunismus wohl das Ende nicht nur des Staates, sondern auch der Arbeitsteilung, in Wirklichkeit der Arbeit selbst voraus, und letzten Endes das Verschwinden jeglicher Form von Macht und Pflicht. Jahrzehnte einer reichen historischen Erfahrung sollten dazu angeregt haben, derlei Themen und Probleme umfassend zu überdenken: In Wirklichkeit ist man nicht weit hinaus gekommen über die Bemühungen Lenins, die Theorie der sozialistischen Revolution neu zu formulieren und in gewisser



Weise die lange Dauer und Komplexität des Übergangs zur Kenntnis zu nehmen; was gefehlt hat, ist das (absolut erforderliche) radikale Neudurchdenken der Theorie des Sozialismus und des Kommunismus, der nachkapitalistischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Doch je mehr das Erreichen des Kommunismus in eine immer entferntere und unwahrscheinlichere Zukunft verlagert wurde, desto mehr kam dem »realen Sozialismus« jede denkbare Legitimation abhanden: Einer Nomenklatura, die zunehmend selbstherrlicher wurde, und immer verdorbener und korrupter, mangelte es gewiss an jener universellen Legitimation unserer Zeit, die sich auf die Demokratie und die Volkssouveränität bezieht. Überdies untergrub der »reale Sozialismus« mit seinen eigenen Ergebnissen die Grundlagen seiner Existenz: Der allgegenwärtige Zwang wurde immer unerträglicher für eine Zivilgesellschaft, die dank der Massenbeschulung und der Verbreitung der Kultur sowie der Erreichung eines Mindestmaßes an sozialer Sicherheit wuchs.

Die internen Schwierigkeiten des »sozialistischen Lagers« wurden immer offenkundiger, der Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung verlangsamte sich und die geschichtsphilosophische These von der unvermeidlichen (und bevorstehenden) Krise des Kapitalismus kam mehr und mehr selbst in die Krise; die Konsensbasis schwand und dem gewaltigen Repressionsapparat wurde mit wachsender Abneigung begegnet, und gleichzeitig beteten die sowjetischen Führer wieder und wieder ihre ermüdende Leier von der Ankunft eines Kommunismus der oben geschilderten fantastischen Sorte herunter. Und derartige Litaneien hatten ihrerseits sehr nachteilige Auswirkungen auf die Ökonomie: Die bereits offenkundigen Rückstände und Ungleichgewichte hätten energische Eingriffe zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordert; doch die Lösung dieses Problems wurde gewiss nicht erleichtert durch die Ansicht, man befinde sich auf dem Weg zu einem auf allgemeinen Müßiggang ausgerichteten Kommunismus, und auch nicht durch das verbreitete ideologische Klima, in dem jeder Anlauf zur Rationalisierung des Produktionsprozesses als »Restauration des Kapitalismus« gebrandmarkt wurde. Wenn es einen Kollaps in Osteuropa gab, so war dieser weit mehr ideologischer als ökonomischer Natur.

## 5. »Ohne revolutionäre Theorie keine Revolution«

Aber ist eine Erklärung nicht idealistisch, die den Akzent weit mehr auf die Ideologie als auf die Ökonomie setzt? Bei der Beschäftigung mit dieser Frage täten die Marxisten gut daran, Gramscis Ironie angesichts der »barocken Überzeugung, man sei desto orthodoxer, je mehr man auf ›materielle‹ Dinge zurückgreife«, <sup>33</sup> nicht zu vergessen. Außerdem lohnt es sich, über eine von Lenins berühmtesten Thesen nachzudenken: »Ohne revolutionäre Theorie keine Revolution«. Die bolschewistische Partei hatte gewiss eine Theorie zur Eroberung der Macht; aber soweit Revolution über die Zerschlagung der alten Ordnung hinaus auch auf die Errichtung der neuen abzielt, standen die Bolschewiki und die kommunistische Bewegung im Wesentlichen ohne revolutionäre Theorie da. Denn die eschatologische Hoffnung auf eine vollständig versöhnte Gesellschaft ohne jegliche Widersprüche und Konflikte kann gewiss nicht als eine Theorie der zu errichtenden nachkapitalistischen Gesellschaft betrachtet werden. Hier klafft, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, eine gravierende Lücke. Sie lässt sich weder mit einer Rückkehr zu Marx noch mit der zu anderen Klassikern schließen. Hier stehen wir vor einer neuen, außerordentlich schwierigen, aber absolut unausweichlichen Aufgabe.

33 Gramsci, 1975, S. 1442.

## **VI. Volkschina und die historische Bilanz des Sozialismus**

### **1. Mao Zedong und die chinesische Revolution**

In China hat die kommunistische Partei auf der Woge eines nationalen Befreiungskampfs von epischem Ausmaß die Macht erobert: Die Projekte einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung sind daher eng verflochten mit der Aufgabe, der chinesischen Nation ihre Würde zurückzugeben; einer Nation, die eine Jahrtausende alte Zivilisation repräsentiert, die aber seit dem Opiumkrieg in halbkoloniale (und halbfeudale) Verhältnisse gezwungen worden war. Wie das riesige asiatische Land gleichzeitig in die Moderne und zum Sozialismus führen und dabei seine vom Imperialismus erzwungene Zerstückelung und nationale Erniedrigung überwinden? Und wie dies fertig bringen unter den schwierigen Bedingungen des kalten Krieges und des wirtschaftlichen, zumindest aber technologischen Embargos, das von den entwickelten kapitalistischen Ländern verhängt wurde? Mao Zedong hat geglaubt, diese Probleme ließen sich lösen durch eine unaufhörliche Massenmobilisierung: Von daher kam es erst zum »Großen Sprung nach vorn«, dann zur »Kulturrevolution«. Während sich die Schwierigkeiten und die Sackgasse des sowjetischen Modells abzeichneten, gab Mao die Parole der »Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats« aus. Eine neue Etappe der Revolution sollte gleichzeitig die ökonomische Entwicklung und das weitere Vorankommen in Richtung Sozialismus garantieren, und diese neue revolutionäre Etappe hatte die Aufgabe, die Initiative der Massen von allen bürokratischen Hindernissen zu befreien, auch von dem bürokratischen Hindernis der kommunistischen Partei und des von dieser geleiteten Staates.

Kein Zweifel: Das Unternehmen führte in den Bankrott. Auf der politischen Ebene gab es statt der erhofften ungestümen Entwicklung eine erschreckende Verlangsamung bzw. Rückschritte im Demokratisierungsprozess. Die demokratischen Spielregeln und Garantien in der kommunistischen Partei und erst recht in der Gesellschaft wurden abgeschafft. Eindeutig verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Han und nationalen Minderheiten, die

während der »Kulturrevolution« wie eine gigantische Vendée behandelt wurden: Sie wurden also unterdrückt oder indoktriniert in einem pädagogischen Schnellverfahren, das inspiriert war von einer intoleranten und aggressiven »Aufklärung«, die aus Peking oder anderen von Han bewohnten urbanen Zentren stammte. Da Partei und Staat als vermittelnde Instanzen hinweggefegt waren, bestand schließlich nur noch die direkte Verbindung zwischen charismatischem Führer einerseits, den von den Informationsmitteln mobilisierten und fanatisierten und von der (notfalls zum Eingreifen bereiten) Armee kontrollierten Massen andererseits. In diesen Jahren hat tatsächlich der Bonapartismus Triumphe gefeiert.

Der Bankrott wurde auch auf ökonomischem Gebiet offenkundig, und zwar nicht nur wegen der Risse und unaufhörlichen Konfrontationen aufgrund der Krise jeglichen Rechtfertigungsprinzips außer der Treue zum charismatischen Führer. Es gibt einen vielleicht noch wichtigeren Aspekt. »Großer Sprung nach vorn« und »Kulturrevolution« trugen dem Profanisierungsprozess keine Rechnung: Man kann nicht ständig und in alle Ewigkeit mobilisieren, an die Selbstverleugnung, die Verzichts- und Opferbereitschaft, an den Heroismus der Massen appellieren. Ein solcher Appell muss Ausnahme bleiben, darf nicht zur Regel werden. Mit Brecht könnte man sagen: »Glücklich das Volk, das keine Helden braucht.« Helden sind notwendig für den Übergang vom Ausnahmezustand zur Normalität und sind Helden nur insofern, als sie den Übergang zur Normalität garantieren können; und das heißt, sie sind Helden nur in dem Maß, in dem sie fähig sind, sich selbst überflüssig zu machen. Es wäre ein sehr eigenartiger »Kommunismus«, der *ad infinitum*, oder fast *ad infinitum*, Opfer- und Verzichtsbereitschaft zur Voraussetzung hat. Die Normalität muss nach verschiedenen Kriterien organisiert werden, mittels Mechanismen und Normen, die den möglichst ungestörten Genuss des Alltags erlauben: Dazu braucht es Spielregeln und, was die Wirtschaft angeht, Anreize.

In den letzten Jahren oder Monaten seines Lebens muss Mao selbst die Notwendigkeit eines Kurswechsels in gewisser Weise bewusst geworden sein. Deng Xiaoping hat es verstanden, diesen neuen Kurs durchzusetzen, ohne das Chruschtschowsche Modell der »Entstalinisierung« zu imitieren, das heißt ohne den zu dämonisieren, der zuvor die Macht innehatte. Die enormen historischen Verdienste, die Mao sich beim Aufbau der kommunistischen Partei und der Leitung des revolutionären Kampfs erworben hatte, wurden nicht

vergessen gemacht, und die schweren Fehler, die seit Ende der 1950er Jahre begangen wurden, wurden in einen größeren Kontext gestellt, nämlich in den Rahmen der mehr oder weniger überstürzten und sogar verrückten Experimente, die die Versuche zum Bau einer neuen Gesellschaft ohne historische Vorbilder zu begleiten pflegen. Hatte nicht derselbe Mao, in seinen besseren Zeiten, 1937, als Autor der Abhandlung Über die Praxis dazu aufgefordert, die grundlegende Tatsache nicht aus dem Blick zu verlieren, dass, wie »die Entwicklung eines objektiven Prozesses«, so auch »die Entwicklung der menschlichen Erkenntnis ... voller Widersprüche und Kämpfe« steckt? Dies ist in der Tat der Schlüssel, um die Wechselfälle zu verstehen, die für die Geschichte der kommunistischen Parteien und der Gesellschaften, die sich auf den Kommunismus berufen haben, charakteristisch waren: Es geht darum, den objektiv widersprüchlichen Charakter des Bewusstseinsprozesses zu betonen, und nicht den »Verrat« oder die »Degeneration« dieser oder jener Persönlichkeit. Indem er alles auf den »Personenkult« reduzierte und Stalin dämonisierte, übernahm Chruschtschow dessen schlechteres Erbteil; da er es ablehnte, in der Auseinandersetzung mit Mao so zu verfahren, erbte Deng Xiaoping dessen bessere Seiten.

Das Verfahren, für das sich die neue chinesische Führung entschied, hat jedenfalls die Delegitimierung der revolutionären Macht vermieden; und vor allem hat es, da eben nicht alle Schwierigkeiten, Ungewissheiten und objektiven Widersprüche auf eine einzige Person als Sündenbock geschoben wurden, eine wirkliche Debatte über die Bedingungen und Charakteristika des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft möglich werden lassen. Im Laufe dieser Debatte wurde dann auch der dem »Großen Sprung nach vorn« und der »Kulturrevolution« innewohnende Ansatz kritisiert und verworfen.

## **2. Eine gigantische und neuartige NÖP**

Auf ökonomischem Gebiet sehen wir so allmählich den »Marktsozialismus« sich herausbilden. Charakteristisch für ihn sind das Entstehen eines großen privatwirtschaftlichen Sektors und das Bemühen, den staatlichen und öffentlichen Sektor der Wirtschaft effizient zu machen. Das Anknüpfen an der Technologie des Westens sowie an dessen Erfahrungen auf dem Gebiet der industriellen Organisation und der Betriebsführung, die Ankoppelung an den

Weltmarkt sind nicht umsonst zu haben: In China entstehen offen kapitalistische »ökonomische Sonderzonen«. Andererseits, was wäre die Alternative? Vor allem nach der Krise und der Auflösung der UdSSR und des »sozialistischen Lagers« ist es nicht länger möglich, sich vom kapitalistischen Weltmarkt abzuschotten, will man sich nicht zu Rückständigkeit und Ohnmacht verurteilen. Unter den neuen Bedingungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik wäre Isolation gleichbedeutend mit Verzicht auf Modernität und Sozialismus. Und doch, bei allen hohen Kosten, das Resultat des neuen Kurses ist allgemein sichtbar: Eine sehr beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte, ein Wirtschaftswunder von kontinentalen Ausmaßen, der Zugang von Hunderten von Millionen Chinesen zu zuvor nie genossenen ökonomischen und sozialen Rechten und demnach ein Emanzipationsprozess von enormem Ausmaß.

Auf politischem Gebiet ging es darum, die Reste des alten Regimes, die die Revolution überlebt haben, und die mit der traditionellen Arroganz der Mandarine verbundene Arroganz der neuen Bürokraten zu beseitigen und so die Demokratie zu entwickeln; deshalb wurde der Mao teure Weg der »Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats« verlassen. Da er die ohnehin spärlichen existierenden Normen und Garantien in die Krise brachte und delegitimierte, hat dieser Weg nämlich die Übermacht und Willkür von Chefs und Chefleins jeglicher Sorte keineswegs beseitigt, sondern letztlich äußerst verschärft. Die Begrenzung und Kontrolle der Macht ist heute Aufgabe der Herrschaft der Gesetze, eines kodifizierten Regelwerks von Normen und Garantien, eines zuvor unbekannten und derzeit rapide wachsenden Rechtssystems. Gleichzeitig mit der Trennung der Parteiorgane von denen des Staates entwickelt sich in den Dörfern ein Wahlsystem, das auf der Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten beruht. Weitere Demokratisierungsmaßnahmen sind in der Erprobung als Teil eines Prozesses, der, wie die Führer Volkschinas wissen und auch ausdrücklich sagen, noch längst nicht abgeschlossen ist. Im Lauf seiner Geschichte hat der »reale Sozialismus« die »formalen« Freiheiten als inhaltsleer und trügerisch gebrandmarkt; auf derselben Linie hat sich paradoxerweise auch die »Kulturrevolution« bewegt. In unseren Tagen jedoch schätzen die chinesischen Kommunisten die vom Gesetz garantierten »formalen« Freiheiten sehr hoch ein; auch wenn sie daran festhalten, dass im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Volksrepublik China das Hauptgewicht auf die Förderung der Produktivkräfte gelegt werden muss, um

die ökonomischen und sozialen Rechte weiter auszubauen. Die Entscheidung für den Weg der auch politischen Modernisierung ist jedenfalls unwiderruflich. Auf politischem wie auf ökonomischem Gebiet ist kein Sozialismus mehr denkbar, der nicht Bilanz zieht und die fortgeschrittensten Erfahrungen des kapitalistischen Westens auf der Woge der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht schöpferisch auszuwerten versteht.

Die in China gegenwärtig geltende Sozialordnung stellt sich als eine Art gigantischer und verlängerter NÖP dar, lässt also an die neue ökonomische Politik denken, die Lenin an Stelle des utopistischen Kasernen-Egalitarismus des »Kriegscommunismus« einführt: Diese Politik verfolgt in erster Linie das Ziel der Entwicklung der Produktivkräfte und führt zu mehr oder weniger breiten Zugeständnissen dem Privateigentum, dem Markt und der kapitalistische Bourgeoisie gegenüber. Es ist in China eine aufgrund der Globalisierung und der internationalen Kräfteverhältnisse schwieriger gewordene NÖP, die sich jedoch bewusst ist der Notwendigkeit, ständig Sozialismus, Demokratie und Markt miteinander zu verbinden und dabei die grob vereinfachende Auffassung von der Homogenität der neuen Gesellschaft, die es aufzubauen gilt, zu überwinden.

### **3. Ungeheuer viel steht auf dem Spiel**

Wer in Hinblick auf China von einer Restauration des Kapitalismus spricht, geht das Problem allzu oberflächlich an. Kein Zweifel: Dort hat sich eine solide Bourgeoisie herausgebildet, die jedoch derzeit keine Möglichkeit hat, ihre ökonomische Macht politisch umzusetzen. Man muss die schwierige Situation der chinesischen Führung verstehen: Einerseits geht es darum, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben, als wesentliches Element der sozialistischen Modernisierung wie der Festigung der Macht (das einzige Legitimationsprinzip ist heute das der Investitur von unten); andererseits gilt es zu vermeiden, dass der notwendige Demokratisierungsprozess zur Machteroberung durch die Bourgeoisie führt. Dies jedoch ist das hartnäckig verfolgte Ziel der Vereinigten Staaten, die entschlossen sind, mit allen Mitteln die Hegemonie der Kommunistischen Partei zu unterhöhlen, um China definitiv dem kapitalistischen Westen anzupassen und den schließlich planetarischen Triumph des »amerikanischen Jahrhunderts« zu besiegeln.

Leider findet die US-Administration dabei auch Unterstützung von »links«. Eine gewisse Linke nimmt Anstoß an der Priorität, die dem Kampf gegen die Armut und die Rückständigkeit eingeräumt wird in einem Entwicklungsland mit einer Milliarde und zweihundert Millionen Einwohnern, und demonstriert damit, dass sie auf die Positionen der Neoliberalen regrediert ist, die nicht nur auf Marx, sondern auch auf einen Links-Liberalen (*liberal*) wie Rawls mit Verachtung blicken. Denn dieser fordert zwar das Primat der Freiheit gegenüber der Gleichheit oder, in anderer Ausdrucksweise, der negativen über die positive Freiheit, fügt jedoch hinzu, dass dieses Primat nur etwas taugt »unter der Voraussetzung eines Mindestmaßes an Einkommen«.

Und der erklärte Kapitalismus der »wirtschaftlichen Sonderzonen«? Jene, die sich im Namen Mao Zedongs dem antichinesischen Kreuzzug anschließen, täten gut daran, über eine Tatsache nachzudenken: Noch fünf Jahre nach der Eroberung der Macht konstatierte der große revolutionäre Führer ganz ohne Empörung die Dauerhaftigkeit in diesem Riesenland nicht nur des Kapitalismus, sondern auch des »Sklavenhalter-Eigentums« (mit Bezug auf Tibet) beziehungsweise »des feudalen Eigentums«. <sup>34</sup> Und was die Fülle an Elend und Arbeitslosigkeit in abstoßendem Kontrast zum üppigen Leben der neuen Reichen angeht, lohnt es sich, eine außerordentliche Seite des Gramsci von 1926 zu lesen, die der Analyse der UdSSR und eines »in der Geschichte noch nie dagewesenen« Phänomens gilt: Eine politisch »herrschende« Klasse lebt »in ihrer Gesamtheit« »unter Verhältnissen, die schlechter sind als die bestimmter Elemente und Schichten der beherrschten und unterworfenen Klasse«. Die Volksmassen, die weiterhin ein Leben der Entbehrungen erleiden, sind verunsichert durch das Schauspiel des »in Pelz gekleideten *Nepman*, dem alle Güter der Erde zur Verfügung stehen«; und dennoch darf dies nicht zu Empörung und Ablehnung führen, weil nämlich das Proletariat weder die Macht erobern noch sie behalten kann, wenn es nicht fähig ist, partikulare und unmittelbare Interessen den »allgemeinen und permanenten Interessen der Klasse« zu opfern. <sup>35</sup>

Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist ein äußerst komplexer Prozess. Sicher, die Inhalte und Wesensmerkmale der Gesellschaft, die die

34 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 161.

35 Gramsci, 1971, S. 129f.



chinesischen Kommunisten anstreben, bleiben vage. Ein weiteres Mal vollzieht sich der Prozess der Erkenntnis der objektiven Realität und erst recht der objektiven Realität einer Gesellschaft ohne historisches Vorbild nicht linear und mühelos. Auch angesichts der theoretischen Schwäche des Marxismus wäre es eine Dummheit, in dieser Epoche der Globalisierung die große Gefahr der Homologisierung Chinas, seiner Anpassung an das kapitalistische Umfeld zu unterschätzen; aber es hieße politisch blind sein, diese Homologisierung schon für gegeben zu halten und es wäre noch schlechter, würden wir sie dadurch befördern, dass wir uns der von den USA geführten antichinesischen Kampagne anschließen. Ungeheuer viel steht auf dem Spiel. Durch Schwierigkeiten und Widersprüche jeglicher Art hindurch zeichnet sich die Realität eines Kontinent-Landes ab, das die Unterentwicklung überwindet und das entschlossen ist, dabei seine politische Unabhängigkeit nicht preiszugeben und dadurch technologisch autonom zu werden, dass es zu einer sozialistischen Moderne vorstößt. Das Gelingen dieses Versuchs würde die Kräfteverhältnisse auf unserem Planeten und die Welt insgesamt drastisch verändern.

## VII. Marxismus oder Anarchismus? Die kommunistische Theorie und Praxis grundlegend neu durchdenken

### 1. Materialismus oder Idealismus?

Das historische Geschehen, das von der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, hat bei der Linken zu etlichen Schlussfolgerungen geführt, die als Negativmodelle dienen können. Nicht selten werden die Degeneration und das Debakel der UdSSR und des »sozialistischen Lagers« dadurch erklärt, dass alles auf Stalin zurückgeführt wird. Es ist eine Haltung, die sich in eine Art Seufzer übersetzen ließe: Ach, wenn nur Lenin länger gelebt hätte! Welch schreckliches Unglück, dass sein Platz nicht von Trotzki oder von Bucharin eingenommen wurde! Schade, dass die bolschewistische Führungsgruppe nicht dem von Marx gewiesenen Weg zu folgen verstand oder folgen wollte – dem Weg jenes »authentischen« Marx, versteht sich, der jedes Mal von dem einen oder andern unbeugsamen Richter über die Geschichte des »realen Sozialismus« angezeigt wird. Wenn zufällig einer von ihnen (oder eine, wie zum Beispiel Rossana Rossanda, historische Führerin der kommunistischen Bewegung und der »kommunistischen Tageszeitung« *il manifesto*) statt Stalins die Macht innegehabt hätte, hätten wir nicht die Rückkehr der Duma und der zaristischen Fahne nach Moskau, sondern ganz im Gegenteil den Triumph der Sowjets und der roten Fahne in New York erlebt! Wären derartige Bilanzen richtig, müssten wir nicht zu Marx, sondern mindestens zu Platon und seinem Idealismus zurückkehren. Es fällt in der Tat schwer, sich eine radikalere Liquidation des historischen Materialismus vorzustellen. Die objektiven Gegebenheiten interessieren nicht im geringsten: Die Lage Russlands und sein historischer Hintergrund; die Klassenkämpfe innerhalb des Landes und auf internationaler Ebene, die Kräfteverhältnisse auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet, usw. Alles soll abhängen von der Grobheit, der Brutalität, dem Machtwillen, der Paranoia, auf jeden Fall vom Charakter einer einzigen Persönlichkeit. Das Schöne ist, dass diese Art von Erklärung den grundlegenden Irrtum des Stalinismus reproduziert und

sogar vergrößert reproduziert, nämlich das Vergessen der objektiven Widersprüche und den daraus folgenden ungenierten und vorurteilsbeladenen Rekurs auf die Kategorie des »Verrats«: Nicht nur ein bestimmtes Ereignis, sondern fast siebenzig Jahre Geschichte werden jetzt mit einem einzigen, ununterbrochenen »Verrat« der kommunistischen Ideale erklärt, begangen von Stalin, der damit dem Hinrichtungskommando der Historiker oder besser der Journalisten und Ideologen überantwortet wird. Aus dieser Art von Erklärung wird manchmal eine regelrechte Geschichtsphilosophie gezimmert: In den Jahren um 1968 herum war ein Buch ziemlich verbreitet, das schon in seinem Titel (*Proletarier ohne Revolution*) den Schlüssel zur Lektüre der Universalgeschichte lieferte: Stets beseelt von den edelsten revolutionären Gefühlen, wurden die Massen letztendlich regelmäßig verlassen oder verraten von den Führern und Bürokraten. Auch hier haben wir es mit einem Paradox zu tun; was eine Anklagerede gegen Führer und Bürokraten sein wollte, schlägt in Wirklichkeit zu einer Anklage gegen die Massen um: Diese entlarven sich als unverbesserliche Einfaltspinsel, sind stets unfähig, in den entscheidenden Augenblicken ihre wirklichen Interessen zu begreifen, und neigen jedes Mal dazu, ihr Schicksal in die Hände von Abenteurern zu geben. Und von neuem zeigt sich hier der übersteigertste Idealismus: Der Betrug oder Verrat dieser Abenteurer muss die ganze Weltgeschichte erklären.

Gelegentlich präsentiert sich diese Art von Erklärung in einer leichten Variante. Man stelle die anfängliche Lebendigkeit, Fülle, Schönheit der Debatten in den Sowjets der Monotonie des bürokratischen und autokratischen Apparats, der sich später durchsetzt, entgegen: Und schon haben wir wieder die Jagd auf den Verräter, den Totengräber und Mörder der Sowjets. Wer so argumentiert, oder so seufzt, vergisst, dass der Übergang von der Poesie zur Prosa für alle Revolutionen und Umwälzungen der Geschichte charakteristisch ist. Die protestantische Reformation forderte den Papst und die Mächte ihrer Zeit heraus, indem sie die Parole des allgemeinen Priestertums ausgab: Doch der ursprüngliche Enthusiasmus überlebte nicht das Zutagetreten von Schwierigkeiten und objektiven Widersprüchen und den Ausbruch der folgenden schrecklichen Konflikte. Die Veränderung konnten sich nur auf einer beschränkteren, immerhin aber realen Basis vollziehen. Ähnliche Überlegungen ließen sich für das aus den Revolutionen von 1789 und 1848 hervorgegangene Frankreich anstellen.

Es ist widersinnig, den magischen Moment der Einmütigkeit während des Kampfs gegen das alte Regime, das gestürzt werden soll, zu vergleichen mit der nachfolgenden prosaischen und schwierigen Phase des neuen, das aufgebaut werden muss über Schwierigkeiten und Widersprüche jeglicher Art hinweg, einschließlich derer, die von mangelnder Erfahrung herrühren. Das wäre, als wollte man eine – auch gelungene – Ehe oder Partnerschaft verurteilen im Namen des einmaligen und unwiederholbaren Moments des ersten Sichverliebense! Im Entwicklungsgang von Revolutionen scheint der ursprüngliche Enthusiasmus der Beteiligten für einige Zeit Arbeitsteilung und Alltagsgeschäfte zu suspendieren, doch melden sich diese offenkundig wieder zu Wort: Schon deshalb wird es nötig, die aktiv in Anspruch genommene soziale Basis zu beschränken, was unvermeidlich zu einem bestimmten Maß an Professionalisierung des politischen Lebens führt. Ein und dieselbe Dialektik ist charakteristisch für den Entwicklungsgang der Institutionen, die aus der protestantischen Reformation hervorgingen, für die Clubs der französischen Revolution, die russischen Sowjets, die PCI-Sektionen, die im Widerstand entstanden oder wieder entstanden, für die Studentenversammlungen, die sich im Verlauf der 68er-Bewegung bildeten: Das »allgemeine Priestertum« kann nicht ewig dauern; es macht einer begrenzteren und prosaischeren Sache Platz, die jedoch, falls die Revolution oder die Bewegung siegt, etwas anderes ist als die Rückkehr zum alten. Was die UdSSR angeht, so war und ist das wirkliche Problem nicht der Abschied von der ursprünglichen Schönheit der Sowjets, sondern die Rückkehr der Duma sowie der ökonomischen und politischen Macht des großen Geldes.

## 2. »Diktatur des Proletariats« und »Absterben des Staates«

Um das Feld der Pseudoerklärungen idealistischen Typs zu räumen, ist es nötig, die Kategorie des Verrats (der in der Realität eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt) durch die des Lernens zu ersetzen. Der Sieg einer Revolution kann erst dann als gefestigt gelten, wenn es der sie tragenden Klasse gelungen ist, ihrer Herrschaft eine dauerhafte politische Form zu verleihen. All dies geschieht in einem langen und komplexen, konfliktreichen und widersprüchlichen, von Versuch und Irrtum geprägten Lernprozess. Dieser Lernprozess dauert zum Beispiel für die französische Bourgeoisie von 1789 bis 1871; erst

nach diesem Zeitpunkt findet diese – wie Gramsci zurecht unterstreicht – in der parlamentarischen Republik auf der Grundlage des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts die politische Form ihrer Herrschaft. Diese erweist sich, in einer modernen Gesellschaft, dann als dauerhaft, wenn es gelingt, Hegemonie und Zwang zu verbinden und dabei das Moment des Zwangs und der Diktatur nur in Augenblicken einer akuten Krise in Erscheinung treten zu lassen.

Warum ist Ähnliches nicht nach der Oktoberrevolution geschehen? Um die »totalitäre« Versteinierung des Sowjetregimes zu erklären, wird oft auf die Theorie der Diktatur des Proletariats Bezug genommen. Das ist sehr oberflächlich. Schließlich wird damit die liberale oder jedenfalls nichtmarxistische Tradition geschönt, als ob für diese die Forderung nach Freiheit die theoretische Rechtfertigung einer Diktatur für die Übergangsphase oder für Situationen der akuten Krise ausschliesse. In Wirklichkeit haben alle Klassiker des Liberalismus (Locke, Montesquieu, Hamilton, Mill usw.) ausdrücklich die Suspendierung der konstitutionellen Garantien und den Rückgriff auf die offene Diktatur für den Fall des Ausnahmezustands vorgesehen. Was Italien angeht, ist das Beispiel Mazzinis von besonderem Interesse, der von einer »diktatorischen, stark konzentrierten Macht« spricht, welche die Charta der Rechte »suspendiert« und die ihre Aufgabe erst erfüllt hat, wenn die Unabhängigkeit erreicht ist und die nationale Revolution endgültig gesiegt hat. Was für Mazzini die nationale Revolution, ist für Marx, Lenin (oder Stalin) die soziale Revolution. Das Problem hinsichtlich der UdSSR kann also so reformuliert werden: Warum wurde die Übergangsphase bzw. der Ausnahmezustand nie überwunden?

Offenkundig darf man die imperialistische Umzingelung nicht aus dem Blick verlieren. Aber mit diesem objektiven Faktum eng verflochten ist eine bedeutsame subjektive Grenze der politischen und kulturellen Bildung der bolschewistischen Führer. Wie bei Marx und Engels wird auch bei ihnen hin und wieder das Problem der Demokratie aufgeworfen, sogar mit Macht, um dann jedoch sofort wieder zu verschwinden. Und zwar deshalb, weil zu den Grundlagen ihrer Theorie oder ihrer Überzeugung gehört, dass mit der Überwindung der Klassenantagonismen und der sozialen Klassen auch der Staat und deshalb die Demokratie als eine Form des Staates abstirbt.

Dieser Theorie, oder besser dieser Illusion von Marx und Engels liegt eine dramatische historische Bilanz zugrunde. In Frankreich transformierte sich die im Zug der Revolution von 1789 geborene Erste Republik in die Diktatur

und dann das Kaiserreich Napoleons I.; die Zweite Republik, ein Kind der Revolution von 1848, machte rasch der bonapartistischen Diktatur Napoleons III. Platz. Was England angehe, so schritt dort die herrschende Klasse in Krisenzeiten mühelos zur Aufhebung der *habeas corpus*-Akte und der konstitutionellen Garantien und unterwarf das gegenüber der britischen Fremdherrschaft unbotmäßige Irland einer Art permanentem Belagerungszustand. Und demnach hat der liberale und demokratische Staat, sobald sich eine Krisensituation zeige oder zuspitzt, nie Schwierigkeiten, sich in eine offene und sogar terroristische Diktatur zu verwandeln. Vor allem Lenin drängte sich diese Schlussfolgerung auf. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs sah der bolschewistische Führer auch die Staaten mir einer sehr gefestigten liberalen Tradition zur totalen Reglementierung der Bevölkerung übergehen und sich in blutige Molochs verwandeln, die zum Kriegsrecht, zu Exekutionspelotons und zuweilen auch zur Praxis der Dezimation griffen und ihre Bürger in Massen auf dem Altar des Machtwillens und der imperialistischen Herrschaft opferten.

Obgleich von ihrer historischen und psychologischen Genese her zu verstehen, mündete die These vom Absterben des Staates in der eschatologischen Vision einer konfliktfreien Gesellschaft, die folglich auch keine juridischen Normen brauchte, um Konflikte zu begrenzen und zu regeln. Des abstrakt utopischen Charakters ihrer Losung scheinen sich in bestimmten Momenten auch Marx und Engels bewusst zu werden, wenn sie, mit bemerkenswertem Schwanken, einmal von der Abschaffung oder vom Absterben des Staates überhaupt, ein andermal des »Staates im gegenwärtigen politischen Sinn« beziehungsweise der »politischen Gewalt im eigentlichen Sinne« sprechen. Andererseits ist der Staat auch ihrer eigenen Analyse zufolge nicht nur ein Werkzeug der Klassenherrschaft, sondern auch eine Form der »wechselseitigen Garantie«, der »wechselseitigen Versicherung« zwischen den Individuen der herrschenden Klasse. Man versteht dann nicht, weshalb, nach dem Verschwinden der Klassen und des Klassenkampfes, die »Garantie« oder die »Versicherung« für die einzelnen Mitglieder einer einheitlichen Gemeinschaft überflüssig werden sollten.<sup>36</sup> Auf jeden Fall macht das Warten auf das Verschwinden jeden Konflikts und das Absterben des Staates und der politi-

36 S. hierzu Losurdo, 2000, 3. Kap.

schen Gewalt überhaupt es unmöglich, das Problem der Transformation des aus der sozialistischen Revolution hervorgegangenen Staates zu lösen; diese Erwartung begünstigt das Entstehen bzw. das Fortdauern eines banalen und unergiebiges »Umstürzlerturns«, einer Haltung, die unfähig ist, der Emanzipation der subalternen Klassen Konkretheit und Stabilität zu verleihen. Nach der Oktoberrevolution gab es exponierte revolutionäre Sozialisten, die verkündeten, dass »die Idee der Verfassung eine bürgerliche Idee« sei; auf einer solchen Grundlage ist es nicht nur leicht, jedwede terroristische Maßnahme gegen eine Notlage zu rechtfertigen; es wird auch höchst schwierig oder unmöglich der Übergang zu einer konstitutionellen Normalität, die schon im Vorhinein als »bürgerlich« abgestempelt ist. So lanciert schließlich der Ausnahmezustand die Utopie, und diese wiederum verschärft den Ausnahmezustand.

### 3. Politik und Ökonomie

Verallgemeinernd könnte man sagen, dass für Marx und Engels die Politik, nachdem sie eine entscheidende Rolle bei der Eroberung der Macht gespielt hat, zusammen mit dem Staat und der politischen Gewalt zu verschwinden scheint. Und dies um so mehr, als außer den Klassen, dem Staat und der politischen Gewalt auch die Arbeitsteilung, die Nationen, die Religionen, der Markt, kurz: Alle möglichen Konfliktursachen verschwinden.

Diese messianische Vision, die letzten Endes auf den Anarchismus verweist, hat eine unheilvolle Rolle auch auf wirtschaftlichem Gebiet gespielt. Eine sozialistische Gesellschaft ist undenkbar ohne einen mehr oder minder großen Sektor staatlicher (oder öffentlicher oder sozialisierter oder staatlich kontrollierter) Dienstleistungen und Produktion, deren Funktionieren dann entscheidend wird. Die Lösung dieses Problems kann an die anarchistische Mythologie der Ankunft des »neuen Menschen« delegiert werden, der sich spontan mit dem Kollektiv identifiziert, ohne dass je Widersprüche und Konflikte zwischen Privatem und Öffentlichem oder zwischen dem einen Individuum und dem andern oder zwischen der einen sozialen Gruppe und der andern entstünden (es handelt sich dabei offenkundig um eine verweltlichte Fassung des religiösen Motivs der »Gnade«, die das Gesetz überflüssig macht); oder die Lösung wird gesucht in einem System von Regeln, von Anreizen

(materieller und moralischer Art) und von Kontrollen, die die Transparenz, Effizienz und Produktivität des Sektors sowie die berufliche Kompetenz und Redlichkeit der dort Beschäftigten sichern sollen. Doch all dies wird schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht durch eine (anarchistische) Phänomenologie der Macht, die Herrschaft und Unterdrückung ausschließlich im Staat, in der Zentralgewalt, in der allgemeinen Norm ansiedelt. So wird die Dialektik der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie Marx beschreibt, geradezu umgekehrt: Im »realen Sozialismus« entsprach der Anarchie der Fabrik der Terror gegenüber der Zivilgesellschaft, ein Terror, der in dem Maß immer untragbarer wurde, in dem die Gründe für den Ausnahmezustand schwanden; und immer unglaublicher wurde eine Geschichtsphilosophie, die die Ankunft des Kommunismus mit dem Verschwinden des Staates, der nationalen Identitäten, des Markts usw. versprach.

#### **4. Der Kommunismus jenseits der abstrakten anarchistischen Utopie**

Bis heute fehlt eine Theorie des Konflikts in einer sozialistischen Gesellschaft und einem sozialistischen Lager; deshalb setzt die schwerste Krise der kommunistischen Bewegung paradoxerweise direkt mit dem Triumph, der großen Ausdehnung des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Der bis heute herrschenden anarchistischen und messianischen Auffassung vom Kommunismus muss jedoch dessen Definition als »reale Bewegung« entgegengesetzt werden. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Neuauflage der Formel (»Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts«) von Bernstein, der sich weigerte, die Hauptsache, nämlich die politische Macht der Bourgeoisie und die imperialistische Arroganz der Großmächte, infrage zu stellen. (Es ist bekannt, mit welchem Wohlwollen dieser Führer der deutschen Sozialdemokratie auf die »zivilisatorische« Mission des Kolonialismus blickte.) Das Endziel, das Bernstein (damit die bestehenden politisch-sozialen Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene verewigend) gerne gestrichen gehabt hätte, besteht in Wirklichkeit weiter: Es geht darum, eine nachkapitalistische und nachimperialistische Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft jedoch, die wir uns nicht länger in den Farben einer platten und unkritischen Utopie vorstellen können und dürfen. Die Distanzierung von einer solchen Utopie ist das grund-



legende Merkmal der Marxschen Definition des Kommunismus als »reale Bewegung«.

Die Ratlosigkeit, die das hier umrissene Vorhaben einer Neudefinition des Kommunismus ausgelöst hat, ist durchaus begreiflich. In ihrer Polemik gegen meine Kritik der These vom Absterben des Staates haben die Genossen Luigi Cortesi und Walter Peruzzi, so scheint mir, statt Argumente vorzubringen, die die Idee einer von Konflikten und juridischen Normen freien Gesellschaft plausibel machen könnten, ihrem Missmut darüber Luft gemacht, dass aus meinen Seiten keine runreichend begeisternde Vision der nachkapitalistischen Gesellschaft emporsteigt. Mancher Genosse mag noch weitergehen und sich fragen: Ist es überhaupt der Mühe wert, für eine Zukunft zu kämpfen, die nicht das Ende aller Konflikte und aller Widersprüche bringt? Das ist ein bisschen die religiöse Haltung derer, für die das Erdenleben ohne Weiterleben im Jenseits keinen Sinn macht.

Als Gegengewicht zu dieser letztlich anarchistischen und religiösen Tendenz täte die Lektüre Gramscis gut, dem das enorme historische Verdienst zukommt, als erster über ein wirksames, radikales Emanzipationsprojekt nachgedacht zu haben, das dennoch nicht von sich behauptet, das Ende der Geschichte zu sein. Es geht darum, eine klare Trennlinie zwischen Marxismus und Anarchismus zu ziehen und dabei endgültig Abschied zu nehmen von abstrakten Utopien, aber gleichzeitig die historischen Gründe ihrer Entstehung darzulegen. Wir können uns hier einen Hinweis von Engels zunutze machen, der, die Revolutionen in England und Frankreich bilanzierend, beobachtet: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, dass die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...] Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.«<sup>37</sup> Es gibt keinen Grund, die von Marx und Engels ausgearbeiteten materialistischen Methode nicht auf die von den beiden inspirierte reale geschichtliche Bewegung und Revolution anzuwenden.

## **VIII. Jenseits des Kapitalismus. Das 20. Jahrhundert und das kommunistische Projekt**

### **1. Wie kann der Rückstand zum kapitalistischen Westen aufgeholt werden?**

Auch hinsichtlich der anderen Revolutionen, die nach dem bolschewistischen Oktober das Gesicht der Welt verändert haben, muss man sich weiterhin vom historischen Materialismus inspirieren lassen. Es handelt sich nicht um ein inzwischen abgeschlossenes und der Vergangenheit anvertrautes Geschehen. Ob es nun den berufsmäßigen Antikommunisten und der dem Selbsthass verfallenen Kommunisten oder ehemaligen Kommunisten passt oder nicht: Es gibt noch wichtige Parteien und Länder, die um die Errichtung einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus bemüht sind. Sich in diese Richtung bewegen zu wollen, erklärt eine Partei, die ein Land anführt, das von einem beträchtlichen Teil der Weltbevölkerung bewohnt wird. Wohin bewegt sich China? Zweifellos hat es die tragischste Periode seiner Geschichte überwunden, die Epoche, die mit dem Opiumkrieg begonnen hatte und mit den nachfolgenden territorialen Amputationen und Zerstückelungen durch den Imperialismus fortschritt. Dank der von der kommunistischen Partei geleiteten Revolution und dem von ihr angeführten Aufbau hat das riesige asiatische Land nicht nur außerordentliche Resultate auf ökonomischem und sozialen Gebiet erzielt, sondern auch seine nationale Würde zurückgewinnen können. Zum Symbol für die Arroganz und Schändlichkeit der westlichen »Zivilisatoren« kann das Schild erkoren werden, das 1885 am Eingang zur französischen Konzession in Shanghai angebracht war: »Eintritt verboten für Hunde und Chinesen«. Trotz der frenetischen und anhaltenden Drohungen des Imperialismus findet jetzt ein Land mit einer alten Kultur seine Kraft und Identität dank einer großen Revolution wieder, die eines der faszinierendsten Kapitel der Geschichte der kommunistischen Bewegung darstellt. Und dennoch bleibt die Grundfrage: Um den Aufbau welcher Zukunft ist China bemüht?

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist von einem Hauptproblem durchzogen. Die Revolution hat nicht in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern stattgefunden, die Marx für den Übergang zum Sozialismus vor allem im Blick hatte. Was tun also? Die sozialdemokratische »Lösung« ausgeschlossen, die der Bourgeoisie oder, schlimmer noch, den herrschenden Klassen halbfeudalen und halbkolonialen Typs die politische Macht permanent anvertrauen bzw. zurückgeben, kann das Missverhältnis, das die im Westen ausgebliebene Revolution herstellte, auf drei verschiedene Weisen in Angriff genommen werden und ist auch historisch so in Angriff genommen worden.

Die ersten beiden sind genügend bekannt. Man kann das Land, in dem die Kommunisten die Macht erobert haben, in erster Linie als Ausgangspunkt benutzen, um die Revolution auszudehnen und um hauptsächlich die hochentwickelten kapitalistischen Länder für sich zu gewinnen. Angesichts der ungünstigen Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene kann die Hauptaufgabe auch darin erblickt werden, in diesem einen Land den Sozialismus, das neue Gesellschaftssystem zu errichten, das dazu berufen ist, den Platz des Kapitalismus einzunehmen.

Aber es gibt noch eine andere Möglichkeit, das Missverhältnis anzupacken, von dem wir ausgegangen sind. Sie ist seinerzeit vom ersten Staatspräsidenten der Volksrepublik China, Liu Shaoqi, formuliert worden: Nach ihm bestand die Hauptaufgabe der neuen Volksmacht nach dem Sieg der Revolution darin, die rückständigen Produktivkräfte zu entwickeln. Zur Hauptzielscheibe der »Kulturrevolution« geworden, hat diese Theorie der Produktivkräfte, wie Mao sie abschätzig bezeichnete, nach dem 3. Plenum des XI. ZK im Jahre 1979, das heißt nach der Rückkehr Deng Xiaopings an die Macht, schließlich triumphiert. Wir haben es mit einer Umkehr der Positionen im Vergleich zur »Kulturrevolution« zu tun: Es ist der Übergang von der These des »Klassenkampfes als wichtigstes Glied« zur These von der »ökonomischen Entwicklung als Hauptaufgabe«. So drückt sich Jiang Zemin aus, der diese Linie auf dem XV. Parteitag der KP Chinas, 1997 bestätigt:

»Die Hauptaufgabe des Sozialismus ist es, die Produktivkräfte zu entwickeln. Umso wichtiger ist es, sich im Anfangsstadium mit absolutem Vorrang auf ihre Entwicklung zu konzentrieren. In der Wirtschaft, in der Politik, in der Kultur, in den sozialen Aktivitäten und in anderen Sektoren des Lebens Chinas gibt es verschiedene Widersprüche und auf Grund innerer und inter-

nationaler Faktoren werden über lange Zeit hinweg, in einem gewissen Ausmaß, weiterhin Klassenwidersprüche existieren. Aber der Hauptwiderspruch in der Gesellschaft ist der zwischen den anwachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen Produktion. Der Hauptwiderspruch wird in der Anfangsphase des Prozesses des Aufbaus des Sozialismus in China und in allen Aktivitäten der Gesellschaft weiterhin dieser sein. Daraus ergibt sich, dass wir dazu aufgerufen sind, die wirtschaftliche Entwicklung zur Hauptaufgabe der ganzen Partei und des ganzen Landes zu machen und uns zu versichern, dass alle anderen Aktivitäten dieser Aufgabe untergeordnet bleiben und ihr dienen sollen. Nur wenn wir diesen Hauptwiderspruch und unsere Hauptaufgabe ins rechte Licht rücken, können wir klar und deutlich alle sozialen Widersprüche untersuchen und kontrollieren und wirklich ihre Lösung vorantreiben. Entwicklung ist das absolute Prinzip. Der Schlüssel zur Lösung aller Probleme Chinas liegt in unserer Entwicklung.«<sup>38</sup>

Das Missverhältnis, das sich aus der ausstehenden Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ergibt, kann also dadurch gelöst werden, dass man, was die Entwicklung der Produktivkräfte betrifft, das mehr oder weniger rückständige Land, in dem die Kommunisten die Macht erobert haben, nach und nach auf ihr Niveau erhebt. »Das Proletariat wird« – nach dem Manifest der Kommunistischen Partei – »seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren«. Zwischen diesen beiden Aufgaben sieht Marx, der den hochentwickelten Kapitalismus im Blick hat, keinerlei Widerspruch. Aber mit dem Fortschreiten des von den USA und vom Westen hegemonisierten »Globalisierungs«-Prozesses zeigt sich dieser Widerspruch klar und deutlich: Ein Entwicklungsland, das sich heute, durch die radikale Verstaatlichung der Produktionsmittel, hermetisch gegen den kapitalistischen Markt abriegelte, bliebe von der hochentwickelten Technologie ausgeschlossen und wäre gewiss nicht in der Lage, das Problem der Entwicklung der Produktivkräfte zu lösen. Unvermeidlich sind also, unter den gegebenen Bedingungen, mehr oder weniger große Zugeständnisse an die Welt, aus der man

die Technologie und einige wesentliche Elemente des Modernisierungsprozesses einführen will.

Verweist die letztgenannte Entscheidung auf Liu Shaoqi und auf Deng Xiaoping, so verweist auf Trotzki diejenige, die das Hauptgewicht auf die »Ausfuhr der Revolution« vor allem in die entwickelten kapitalistischen Länder legt. Schließlich verweist die Entscheidung, die auf der Errichtung des Sozialismus (und sogar des Kommunismus) zunächst in nur einem Land oder in einem mehr oder weniger ausgedehnten »Lagern besteht, auf Stalin. Diese Dreiteilung darf nicht mechanisch aufgefasst werden. Vor allem muss man sich die Fluktuationen jedes dieser Ansätze vor Augen halten. Dies gilt zum Beispiel für Lenin. Zumindest in der allerersten Phase blickt er vor allem auf die Ausbreitung der Revolution im Westen; das hindert ihn aber nicht daran, sich später für die Realisierung der angestrebten neuen Gesellschaftsordnung einzusetzen. Man denke an den so genannten »Kriegskommunismus«. Im Oktober 1921 übt Lenin eine partielle Selbstkritik. Er gibt zu, dass es bei dieser Angelegenheit nicht nur um »militärische Probleme« ging; eine noch wichtigere Rolle habe vielleicht »der Fehler« gespielt, zu glauben, dass »auf kommunistisches Geheiß Produktion und Verteilung zustande kommen«. Der Fehler wird präzise und ohne Nachsicht beschrieben: »Wir waren der Meinung, dass uns die Bauern auf Grund der Ablieferungspflicht die notwendige Menge Getreide liefern und wir es auf die Fabriken und Werke verteilen werden und dass wir damit eine kommunistische Produktion und Verteilung haben werden«. Sich von dieser politischen Linie distanzierend, zeigt der sowjetische Führer in einem »gewaltigen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Produktivkräfte« die Vorbedingung für die Einführung des Sozialismus und mehr noch des Kommunismus auf. Die Überstürzung, mit der man die angestrebte neue soziale Ordnung herstellen wollte, habe den Fortschritt der Produktivkräfte und damit das Vorangehen der Sache des Kommunismus behindert.<sup>39</sup> Mit der vorhergehenden Erfahrung brechend, implizierte die NÖP, die auch darauf abzielte, ausländisches Kapital anzulocken, einen Kompromiss mit den kapitalistischen Kräften sowohl auf innerer als auch auf internationaler Ebene. In diesem Sinne schien sie, auf beschränkterem Niveau und mit einer selbst-

39 Lenin, 1955e, S. 42 und 50.

sichereren Vorstellung von dem sozialistischen angestrebten Ziel, die Politik der heutigen chinesischen Führer vorwegzunehmen.

Selbst wenn Trotzki hauptsächlich auf die Revolution im Westen abzielt, drängt er andererseits auf die Kollektivierung der Landwirtschaft und auf die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse in Sowjetrußland und erzürnt sich daher über die von der NÖP repräsentierte kapitalistische Gefahr. Die Entscheidung zugunsten der Errichtung des Sozialismus in nur einem Land hinderte Stalin nicht daran, angesichts günstiger Bedingungen, auch durch die Ausfuhr der Revolution ein »sozialistisches Lager« zu schaffen. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs, die sich durch den ungestümen Vormarsch der Roten Armee auszeichnete, erklärt er seine Orientierung wie folgt: »Dieser Krieg ist anders als alle anderen der Vergangenheit; jeder, der ein Gebiet besetzt, zwingt ihm auch sein Gesellschaftssystem auf. Jeder zwingt sein Gesellschaftssystem auf, so weit sein Heer vordringt; es könnte auch nicht anders sein.«<sup>40</sup>

Die drei Optionen, von denen ich geredet habe, müssen vor allem im idealtypischen Sinne verstanden werden: In der konkreten Lage und bei einer einzelnen Persönlichkeit können sie auch koexistieren, wenn auch jeweils unterschiedliche Prioritäten gesetzt werden.

## 2. Soziale Revolution und politische Revolution

Geteilt wird also die Überzeugung, wonach es in dem Land, in dem die politische Macht erobert worden ist, notwendig wird, sich in Richtung des Aufbaus neuer politisch-sozialer Verhältnisse zu bewegen. Auf ökonomischer Ebene geht es darum, der Aufforderung des Manifests Folge zu leisten, der Bourgeoisie oder den anderen herrschenden Klassen die Kontrolle der Produktionsmittel zu entreißen. Die Diskussion dreht sich höchstens um die Tragweite und um den Rhythmus der Realisierung des öffentlichen und staatlichen Sektors der Wirtschaft; aber die Kommunisten, die in den verschiedenen Ländern an der Macht sind, stimmen überein, dass die Hauptaufgabe darin besteht, die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel voran-

40 Djilas, 1978, S. 121.

zubringen. Im Übrigen wird auch im heutigen China ein öffentlicher und staatlicher Sektor für wesentlich erachtet, ja man schreibt ihm sogar eine bedeutende Rolle zu.

Dies auf der eigentlich ökonomischen Ebene. Aber was bedeutet postkapitalistische politische Beziehungen zu entwickeln? In diesem Fall sind die Hinweise von Marx viel weniger eindeutig. Nehmen wir uns die Kritiken vor, die von den Jugendschriften und vom Manifest am modernen repräsentativen System geübt werden. Es ist von einem Dualismus gekennzeichnet, nach dem die Individuen »in dem Himmel ihrer politischen Welt« gleich und frei sind, während sie »in dem irdischen Dasein der Sozietät« weiterhin der Unfreiheit und Ungleichheit ausgesetzt sind; außerhalb und unterhalb des »Luftlebens«, der »ätherischen Region« der politischen Sphäre tauchen »gesellschaftliche und politische Bedingungen« auf, die die Lohnarbeiter zur »Ware« degradieren und sie in der Fabrik der »Despotie« des Fabrikherrn unterwerfen.<sup>41</sup>

Diese Art Kritik löscht die Repräsentanz nicht aus, sondern scheint dazu aufzurufen, sie bis dorthin auszudehnen, wo der Kapitalist eine absolute Macht ausübt. Nach der Pariser Kommune zieht Marx eine andere Bilanz: Die bürgerliche Demokratie beschränkt sich darauf, der Wählerschaft die Möglichkeit zu geben, »einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse« das Volk vertreten soll, d. h., genauer gesagt, »das Volk im Parlament ver- und zertreten soll«. Hier scheint die Idee der Vertretung insgesamt kritisiert und abgelehnt zu werden. So werden wir in die Nähe Bakunins geführt: Die Idee der Vertretung lässt ihn an Saturn denken, der »seine eigenen Söhne vertrat in dem Maße, wie er sie auffraß«.

Aber wie verhalten sich die Kommunisten an der Macht? Richtig an der Marxschen Kritik an den repräsentativen Organen ist, dass diese so etwas wie das illusorische Himmelsgewölbe im Vergleich zur Erde sind, welche die Zivilgesellschaft und die Produktionsstätten darstellen. Die Sowjets, die auch in den Produktionsstätten gebildet werden, nehmen sich vor, die bürgerliche Kluft zwischen dem politischen Himmelsgewölbe und der materiellen Realität zu überwinden. Staat und Revolution verurteilt besonders scharf die liberalen oder liberaldemokratischen repräsentativen Regime. Während der Erste Weltkrieg wütet, funktionierten sie tatsächlich so, wie Bakunin sie beschrieben hat:

41 MEW, Bd. 1, S. 283 und Bd. 4, S. 468 f.

In aller Ruhe schlachteten sie Millionen »Vertretene« in einem gigantischen Opferritus ab. Doch sogar in Staat und Revolution können wir lesen, dass auch die entwickeltste Demokratie nicht ohne »Vertretungskörperschaften« auskommen kann. Von Demokratie zu reden, bedeutet andererseits, von Staat zu reden, bedeutet also, auf eine Realität zu verweisen, die verschwinden soll. Der Mythos vom Absterben des Staates nährt weiterhin das Misstrauen gegen die Idee der Vertretung und zwar zur gleichen Zeit, als die führenden Kreise Sowjetrusslands die Zahl der repräsentativen Organe (wie es die Sowjets zweifellos sind) erhöhen, wobei sie auch nicht von einer Vertretung zweiten Grades zurückschrecken.<sup>42</sup>

Es gibt einen Grundwiderspruch zwischen Theorie und Praxis. Während die Theorie auf die Abschaffung der Vertretung, auf die direkte Demokratie, letztendlich auf das Absterben des Staates abzielt, bewegt sich die Praxis in Richtung der Entwicklung der Vertretung, die jetzt Fabriken, Stadtviertel usw. mit einbezieht. Noch stärker zeigt sich dieser Widerspruch in der Kommunistischen Partei, die zumindest in ihren besten Zeiten, auf der Grundlage einer mehrstufigen Vertretung aufgebaut war und funktioniert hat. Wenn diese komplexe Artikulierung sich auflöst, um dem direkten Kontakt zwischen Basis und charismatischem Führer Platz zu machen, so ist das gewiss kein glücklicher Zeitpunkt: Es ist der Einbruch des Bonapartismus, der sich besonders deutlich anlässlich der chinesischen »Kulturrevolution« manifestierte.

### **3. Revolution von unten und Revolution von oben**

Der Widerspruch zu der Theorie, die ganz von der Forderung nach einer Initiative von unten und nur von unten durchdrungen war, verschärft sich noch weiter, wenn sich die Kommunistischen Parteien an der Macht darum bemühen, auch die zweite vom Manifest angegebene Aufgabe, die der Entwicklung der Produktivkräfte, zu lösen. Dies ist der Übergang zur Revolution von oben. Wenn man hier von Revolution von oben redet, versteht man sie nicht im offensichtlichen Sinn der neuen Lage, die sich mit der Eroberung der Macht ergeben hat. Sich für die Entwicklung der Produktivkräfte einzusetzen, bedeu-

42 Losurdo, 2008, 8. Kap., 10.



tet auch, materielle Anreize für die technischen, wissenschaftlichen, administrativen Führungskräfte zu schaffen, der inneren und internationalen Bourgeoisie Zugeständnisse zu machen, um sich den Beitrag ihrer Kapitale und ihrer Technologie zuzusichern.

Es entsteht das »in der Geschichte noch nie dagewesene« Phänomen, das Gramsci, wie wir wissen, klar analysiert hatte: Im Verlauf des mühsamen Prozesses des Aufbaus einer sozialistischen oder nachkapitalistischen Gesellschaft akzeptiert die neue herrschende Klasse vorläufig, nur um die politische Macht zu behalten und ihre strategischen und Langzeit-Perspektiven zu retten, materielle Lebensbedingungen zu ertragen, die insgesamt ungünstiger sind als jene, derer sich die enteignete und inzwischen subalterne Klasse erfreut.

In diesem Sinne ist der revolutionäre Prozess noch nicht abgeschlossen: Er zielt jetzt auf die Entwicklung der Produktivkräfte ab, eine Aufgabe, die, angesichts der kapitalistischen Einkreisung, objektiv in Widerspruch zur Aufgabe der Verstaatlichung und Sozialisierung der Produktionsmittel geraten kann. Die chinesische Führung hat nicht Unrecht, wenn sie von der »sozialistischen Modernisierung« als von »einer neuen, mit der zweiten Generation der kollektionalen Führung mit Deng Xiaoping an der Spitze« begonnenen Revolution redet.<sup>43</sup> Man sollte allerdings klarstellen, dass es sich um eine Revolution von oben handelt, die die Gefahr eines immer schwerwiegenden Abstands zwischen Führungsspitze und Basis mit sich bringt.

#### **4. Der Prozess der Verselbstständigung der ideologischen und politischen Stände**

Je mehr sich der Akzent von der Revolution von unten auf die Revolution von oben verschiebt, umso schwieriger und komplexer wird die Deutung des historischen Geschehens, das mit der Oktoberrevolution begonnen hat: Welche Klasse übt die Macht in den Ländern aus, die sich auf den Sozialismus berufen haben oder sich noch darauf berufen? Zur Beantwortung dieser Frage muss man sich im Voraus von der mechanistischen Interpretation der Marxschen

43 Jiang Zemin, 1997, S. 11.

Theorie des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik, zwischen Gesellschaftsklassen und Regierungs- und Staatsapparat befreien. Die deutsche Ideologie lenkt zunächst die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsteilung innerhalb der Bourgeoisie zwischen direkt in der ökonomischen Aktivität eingesetzten Sektoren und »ideologischen Ständen«, um dann hervorzuheben, dass diese Aufteilung unter bestimmten Umständen eine »Spaltung« werden könne, eine Spaltung, die sich »sogar zu einer gewissen Entgegensetzung und Feindschaft beider Teile« entwickle. Gerade das habe sich in Frankreich mit der jakobinischen Radikalisierung der Revolution abgespielt. Nur in einem komplexen und widersprüchlichen Prozess sei es der Bourgeoisie gelungen, »alle mehr oder weniger ideologischen Stände« zu absorbieren.<sup>44</sup> In den Jahren Robespierres und des jakobinischen Terrors wurde also die Macht nicht eigentlich von einer sozialen Klasse, sondern von einem ideologischen und politischen Stand ausgeübt, der sich auf Grund einer Reihe von Umständen (dem von der Invasion der konterrevolutionären Mächte und vom Bürgerkrieg ausgelöste Ausnahmezustand) im Vergleich zur sozialen Klasse, aus der er herkam, gewissermaßen verselbstständigt hatte.

Dieses Phänomen zeigte sich und kann sich auch in anderen Ländern zeigen. Bezeichnend ist die Marxsche Analyse der Periode, die in Preußen dem Ausbruch der Revolution von 1848 vorausgeht:

»Die Bourgeoisie, noch zu schwach, sich auf aktive Schritte einzulassen, fühlte sich genötigt, hinter der theoretischen Armee einherzutrotten, die von Hegels Schülern gegen die Religion, die Ideen und die Politik der alten Welt geführt wurde. In keiner früheren Periode war die philosophische Kritik so kühn, so machtvoll und so populär wie in den ersten acht Jahren der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. (...). Die Philosophie verdankte ihre Macht während dieser Periode ausschließlich der praktischen Schwäche der Bourgeoisie; da die Bourgeoisie die veralteten Institutionen nicht in Wirklichkeit zu stürmen vermochten, mussten sie den kühnen Idealisten, die auf dem Gebiet des Gedankens dagegen anstürmten, den Vorrang überlassen.«<sup>45</sup>

Erneut bewirkt die akute Krisensituation bei den ideologischen und politischen Ständen eine mehr oder weniger ausgeprägte Tendenz zur Verselbst-

44 MEW, Bd. 3, S. 47–53.

45 MEW, Bd. 12, S. 684.

ständigkeit. Eine ähnliche Dialektik zeigt sich, zwar anders beschaffen und mit anderer Bedeutung, auch im Fall einer Konterrevolution. Gehen wir, noch immer im 1848er Jahr, von Deutschland zu Frankreich über. Nach Marxens Analyse verschlingt der von der Bourgeoisie gegen die Arbeiter aufgebaute Militärapparat am Ende die Gesellschaft als Ganzes und sogar die herrschende Klasse: Mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom Juni 1848 übt der (von der liberalen Bourgeoisie geschätzte) General Cavaignac »die Diktatur der Bourgeoisie durch den Säbel« aus, die sich aber letztendlich in die »Diktatur des Säbels über die bürgerliche Gesellschaft« und sogar über die Bourgeoisie selbst verwandelte.<sup>46</sup>

Angesichts des komplexen Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik wird der Widerwillen verständlich, mit dem sich Engels über eine Abhandlung von Kautsky über die französische Revolution ausdrückt. Die »unbestimmten Äußerungen und mysteriösen Andeutungen über neue Produktionsweisen« kritisierend, gibt er dem Autor folgende bedeutsame Empfehlung: »Ich würde weit weniger von der neuen Produktionsweise sprechen. Sie ist jedes Mal durch einen berghohen Abstand von den Tatsachen getrennt, von denen Du sprichst, und so unvermittelt erscheint sie als reine Abstraktion, die die Sache nicht klarer macht, sondern eher dunkler«.<sup>47</sup>

Uns diese Lektion zunutze machend, können wir jetzt versuchen, die Frage zu beantworten, die wir uns gestellt haben. Wer hat in der Sowjetunion Stalins und seiner Nachfolger die Macht ausgeübt und wer übt sie im China unserer Tage aus? Auf die »Bourgeoisie« oder auf die »monopolistische Staatsbourgeoisie« zu verweisen, bedeutet jenen ökonomistischen Determinismus zu zeigen, den Engels verspottet. In Wahrheit muss man auch in diesem Fall den Prozess der Verselbstständigung der ideologischen und politischen Stände heranziehen, ein Prozess, der sich tendenziell in akuten Krisensituationen und mehr noch mit dem Entstehen eines mehr oder weniger permanenten Ausnahmezustands herausbildet. *Mutatis mutandis* könnten wir für Stalin wiederholen, was Marx in Bezug auf Louis Napoleon schreibt: »Die Diktatur des Proletariats durch den Säbel« verwandelt sich in die »Diktatur des Säbels über die Zivilgesellschaft« und selbst über das Proletariat.

46 MEW, Bd. 7, S. 40–44 (Die Klassenkämpfe in Frankreich).

47 MEW, Bd. 37, S. 155 (Brief Engels' an K. Kautsky vom 20. Februar 1889).

Und dennoch bindet ein Draht, und sei er auch inzwischen zugleich dünn und verbogen, Louis Napoleon Bonaparte weiterhin an die Bourgeoisie, die die Konterrevolution inspiriert hat, so wie ein Draht Stalin und die chinesischen Führer an das Proletariat und an die Volksmassen, die Protagonisten der Revolution bindet. In diesem Sinne hat Gramsci recht, wenn er zwischen rückschrittlichem Cäsarismus und fortschrittlichem Cäsarismus unterscheidet; man sollte nur hinzufügen, dass der Cäsarismus eine der Möglichkeiten ist, wo sich der Prozess der Verselbstständigung der ideologischen, politischen (und militärischen) Stände abspielt. Die an die Macht gekommenen kommunistischen Parteien und ihre Führer stellen schließlich dem Proletariat und den Volksmassen gegenüber ein Verhältnis her, das an das denken lässt, das die Jakobiner oder Louis Napoleon der Bourgeoisie gegenüber hergestellt haben.

## 5. Christoph Kolumbus und die Dialektik der Revolution

Es bleibt das Problem der Bilanz des mit der Oktoberrevolution begonnenen historischen Geschehens. Die heute vorherrschende Ideologie rekurriert auf die Kategorie »Scheitern«. Die Argumentation ist einfach. Lenin und die Führung der Kommunistischen Internationale strebten eine sowjetische Weltrepublik an, mit dem letztendlichen Verschwinden der Klassen, der Staaten, der Nationen, des Marktes, der Religionen. Aber man hat sich nicht nur nie diesem Ziel genähert, sondern es ist nicht einmal gelungen, sich darauf hin zu bewegen. Wir hätten es also mit einem evidenten und totalen Scheitern zu tun. In Wahrheit ist das Missverhältnis zwischen Programmen und Resultaten typisch für jede Revolution. Die französischen Jakobiner haben die antike Polis nicht realisiert oder restauriert; die amerikanischen Revolutionäre haben nicht die Gesellschaft der kleinen Landwirte und Produzenten, ohne Polarisierung von Reichtum und Armut, ohne stehendes Heer und ohne eine starke Zentralmacht hervorgebracht; die englischen Puritaner haben nicht die von ihnen mythisch verklarte biblische Gesellschaft wieder ins Leben gerufen. Das Unternehmen des Christoph Kolumbus, der auf der Suche nach Indien aufbricht, jedoch Amerika entdeckt, kann als Metapher für das Verständnis der objektiven Dialektik der revolutionären Prozesse dienen. Diesen Punkt heben gerade Marx und

Engels hervor: Bei ihrer Analyse der französischen oder englischen Revolution gehen sie nicht vom subjektiven Bewusstsein ihrer Protagonisten oder der Ideologen aus, die diese Revolutionen gefordert und ideologisch vorbereitet haben, sondern von der Untersuchung der objektiven Widersprüche, die sie angeregt haben und der realen Charakteristiken des entdeckten oder von den Umwälzungen ans Licht gebrachten politisch-sozialen ›Kontinents‹; die beiden Theoretiker des historischen Materialismus unterstreichen also das Missverhältnis zwischen subjektivem Projekt und objektivem Resultat und erklären schließlich die Gründe für das Entstehen und das notwendige Entstehen dieses *décalage*. Warum sollten wir hinsichtlich der Oktoberrevolution anders vorgehen?

Im Übrigen haben wir schon von der Inkonsistenz des Erklärungsversuchs gesprochen, der vor allem bei denen verbreitet ist, die sich weiter auf den Kommunismus berufen und der alles mit dem »Verrat« des einen oder anderen Führers erklären will. Um die Pseudoerklärungen idealistischen Typs aus dem Weg zu räumen, muss man die Kategorien »Scheitern« und »Verrat« durch die des Lernens ersetzen, die, wie wir wissen, von Mao in seinen besten Jahre benutzt worden ist. Es geht darum, den objektiv widersprüchlichen Charakter des Aufbauprozesses der nach-kapitalistischen Gesellschaft und der Erkenntnis dieses Aufbauprozesses zu betonen.

Konzentrieren wir uns auf den Erkenntnisprozess. Man fängt nicht bei Null an. Auf der eigentlich theoretischen Ebene kann Gramsci einen wichtigen Bezugspunkt bilden. Wir haben es mit einem Autor und mit einem politischen Führer zu tun, der die Tragödie der Niederlage der Arbeiterbewegung und des Sieges des Faschismus erlebt hat und der gerade deshalb gezwungen war, die Hoffnung auf eine rasche und definitive revolutionäre Palingenese aufzugeben, um vielmehr gründlich den komplexen und widersprüchlichen Charakter der Bewegung zu untersuchen, die vom Kapitalismus zur »neuen Ordnung« führt. Die »neue Ordnung« selbst beginnt mit einem realistischeren Ansatz im Vergleich zu der Tradition durchdacht zu werden, die von Marx ausgeht. Die *Quaderni del carcere* haben mit ihrer, wenn auch zaghaften Distanzierung von jeder anarchistischen und mehr oder weniger apokalyptischen Auffassung der politisch-sozialen Umwandlung einen Weg aufgezeigt, der noch bis zum Schluss durchlaufen werden muss: Ein wirksames Projekt auszudenken, das nicht beansprucht, das Ende der Geschichte zu sein. Es geht darum, sich von abstrakten Utopien zu ver-

abschieden, wobei gleichzeitig die historischen Gründe für ihr Auftauchen zu erklären sind.<sup>48</sup>

Aber abgesehen von der gewiss wertvollen Heranziehung des einen oder anderen Autors geht es vor allem darum, sich die Erfahrung zunutze zu machen, die sich in der mehr als achtzigjährigen Erfahrung der kommunistischen Bewegung angesammelt hat. Hier können wir nicht umhin, uns kritisch mit einem großartigen Projekt zu messen, das ein so volkreiches Land angeht. Wir haben gesehen, dass das heute in China herrschende Gesellschaftssystem eine Art NÖP darstellt, die nicht umsonst vom Westen feindselig betrachtet und bekämpft wird.

Man braucht nur die amerikanische Presse durchzublättern, um die permanente Polemik gegen die Volksrepublik China auch auf ökonomischem Gebiet festzustellen. Statt sich mit ihrer Rückständigkeit abzufinden, versucht sie, die Verträge, die sie mit dem Westen abschließt, an die Einfuhr hochentwickelter Technologie zu binden; statt in Bausch und Bogen die staatliche und kollektive Wirtschaft zu liquidieren, setzt sie alles daran, sie zu renovieren und zu sanieren, auch wenn sie ihren Bereich einschränkt, um erfolgreich der Weltkonkurrenz entgegentreten zu können. Statt sich dem Marktmechanismus zu überlassen, bemüht sie sich auf alle erdenkliche Weise, Ressourcen in den Nordwesten und in die weniger entwickelten Gebiete zu überführen, um deren Aufschwung zu fördern; statt sich zum Neoliberalismus zu bekehren, hat sie auf die öffentlichen Ausgaben und auf die gemeinnützlichen Projekte gesetzt, um trotz der schweren Krise, die Südostasien erfasst hatte, den Entwicklungsrhythmus hoch zu halten. Jede Aufforderung zurückweisend, widersetzt sie sich weiterhin der hemmungslosen Liberalisierung der Finanzmärkte (mit der es dem Westen gelungen ist, eine Zeit lang die »asiatischen Tigern in Krise zu stürzen und die Kontrolle über einige wichtige Zentren ihrer Ökonomie zu gewinnen). Hier einige der wiederkehrenden Kritiken an der Volksrepublik China: Unglücklicherweise – betont die amerikanische Presse – wird das große asiatische Land immer noch von einer kommunistischen Partei geführt!

Das steht außer Zweifel: Die neue und enorme NÖP, die wir vor uns haben, ist durch die schwere Niederlage, die die sozialistische Perspektive auch auf

theoretischer Ebene erlitten hat, und wegen der bestehenden Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene noch prekärer und komplizierter geworden. Der »Globalisierungs«-Prozess verurteilt auf der einen Seite die Ausgeschlossenen zur technologischen Apartheid und zum Embargo oder zur Androhung des Embargos, auf der anderen Seite entwickelt er sich unter der Kontrolle der großen kapitalistischen und imperialistischen Mächte. Der Versuch der chinesischen Kommunisten, eine »sozialistische Marktwirtschaft« aufzubauen, geht also unter schwierigen Bedingungen voran und ist ein sehr komplexer Kampf. Aber den Triumph des Kapitalismus und des Imperialismus als sicher vorauszusetzen, bedeutet, eine Haltung einzunehmen, die eine Kapitulation darstellt und gleichzeitig einige grundlegende Tatbestände ignoriert.

## **6. Ideologischer Kampf und Kampf um das historische Gedächtnis**

In einer berühmten Passage der Deutschen Ideologie merkt Marx an:

»Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken (...). Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt der Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind.<sup>49</sup>

Die ideologische Hegemonie der Bourgeoisie kommt heute auf einer doppelten Ebene zum Ausdruck. Jede Perspektive einer nachkapitalistischen Gesellschaft, einer nicht auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft, wird diskreditiert und als Fantasterei lächerlich gemacht. Was indes die historische Bilanz betrifft, werden jene Momente oder Perioden, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt worden ist oder Gefahr lief, gestürzt zu werden, mit Barbarei oder Verbrechen gleichgestellt. Die herrschende Klasse konsolidiert also ihre Vorherrschaft, indem sie die subalternen Klassen nicht nur der Aussicht auf eine Zukunft, sondern auch ihrer Vergangenheit beraubt. Die subalternen Klassen werden dazu aufgefordert, ihre Lage zu akzeptieren bzw. zu

49 MEW, Bd. 3., S. 46.

ertragen, weil sie jedes Mal, wenn sie versucht haben, diese zu ändern, nur Gräuel und Trümmerhaufen hervorgebracht hätten.

Nach der Pariser Kommune begnügen sich die Sieger in Frankreich und in Europa nicht mit der Unterdrückung, sondern brauchen noch dazu die Dämonisierung der Besiegten, die von Bismarck explizit mit gewöhnlichen Verbrechern gleichgestellt werden. Auf »wissenschaftlicher« Ebene wird eine Theorie formuliert, nach der der Arbeiteraufstand der Ausdruck einer atavistischen Regression oder eines plötzlichen Einbruchs der Barbarei in die Zivilisation gewesen wäre. Zu dieser oberflächlichen Liquidation der Kommune leisten auch Persönlichkeiten ihren artigen Beitrag, die bis dahin aktiv an der demokratischen Bewegung teilgenommen hatten: Man denke an Victor Hugo für Frankreich und an Giuseppe Mazzini für Italien.

Marx (und die Internationale) sieht sich gezwungen einzugreifen, und er greift auf zwei Ebenen ein. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die positiven Realisierungen voller Zukunft der Kommune. Außerdem setzt er sich dafür ein, ihr historisches Gedächtnis zu verteidigen, wobei er ohne Zögern mit der herrschenden Meinung und Ideologie zusammenstößt: »Diese, auf die Knechtung der Arbeit gegründete, schmachliche Zivilisation (übertäubt) das Geschrei ihrer Schlachtopfer durch einen Hetzruf der Verleumdung, den ein weltweites Echo widerhallt.« Ohne Bedenken stellt Marx Gewalt gegen Gewalt und Gräuel gegen Gräuel. Die Bourgeoisie, die über »die Hinrichtung der vierundsechzig Geiseln, voran der Erzbischof von Paris, durch die Kommune« in Verzweiflung gerät, vergesse etwas Grundlegendes: Gerade sie hat die Praktik der Erschießung wehrloser Gefangener und der Geiselnahme eingeführt. In jedem Fall müsse man zwischen dem »Vandalismus der verzweifelnden Verteidigung« der Kommunarden und dem »Vandalismus des Triumphs« unterscheiden können.<sup>50</sup>

Nicht nur das historische Gedächtnis der sozialistischen Bewegung muss verteidigt werden. Marx kannte die antike Geschichte zu gut, um nichts von dem Gemetzel zu wissen, das Spartakus und die aufständischen Sklaven angerichtet hatten. Außerdem hatten diese Revolten weder versucht, noch konnten sie versuchen, etwas Neues hervorzubringen. Sie hatten nur versucht, im Sklavenverhältnis, das die Essenz der damaligen Gesellschaft bildete, die Seiten zu

50 MEW, Bd. 17, S. 357–359 (Der Bürgerkrieg in Frankreich).



verkehren, d. h. die Herren der Welt in Sklaven zu verwandeln. Und doch definiert Marx in einem Brief an Engels vom 27. Februar 1861 Spartakus als »den famosesten Kerl, den die ganze antike Geschichte aufzuweisen hat (...) *real representative* des antiken Proletariats«. Es ist klar, dass Marx nicht die Massenmorde der aufständischen Sklaven glorifizieren oder rechtfertigen will, er weigert sich aber, die heuchlerischen Predigten ihrer Herren ernst zu nehmen, die sich eine weitaus kriminellere Gewalt zuschulden kommen lassen, die außerdem eine tagtägliche Praxis geworden ist.

Etwas Ähnliches spielt sich vor unseren Augen ab. Als Vorbilder der Moralität gebärden sich diejenigen, die mit dem Embargo versuchen, ganze Völker in gigantische Konzentrationslager einzusperren, diejenigen, die, ohne in ihrer Sicherheit bedroht zu sein, ohne Zögern auf genozidale Praktiken rekurren. Es lohnt sich also, die auf intellektueller und moralischer Ebene von Marx gelieferte Methodenlehre in Erinnerung zu rufen. Das historische Gedächtnis ist eines der beiden fundamentalen Gebiete, auf denen sich der Klassenkampf auf ideologischer Ebene abspielt.

## **IX. »Scheitern«, »Verrat«, »Lernprozess«. Drei Ansätze für die Interpretation der Geschichte der kommunistischen Bewegung**

### **1. Kommunistische Bewegung, Überwindung der drei großen Diskriminierungen und Erringung der Demokratie und des Sozialstaats**

Wie können wir eine historische Bilanz der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ziehen? Welche Kategorie müssen wir in erster Linie benutzen? Heutzutage ist die Rede vom »Scheitern« des »realen Sozialismus« so unbestritten, dass sie nicht einmal bei der Linken auf Widerspruch stößt. Die vorherrschende Historiografie und Ideologie scheinen die Bilanz eines dramatischen Jahrhunderts in einer erbaulichen Fabel zusammenfassen zu wollen: Zu Anfang des 20. Jahrhunderts wird ein attraktives und tugendhaftes Mädchen (das Fräulein Demokratie) zuerst von einem Rohling (dem Herrn Kommunismus) angegriffen, danach von einem anderen (dem Herrn Nazi-Faschismus); die Gegensätze zwischen den beiden ausnutzend und über komplexe Geschehnisse hinweg gelingt es dem Mädchen schließlich, sich von der schrecklichen Bedrohung zu befreien; inzwischen reifer geworden, aber ohne etwas von ihrem Charme verloren zu haben, kann das Fräulein Demokratie schließlich ihren Liebestraum durch die Heirat mit dem Herrn Kapitalismus verwirklichen; von Respekt und allgemeiner Bewunderung umgeben, gefällt es dem glücklichen und unzertrennlichen Paar, sein Leben besonders zwischen Washington und New York zu verbringen, zwischen dem Weißen Haus und der Wallstreet. Wenn die Dinge so stehen, ist kein Zweifel mehr zulässig: Der Kommunismus ist offensichtlich ruhmlos gescheitert.

Nur hat diese erbauliche Geschichte nichts mit der wirklichen Geschichte zu tun. Die zeitgenössische Demokratie beruht auf dem Grundsatz, dass jedes Individuum, unabhängig von Rasse, Klasse und Geschlecht unveräußerliche Rechte besitzt, und sie setzt daher die Überwindung der drei großen Diskriminierungen (der rassistischen, klassenbedingten und sexuellen) voraus, die am Vorabend der Oktoberrevolution noch gang und gäbe waren. Widmen wir

uns zunächst der ersten: Sie tritt in zweifacher Form auf. Auf planetarischer Ebene sehen wir einerseits die »Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien und in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern« durch »einige wenige auserwählte Nationen«, die – fährt Lenin fort – »das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzen« und es den Barbaren in den Kolonien oder Halbkolonien absprechen.<sup>51</sup> Auf der anderen Seite zeigt sich auch innerhalb der Vereinigten Staaten die Rassendiskriminierung, wo den Schwarzen die politischen Rechte und manchmal auch die Bürgerrechte verweigert werden, und wo sie jedenfalls einem Regime der *white supremacy* unterworfen sind.

Beredt sind die Schlussfolgerungen, zu denen im Jahre 1944 ein berühmter schwedischer Soziologe (Myrdal) gelangt: »Die Segregation wird nunmehr so vollständig, dass ein Weißer im Süden nie einen Schwarzen sieht, wenn nicht als Diener oder in ähnlichen formalisierten und standardisierten Situationen, die für Beziehungen zwischen Kasten typisch sind.« In den darauffolgenden Jahren beginnen die Mobilisierung und die Agitation der Schwarzen einige Erfolge zu erzielen. Die Änderung des Klimas kann anhand eines Briefes erklärt werden, den der amerikanische Justizminister im Dezember 1952 an den Obersten Gerichtshof schickt, der gerade die Integration in den öffentlichen Schulen diskutiert: »Die Rassendiskriminierung begünstigt die kommunistische Propaganda und erweckt Zweifel auch bei befreundeten Nationen über die Solidität unseres demokratischen Credos.« Washington läuft Gefahr – nach dem amerikanischen Historiker zu schließen, der diese Erklärungen zitiert –, sich die farbigen nicht nur im Orient und in der Dritten Welt, sondern auch im Herzen der Vereinigten Staaten zu entfremden: Auch hier erzielt die kommunistische Propaganda einen beträchtlichen Erfolg bei ihrem Versuch, die Schwarzen für die »revolutionäre Sache« zu gewinnen, indem sie bei ihnen den »Glauben an die amerikanischen Institutionen« zerstört.<sup>52</sup>

Es ist Unsinn, den Kommunismus mit dem Nazismus gleichstellen zu wollen, das heißt mit der Macht, die sich am konsequentesten und brutalsten der Überwindung der Rassendiskriminierung und damit der Einführung der Demokratie widersetzt hat. Stellt das Dritte Reich den mit dem totalen Krieg

51 Lenin, 1955 c, S. 425 und Lenin, 1955 a, S. 442.

52 In: Woodward, 1966, S. 118 und 131 f.

vorangetriebenen Versuch dar, ein Regime der *white supremacy* auf planetarischer Ebene und unter deutscher und »arischen« Hegemonie zu errichten, so hat auf der anderen Seite die kommunistische Bewegung einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus geliefert, dessen Erbe der Nazismus antreten und radikalisieren möchte. Will man die mit der Oktoberrevolution begonnene Epoche als die Periode der Krise der Demokratie darstellen, dann betrachtet man die Kolonialvölker (abgesehen von den anderen Opfern der Ausschlussklauseln der liberalen Tradition) erneut als *quantité négligeable*, und rekolonialisiert damit die Geschichte.

Lassen wir jetzt einmal die Kolonien und das Schicksal der »minderjährigen Rassen« hinter uns, um unseren Blick auf die kapitalistische Metropole, ja ausschließlich auf ihre »zivile« Bevölkerung zu richten. Auch auf dieser Ebene – bemerkt Lenin – bestehen weiterhin bedeutende Klauseln des Ausschlusses vom Bürgerrecht und von der Demokratie. In England ist das Wahlrecht »immer noch beschränkt genug [...] um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten«;<sup>53</sup> wir können außerdem hinzufügen, dass einige Privilegierte weiterhin das »Mehrfachstimmrecht« genießen, das erst 1948 völlig aufgehoben wird. Besonders komplex war im klassischen Land der liberalen Tradition der Prozess, der zur Verwirklichung des Prinzips »ein Kopf, eine Stimme« geführt hat, und dieser Prozess ist undenkbar ohne die Herausforderung, die die Revolution in Russland und die kommunistische Bewegung dargestellt hatten.

Selbst dort, wo das Männerwahlrecht allgemein oder nahezu allgemein geworden ist, wird es von der Einrichtung eines Oberhauses neutralisiert, das Vorrecht des Adels und der privilegierten Klassen bleibt. Im italienischen Senat sitzen als vollberechtigte Mitglieder (von Rechts wegen) die Prinzen des Hauses Savoyen: Alle anderen werden auf Lebenszeit, und auf Empfehlung des Ministerpräsidenten, vom König nominiert. Ähnliches gilt für die anderen europäischen Oberhäuser, die, mit Ausnahme von Frankreich, nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sondern durch eine Verknüpfung von Erblichkeit und königlicher Nominierung gekennzeichnet sind.

53 Lenin, 1955 b, S. 287.

Und selbst der Senat im Frankreich der Dritten Republik, das eine ununterbrochene Reihe von revolutionären Umwälzungen hinter sich hatte, die in der Pariser Kommune gipfelten, ging noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts aus einer indirekten Wahl hervor und war so zusammengesetzt, dass er eine deutliche Überrepräsentanz der ländlichen Gebiete (und des politisch-sozialen Konservatismus) garantierte, zum Nachteil von Paris und den anderen großen Städten. In Großbritannien hat der Landadel, auch abgesehen vom Oberhaus (nur erblich, mit Ausnahme weniger Bischöfe und Richter) die öffentlichen Angelegenheiten in der Hand: Eine Situation, die sich nur wenig von der Deutschlands und Österreichs unterscheidet. Auch in den Vereinigten Staaten existieren weiterhin Reste einer zensusbedingten Diskriminierung; dominierend ist allerdings, wie schon gesagt, die Rassendiskriminierung, die mit den Schwarzen zugleich die ärmsten Bevölkerungsschichten trifft.

Betrachtet man den Westen insgesamt, dann betrifft die weitreichendste Ausschlussklausel die Frauen. In England sind Mutter und Tochter Pankhurst, die die Suffragettenbewegung anführen, periodisch dazu gezwungen, die heimatischen Gefängnisse aufzusuchen. Von Lenin und der bolschewistischen Partei verurteilt, wird der »Ausschluss der Frauen« von den politischen Rechten in Russland schon nach der Februarrevolution abgeschafft, die von Gramsci (wegen der entscheidenden Bedeutung der Räte und der Volksmassen) als »proletarische Revolution« begrüßt wurde; Gramsci hebt erfreut hervor, dass sie »den Autoritarismus zerstört und durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt hat, das auch auf die Frauen ausgedehnt worden ist«. Den gleichen Weg schlägt dann die Weimarer Republik ein (die aus der Revolution hervorgegangen ist, die in Deutschland ein Jahr nach dem Russischen Oktober ausgebrochen war), und erst später die Vereinigten Staaten.<sup>54</sup>

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen wurde durch eine doppelte Bewegung möglich: Mit den zahlreichen und großen Revolutionen von unten, die sich sowohl in den kapitalistischen Metropolen als auch in den Kolonien abspielten, und die oft von der Oktoberrevolution und der kommunistischen Bewegung inspiriert waren, haben sich Revolutionen von oben gekreuzt, die vorangebracht wurden, um neue Revolutionen von unten zu verhindern.

54 Siehe hierzu: Losurdo, 1998, 2. Kap., 3.

Zur Demokratie, wie sie heute im Allgemeinen verstanden wird, gehören auch die ökonomischen und sozialen Rechte. Und gerade der Patriarch des Neoliberalismus, Hayek, klagt darüber, dass ihre Durchsetzung und ihre Präsenz im Westen auf den von ihm für ruinös gehaltenen Einfluss der »russischen marxistischen Revolution« zurückzuführen sind. Natürlich haben die subalternen Klassen nicht das Jahr 1917 abgewartet, um die Anerkennung dieser Rechte zu fordern. Ihre Erlangung durchläuft die gleichen Etappen, die zum Triumph des allgemeinen Wahlrechts führen. Robespierre, der im diskriminierenden Zensuswahlrecht ein Echo der antiken Sklaverei verurteilt, rühmt gleichzeitig das »Recht auf Leben« als das erste und das unverjährrbarste Menschenrecht. Die achtundvierziger Revolution, die den Triumph des allgemeinen (männlichen) Wahlrechts sanktioniert, führt auch zur Forderung des Rechts auf Arbeit: Dies ist der Beginn der zweiten Etappe, deren Protagonist die sozialistische Bewegung ist. In Deutschland, wo sie besonders stark ist, sorgt Bismarck dafür, einer Revolution von unten durch eine Revolution von oben zuvorzukommen, die die ersten vagen Elemente sozialer Sicherheit einführt. Schließlich die dritte Etappe, die, von den Umwälzungen in Russland ausgehend, sich fast bis auf unsere Tage ausdehnt. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs erklärt Franklin Delano Roosevelt, dass man, um ein für alle Mal »die Keime des Hitlerismus« zu zerstören, die »Freiheit von Not« realisieren müsse, was einen einschneidenden Eingriff in die bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse mit sich bringe. In den Losungen des amerikanischen Präsidenten scheint sich ein Projekt sozialer Demokratie abzuzeichnen, das – wie Kissinger mit Recht bemerkt – »weit über die vorausgehende politische amerikanische Tradition geht«, ja sogar – wie Hayek nachhakt – darauf hinausläuft, auf die berüchtigte bolschewistische Revolution zu verweisen.<sup>55</sup>

Und erneut ist es nicht möglich, ohne den Oktober und, ganz allgemein, ohne den revolutionären Zyklus, der vom Jakobinismus zum Kommunismus hinführt, das Aufkommen und die weitere Entwicklung des Sozialstaats im Westen zu verstehen. Auch in diesem Fall haben wir es mit einer Verflechtung von Revolutionen von unten und von oben, von aktiven und passiven Revolutionen zu tun. Man könnte sagen, dies sei die Regel bei den Prozessen historischer Umwandlung: Welchen Sinn hat es aber dann, von »Scheitern« zu spre-

55 Siehe hierzu Losurdo, 1998, 2. Kap., 3.

chen, was die Geschehnisse anbetrifft, die mit der Oktoberrevolution begonnen haben? Zum Verständnis des inadäquaten oder entschieden irreführenden Charakters dieser Kategorie versuche man, sie auf die ehemaligen Kolonialländer und -völker anzuwenden, die ihre Unabhängigkeit und Würde auf der Woge eines Kampfes erlangt haben, der sich von der kommunistischen Bewegung hat inspirieren und vorantreiben lassen. Bekannterweise hat Mao Zedong anlässlich der Gründung der Volksrepublik China proklamiert, dass die chinesische Nation aufgestanden sei und dass niemand mehr sie mit Füßen treten könne. Vielleicht dachte er dabei an die Jahre, als die weißen westlichen Herrenmenschen in Shanghai ihre Verachtung für die Chinesen zur Schau trugen, indem sie diese mit Hunden gleichsetzten und den einen wie den anderen, wie bereits erwähnt, den Eintritt in bestimmte exklusive Parks verboten. Ist die neue Lage, die sich in dem großen asiatischen Land herausgebildet hat, das Ergebnis eines »Scheiterns«? Ähnliche Betrachtungen könnte man hinsichtlich Vietnams oder Kubas und nicht weniger Länder der Dritten Welt anstellen, die sich zwar nicht auf den Sozialismus berufen, aber dennoch ihre Unabhängigkeit und Würde im Gefolge der Herausforderung erreicht haben, die die Oktoberrevolution, der »reale Sozialismus« und die kommunistische Bewegung dem kapitalistischen System der ganzen Welt gegenüber darstellten. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass der heutige Diskurs vom »Scheitern« grob euro-zentrisch ist. Allerdings handelt es sich um eine recht verbreitete Kategorie: Hannah Arendt spricht von der »Katastrophe« der französischen Revolution. Und dennoch sind die zeitgenössische Welt und die heutige Demokratie nicht denkbar ohne die Aktion und die Wirkungskraft, die zunächst die französische Revolution und später die Oktoberrevolution direkt oder indirekt entfaltet haben: Wie schon gesagt, die kommunistische Bewegung beeinflusst sogar das führende Land des Westens.

## 2. Vom »Scheitern« zum »Verrat«

Umso erstaunlicher ist der Erfolg, den die Kategorie »Scheitern« bei der Linken erzielt. In diesen Kreisen erlebt die von der herrschenden Ideologie und Historiografie verbreitete erbauliche Geschichte manchmal eine kleine Variante. Selbst wenn er sich als Herr Kommunismus ausgab, war der Rohling, der als Erster das Fräulein Demokratie angriff, in Wahrheit der Herr Stalinismus,

ein vulgärer Betrüger oder bestenfalls ein grober Ignorant, der nichts von der Marxschen Theorie begriffen hatte. Der Diskurs vom »Scheitern« tendiert jetzt dazu, vom Diskurs vom »Verrat« (oder bestenfalls vom Missverständnis) abgelöst zu werden. Bekanntlich wird das Motiv von der »verratenen Revolution« von Trotzki besonders geschätzt. Im Übrigen haben die Autoren, die auf die eine oder andere Weise von ihm beeinflusst sind, die Tendenz, die Kategorie »Verrat« gewissermaßen auf alle Revolutionen anzuwenden. Auch im Verlauf der französischen Revolution haben wir das triste Schauspiel der »politischen Funktionäre«, der Bürokraten vor uns, die die »direkte Demokratie« ersticken. Wir haben es mit einem »Mechanismus [zu tun], an dessen Ende die direkte Demokratie, die Selbstverwaltung des Volkes, sich graduell, durch die Errichtung der revolutionären ›Diktatur‹ in die Wiedereinrichtung eines Apparats zur Unterdrückung des Volkes verwandelt«. Im Fall der französischen wie in dem der russischen Revolution, bemerkt ein sehr gebildeter und begeisterter Anhänger Trotzki, versuche man, die »Machtkonzentration«, den autoritären oder »totalitären« Ausgang unter Berufung auf die »Notwendigkeit« zu rechtfertigen. In Wahrheit vernachlässige man aber die unselige Rolle der »Bükratie« und der »bürokratischen Sklerose«. Sie sei in erster Linie verantwortlich für die Degeneration: »Die Demokratie von unten führt zur Entstehung einer Kaste von Parvenüs, die dazu neigen, sich von der Masse zu unterscheiden, und sie trachten danach, die Volksrevolution zu ihrem Vorteil auszunutzen.«<sup>56</sup>

Gehen wir vom Frankreich des 18. Jahrhunderts zum Spanien des 20. Jahrhunderts über, dann sehen wir, dass sich nichts ändert. Wie soll man die Tragödie erklären, die in den dreißiger Jahren mit dem Sieg des Faschismus endet? Für Chomsky steht außer Zweifel: Als Antwort auf den Franco-Aufstand entwickelt sich »eine beispiellose soziale Revolution«, deren Protagonisten die Massen sind; dann aber wird die »Konterrevolution« von der stalinistischen kommunistischen Partei angeführt, die die »Werk tätigen« ihrer Kontrollmacht beraubt, um sie der »staatlichen Bürokratie« zu übertragen.<sup>57</sup>

Und in Asien? Wie soll man die Krise der Kulturrevolution in China erklären? In diesem Fall ist die antibürokratische Absicht klar und offen sichtlich:

56 Guérin, 1968, Bd. 2, S. 468–470 und S. 475–479.

57 Chomsky, 2002, S. 141 und 145.



Aber die »Propagandatrupps der Arbeitern, die Organisationen, die den Kampf anführen sollten, »verwandelten sich« leider »selbst in einen Sektor der Bürokratie, mal in Harmonie und mal im Widerstreit mit den anderen Bürokraten«. <sup>58</sup>

Mit ihrem naiven Dogmatismus – die Bürokraten, die den Elan der Massen ersticken und die Revolution verraten, sind immer die anderen –, mit ihrer endlosen Monotonie und mit ihrer universalen Anwendbarkeit auf die Krisenphänomene oder auf den Prozess der Konsolidierung und »Bürokratisierung« einer jeden Revolution zeigt die Kategorie »Verrat« ihre ganze Leere. Sie ist jedenfalls nicht überzeugender als die Kategorie »Scheitern«. Unverändert bleibt die schwache Argumentation: Es geht immerhin darum, zu erklären, wie es einem »Gescheiterten« oder einem »Verräter« (oder dem Protagonisten eines kolossalen »Missverständnisses«) gelungen ist, einen gewaltigen Beitrag zum Emanzipationsprozess der Kolonialvölker zu leisten und, was den Westen betrifft, zur Zerschlagung des Ancien Regime und zum Aufbau des Sozialstaats. 1923, als Lenin, schwerkrank, dazu gezwungen ist, die Schalthebel der Macht aufzugeben, führt der nach der Oktoberrevolution entstandene und aus dem Frieden von Brest-Litowsk verstümmelt hervorgegangene Staat ein kümmerliches und prekäres Leben. 1953, beim Tode Stalins, genießen die Sowjetunion und das von ihr angeführte »sozialistische Lager« eine enorme Ausbreitung und Stärke und ein enormes Prestige. Noch ein paar solcher »Verräter«, und prekär und unhaltbar wäre die Lage des imperialistischen und kapitalistischen Weltsystems geworden!

### 3. Der »Verrat« von Stalin bis Chruschtschow

In den Jahren, die unmittelbar auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige der Sowjetunion so groß, dass es sich auch außerhalb der kommunistischen Bewegung feststellen lässt. Hannah Arendt, weit davon entfernt, das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Land mit dem Dritten Reich zu vergleichen, wie sie es später tun wird, schreibt 1945 der Sowjetunion das Verdienst zu, die »völlig neue und erfolgreiche Lösung von Natio-

58 Masi, 1979, S. 103.

nalitätengegensätzen und die neue Form der Organisation verschiedener Völker auf der Grundlage nationaler Gleichheit« erzielt zu haben; dies ist ein Problem, »das für jede politische und nationale Bewegung in unserer Zeit [...] von höchstem Interesse ist«. <sup>59</sup> Die Kursivschrift dient zur Hervorhebung der Umkehr der Positionen einige Jahre später, nach Ausbruch des kalten Krieges, als Arendt dann Stalin die gezielte Auflösung der schon bestehenden Organisationen vorwirft, um künstlich jene amorphe Masse zu schaffen, die die Voraussetzung für den Totalitarismus abgebe.

In den Jahren, die auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige, das die UdSSR genießt, auch das Prestige ihrer Führungsspitze. Im Juli 1944 rühmt Alcide de Gasperi, führender Kopf der italienischen Christdemokraten und späterer Ministerpräsident, »das unermessliche historische, jahrhundertelange Verdienst« der von Josef Stalin organisierten Heere. Die Verdienste des Letzteren gingen weit über die militärische Ebene hinaus:

»Es gibt etwas außerordentlich Sympathisches, etwas außerordentlich Suggestives in dieser universalistischen Tendenz des russischen Kommunismus. Wenn ich Hitler und Mussolini sehe, die Menschen wegen ihrer Rasse verfolgten und die uns bekannte, erschreckende antijüdische Gesetzgebung erfanden, und wenn ich gleichzeitig die Russen sehe, die sich aus 160 Rassen zusammensetzen und die die Fusion dieser Rassen durch die Überwindung der zwischen Asien und Europa existierenden Unterschiede in Angriff nehmen, dieser Versuch, diese Bemühung um die Vereinigung der Menschheit, dann lasst mich sagen: Das ist christlich, das ist im Sinne des Katholizismus höchst universalistisch.«

Wohl hebt De Gasperi die Opfer an Menschenleben hervor, dennoch drückt er sich grundsätzlich positiv über das »große ökonomische Unternehmen« der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung aus, die sich wegen der »von Mein Kampf aufgezeigten Bedrohung« als notwendig erwies. Was schließlich die Moskauer Prozesse angeht, unterstreicht der Führer der Christdemokraten die Glaubhaftigkeit der Anklage, wobei er sich auf »objektive amerikanische Informationen« beruft. <sup>60</sup>

59 Arendt, 1989, S. 36.

60 De Gasperi, 1956, S. 1 5 ff.

Noch im Jahre 1953, gleich nach dem Tode Stalins, zieht einer seiner Feinde, und das heißt ein überzeugter Anhänger Trotzki's, folgende bezeichnende historische Bilanz:

»Im Verlauf dreier Jahrzehnte hat sich das Gesicht der Sowjetunion vollkommen verändert. Der Kern der historischen Aktion des Stalinismus ist der folgende: Er hat ein Russland vorgefunden, das den Boden mit Holzpflügen bearbeitete, und er hinterlässt es als Besitzer des Atommeilers. Er hat Russland zur zweiten Industriemacht der Welt emporgebracht, und es hat sich nicht nur um einen bloß materiellen und organisatorischen Fortschritt gehandelt. Ein derartiges Resultat hätte man nicht ohne eine ausgedehnte Kulturrevolution erreichen können, in deren Verlauf man ein ganzes Land in die Schule geschickt hat, um ihm eine extensive Bildung zu vermitteln«.

Obleich konditioniert und teilweise entstellt vom asiatischen und despotischen Erbe des zaristischen Russland, hatte im Stalinismus »das sozialistische Ideal seine natürliche, geschlossene Integrität«.<sup>61</sup> Drei Jahre später ändert sich im Gefolge des 20. Parteitags der KPdSU das Bild vollkommen. Deutscher schreibt Chruschtschow das Verdienst zu, endlich »das enorme, finstere, kapriziöse, degenerierte menschliche Monstrum« gebrandmarkt zu haben, »vor dem sich die Kommunisten mehr als zwei Jahrzehnte lang auf die Knie geworfen hatten.«<sup>62</sup> Zweifellos waren es zwei Wendungen, die das heutige Stalinbild bestimmt haben: Der Ausbruch des Kalten Krieges 1947 und der 20. Parteitag der KPdSU. Nach 1956 nimmt die Kampagne gegen Stalin nicht nur in Bausch und Bogen die Grundmotive der vom Westen gegen die UdSSR insgesamt entfesselten Kampagne wieder auf, sondern setzt manchmal gern noch eins drauf: Deutscher zum Beispiel kritisiert 1965 entschieden »die stalinfreundliche Welle in den alliierten Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Nachkriegszeit«.<sup>63</sup>

Auf dieser Grundlage entwickelt sich ein wahrhaft grotesker Prozess gegen Stalin. Sich auf den Chruschtschow-Bericht berufend, beschreibt Deutscher Stalin als einen Verräter (des »sozialistischen Ideals«), der nicht nur abstoßend, sondern auch politisch unfähig gewesen sei: Er habe das im Krieg

61 Deutscher, 1972, S. 167 f.

62 Deutscher, 1972, S. 20.

63 Deutscher, 1972, S. 221.

befindliche Land geführt, indem er »Fronten und Angriffslinien auf einem Tischglobus aufzeichnete«. <sup>64</sup> Wie war es wohl möglich, dass die Sowjetunion, von einem derart lächerlichen »Generalissimus« angeführt, die gigantische Kriegsmaschine besiegte, die in wenigen Tagen den französischen Generalstab außer Gefecht gesetzt hatte, der siegreich aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war? Mit der ganzen Geschichte des Kommunismus entstellt das karikaturistische Bild Stalins schließlich eine der tragischsten, aber auch schönsten Seiten der Weltgeschichte, die unlösbar mit dem Namen Stalingrad verbunden ist, und lässt sie unverständlich werden.

Begreiflich ist daher, dass in kommunistischen Kreisen, die darum bemüht sind, auf die antikommunistische Kampagne zu reagieren, die Tendenz auftaucht, zu denken oder zu seufzen: *In principio erat Chruschtschow!* Er sei im Endeffekt der Wegbereiter der antikommunistischen Kampagne und wird deshalb als der Ausgangspunkt der ruinösen Entwicklung angesehen und abgestempelt, die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion hinauslief: In dieser Hinsicht ist er derjenige, der sich zwar in der kommunistischen Partei und Tradition formiert, dann aber deren enormes politisches und ideelles Vermögen vergeudet hat. Abschließend gesagt: Der Ankläger im Prozess gegen Stalin für »Verrat des Sozialismus« ist jetzt gezwungen, selber auf der Anklagebank zu sitzen!

#### **4. Größte Ausdehnung und beginnende Krise des »sozialistischen Lagers«**

Wenn also die gegen Stalin gerichtete Version des Diskurses vom »Verrat« den gigantischen Emanzipationsprozess nicht erklären kann, der sich auf Weltenebene in den Jahren entwickelt hat, in denen der »Verräter« die Macht ausübte, dann gelingt es der gegen Chruschtschow gerichteten Version des Diskurses vom »Verrat« nicht, den dramatischen Konflikten Rechnung zu tragen, die sich lange vor dem 20. Parteitag der KPdSU abspielen. Wenige Monate nach dem Tode Stalins wird Berija von einer Mehrheit isoliert und liquidiert, zu der neben Chruschtschow auch die engsten Mitarbeiter Stalins zählen.

64 Deutscher, 1972, S. 19.

Gegen wen ist in diesem Fall die Anklage des Verrats zu richten? Zu denken geben jedenfalls die Modalitäten, mit denen Berija liquidiert wird: Es handelt sich um eine Abrechnung im Mafia-Stil, einen Gewaltakt, der weder auf die staatliche Rechtsordnung noch auf das Parteistatut Bezug nimmt.

Und schon vor 1956 oder 1953 erodiert ein weiteres schweres Problem von innen her das ganze »sozialistische Lager«. Es hat zwar eine eindrucksvolle Ausdehnung erlebt, weist aber schon beträchtliche Risse auf, wie es in erster Linie der Bruch der Sowjetunion mit dem Jugoslawien Titos zeigt. Es handelt sich nur um die erste, unerwartete nationale Krise des »sozialistischen Lagers«. Weitere werden folgen: Die Invasion Ungarns und der Tschechoslowakei, die Zusammenstöße am Ussuri, der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha und der zwischen Vietnam und China. Natürlich kann man auch in diesen Fällen die Jagd auf den »Verräter« eröffnen. Aber im Übergang von einer Krise zur anderen wird diese Jagd immer mühevoller und konfuser: Wer ist der »Verräter« beim Zusammenstoß zwischen Kambodscha und Vietnam sowie zwischen Vietnam und China? Und welchen Sinn kann es haben, die Geschichte des »sozialistischen Lagers« in eine ununterbrochene Reihe von Momenten des »Verrats« verwandeln zu wollen, für die auch die Protagonisten großer Emanzipationskämpfe verantwortlich gemacht werden? Eine solche Anschauung zieht unvermeidbar die Jahrzehnte der Geschichte in den Schmutz, die verteidigen zu wollen sie behauptet.

Ein anderer Ansatz erweist sich als produktiver. Gerade die außerordentliche Ausdehnung des »sozialistischen Lagers« bringt ein absolut neues Problem mit sich: Wie müssen sich die Beziehungen zwischen den verschiedenen kleinen und großen Ländern entwickeln, die zu diesem Lager gehören? Und wie kann man die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus mit der Wahrung der staatlichen Souveränität der einzelnen Länder vereinbaren? Noch akuter wird das Problem nach dem Sieg der Revolution in China und dem Eintritt eines Landes ins »sozialistische Lager«, das einem Kontinent gleicht und sich schon wegen seiner Dimensionen und seiner Geschichte berufen fühlt, eine erstrangige Rolle auf der internationalen Ebene zu spielen. Die Gespräche zwischen Stalin und Mao Zedong kurz danach in Moskau sind so gespannt, dass sie fast zum Bruch führen. Mit Blick auf den Konflikt, der dann den kalten Krieg kennzeichnen wird, war es Stalin gelungen, die politische und militärische Präsenz der Sowjetunion auch in Asien und sogar in China auszuweiten: Von seinen Konferenzpartnern in Jalta hatte er die Anerkennung

der Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei bestätigt erhalten, die das zaristische Russland und später die »weißen« Generäle China entrissen hatten, und die die Sowjetunion noch 1924 als »integralen Bestandteil« Chinas anerkannt hatte.<sup>65</sup> In Jalta hatte Stalin außerdem die »Internationalisierung des Hafens von Dairen erreicht, mit der Wahrung der vorherrschenden Interessen der Sowjetunion in diesem Hafen, und die Wiedereinführung der Pacht von Port Arthur als Stützpunkt und Kriegshafen der UdSSR«, darüber hinaus »die gemeinsame Ausnutzung der ostchinesischen Eisenbahn und der Eisenbahn der Süd-Mandschurei«.<sup>66</sup> Von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien unter Druck gesetzt, stimmt schließlich auch Tschiang Kai-schek diesen bedeutenden Zugeständnissen an Stalin zu und unterschreibt mit der Sowjetunion einen Vertrag, der nicht zu Unrecht als »Chinas letzter »ungleicher Vertrag«« bezeichnet worden ist.<sup>67</sup> Mao Zedong wird es dann sein, der ihn wieder in Frage stellt.

Die chinesische Delegation wirft das Problem der Äußeren Mongolei 1950 in Moskau nur mit größter Vorsicht auf. Diesbezüglich macht Mao sogleich einen Rückzieher, aber was die schnellstmögliche Wiedererlangung der chinesischen Eisenbahnen und Häfen anbelangt, zeigt er sich unbeugsam. In diesem Fall ist es Stalin, der zum Nachgeben gezwungen ist, aber er gibt erst nach, als er Nachricht von den Verhandlungen über den Botschafteraustausch zwischen Peking und London erhält: Es zeichnet sich so die Gefahr eines chinesischen Titoismus ab.<sup>68</sup>

Die Beziehungen zwischen den beiden großen sozialistischen Ländern erwiesen sich von Anfang an als schwierig. Beide appellieren an den Kampf gegen den Imperialismus. Nur dass dieser Kampf für die Sowjetunion in erster Linie bedeutet, Washingtons Politik des *Roll back* entgegenzutreten und die Resultate der Konferenz von Jalta zu konsolidieren (die von Stalin bei seinen Gesprächen mit Mao ausdrücklich verteidigt wurde). Sich dem Imperialismus zu widersetzen bedeutet dagegen für die Volksrepublik China, ihre territoriale Integrität wiederzugewinnen, ihre volle Souveränität auch über die östliche

65 Vgl. Paine, 1996, S. 325.

66 Siehe den Text der Abmachungen von Jalta, in: Clemens, 1975, S. 375 f.

67 Kindermann, 2001, S. 303.

68 Shen Zhihua, 2002.

Mandschurei wieder zu erringen, unter Abschaffung der Zugeständnisse und der Privilegien, die Stalin zunächst seinen Partnern in Jalta und dann Tschiang Kai-schek abgerungen hatte. Stark geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen (auch wegen der nervtötenden Langsamkeit, mit der sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Eröffnung der zweiten Front in Europa entschlossen hatten) und der Drohung einer neuen Aggression ausgesetzt, hat es die UdSSR zum einen absolut nötig, Atem zu holen, zum anderen eine möglichst breite und kompakte Front um sich zu vereinen. Anders die Lage der Volksrepublik China: Mit der Machtübernahme durch die Kommunisten ist der Prozess der nationalen Wiedervereinigung noch nicht abgeschlossen. Die Rückgewinnung Taiwans steht auf dem Programm, angefangen bei den beiden kleinen Inseln Quemoy und Matsu. Letztere – unterstreicht Churchill bei seinem vergeblichen Versuch, die amerikanische Administration beweglicher werden zu lassen – liegen »vor der Küste«, »gehören rechtmäßig zu China«, das »ein eindeutiges nationales und militärisches Ziel verfolgt, nämlich einen Brückenkopf loszuwerden, der sich auszeichnet für die Invasion Kontinentalchinas eignet«<sup>69</sup> Verständlich daher die Entschiedenheit, mit der Mao Zedong dieses Ziel verfolgt, ohne sich allzu sehr von den atomaren Drohungen seitens der Vereinigten Staaten einschüchtern zu lassen. Ein Zeichen für nationalistische und provinzielle Begrenztheit ist diese Haltung für die sowjetische Führung, die ihrerseits verdächtigt wird, aus egoistischem und opportunistischem Kalkül taub zu sein für die Emanzipations- und Befreiungsbedürfnisse der Kolonial- oder ehemaligen Kolonialvölker. Tendiert China im Gefolge der wiederholten atomaren Drohungen seitens der USA dazu, die Anstrengungen zu verdoppeln, um in den exklusiven Club der Atommächte einzutreten, dann fürchtet die Sowjetunion, eine derartige Politik könnte die atomare Aufrüstung von Ländern wie Deutschland begünstigen und die »friedliche Koexistenz« gefährden, die sie so dringend nötig hat.

Die Divergenzen, die in erster Linie der objektiven Lage geschuldet sind, werden zum Anlass eines immer schärfer werdenden ideologischen (und diplomatischen) Zusammenstoßes. Die gegen die chinesische Führung gerichtete Kritik provinzieller Kurzsichtigkeit und politischen Abenteuerturns erlebt eine rapide Eskalation: Auf dem Gipfel der Polemik werden die chinesischen

69 Boyle, 1990, S. 193 (Brief an Eisenhower vom 15. Februar 1955).

Führer beschuldigt, einer sowjetisch-amerikanischen Atomkatastrophe Vor-schub zu leisten, um schließlich die Welt dank ihres größeren demografischen Potenzials zu beherrschen.<sup>70</sup> Auf der Gegenseite haben wir es mit einer ähnlichen Eskalation zu tun: Den sowjetischen Führungskadern wird nicht nur »Opportunismus« im Kampf gegen den Imperialismus vorgeworfen, sie verwandeln sich selber in Imperialisten und sogar in die heimtückischsten und gefährlichsten Imperialisten, die das Erbe des unersättlichen zaristischen Expansionismus angetreten hätten, und die jetzt, als neue Zaren, direkt die Volksrepublik China bedrohten, das Zentrum des Kampfs der Kolonial- und Exkolonialvölker. Moskau und Peking beschuldigen sich gegenseitig des »Ver-rats«, dem notwendigerweise der Bannstrahl folgt. Doch beide Parteien, weit davon entfernt Verräter zu sein, erweisen sich höchstens als zu »orthodox« in ihrem Marxismus: Sie leiten mechanisch aus dem Sozialismus das Verschwin-den der nationalen Konflikte ab; und weil diese, trotz allem, weiterhin existie-ren, werden sie der Degeneration oder dem Verrat des jeweils anderen ange-lastet.

Abschließend gesagt: Einerseits weist das »sozialistische Lager« beim Tode Stalins seine größte Ausbreitung auf, andererseits zeigen sich schon zwei besorgniserregende Risse: Ungelöste Probleme sind die geregelte Nachfolge in der Führungsspitze und die Beziehungen zwischen den sozialistischen Län-dern. Die Nicht-Lösung des ersten Problems hat äußerst brutale und primitive Formen der Gewalt innerhalb der kommunistischen Parteien mit sich gebracht, die Nicht-Lösung des zweiten Problems hat zu einer Reihe von Kraftproben, Invasionen, militärischen Okkupationen und auch wirklichen Kriegen und damit zum Zerfall des sozialistischen Lagers geführt.

## 5. Zwischen Utopie und Ausnahmezustand

Ein keineswegs begeisterndes Bild. Man versteht daher, dass es auch in der Linken nicht an denen fehlt, die die mit der Oktoberrevolution begonnene Geschichte liquidieren möchten, wobei sie ihr natürlich nicht den westlichen Kapitalismus und Liberalismus entgegensetzen, sondern die Utopie. Dieses

70 Vgl. Borissow-Koloskow, 1973, S. 188 und S. 199.



Vorgehen riskiert jedoch als Heilmittel das zu empfehlen, was oft zur Verschlimmerung des Übels beigetragen hat. Nehmen wir uns die Dialektik vor, die sich nach der bolschewistischen Revolution entwickelt hat. Der Erste Weltkrieg wütet noch: Das Gemetzel und die Abschaffung der elementarsten Freiheiten im Namen des Ausnahmezustands auch in Staaten mit den gefestigten liberalen Traditionen lassen jedes politische Programm inadäquat erscheinen, das diesseits der Forderung nach einer Sozialordnung ohne Militär- und Staatsapparat, ja sogar ohne jede Form des Zwangs stehenbleibt. Der Marxismus verflacht so zum Anarchismus und stellt sich gewissermaßen als Religion dar. Der junge Bloch erwartet sich von den Sowjets den »Umbruch der Macht zur Liebe«. <sup>71</sup> Nicht viel anders argumentieren in Sowjetrußland Exponenten der Sozialrevolutionäre, denn sie proklamieren: »Recht ist Opium für das Volk« <sup>72</sup> und: »Die Idee der Verfassung ist eine bürgerliche Idee.« <sup>73</sup> Auf dieser Grundlage ist es leicht, jedwede terroristische Maßnahme zu rechtfertigen, um der Not zu begegnen; als problematisch oder unmöglich erscheint vor allem der Übergang zu einer verfassungsmäßigen Normalität, die von vorneherein als »bürgerlich« abgestempelt wird. So radikalisiert der Ausnahmezustand die Utopie so sehr, dass sie abstrakt wird, und diese abstrakte Utopie erstarrt weiterhin und lässt den Ausnahmezustand unüberwindlich werden.

Der patriotische Fanatismus und die nationalen Hassgefühle, zum Teil »spontan«, zum Teil geschickt geschürt, haben zum Gemetzel des imperialistischen Krieges geführt. Es wird ein dringendes Erfordernis, ein ganz neues Kapitel der Geschichte anzufangen. Hier taucht in bestimmten Sektoren der kommunistischen Bewegung ein unrealistischer Internationalismus auf, der dahin tendiert, die verschiedenen nationalen Identitäten als bloßes Vorurteil abzutun. Dieser »Universalismus« ist nicht in der Lage, die Besonderheiten, die Unterschiede zu respektieren. Er verschärft nur noch die Konflikte und die nationale Frage, zunächst innerhalb der Sowjetunion und später in den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Staaten. Und erneut

71 Losurdo, 2000, 2. Kap., 10.

72 In: Bloch, 1961, S. 253.

73 In: Carr, 1964, S. 128.

haben wir es mit der unglückseligen Spirale zu tun: Ausnahmezustand – abstrakte Utopie – noch schärferer Ausnahmezustand.

Die Perzeption der Bedeutung, die die kapitalistischen Interessen bei der Entfesselung des Gemetzels gehabt haben, lässt für die sensibleren Gemüter nicht nur den Kapitalismus, sondern auch das Geld überhaupt als hassenswert erscheinen. Der junge Bloch ruft die Sowjets dazu auf, nicht nur jeder »Privatwirtschaft«, sondern auch der »Geldwirtschaft« und damit der »alles Böseste im Menschen preiskrönenden Kaufmannsmoral« ein Ende zu setze.<sup>74</sup> Was besonders Russland betrifft, bringen die Katastrophe des Ersten Weltkriegs und der darauffolgende Bürgerkrieg auch den Zusammenbruch der Geldwirtschaft mit sich, die in bestimmten Gebieten durch den Warenaustausch ersetzt wird. Diese Ausnahmesituation wird dagegen als »Kommunismus« interpretiert, wenn auch nur als »Kriegskommunismus«. Als Vormarsch zum Kommunismus wird sogar eine drastische Notstandsmaßnahme wie die Zwangsbeschlagnehmung der von den Bauern gehorteten Lebensmittelüberschüsse seitens der Sowjetmacht ausgegeben. Die messianische Erwartung des Absterbens des Staates, der nationalen Identitäten und des Geldes, und das heißt die emphatische und abstrakt gewordene Utopie, läuft in allen drei hier untersuchten Fällen darauf hinaus, Phänomene (fehlen eines präzisen Verfassungsrahmens, nationale Unterdrückung, ungenügende Entwicklung des nationalen Marktes) als Vorwegnahme des zukünftigen Nach-Kapitalismus zu verklären, die dagegen Ausdruck des Weiterbestehens des alten Regimes sind.

## 6. Revolution und Lernprozess

Das Auftauchen einer emphatischen und abstrakten Utopie ist jedoch nicht das Produkt der Fantasie einzelner Autoren oder einzelner Persönlichkeiten, sondern das Ergebnis eines objektiven historischen Prozesses. Wir haben schon auf eine wertvolle Beobachtung Engels<sup>75</sup> hingewiesen: Eine große Revolution neigt dazu, sich Ziele zu setzen, die viel ehrgeiziger sind als die, die sie dann historisch realisieren kann. Im Endeffekt tendiert jede große Revolution dahin, sich als die letzte vorzustellen, ja sogar als die Lösung aller Widersprü-

74 In: Losurdo, 2000, 2. Kap., 10.

che und damit als Ende der Geschichte. Einerseits stimuliert die abstrakte und emphatische Utopie die Begeisterung der Massen, die notwendig ist, um den hartnäckigen Widerstand des Ancien Regime zu brechen, andererseits erschwert sie den Aufbau der neuen Gesellschaft. Nur durch einen mühsamen und oft widersprüchlichen Lernprozess gelingt es einer großen Revolution, mit Präzision ihre Ziele und die politischen Formen zu definieren, die sie verwirklichen sollen. Wie Gramsci klar gemacht hat, genügt die Machteroberung allein noch nicht, um eine Revolution als wahrhaft vollendet betrachten zu können; notwendig ist darüber hinaus die Entdeckung und der Aufbau der institutionellen und juristischen Mechanismen der regulären und geordneten Machtausübung. Aus diesem Grund erstreckt sich die bürgerliche Revolution in Frankreich über einen Zeitraum, der von 1789 bis 1871 reicht. In all diesen Jahrzehnten erprobt die neue herrschende Klasse über Versuche und Irrtümer, Widersprüche und Kämpfe die verschiedensten politischen Regime: Konstitutionelle Monarchie und Republik, jakobinische Diktatur und Militärdiktatur, Kaiserreich und bonapartistisches Regime, repräsentatives Einkammer- und Zweikammersystem, mehr oder weniger ausgedehnte Formen des Zensuswahlrechts (manchmal mit der Versuchung, ein Mehrstufenwahlrecht oder die Mehrfachstimme für die »Intelligentesten« oder die Reichsten einzuführen) und das direkte allgemeine (männliche) Wahlrecht. Was die sozialen Verhältnisse im engeren Sinn betrifft, folgt auf die anfängliche Phase des Verbots der Arbeiter-»koalitionen« eine reifere Phase, in der Gewerkschaften legal anerkannt werden. Ähnliche Betrachtungen könnten hinsichtlich der Organisation des Heeres, der ideologischen Apparate und der anderen Sektoren des öffentlichen und sozialen Lebens angestellt werden. Aber erst mit der Liquidierung der Pariser Kommune und der Errichtung der Dritten Republik, mit der Einführung eines repräsentativen Systems, das auf der Konkurrenz mehrerer Parteien, aber gleichzeitig auf der soliden Kontrolle durch eine einzige Klasse beruhte, fand die französische Bourgeoisie die politischen und sozialen Formen für ihre Machtausübung unter normalen Bedingungen; dabei zog sich das Militär ein wenig zurück, um zum direkten Eingreifen nur in akuten Krisensituation bereit zu stehen. Diese politischen und sozialen Formen werden allerdings nicht am Reißbrett erfunden und konstruiert, sondern im Verlauf harter Kämpfe sowohl gegen das Ancien Regime als auch gegen die Volksmassen und sogar verbunden mit internationalen Konflikten.

Die Klasse (oder der soziale Block), die sich vornimmt, die Bourgeoisie abzulösen, hat eine noch schwierigere Aufgabe vor sich. Sie muss nicht nur ein neues politisches Regime »erfinden«, sondern auch neue soziale Verhältnisse, die nicht präexistieren, wie es für die bürgerlichen sozialen Verhältnisse schon innerhalb der alten Gesellschaft gilt; sie können vielmehr erst nach der Machteroberung aufgebaut werden. Dies ist der von Lenin hervorgehobene fundamentale Unterschied zwischen der »sozialistischen Revolution« und der »bürgerlichen Revolution«. <sup>75</sup> Weitaus komplexer ist der Lernprozess, den eine Bewegung durchlaufen muss, die den Kapitalismus überwinden will. Dass diese Aufgabe, noch erschwert durch die Politik der Eindämmung und Einkreisung und Aggression seitens des Imperialismus, nicht gelöst wurde, hat zur Niederlage des Sozialismus geführt.

## **7. Lernprozess und Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts**

Die sozialistische und kommunistische Bewegung ist weit davon entfernt, diesen Prozess zu Ende geführt zu haben. Sollen wir die nach-kapitalistische Zukunft als das totale Verschwinden nicht nur der Klassengegensätze, sondern auch des Staates und der politischen Macht und der Rechtsnorm insgesamt, und außerdem der Religionen, der Nationen, der Arbeitsteilung, des Marktes, einer jeden Quelle des Konflikts verstehen? Sollen wir weiterhin mit Bebel! glauben, dass es in der kommunistischen Gesellschaft keinen Platz mehr für »Parlamente«, Steuer- und Zollverwaltung, für »Gerichte«, »Rechts- und Staatsanwälte«, für »Gefängnisse«, für die Rechtsnorm, die Verbrechen und sogar für die Gefühle des »Hasses« und der »Rache« gibt, sodass »Zehntausende von Gesetzen Erlassen und Verordnungen [...] Makulatur« werden? <sup>76</sup> Sollen wir weiterhin mit Trotzki (Die verratene Revolution) glauben, dass im Kommunismus mit dem Staat auch das »Geld« und jede Form des Markts verschwinden werden? <sup>77</sup> Nach gewissen Erklärungen Trotzkis zu urteilen,

75 Lenin, 1955 d, S. 75.

76 Bebel, 1964, S. 482 f.

77 Trotzki, 1968, S. 61.

ereignen sich miraculöse Umwandlungen schon im Sozialismus: »Die wahre sozialistische Familie, durch die Gesellschaft von den drückenden und demütigenden alltäglichen Bürden befreit, wird keine Regelung mehr nötig haben, und schon der bloße Gedanke an Gesetze über die Scheidung und die Abtreibung wird ihr nicht besser erscheinen als die Erinnerung an die Bordelle und die Menschenopfern.<sup>78</sup>

Wir sprachen schon von den ruinösen Auswirkungen der Dialektik Ausnahmezustand – abstrakte Utopie – weitere Verschärfung des Ausnahmezustands. Man sollte sich dagegen die Lehre Gramscis vor Augen halten, der sich vielleicht mehr als alle anderen darum bemüht hat, das kommunistische Projekt von der messianischen Aura zu befreien. Den Mythos vom Absterben des Staates und seines Aufgehens in der Zivilgesellschaft in Frage stellend, hat er darauf hingewiesen, dass auch die Zivilgesellschaft eine Form von Staat ist; außerdem hat er hervorgehoben, dass der Internationalismus nichts mit der Verkenntung der nationalen Besonderheiten und Identitäten zu tun hat, die über den Zusammenbruch des Kapitalismus hinaus weiterbestehen werden. Hinsichtlich des Marktes meint Gramsci, dass es besser wäre, von einem »bestimmten Markt« statt von Markt in abstraktem Sinne zu sprechen.

Einmal abgesehen von der Lehre des einen oder anderen bedeutenden Autors geht es vor allem darum, den Lernprozess der kommunistischen Bewegung schlechthin zu analysieren. Während des Ersten Weltkriegs behauptet und radikalisiert Lenin die These vom Absterben des Staates; aber in seinen letzten Lebensjahren fordert er dazu auf, einen »wirklich neuen« Staatsapparat aufzubauen, der »wirklich den Namen eines sozialistischen, sowjetischen usw. verdient«, bereit auch, von den »besten westeuropäischen Vorbildern« zu lernen.<sup>79</sup> In den Jahren Chruschtschows hat ein Jurist den Mut, die These vom Absterben des Staates neu zu interpretieren, indem er unterscheidet zwischen »Unterdrückungsfunktion«, die dazu bestimmt ist, sich zu verringern und zu verschwinden und »wirtschaftlichen und kulturellem« Funktionen, die sich dagegen entwickeln werden. Bloch kritisiert diese Neuinterpretation. Auch er hat die messianische Erwartung des Umbruchs der »Macht« in »Liebe« aufgegeben. Zwar erörtert er weiterhin die These vom Absterben des

78 Trotzki, 1968, S. 144f.

79 Losurdo, 2000, 3. Kap., 3.

Staates, aber er liest sie jetzt als ein »Grenzideal« oder als einen »Grenzbegriffe«,<sup>80</sup> das heißt als ein Ideal, das die Aktion orientiert, ohne sich in einer vollendeten Wirklichkeit zu realisieren.

Nicht weniger mühsam ist der Lernprozess auf anderen Gebieten. Gleich nach der Oktoberrevolution fordert Rosa Luxemburg das neue Regime auf, »die separatistischen Bestrebungen mit eiserner Hand [...] im Keime zu ersticken«, die von »geschichtslosen Völkern«, von »vermoderten Leichen [...] die aus jahrhundertjährigen Gräbern steigen«, angezettelt würden.<sup>81</sup> Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus und das neue soziale Regime lassen die nationalen Forderungen und Widersprüche mehr denn je als obsolet, irreführend und unerträglich erscheinen. Zusammen mit den nationalen und staatlichen Identitäten scheint der Vormarsch der Revolution auch die traditionellen Probleme der Beziehungen zwischen den Staaten auf den Müllhaufen der Geschichte werfen zu wollen. Als Trotzki das Amt des Volkskommisars des Äußeren übernimmt, sagt er: »Ich werde ein paar Aufrufe an die Völker der Welt erlassen und dann Feierabend machen.«<sup>82</sup> Selbst wenn Lenin normalerweise keine so emphatischen Töne anschlägt, erklärt er in seiner Rede zum Abschluss des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale, als der Kapitalismus seinem Absturz nahe zu sein schien, ohne zu zögern: »Die Gründung der internationalen Räterepublik wird kommen.«<sup>83</sup> Etwa zehn Jahre später ist Stalin dagegen gezwungen anzumerken, »wie kolossal groß die Stabilität der Nationen ist.«<sup>84</sup> Im Übrigen – darauf weist noch später Stalin hin – ist die Sprache, wesentliches Element der nationalen Identität, nicht bloß eine Überbaustruktur, wie ihre hartnäckige Beibehaltung beim Übergang von einer sozialen Ordnung zu einer anderen beweist; der Sozialismus bedeutet nicht das Verschwinden der verschiedenen Sprachen und der verschiedenen nationalen Identitäten. Und dennoch: Nachdem er so lange und scharf die trotzkistische Theorie oder Versuchung des Exports der Revolution verurteilt hatte, scheint Stalin sich diese gegen Ende des Zweiten Weltkriegs gewissermaßen zueigen zu machen. So zumindest nach dem Zeugnis von Djilas, das wir schon

80 Bloch, 1961, S. 256–259.

81 In: Losurdo, 2000, 5. Kap., 2.

82 In: Carr, 1964, S. 814.

83 Losurdo, 2000, 3. Kap., 7.

84 Stalin, 1971, Bd. 11, S. 303.

kennen. In Wahrheit ist das eigentlich keine Stellungnahme, sondern Stalin beschreibt anscheinend die objektiven Merkmale des Zweiten Weltkriegs, als in dessen Endphase der Wettstreit zwischen den USA und der Sowjetunion deutlich wurde. »Jeder zwingt sein Gesellschaftssystem auf, so weit sein Heer vordringt«. Doch im Verlauf der Gespräche mit Djilas verhehlt Stalin nicht sein Misstrauen einem Land gegenüber, das, obwohl es inzwischen fest von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird, dazu neigt, eine autonome Außenpolitik zu verfolgen: »Nein, eure Regierung ist nicht sowjetisch – Jugoslawien ist ein Mittelding zwischen dem Frankreich De Gaulles und der Sowjetunion.«<sup>85</sup> Die so verdrängte nationale Frage wird wenige Jahre später energisch wieder auftauchen: Mit der Sezession Jugoslawiens begonnen, erlebt die Auflösung des »sozialistischen Lagers« mit der chinesisch-sowjetischen Spaltung eine dramatische Beschleunigung, um sich später und jetzt in explosiver Form in Osteuropa insgesamt zu vollziehen.

Betrachten wir jetzt einmal die Widersprüche, die beim Aufbau der neuen sozialen Ordnung auftreten, die den Kapitalismus ersetzen soll. Wir sprachen schon davon, dass der junge Bloch die Abschaffung der »Geldwirtschaft« schlechthin anstrebte. Dies ist nicht nur die Haltung eines vom »Geist der Utopie« inspirierten Philosophen. In den vierziger Jahren beschreibt ein Bolschewik wirkungsvoll das geistige Klima in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution: »Wir jungen Kommunisten sind alle in der Überzeugung herangewachsen, dass das Geld ein für alle Mal abgeschafft würde [...] Wenn das Geld wieder erschiene, würden dann nicht auch die Reichen wieder auftauchen? Befanden wir uns nicht auf einer glitschigen Bahn, die uns zum Kapitalismus zurückführte?«<sup>86</sup>

Aber sehen wir jetzt ab von diesen mehr oder weniger messianischen Erwartungen. Einmal an die Macht gelangt, müssen die Kommunisten schwierige, manchmal dramatische Entscheidungen treffen: Sollen sie sich in erster Linie darum bemühen, ihre soziale Konsens-Basis zu erweitern und zu konsolidieren, oder sollen sie sofort mit ihrem Programm der integralen Kollektivierung der Produktionsmittel beginnen? Letztere These vertritt Rosa Luxemburg, die die Bolschewiki scharf wegen ihrer »kleinbürgerlichen«

85 Djilas, 1978, S. 120 f.

86 In: Figes, 2000, S. 926.

Agrarreform kritisiert, die den Bauern Grund und Boden überlässt.<sup>87</sup> Russland ist völlig verarmt aus dem Krieg hervorgegangen: War es das Hauptziel der Sowjetmacht, mehr oder weniger egalitär die geringen verfügbaren Ressourcen aufzuteilen oder sollte die Anstrengung dahin gehen, diese zu vermehren? Wenn man die Hauptaufgabe in der Entwicklung der Produktivkräfte sieht, dann ergibt sich ein weiteres Dilemma: Soll man materielle Anreize schaffen, oder soll man an das revolutionäre Bewusstsein oder an die Hingabe an die Sache des Sozialismus seitens des »neuen Menschen« appellieren? Viele Jahre lang nährte Mao Zedong die Illusion, rasch den Abstand zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern mit dem Appell an die revolutionäre Massenbegeisterung aufholen zu können. Doch die Mittelmäßigkeit der erzielten Resultate und die gleichzeitige Konsolidierung des Kapitalismus haben die chinesischen Kommunisten dahin geführt, den vorher als »revisionistisch« abgestempelten Weg mit einer ganz neuen Radikalität einzuschlagen. Und so entstand die »sozialistische Marktwirtschaft«.

Erneut erweist sich der Lernprozess als komplex und mühsam, und zwar nicht nur für diejenigen, die Regierungsfunktionen ausüben. Als Gramsci die Oktoberrevolution begrüßte, unterstrich er, dass sie anfangs nur den »Kollektivismus der Armut, des Leidens« hervorbringen würde. Zu diesem Zeitpunkt schien in seinen Augen die egalitäre Verteilung der verfügbaren Ressourcen die Hauptaufgabe der Sowjetmacht zu sein. Später verteidigt der italienische Kommunistenführer die NÖP und weist darauf hin, dass man nur von einer simplizistischen und oberflächlichen Auffassung des Prozesses des Aufbaus einer nach-kapitalistischen Gesellschaft her den »pelzbehangenen NÖP-Mann« skandalisieren könne, der einen entschieden höheren Lebensstandard als die Arbeiter hat, die doch die politisch herrschende Klasse bilden. Im Gegensatz zu früher scheint jetzt als Hauptaufgabe der neuen Sowjetmacht die Entwicklung der Produktivkräfte betrachtet zu werden.<sup>88</sup>

87 In: Losurdo, 2000, 5. Kap., 2.

88 Losurdo, 2000, 5. Kap., 3.



## **8. Entdämonisierung Stalins (und Chruschtschows) und Entkanonisation von Marx und Engels sowie der »Klassiker«**

Die Geschichte des Sozialismus ist auch die Geschichte dieser Dilemmata, dieser Debatten und dieser Kämpfe. Die Konflikte haben nicht nur die Geschichte der einzelnen kommunistischen Parteien (an der Regierung oder in der Opposition) und die gesamte internationale kommunistische Bewegung tief gezeichnet, sondern auch die Entwicklung der großen Intellektuellen kommunistischer Orientierung. Die übliche Liquidierung der realen Geschichte des Sozialismus im Namen der Utopie oder des »authentischen« Denkens von Marx und Engels impliziert auch die Aufwertung der großen Intellektuellen oder der Politiker, die der Macht fern standen oder sich nur marginal daran beteiligten, im Gegensatz zu denen, die wirklich Regierungsverantwortung übernommen haben. Aber dieses Schwarz-Weiß-Bild ist aus einer Reihe von Gründen keineswegs überzeugend: Es stellt erstens einen Vergleich zwischen heterogenen Größen an, und zwar zwischen Absichten und realen Handlungen (diese Haltung wirft Hegel der »schönen Seele« vor); es hat zweitens keine Glaubhaftigkeit auf historischer Ebene: Die großen Intellektuellen oder die Politiker, die der Macht fern geblieben sind, sind nicht immun gegen die naiven Illusionen, gegen die Fehler und sogar gegen die Brutalitäten, die wir bei denen feststellen können, die die wirkliche Macht in Händen haben; wenn man drittens die Vorzüglichkeit der guten Vorsätze der Mittelmäßigkeit oder noch Schlimmerem der wirklichen Handlungen entgegensetzt, dann bereitet dieser Ansatz erneut der Pseudoerklärung des »Verrats« den Weg. Engels hatte sich seinerzeit lustig gemacht über »jenen Aberglauben, der Revolutionen auf die Börsartigkeit einer Handvoll Agitatoren zurückführt«.<sup>89</sup> Leider gab es in der kommunistischen Bewegung – und gibt es noch immer – den »Aberglauben«, die Krisenmomente oder die Niederlage einer Revolution seien der »Börsartigkeit« einer Handvoll Verräter zuzuschreiben. Es ist an der Zeit, endgültig mit dieser unglückseligen Tradition Schluss zu machen.

Wie auch immer sie dekliniert wird, setzt die Kategorie »Verrat« die Kanonisation von Marx und Engels (und der wie auch immer definierten »Klassiker«)

89 MEW, Bd. 8, S. 5.

voraus, und außerdem die Exkommunikation derer, die beschuldigt werden, den Kanon verraten zu haben. Die hier angeregte Anwendung der Kategorie »Lernprozess« impliziert dagegen zum einen die Entdämonisierung Stalins (aber auch Chruschtschows und Trotzkis), zum anderen die Entkanonisation von Marx und Engels (und der »Klassiker«). Und diese Entkanonisation impliziert ihrerseits, dass der Lernprozess noch bei weitem nicht abgeschlossen ist.

## **9. Kapitalismus und Sozialismus: Experimente am Reißbrett oder gegenseitiger Kampf und wechselseitige Bedingung**

Ist es lächerlich, das 20. Jahrhundert auf die erbauliche Fabel reduzieren zu wollen, von der ich eingangs gesprochen habe, so ist es nicht weniger lächerlich, die Geschichte dieses Jahrhunderts wie den Vergleich zwischen zwei Experimenten am Reißbrett darzustellen, von denen das eine gescheitert und das andere geglückt ist. Denn ebenso wie die Geschichte des Westens und der Dritten Welt (mit der Überwindung der drei großen Diskriminierungen und dem Aufkommen des Sozialstaats) nicht ohne die Herausforderung durch den »realen Sozialismus« verstanden werden kann, kann auch die Geschichte des »realen Sozialismus« nicht ohne die Politik der Intervention, der Einkreisung und des technologischen und ökonomischen Embargos seitens des Westens verstanden werden.

Was den ersten Punkt angeht, wissen wir, dass über jeden Verdacht erhabene Autoren den Abbau des Rassenstaats im Süden der Vereinigten Staaten und den Aufbau des Sozialstaats im Westen in Zusammenhang mit dem Einfluss bringen, die die »russische marxistische Revolution« und das »sozialistische Lager« auf die eine oder andere Weise ausgeübt hätten. Hier sollte man eingehender die Dialektik analysieren, die sich nach der Oktoberrevolution entwickelt hat. Das kapitalistische System, das sich durch die Übernahme von Elementen aus dem ideellen und politischen Gepäck der kommunistischen und Arbeiterbewegung und aus der Realität des realen Sozialismus konsolidiert hatte, hat daraufhin seinerseits eine unwiderstehliche Anziehung auf sie Bevölkerung der Länder ausüben können, für die ein Sozialismus charakteristisch ist, der von Anfang an die gut sichtbaren Zeichen des vorn Westen entfesselten und aufgezwungenen Kriege trägt: Mir der Zeit wird er immer sklerotischer,

bis er schließlich zu seiner eigenen Karikatur wird. Das heißt, den auf der Woge der bolschewistischen Revolution entstandenen Ländern ist es nicht gelungen, sich konkret mit dem Westen zu messen, zu dessen tiefgreifender Veränderung sie selber beigetragen hatten. Letztendlich hat das politisch-soziale System den Sieg davon getragen, das besser auf die Herausforderung hat reagieren können, die das entgegengesetzte oder konkurrierende System lanciert oder objektiv konstituiert hat. Auch in diesem Fall hat sich so der anfängliche Teilsieg der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die gezeigt hatte, dass sie fähig war, ihre konkrete historische Wirksamkeit auch im gegnerischen Lager durchzusetzen, in eine Niederlage von strategischer Tragweite verwandelt.

So wird der widersprüchliche Prozess verständlich, der sich heute abspielt. Nach der Lockerung des vom Imperialismus aufgezwungenen permanenten Ausnahmezustands und auf Grund eines Lernprozesses, der durch diese neue Situation erleichtert wird, reift in einem Land wie China die theoretische Anerkennung der Bedeutung der *rule of law* heran und es werden Anstrengungen unternommen, einen sozialistischen Rechtsstaat aufzubauen: So drücken sich, sowohl mit der Tradition des »Realsozialismus« als auch mit dem Erbe der »Kulturrevolution« brechend, die heutige Verfassung und die Führung der Volksrepublik China aus. Im Westen geht dagegen mit dem Verschwinden der Herausforderung, die eine starke internationale kommunistische Bewegung und das »sozialistische Lager« dargestellt hatten, ein allgemeiner Rückschritt Hand in Hand. Es handelt sich nicht nur um den Abbau des Sozialstaats. Der Tendenz nach tauchen sogar zwei der drei großen Diskriminierungen, wenn auch in anderer Form, wieder auf, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts überwunden worden waren. In den Vereinigten Staaten – unterstreicht unter anderen ein maßgeblicher liberaler Historiker wie Schlesinger jr. – ist die Bedeutung des Geldes im Wahlkampf so groß, dass die repräsentativen Organe Gefahr laufen, wieder das Monopol der besitzenden Klassen zu werden (wie in den goldenen Jahren des Klassenwahlrechts). Was die internationalen Beziehungen betrifft, rehabilitiert Popper, der praktisch offizielle Theoretiker der »offenen Gesellschaft«, ganz explizit den Kolonialismus.<sup>90</sup> Im Übrigen lebt die imperiale Mythologie wieder auf, wonach ein »ausgewähltes Volk« das Recht und die Pflicht habe, die anderen zu führen: Das

90 Vgl. Losurdo, 2008, 8. Kap., 4 und 7.

Kiplingsche Motiv von des *White Man' Burden* ist bei Bush jr. das Motiv des *American Man' Burden* geworden.

Die »Niederlage« (des sozialistischen Lagers) ist nicht das »Scheitern«: Während letztere Kategorie ein total negatives Urteil impliziert, ist die erstere ein partiell negatives Urteil, das auf einen bestimmten historischen Kontext Bezug nimmt und es ablehnt, die Realität einiger Länder (und sogar eines Riesenlandes wie China) zu verdrängen, die sich weiterhin auf den Sozialismus berufen. Ihr Widerstand und ihre Vitalität leiten sich aus der Fähigkeit her, mit Irrtümern und mehr oder weniger geglückten Experimenten konkret den notwendigen Lernprozess voranzubringen, indem sie das sozialistische Projekt von seinen abstrakt utopistischen Komponenten befreien und den sozialistischen Markt, die *rule of law* in sozialistischer Version, das Weiterbestehen der nationalen Unterschiede und Identitäten usw. wiederentdecken. Es eröffnet sich eine neue Phase mit vielen unvorhersehbaren Aspekten: Der Lernprozess kann keinen garantierten Erfolg haben, er ist weder immun gegen Widersprüche und Konflikte noch gegen die Gefahr der Niederlage. Es ist ein Prozess, der bei weitem noch nicht zu seinem Abschluss gekommen ist.

**Zweiter Teil**  
**China und**  
**die historische Bilanz**  
**der Erfahrung des Sozialismus**

## **X. Die Dialektik der Revolution: Russland und China im Vergleich**

### **1. Revolution und Sozialpakt in Russland und China**

Unter welchen Bedingungen hat eine Revolution Erfolg? Wie Lenin verdeutlicht hat, hängt er ab von der Verbindung zwischen der unaufhaltsamen Empörung der subalternen Klassen und der immer offensichtlicher werdenden Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Führung beizubehalten. Mit dem Auftreten einer großen Krise, die die Ordnung und sogar die Identität einer Nation in Frage stellt, gelangt die revolutionäre Partei an die Macht, indem sie sich auf der Grundlage einer Art Pakt, den sie mit der ganzen Nation schließt, als neue Führungsgruppe anbietet. Dieser Pakt nimmt eine jeweils andere Gestalt an. Im Oktober 1917 beruht er auf dem Versprechen und dem Projekt der Bolschewiki, den Bauern Land zu geben und einem ausgebluteten und erschöpften Volk Brot und Frieden zuzusichern, einen Frieden, der im Inneren auf der Gleichheit zwischen den verschiedenen Nationalitäten basiert, die das Riesenland bilden.

Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft erfährt dieser Pakt eine erste große Krise. Mehr noch als die subjektiven politischen Fehler spielen in diesem Fall die objektiven Widersprüche eine besonders relevante Rolle. In einer Lage, die noch tief von den Zerstörungen gezeichnet ist, die der imperialistische und der Bürgerkrieg hervorgerufen haben, lässt das Lebensmittel-Hamstern der Bauern (und vor allem der relativ wohlhabenden Bauern) das Problem der Hungersnot in den Städten noch akuter werden. Der Pakt, auf dessen Grundlage die Revolution an die Macht gekommen war, musste so oder so auseinandergerissen werden. Brot für die Arbeiter oder Land für die Bauern? Objektiv waren zwei Bestandteile des Pakts in Widerspruch geraten, zumal sich am Horizont immer bedrohlicher der Schatten des Krieges abzeichnete: Man musste sich mit einem angemessenen Industrialisierungsprozess darauf vorbereiten, der Aggression entgegenzutreten, wenn man nicht auch noch den dritten Bestandteil des Pakts aufs Spiel setzen wollte, der die bolschewistische Führungsspitze verpflichtete, keine imperialistischen Abenteuer zu unterneh-

men; implizit war sie aber aufgefordert, im Falle eines von außen aufgezwungenen Krieges besser abzuschneiden als seinerzeit das zaristische Russland. Wahrscheinlich bot die objektive Lage auch keine großen Wahlmöglichkeiten (sogar entschieden antikommunistische Historiker anerkennen, dass die Kriegsgefahren die Industrialisierung des flachen Landes dringend werden ließen).<sup>91</sup> Tatsache ist, dass die Kollektivierung, die auf dem Land nur von einer recht schwachen sozialen Basis unterstützt und damit im Grunde genommen als von oben und von außen auferlegt erlebt wird, das Verhältnis zwischen bolschewistischer Führungsspitze und Landbevölkerung insgesamt trübt und auch das Verhältnis zwischen Russen und nationalen Minderheiten (die den Großteil der Landbevölkerung ausmachen).

Mit der Nazi-Aggression kommt es zu einer radikalen Neuformulierung des Sozialpakts. Der Große Vaterländische Krieg verfolgt das Ziel, geschlossen und unter ausgewogener Verteilung der Lasten und der fürchterlichen Opfer, die die Invasion mit sich bringt, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen und alle Nationalitäten, aus denen es sich zusammensetzt, vor der Versklavung durch das Dritte Reich und die Herrenrasse zu retten. Für einige Zeit zumindest hört die religiöse Verfolgung auf, was zur Verbesserung des Verhältnisses zur Landbevölkerung und zu den nationalen Minderheiten führt, die faktisch das Hauptobjekt des Kreuzzugs zur Durchsetzung des Staats-Atheismus waren. Mit der Niederlage des Dritten Reichs wird diese Politik der nationalen Einheit kurzerhand aufgegeben. So zeichnet sich die Krise des neuen Sozialpakts ab, der außerdem durch die weiteren Opfer gefährdet ist, die der kalte Krieg und die immer hektischer werdende Wiederaufrüstung erforderlich machen. Aber endgültig zur Krise kommt es durch Chruschtschow. Die unkritische Dämonisierung Stalins mit der Aufgabe einer Abrechnung innerhalb der KPdSU und innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung trifft und liquidiert ideell den Protagonisten nicht nur des Großen Vaterländischen Krieges, sondern auch des mit ihm entstandenen Sozialpakts und führt damit zu einer echten Identitätskrise und schafft ein enormes historisches Vakuum. Die Bürger der Sowjetunion haben jetzt einen doppelten radikalen Bruch hinter sich, den mit dem Regime, das die Oktoberrevolution gestürzt hatte, und den mit dem Regime, das nach dem Sieg oder ein paar

91 Vgl. Tucker, 1990, S. 50 und S. 98, sowie Bullock, 1992, S. 279 f.

Jahre nach dem Sieg der Revolution errichtet worden war. In dieser Leere balancierend, propagiert Chruschtschow einen neuen, völlig unrealistischen Pakt, wonach die Sowjetunion hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte die Vereinigten Staaten übertreffen und sogar das Stadium des Kommunismus erreichen würde, mit dem Verschwinden der Klassen, des Staates usw. Dieses erstaunliche Programm, das sich nach und nach lächerlich macht, muss, verbunden mit dem historischen Vakuum, unvermeidlich verheerende Wirkungen hervorbringen.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Krisenmomente der Revolution mit den Krisenmomenten des Sozialpakts zusammentreffen (zunächst Zurückweisung der NÖP und später Preisgabe der patriotischen Plattform, die den Widerstand gegen die Hitler-Aggression auszeichnete), während der Höhepunkt der Revolution in den Augen einer breiten öffentlichen Meinung mit der Sache der Nation identisch ist. Dies gilt nicht nur für den Großen Vaterländischen Krieg. Schon zwei Jahrzehnte zuvor wurde die Konterrevolution, die die von der Entente unterstützten oder aufgehetzten Weißen entfesseln, auch dank des Appells der Bolschewiki (Radek zeichnet sich in diesem Sinn aus) an das russische Volk besiegt, einen »nationalen Befreiungskampf gegen die ausländische Invasion« und gegen imperialistische Mächte zu führen, die entschlossen sind, Russland in eine »Kolonie« des Westens zu verwandeln. Auf dieser Grundlage wendet sich Alexej Brusilow Sowjetrussland zu: Der brillante General adliger Herkunft, der Einzige oder einer der Wenigen, die im Ersten Weltkrieg Gutes geleistet hatten, begründet seine Entscheidung so: »Mein Pflichtgefühl der Nation gegenüber hat mich oft dazu gezwungen, nicht meinen natürlichen gesellschaftlichen Neigungen zu folgen.«<sup>92</sup>

Auf der Grundlage welchen Paktes erringt die chinesische kommunistische Partei den Sieg? Die Dimension des nationalen Pakts, schon in einer Revolution vorzufinden, die im Kampf gegen einen als imperialistisch verurteilten Krieg ausgebrochen war, spielt eine offensichtlich noch wichtigere Rolle in einer Revolution wie der chinesischen, die sich in erster Linie als nationaler Befreiungskampf entwickelt. Am Vorabend der Machtübernahme, am 21. September 1949, erklärt Mao: »Unsere Nation wird keine Nation mehr sein, die der Beleidigung und der Demütigung ausgesetzt ist. Wir sind aufgestanden [...] Die Ära,



in der das chinesische Volk für unkultiviert gehalten wurde, ist vorbei«. Der Pakt basiert also auf dem Versprechen, der halbkolonialen und halbfeudalen Lage Chinas ein Ende zu setzen. Weiter betont Mao in seiner Rede: »Über ein Jahrhundert lang haben unsere Vorfahren nicht aufgehört, harte Kämpfe gegen die in- und ausländischen Unterdrücker zu führen.«<sup>93</sup> Wenn wir auf die Epoche zurückblicken, die hier angegeben wird, dann stoßen wir auf den ersten Opiumkrieg. Die KPCh versprach also, die tragische Phase zum Abschluss zu bringen, die in der Geschichte der chinesischen Nation mit dem Opiumkrieg begonnen hatte. Es handelt sich um eine später mehrmals wiederholte Datierung, die von Mao dann explizit in der von ihm verfassten Inschrift für das Denkmal zu Ehren der Helden des Volkes hervorgehoben wird: »Ewiger Ruhm den Helden des Volkes, die seit 1840 in den zahlreichen Kämpfen gegen die in- und ausländischen Feinde, für die nationale Unabhängigkeit, für die Freiheit und das Wohl des Volkes ihr Leben geopfert haben.«<sup>94</sup> Mehr als ein Jahrhundert lang hatte die halbfeudale Rückständigkeit die Arroganz, die Einmischung, die Plünderung, die Herrschaft der kapitalistischen Großmächte möglich gemacht, und das hatte die Unterentwicklung Chinas noch verschärft.

## **2. Einige philosophische Charakteristika der chinesischen Revolution**

Es ging jetzt darum, der Tragödie eines Jahrhunderts ein Ende zu setzen, eine sehr lange Periode, wenn man sie an den sozialen und ökonomischen Kosten, an den territorialen Verlusten, an den furchtbaren menschlichen Opfern misst, die sie mit sich gebracht hatte, jedoch eine sehr kurze Periode, wenn man sie an der Jahrtausende alten Geschichte der chinesischen Nation misst. Die Revolution in China zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass sie in einem Land in halbkolonialen (und darüber hinaus halbfeudalen) Verhältnissen stattfindet, in offensichtlichem Gegensatz zur Oktoberrevolution, die sich in einem Land entwickelt hat, das an ihrem Vorabend zu den Protagonisten des imperialistischen Wettstreits um die Hegemonie gehört. Dieser Unterschied ist

93 Mao Zedong, 1998, S. 87–8.

94 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 19.

bekannt. Es gibt aber einen anderen und vielleicht noch wichtigeren, der selten erwähnt wird. Im Gegensatz zur russischen entwickelt sich die chinesische Revolution von Anfang an unter dem Vorzeichen der *longue durée*.

Die unermessliche Katastrophe des Ersten Weltkriegs fördert eine Klima messianischer Erwartung, das auch die Interpretation der Oktoberrevolution beeinflusst. Bekanntlich verbreitet sich in Russland und auch anderswo die Hoffnung auf das baldige Verschwinden des Geldes, der Marktwirtschaft, des Staates, eines jeden auf Macht und Interesse beruhenden Verhältnisses. Diese messianische Erwartung führt dazu, einerseits die Inhalte der ersehnten nachkapitalistischen Gesellschaft zu verklären, andererseits dem historischen Prozess eine imaginäre und fantastische Beschleunigung zuzusprechen, so dass sich die Gegenwart fast als *plenitudo temporum* darstellt. Diese Tendenz zeigt sich sogar bei politischen Führern auf höchster Ebene. Wenige Wochen nach der Gründung der Kommunistischen Internationale erklärt Sinowjew:

»Die Bewegung schreitet mit einer derart schwindelerregenden Schnelligkeit voran, dass man mit Sicherheit sagen kann, wir werden innerhalb eines Jahres schon beginnen zu vergessen, dass es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn in einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein. Und der Kampf wird sich auf Amerika, vielleicht auch auf Asien und auf die anderen Kontinente ausdehnen.«

Selbst Lenin, der normalerweise so nüchtern und maßvoll ist, erklärt in der Rede zum Abschluss des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale: »Der Sieg der proletarischen Revolution auf der ganzen Welt ist sicher. Es nähert sich die Gründung der internationalen Räterepublik.<sup>95</sup> Zur Zeit der chinesischen Revolution ist die mit 1914 begonnene Katastrophe noch in voller Entwicklung, ihre Perzeption ist jedoch schon größtenteils assimiliert worden. Die Konzeption der *longue durée* wird noch von dem Bewusstsein bestärkt, dass in China die Revolution nicht unmittelbar sozialistisch sein wird, sondern »auf lange Zeit« – wie Mao Ende 1947 anmerkt – einen wesentlich antifeudalen und antikolonialen Charakter tragen wird, mit dem Fortbestehen eine »kapitalistischen Wirtschaftssektors.<sup>96</sup> Hier wird ein Verlauf

95 In: Agosti 1974–1979, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 74 f.

96 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 4, S. 174 (Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben, 25. Dezember 1947)

umrissen, in dem schon die erste Etappe einige Jahrzehnte dauern sollte. Weit davon entfernt, *plenitudo temporum* zu sein, ist die Revolution nur die dramatische Beschleunigung eines Langzeitprozesses. In der chinesischen Revolution nicht vorhanden, scheint die messianische jüdisch-christliche Tradition, über zahlreiche Vermittlungen, in den emphatischen Erwartungen unmittelbarer Regeneration eine Rolle gespielt zu haben, die gelegentlich die russische Revolution begleiten. Als Volkskommissar des Äußeren gibt Trotzki der Hoffnung Ausdruck, infolge des Verschwindens der Staaten und der Nationalitäten würde das von ihm geleitete Ministerium bald überflüssig werden. Die KPCh erwartet sich dagegen von der Revolution die Wiedergeburt der chinesischen Nation und die Wiederaufnahme ihrer Entwicklung auf Gleichheitsbasis mit den anderen Nationen, nach dem kurzen und verhängnisvollen Intervall eines Jahrhunderts der Unterdrückung. Gewiss ist die kommunistische Perspektive des »ewigen Friedens« nach dem Sturz des Imperialismus und des Kapitalismus und nach der »Aufhebung der Klassen und des Staates« noch weiter vorhanden. Aber wegbereitend für die Realisierung dieses Programms ist eine nationale und antikoloniale Revolution, die sich nach Mao die Lektion von Sun Wu-dsi zu eigen machen sollte, eines chinesischen Militärwissenschaftlers des 5. Jahrhunderts v. d. Z. (!).<sup>97</sup> Erfüllung der Aufgaben der Gegenwart und Langzeitperspektive sind ebenso wie die strikt nationale und die internationale Dimension eng miteinander verknüpft.

Die chinesische nationale Revolution, die in einer mehr als hundert Jahre alten Vergangenheit wurzelt (der Widerstand gegen den westlichen Kolonialismus) und die sich das jahrtausendealte kulturelle Erbe der chinesischen Nation zunutze macht, will zur Erreichung eines ehrgeizigen und langfristigen Ziels beitragen, d. h. zur Verwirklichung des ewigen Friedens auf Weltebene. Eine Frage drängt sich auf. Führt das Verschwinden des Staates (und des Nationalstaates) auch zum Verschwinden der nationalen Identitäten? Über diesen Punkt scheint keine Klarheit zu bestehen. Gewiss will die Revolution einen Beitrag zur Vereinigung des Menschengeschlechts darstellen; in einer ganzen historischen Epoche erfolgt allerdings die Verfolgung dieses Ziels nicht

97 Mao Tsetung, 1968–1978. Bd. 1, S. 214 und S. 223 (Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China, Dezember 1936)

über das Verschwinden der nationalen Identitäten, sondern über ihre Wiedergeburt aus der imperialistischen Unterdrückung.

In seiner Rede am Vorabend der Ausrufung der Volksrepublik China rekonstruiert Mao die Geschichte seines Landes. Insbesondere erinnert er an den Widerstand gegen die Mächte, die die Opiumkriege vom Zaun gebrochen hatten, an den Taiping-Aufstand gegen die »Tjing-Dynastie, die Lakaien des Imperialismus«, an den Krieg gegen Japan von 1894/95, »den Krieg gegen die Aggression der verbündeten Streitkräfte der acht Mächte« (nach dem Boxer-Aufstand) und schließlich an »die Revolution von 1911, die gegen die Lakaien des Imperialismus, die Tjing-Dynastie«. So viele Kämpfe und ebenso viele Niederlagen. Wie soll man die Wende erklären, die an einem gewissen Punkt eintritt?

»Während dieser Widerstandsbewegung hatte das chinesische Volk lange Zeit, d. h. in den mehr als 70 Jahren vom Opiumkrieg 1840 bis zum Vorabend der Bewegung des 4. Mai 1919, dem Imperialismus keine ideologische Waffe entgegensetzen. Die ideologischen Waffen des erstarrten alten Feudalismus waren zerschlagen, konnten nicht standhalten und mussten den Bankrott erklären. So blieb den Chinesen nichts anderes übrig, als sich gezwungenermaßen solche ideologische Waffen und politische Rezepte anzueignen wie die Evolutionstheorie, die Theorie des Naturrechts und die bürgerliche Republik, die alle dem Arsenal der bürgerlichen Revolutionen des Westens, der Heimat des Imperialismus entlehnt sind [...] Alle diese ideologischen Waffen erwiesen sich jedoch, genauso wie die des Feudalismus, als sehr schwach, konnten nicht standhalten, mussten zurückgezogen und für bankrott erklärt werden.

Die russische Revolution von 1917 erweckte die Chinesen, und sie lernten etwas Neues kennen, den Marxismus-Leninismus. Die Entstehung der Kommunistischen Partei in China war ein epochemachendes Ereignis [...].

Seitdem die Chinesen den Marxismus-Leninismus beherrschen, haben sie aufgehört, geistig passiv zu sein, und haben die Initiative ergriffen. Von diesem Augenblick an muss die Periode der jüngsten Weltgeschichte, in der man auf die Chinesen und auf die chinesische Kultur herabgeblickt hatte, abgeschlossen sein.«<sup>98</sup>

98 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 4, S. 485 f. und 488 (Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung, 6. September 1949).

Der Marxismus-Leninismus ist die nach langer Suche endlich gefundene Wahrheit der ideologischen Waffe, die in der Lage ist, den Sieg der nationalen Revolution in China zu gewährleisten und das Land dahin zu bringen, die halbfeudalen und halbkolonialen Verhältnisse zu überwinden. Diese Suche hat schon mit den Opiumkriegen begonnen, noch vor der Entstehung des Marxismus-Leninismus, ja noch vor dem Marxismus überhaupt: 1840 war Marx nur eine junger Student. Es ist nicht der Marxismus, der die Revolution in China hervorruft, sondern der hundertjährige Widerstand des chinesischen Volkes, das nach mühsamer Suche sein volles Selbstbewusstsein in der Ideologie findet, die die Revolution zum Sieg führt. Mit der *longue durée* taucht ein weiteres wesentliches philosophisches Merkmal des chinesischen Kommunismus auf, die von Mao 1958 folgendermaßen zusammengefasst wird:

»Die universalen Wahrheiten des Marxismus müssen durch die konkreten Bedingungen der verschiedenen Länder vervollständigt werden, und es gibt eine Einheit zwischen Internationalismus und Patriotismus,«<sup>99</sup>

Der Universalismus oder der abstrakte Internationalismus, den Gramsci Trotzki vorhielt,<sup>100</sup> scheint im chinesischen Kommunismus nie Fuß gefasst zu haben.

### 3. Nationale Unabhängigkeit und ökonomische Entwicklung

Das Jahr 1949 bedeutet also den Triumph einer Revolution, die – zumindest in ihrer ersten Phase – einen antikolonialen und antifeudalen Inhalt annehmen will. Aber was bedeutet das konkret? Was den ersten Punkt betrifft, so muss man sich vor Augen halten, dass China vom Opiumkrieg an die Amputation riesiger Territorien erleiden musste. Zum Zeitpunkt der Revolution von 1911 hoffen einige Patrioten noch, diese wiedergewinnen zu können. Sechs Jahre später scheinen diese Hoffnungen neuen Aufwind zu bekommen, weil in der soeben entstandenen Sowjetunion sich Karakhan, der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren, dazu bereit erklärt, die China vom zaristischen

99 Mao Zedong, 1998, S. 242 f.

100 Losurdo, 2000, 3. Kap., S. 7.

Russland aufgezwungenen Verträge für ungültig zu erklären.<sup>101</sup> Aber es ist nicht möglich, einen inzwischen lang andauernden historischen Prozess rückgängig zu machen: Darüber werden sich die Bolschewiki klar und auch die Führung der chinesischen kommunistischen Partei ist sich dessen bewusst. Es geht also darum, ein für alle Mal der Zerstückelung des nationalen Territoriums ein Ende zu bereiten. Selbst wenn sie aufgenötigt sind, werden die unter der Drohung der Kanonenboote und der Invasionsheere unterzeichneten Verträge anerkannt; nicht mehr geduldet werden kann die Amputation von Territorien, die aufgrund derselben Verträge integraler Bestandteil Chinas sind. Die Rückgewinnung Taiwans drängt sich auf. Es ist eine von Entschlossenheit, aber gleichzeitig von Mäßigung gekennzeichnete Politik. Ein Vergleich kann hier signifikant sein: Im Jahre 1961 beeilt sich die indische Führung mit Waffengewalt Goa zurückzugewinnen, das damals noch portugiesische Kolonie war; die chinesische Führung wartete dagegen geduldig, dass die »Pachtverträge« für Hongkong und Macao abliefen.

Die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität führt zu einer Reihe von tiefgreifenden Umwandlungen auch im Inneren. Schon vor der Machtübernahme lenkt Mao die Aufmerksamkeit auf den Wunsch Washingtons, dass China »vom amerikanischen Mehl abhängig gemacht« und damit »in eine amerikanische Kolonie verwandelt« würde.<sup>102</sup> Die neuen sozialen Verhältnisse sollen in erster Linie die ökonomische Entwicklung gewährleisten, die vonnöten ist, um dem Programm der nationalen Wiedergeburt Konkretheit zu verleihen. Schon 1840 hatte Mao hervorgehoben:

»In ihrem ersten Stadium, ihrer ersten Phase, ist zwar diese Revolution der Kolonien und Halbkolonien dem gesellschaftlichen Charakter nach im wesentlichen immer noch eine bürgerlich-demokratische und ihre objektive Forderung gilt der Wegbereitung für eine Entwicklung des Kapitalismus [...] Gerade deshalb ist diese Revolution auch wiederum geeignet, einen noch breiteren Weg für die Entwicklung des Sozialismus zu bahnen.«<sup>103</sup>

101 Maxwell, 1973, S. 304 f.

102 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 4, S. 483 (Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung, 16. September 1949).

103 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 2, S. 401 (Über die neue Demokratie, Januar 1940).

Sechzehn Jahre später ruft Mao dazu auf, nicht zu vergessen, dass trotz der Machtübernahme durch die Kommunisten China sich noch in erster Linie durch Unterentwicklung auszeichnet:

»Wir müssen dafür sorgen, dass alle Funktionäre und das ganze Volk ständig daran denken, dass China ein großes sozialistisches Land und zugleich ein wirtschaftlich rückständiges, armes Land ist. Das ist ein großer Widerspruch. Damit unser Land reich und stark wird, sind einige Jahrzehnte harten Kampfes notwendig.«<sup>104</sup>

Zu diesem Zeitpunkt scheint er den Hauptwiderspruch nicht im Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu ermitteln, wie er es vor allem in den Jahren der Kulturrevolution tut, sondern vielmehr im Missverhältnis zwischen Sozialismus und Rückständigkeit. Welche Haltung sollte man also der nationalen Bourgeoisie gegenüber einnehmen?

»Dass unsere Politik in den Städten nach rechts abgewichen sei, scheint auf den ersten Blick einzuleuchten, denn wir haben uns verpflichtet, für die Kapitalisten zu sorgen und ihnen sieben Jahre lang eine feste Verzinsung zu gewähren. Was werden wir tun, wenn die sieben Jahre um sind? Das werden wir dann sehen. Es wird wohl besser sein, die Sache weiter so zu handhaben, d. h. ihnen weiterhin einen gewissen festgelegten Zinsbetrag zu geben. Mit solch einer kleinen Geldsumme kaufen wir uns diese Klasse [...] Indem wir uns diese Klasse kaufen, berauben wir sie ihres politischen Kapitals und bringen sie so zum Schweigen [...] Wir müssen ihnen auch noch den letzten Rest wegnehmen und dürfen so lange nicht lockerlassen, bis ihnen absolut nichts mehr davon geblieben ist. Darum kann man auch nicht behaupten, dass wir in den Städten eine rechte Politik verfolgen«<sup>105</sup>

Es geht also darum, zwischen ökonomischer Expropriation und politischer Expropriation der Bourgeoisie zu unterscheiden. Nur letztere muss strikt durchgeführt werden, während die erste, wenn sie nicht in ganz bestimmten Grenzen verläuft, die ökonomische Entwicklung zu kompromittieren droht, die die territoriale Integrität und die Wiedergeburt des Landes gewährleisten

104 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 474 (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk, 17. Februar 1957).

105 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 403–404 (Reden auf einer Konferenz der Parteikomiteesekretäre, 1. Rede vom 18. Januar 1957).

soll, und damit die Einhaltung des Sozialpakts, aufgrund dessen die Kommunisten die Macht erobert haben. Im Sommer 1958 betont Mao seinen Gesichtspunkt gegenüber dem recht misstrauischen sowjetischen Botschafter: »In China gibt es noch Kapitalisten, aber der Staat steht unter der Führung der kommunistischen Partei.«<sup>106</sup>

#### 4. Die Krise des Sozialpakts von 1949

Die territoriale Integrität garantieren, indem man die weitere Zerstückelung des Landes verhindert und dem Prozess ein Ende setzt, der mit den Opiumkriegen begonnen hatte, bedeutet in erster Linie, Taiwan zurückzugewinnen, das inzwischen unter der Protektion Washingtons steht. Ein erster Schritt ist die erneute Übernahme der Kontrolle über Quemoy und Matsu, zwei Inseln, die – so hebt Churchill in einem Brief an Eisenhower vom 15. Februar 1955 hervor – »vor der Küste gelegen«, »rechtlich Teil Chinas sind«, das natürlich daran interessiert sei, diese an seine Schläfe gedrückte Pistole loszuwerden.<sup>107</sup> Diese Betrachtungen hindern den amerikanischen Präsidenten nicht daran, zumindest bei zwei Gelegenheiten, 1954 und 1958, mit der Atomwaffe zu drohen, um den Wiedervereinigungsprozess des großen asiatischen Landes zu verhindern.<sup>108</sup>

Diese Drohung muss unbedingt sehr ernst genommen werden. Im Übrigen steht nicht nur die Volksrepublik China unter Druck. In seinen Memoiren berichtet der ehemalige französische Ministerpräsident Bidault, dass Dulles ihm am Vorabend von Dien Bien Phu vorgeschlagen habe: »Und wenn wir euch zwei Atombomben gäben?« (sofort gegen Vietnam einzusetzen, versteht sich).<sup>109</sup>

Eingedenk der klaren Überlegenheit der Vereinigten Staaten beschränkt sich die Sowjetunion darauf, China einen Schutz zu garantieren, der nicht über das kontinentale Territorium hinausgeht: Das große asiatische Land sieht sich

106 Mao Zedong, 1998, S. 251.

107 Siehe oben, 9. Kap., 4.

108 Clark, 1996.

109 Fontaine, 1967, Bd. 2, S. 114.



gezwungen, auf das Ziel zu verzichten, das selbst Churchill für »naheliegend« und legitim hielt. Die ersten Reibungen zwischen den zwei großen sozialistischen Ländern werden sichtbar. Zur Verschärfung der Lage trägt der Vorschlag Chruschtschows bei, eine gemeinsame chinesisch-sowjetische Flotte aufzustellen, was China faktisch eigener Seestreitkräfte beraubt hätte. Im Gespräch mit Yudin, dem sowjetischen Botschafter in Peking und Überbringer des Vorschlags, schlägt Mao für ihn entschieden ungewöhnliche Töne an: »Gestern, nachdem wir auseinander gegangen sind, konnte ich nicht schlafen und habe nichts gegessen.«<sup>110</sup> Zwischen China und der Sowjetunion gibt es zu diesem Zeitpunkt verständliche Interessenunterschiede. China will auf keinen Fall den Verlust Taiwans und eine weitere territoriale Zerstückelung hinnehmen, auf die Washington abzielt; die UdSSR ist in erster Linie an einem Tauwetter der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert, auch um die furchtbare Last des Kalten Krieges und des Wettrüstens zu mindern. Nach einer späteren Erklärung Maos zu schließen, ist der sowjetischen Führung die Beharrlichkeit unangenehm, mit der China den Plan der Rückgewinnung Taiwans verfolgt.<sup>111</sup> 1962 weigert sich Indien, unter Ausnutzung der internationalen Isolierung Chinas, eine friedliche Regelung der Grenzfragen zwischen den beiden Ländern auszuhandeln, und glaubt, mit Waffengewalt seinen Willen durchsetzen zu können.<sup>112</sup> Daran interessiert, seine Bündnisse auszuweiten und geneigt, sein Recht auf die Führung des ganzen »sozialistischen Lagers« für abgemacht zu halten, nimmt Chruschtschow faktisch eine indienfreundliche Position ein.

Der objektiv bestehende Widerspruch zwischen der UdSSR und China wird noch durch die Arroganz verschärft, die Mao der sowjetischen Führung vorwirft, wie sich auch aus dem schon zitierten Gespräch mit dem Botschafter Yudin ergibt: »Ihr und besonders Stalin habt lange Zeit den Chinesen mißtraut, und sie als einen zweiten Tito betrachtet. Ihr sagt, dass die Europäer die Russen geringschätzen; ich glaube, dass bestimmte Russen die Chinesen geringschätzen.« Diese »hochmütige und arrogante« Haltung ist vor allem für Mikojan charakteristisch (damals Vizepräsident des Ministerrats), der den

110 Mao Zedong, 1998, S. 250.

111 Mao Zedong, 1998, S. 394.

112 Maxwell, 1973.

Chinesen gegenüber »ein Verhältnis Vater/Sohn oder Katze/Maus« etablierte.<sup>113</sup> Maos Verdacht findet dann 1960, mit dem Abzug der sowjetischen Techniker aus China, seine volle Bestätigung, einer Geste, die der Wirtschaft eines Landes, das schon in einer tiefen Krise steckt, einen furchtbaren Schlag versetzt.

Zwischen 1958 (dem Jahr der zweiten Taiwankrise) und 1960 anzusetzen, fällt der Beginn des Bruchs zwischen KPdSU und KPCH mit der ersten großen Krise des Sozialpakts zusammen, der die Gründung der Volksrepublik China stimuliert und besiegelt hatte. Als Mao sich immer klarer darüber wurde, dass auf die Sowjetunion wenig Verlass war, wenn es darum ging, das politische Programm der Vervollständigung des Prozesses der nationalen Wiedervereinigung (mit der Rückgewinnung Taiwans) und der beschleunigten ökonomischen Entwicklung zu verwirklichen, da verspürte er zunehmend den Drang, ungestüm voranzuschreiten. 1954 hatte Mao von »drei Fünfjahresplänen« gesprochen, um für die Industrialisierung »die Grundlage zu schaffen« und hatte dann hinzugefügt: »Ich denke, es werden für den Aufbau unseres Landes zu einem großen sozialistischen Land wohl etwa fünfzig Jahre, zehn Fünfjahrespläne, notwendig sein.«<sup>114</sup>

Inzwischen besteht die Tendenz, die vorgesehenen Fünfjahrespläne dahin von zehn auf acht zu reduzieren, und in dieser Periode geht es nicht darum, das mittlere Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zu erreichen, sondern darum, das fortgeschrittenste aller kapitalistischen Länder »einzuholen oder zu überholen«. Während sich der Konflikt mit der Sowjetunion immer mehr zuspitzt, werden die für die ökonomische Entwicklung programmierten Zeiten jäh beschleunigt. In seinem Bericht auf dem VIII. Parteikongress im Jahre 1958 lanciert Liu Shaoqi erneut eine Mao zugeschriebene Lösung: »England in fünfzehn Jahren erreichen.«<sup>115</sup> Die Furcht vor einer internationalen Isolierung treibt zur forcierten Beschleunigung. Das Wunder zu vollbringen sind die »Arbeitsheere« aufgerufen, die sich im Verlauf des »Großen Sprungs nach vorn« mobilisieren, mit den kleinen Dorf-Hochöfen,

113 Mao Zedong, 1998, S. 251.

114 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 163 (Über den Entwurf der Verfassung der Volksrepublik China, 14. Juni 1954).

115 Guillermaz, 1972, S. 204.

die auf der Woge der Massenbegeisterung installiert werden. Die Resolution von Wuhan aus dem Jahre 1858 besagt: »Eine Fabrik ist ein Militärlager. Vor den Maschinen ist der Arbeiter diszipliniert wie der Soldat.«<sup>116</sup> Diese Militarisierung der Wirtschaft, noch stärker akzentuiert dadurch, dass tatsächlich eine schwere Kriegsgefahr besteht, fördert einen starken Gemeinschaftssinn, einen radikalen Egalitarismus, eine Kriegskameradschaft, die als Anfang des Kommunismus empfunden und gepriesen werden (eine analoge Dialektik hatte sich in Sowjetrußland in der Phase des »Kriegskommunismus« entwickelt).

Die Hoffnungen auf Verwirklichung des Sozialpakts (und auf Modernisierung und die Vervollständigung der nationalen Einheit sind jetzt an die Wiederbelebung der Weltrevolution geknüpft, angeregt von der unerhörten revolutionären Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb Chinas. Die Hoffnungen scheinen gut begründet. In jenen Jahren wird die antikolonialistische Bewegung immer stärker und es gelingt dem Imperialismus nicht, sie einzudämmen: Trotz allem erweist er sich auf strategischer Ebene als »Papiertigern. Einer nach dem anderen fallen die Stützpunkte der Großmächte in der Dritten Welt. In großen Schwierigkeiten befindet sich auch der Neokolonialismus, wie zum Beispiel die kubanische Revolution beweist. Insgesamt ist die kapitalistische Metropole dabei, die Kontrolle über die Peripherie zu verlieren; in voller Entfaltung ist vielmehr ein Prozess, der dazu führt, dass das Land die Stadt einkreist. Die Dynamik, die zum Triumph der chinesischen Revolution geführt hatte und die den unaufhaltsamen Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegungen kennzeichnet, diese Dynamik nimmt inzwischen planetarische Dimensionen an. Nach Lin Biao (1965) schloss sich der Kreis immer enger um die kapitalistische und imperialistische Hochburg. Und die Hochburg selbst war alles andere als geschlossen in ihrem Inneren, wie das Suez-Abenteuer zeigte, wo der klassische Kolonialismus Frankreichs und Englands mit dem Neokolonialismus der USA zusammenstieß. Die »Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern« sind also von entscheidender Bedeutung: »Unsere Einschätzung der internationalen Lage ist immer noch dieselbe: Die Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander in ihrem Ringen um Kolonien ist der größere Widerspruch. Die imperialisti-

116 Guillermaz, 1972 S. 207.

schen Länder versuchen, die Widersprüche zwischen ihnen und uns hochzuspielen, um die Widersprüche zwischen ihnen selbst zu verdecken.«<sup>117</sup>

Vielleicht in nicht zu vernachlässigender Weise auch von *wishful thinking* geleitet, gelangt Mao zu folgendem Schluss: »Die westliche Welt wird sich unvermeidlich spalten«; »die sogenannte Einheit des Westen ist ein leeres Geschwätz.«<sup>118</sup>

Unterdessen war der Weltkapitalismus weiterhin auch innerhalb Chinas vorhanden. Wie würden die Reste der alten herrschenden Klassen auf eine internationale Krise großen Ausmaßes reagieren? »Zur Zeit scheinen diese Leute gefügig, sie stiften keine Unruhe. Aber wie würden sie sich verhalten, wenn eine Atombombe auf Peking fiele? Sie würden nicht revoltieren? Das ist äußerst fraglich.«<sup>119</sup> Auf all diese Probleme versucht die Kulturrevolution eine Antwort zu geben. Während die alles durchdringende revolutionäre Umwandlung der sozialökonomischen Verhältnisse und des politischen und ideologischen Überbaus im Inneren, die Massenbegeisterung anspornend, eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte vorantrieb, gab sie auf internationaler Ebene der gigantischen Erhebung in der Dritten Welt weiteren Impuls und weitere Radikalität; und zwar nicht nur in der Dritten Welt im eigentlichen Sinne, sondern auch in der Dritten Welt, die im Herzen der imperialistischen Metropole vorfindlich war. Im Sommer 1963 unterstrich Mao, als er dem Kampf der Afroamerikaner seine Unterstützung zusagte, »die Verschärfung der nationalen und Klassenwidersprüche in den Vereinigten Staaten.«<sup>120</sup> Nur wenige Jahre später scheint sich dieser Kampf entschieden in antikapitalistischem und antiimperialistischen Sinn zu radikalisieren, auch in Verbindung mit der Ausbreitung einer Protestbewegung in der ganzen kapitalistischen Welt, einer Bewegung, die manchmal mit Sympathie und Bewunderung auf das China der Kulturrevolution blickte. In diesem Kontext scheinen auch die emphatischsten Hoffnungen gerechtfertigt zu sein. Mit dem Sieg der Revolution auf Weltebene scheint die Erreichung der zwei grundlegenden Ziele des

117 Mao Tsetung 1968–1978, Bd. 5, S. 409 f. (Reden auf einer Konferenz der Parteikomiteesekretäre, 2. Rede vom 27. Januar 1957).

118 Mao Zedong, 1998, S. 280.

119 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 5, S. 409 (Reden auf einer Konferenz der Parteikomiteesekretäre, 2. Rede).

120 Mao Zedong, 1998, S. 378.

Sozialpakts von 1949 fast erreicht zu sein: Das Aufholen der Verspätung Chinas im Vergleich zum Westen und die endgültige

Befreiung vom Druck des Imperialismus. Aber diese Strategie scheitert. Ebenso wie das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Russland zu einem bestimmten Zeitpunkt mit der im Westen ausgebliebenen Revolution zurechtkommen musste, ist China gezwungen, sich auf die in der Dritten Welt ausgebliebene Revolution und die ausgebliebene Niederlage des Imperialismus einzustellen. Und wie es in der UdSSR zum Bruch zwischen Stalin und Trotzki kam, kommt es in China zum Bruch zwischen Mao und Lin Biao.

## **5. Deng Xiaoping und die Neuformulierung des Sozialpakts von 1949**

Verschwunden ist unterdessen die Illusion, man könnte die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreiben, indem man permanent an die revolutionäre Begeisterung der Massen appelliert. Im Mai 1974 zieht Mao bei einem Gespräch mit dem ehemaligen englischen Ministerpräsidenten Edward Heath eine bittere Bilanz mit starken selbstkritischen Akzenten. Auf eine Beobachtung seines Gesprächspartners antwortend, wonach es Schicksal aller großen Staatsmänner sei, Fehler zu begehen, erklärt der Präsident der KPCH: »Meine Fehler sind ernsthafter. Achthundert Millionen Menschen müssen essen, und außerdem ist die chinesische Industrie unterentwickelt. Ich kann mich nicht sehr rühmen, was China anbetrifft. Ihr Land ist entwickelt und unseres ist unterentwickelt.«<sup>121</sup> England, das Mao zu Beginn des Großen Sprungs nach vorn in fünfzehn Jahren einzuholen gehofft hatte, behielt den gleichen Vorsprung weiterhin bei. Zweifellos war einer der beiden Bestandteile des Sozialpakts von 1949 in Schwierigkeiten geraten. Was den anderen angeht, war seine Krise schon vorher deutlich geworden: Die Kämpfe am Ussuri im Jahre 1968 hatten gezeigt, dass China militärisch zwei Fronten ausgesetzt war; es konnte sich sogar eine Neuauflage der Situation von 1900 ergeben, als eine Koalition von acht Mächten (Vereinigte Staaten und Russland inbegriffen) gegen das große asiatische Land einen Kreuzzug zur Verteidigung der »Zivilisation«

121 Mao Zedong, 1998, S. 457.

organisiert hatte. Letztendlich gab es die Gefahr, dass jene Periode der Demütigung, Unterdrückung und territorialen Zerstückelung wieder auflebte, die die KPCh ein für allemal abzuschließen versprochen hatte.

Als Deng viele Jahre später, am 16. Mai 1989, Gorbatschow in Peking empfängt, fragt er sich nach den Gründen für den damaligen Bruch zwischen den beiden Ländern und Parteien. Für einen Schatten des Verdachts hatte schon die Haltung gesorgt, die die UdSSR in Yalta zusammen mit den anderen Großmächten einnahm, die »geheimen Abmachungen über die Aufteilung der Einflusssphären, mit einem großen Schaden für China«. Entscheidend war insgesamt das Gewicht der nationalen Frage gewesen:

»Ich glaube nicht, dass dies wegen der ideologischen Diskussionen geschehen ist; wir denken nicht mehr, dass alles, was damals gesagt wurde, richtig wäre. Das Hauptproblem war, dass die Chinesen nicht gleichberechtigt behandelt wurden und sich gedemütigt fühlten. Dennoch haben wir nie vergessen, dass die Sowjetunion uns während des ersten Fünfjahresplans geholfen hat, die Grundlagen der Industrie zu legen.«<sup>122</sup>

In Wahrheit ist doch etwas Interessantes aus diesen »ideologischen Diskussionen« hervorgegangen: Die Unhaltbarkeit des Anspruchs eines Führungslandes oder einer Führungspartei, der eigenen Außenpolitik (und den eigenen legitimen nationalen Interessen) die politische Linie (und die legitimen nationalen Interessen) der anderen »Bruder«-länder, -parteien und -bewegungen unterzuordnen: Ein Anspruch, gegen den sich China, dank der beständig der nationalen Frage zugewandten Aufmerksamkeit, insgesamt viel immuner erweist als die Sowjetunion. Deutlich zeigt sich also die komplexe und gewundene Natur des internationalistischen Weges.

Nach der Krise in den Jahren, die zwischen dem Großen Sprung nach vorn und der Kulturrevolution liegen, war in China eine politische Wende nötig, mit der Aufgabe, den Sozialpakt von 1949 wiederaufzunehmen und zu bestätigen. Darüber war sich schon Mao klar, zumindest was das Ziel der Verteidigung der territorialen Integrität und der nationalen Wiedergeburt betraf: Im Gefolge des Tauwetters mit den Vereinigten Staaten gelingt es China, die Führung Taiwans diplomatisch zu isolieren und eine triumphale Aufnahme in die UNO und in ihren Sicherheitsrat zu erzielen. Deng Xiaoping versteht, dass die

122 Deng Xiaoping, 1994, S. 286 f.

Politik der Öffnung auch zur Erreichung des zweiten Ziels des Sozialpakts von 1949 notwendig war. Mit seiner Handlungsweise schließt er an eine Debatte an, die eine lange Geschichte hinter sich hat. Am Vorabend der Gründung der Volksrepublik China hatten sich innerhalb der breiten Einheitsfront, die zum Sieg geführt hatte, Stimmen erhoben, die dazu aufforderten, eine Politik des Einvernehmens mit Washington zu suchen. Diesen hatte Mao geantwortet: »Es trifft zu, dass es in den USA Wissenschaft und Technik gibt. Doch bedauerlicherweise befinden sich diese in den Händen der Kapitalisten, nicht in den Händen des Volkes, und sie werden dazu verwendet, im Inland das Volk auszubeuten und zu unterdrücken und im Ausland Aggressionen durchzuführen und Völker abzuschlachten.«<sup>123</sup>

Was 1949 nur eine mögliche Option war, wird immer mehr zu einer obligaten Wahl, nachdem zunächst die Krise und später die Auflösung des »sozialistischen Lagers« und der Sowjetunion zu einer Situation führt, die sich durch eine wissenschaftliche und technologische Monopolstellung des Westens unter der Führung der USA auszeichnet, die einzig in der Geschichte dasteht. Das Ausbleiben der industriellen Revolution hatte, unzertrennlich verbunden mit der kolonialistischen und imperialistischen Aggression, die Tragödie Chinas im 19. und 20. Jahrhundert bestimmt. Diese Katastrophe durfte sich nicht mehr wiederholen.

Daher versteht man Dengs Polemik gegen die Kulturrevolution, der nicht nur die ausstehende Entwicklung der Produktivkräfte vorgeworfen wird, sondern auch ein populistisches Abgleiten, das sie dazu führt, das schon vom Manifest der kommunistischen Partei scharf verurteilte Ideal eines »allgemeinen Asketismus und einer rohen Gleichmacherei«,<sup>124</sup> zu verfolgen. Nach Deng dagegen »kann es keinen Kommunismus mit dem Pauperismus oder Sozialismus mit dem Pauperismus geben«; es sei ein Widerspruch in sich, von »armem Kommunismus« zu sprechen.<sup>125</sup> Der Sozialismus und der Kommunismus haben nichts zu tun mit der egalitären Verteilung des Mangels und des Elends:

123 Mao Tsetung, 1968–1978, Bd. 4, S. 465 (Lebwohl Leighton Stuart!, 18. August 1949).

124 MEW, Bd. 4, S. 489.

125 Deng Xiaoping, 1994, S. 174.

In erster Linie »bedeutet Sozialismus Eliminierung des Elends« und Entwicklung der Produktivkräfte.<sup>126</sup>

Natürlich betrifft die Kritik an der Kulturrevolution auch Mao, aber sie führt in keiner Weise zu einem Bruch vom Stil Chruschtschows. Deng gibt weiterhin die für Mao so wichtige Losung aus, dass »nur der Sozialismus China retten kann.«<sup>127</sup> Für den Mao von 1949 ist die endlich gefundene Wahrheit der ideologischen Waffe, die die chinesische antikoloniale und antifeudale Revolution gewährleisten kann, der Marxismus-Leninismus; für Deng ist diese Waffe ein Marxismus-Leninismus, der sich von den populistischen und pauperistischen Verkrustungen befreit hat.

Auf dieser Grundlage entwickelt die KPCh gestern wie heute eine Politik der Einheitsfront und empfiehlt den Sozialismus und die führende Rolle der Kommunisten als den Hauptweg, der zur Rettung und zur Wiedergeburt der chinesischen Nation als Ganzes hinführt: »Wenn ihr vom Sozialismus abweicht, wird China unvermeidlich in den Halbfeudalismus und den Halbkolonialismus zurückfallen.«<sup>128</sup>

## 6. Nationalistischer Ansatz oder »neue Revolution«?

Mehrmals definiert Deng Xiaoping den neuen, von ihm eingeführten Kurs, mit der gewaltigen ökonomischen Entwicklung, die ihm folgte, als eine »zweite Revolution«, die der Sache des Sozialismus neuen Aufschwung gibt: »Der Sozialismus hat eine herrliche Zukunft.«<sup>129</sup> Genauso argumentieren die Führer, die nach ihm die Leitung der KPCh und des großen asiatischen Landes übernommen haben. Oft sogar in China mit Skepsis aufgenommen, wird dieser Diskurs im Westen noch nicht einmal in Betracht gezogen. Vor allem die Linke ist es, die ihm jegliche Glaubwürdigkeit und Würde abspricht: Die Restauration des Kapitalismus scheint vor aller Augen zu sein.

126 Deng Xiaoping, 1994, S. 122.

127 Deng Xiaoping, 1994, S. 302.

128 Deng Xiaoping, 1995, S. 176.

129 Deng Xiaoping, 1994, S. 119 und S. 311.



Diese »Evidenz« wird vielleicht problematischer, wenn wir daran denken, dass seinerzeit die NÖP nicht viel anders beurteilt wurde. Verfolgen wir die Analyse eines zeitgenössischen englischen Historikers. Sind die Arbeitslosen, deren Zahl erheblich steigt »zum Hungern verurteilt«, so sieht die Lage der neuen Reichen ganz anders aus: »Sie deckten ihre Frauen und Geliebten mit Pelzmänteln und Diamanten ein, fuhren in ausländischen Limousinen [...] sie rühmten sich laut hörbar in den Hotelbars der riesigen Summen, die sie bei Pferdewetten und beim Glücksspiel in den gerade erst installierten Pferderennbahnen und Spielcasinos durchgebracht hatten«. Diese Prahlerei »auf dem Hintergrund des Hungers und der beeindruckenden Leiden jener Jahre« ruft »ein verbreitetes Gefühl bitteren Ressentiments« hervor. Eine Krise trifft die kommunistische Partei: »In den Jahren 1921–1922 zerreißen buchstäblich Zehntausende von bolschewistischen Arbeitern, angewidert von der »NEP«, ihr Parteibuch: Sie hatten sie in Neue Erpressung des Proletariats umgetauft.<sup>130</sup>

Heute haben wir einen ganz anderen historischen Zusammenhang vor Augen, und es wäre oberflächlich, sich dem Spiel der Analogien zu überlassen. Aber nicht weniger oberflächlich ist die »Evidenz« der »Restauration des Kapitalismus«: Sie verliert die Tatsache aus den Augen, dass es auch im heutigen China ein Missverhältnis zwischen ökonomischem Bild und politischem Bild gibt und sie vergisst die schon von Mao geltend gemachte Unterscheidung zwischen ökonomischer Enteignung und politischer Enteignung der Bourgeoisie.

Und doch bleibt gegenwärtig im Westen die Behauptung fast unwidersprochen, die chinesische Führungsspitze habe sich von der kommunistischen Ideologie erst einmal abgekehrt, pflege den Nationalismus. Diese Argumentation präsentiert sich einfach und bündig, enthält aber in ihrer Einfachheit und Bündigkeit zumindest drei Fehler. Zunächst ignoriert sie, dass die nationale Frage in der Entwicklung des chinesischen Kommunismus immer ein großes Gewicht hatte. Zweitens verdrängt sie den Zusammenhang zwischen nationaler Emanzipation und sozialer Emanzipation, der ein wesentliches Element des Marxismus und des Leninismus ausmacht; gerade von daher kann Mao die schon erwähnte These formulieren, wonach es »eine Einheit zwischen Internationalismus und Patriotismus« gibt. An dieser Auffassung orientiert

130 Figes, 2000, S. 926.

sich auch Deng Xiaoping: Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und des sozialen Reichtums könne China »der Menschheit einen wirklichen Dienst« erweisen; es befreit nicht nur in China einen beträchtlichen Teil der Weltbevölkerung vom Hunger, sondern ermutigt auch die übrige Dritte Welt, die Last des Elends und der Unterentwicklung abzuschütteln.<sup>131</sup>

Drittens definiert diese Argumentation die Kategorie Nationalismus ziemlich schlecht oder überhaupt nicht. Wer sind die Nationalisten? Gibt es keinen Unterschied zwischen der Verteidigung der nationalen Würde und Unabhängigkeit und einem exaltierten und aggressiven Nationalismus? Trotz der oberflächlichen Ähnlichkeiten oder Assonanzen haben wir es mit zwei ganz verschiedenen Einstellungen zu tun: Die eine ist universalisierbar, die andere nicht. Die Anerkennung und die Verteidigung der Würde einer Nation sind völlig kompatibel mit der Anerkennung und der Verteidigung der Würde der anderen Nationen. Offensichtlich ist dagegen die Kategorie »Herrenvolk« (oder besser »Herrenrasse«) nicht universalisierbar: Ein Herrenvolk kann es nur dann geben, wenn es auch niedrige, zur Knechtschaft bestimmte Völker gibt.

Ähnliche Betrachtungen kann man auch hinsichtlich der Kategorie auserwähltes Volk anstellen, die Bush jr. besonders schätzt, der ohne zu zögern, ein neues Dogma proklamiert hat: »Unsere Nation ist von Gott auserwählt und hat das Mandat der Geschichte, ein Modell für die Welt zu sein.«<sup>132</sup> Es handelt sich nicht um eine isolierte Stimme. Hören wir Clinton: Amerika »muss weiterhin die Welt führen«; »Unsere Mission ist zeitlos.«). Und wenn wir auf Bush sen. zurückgehen: »Ich sehe in Amerika die führende Nation, die einzige mit einer besonderen Rolle in dieser Welt.« Erteilen wir schließlich Kissinger das Wort: »Die Führungsaufgabe in dieser Welt ist den USA und ihren Werten inhärent.«<sup>133</sup> Es ist offensichtlich, dass die Kategorie auserwähltes Volk nicht universalisierbar ist, denn dieses Volk ist mit einer einzigartigen Mission betraut, und ihm steht die ewige Aufgabe zu, die Welt zu führen. Diese Idee kann zu explosiven Konflikten führen. Um das zu verstehen, genügt es, die soeben zitierten Erklärungen mit einer Hitler zugeschriebenen Aussage

131 Deng Xiaoping, 1994, S. 222 f.

132 Cohen, 2000.

133 Losurdo, 2004; Kissinger, 1994, S. 834.

zu vergleichen: »Es kann nicht zwei erwählte Völker geben. Wir sind das Volk Gottes.«<sup>134</sup> Selbst wenn sie unter vielen anderen Gesichtspunkten sehr unterschiedlich sind, haben die beiden hier miteinander verglichenen Ideologien etwas gemeinsam: Sie bringen eine Idee von Nation zum Ausdruck, die so emphatisch und exklusiv ist, dass jede Universalisierung unmöglich wird. Und das ist gerade der Wesenskern des Nationalismus oder des »Hegemonismus«, der bei jeder Gelegenheit von den chinesischen Führern kritisiert wird.

Diese Ablehnung des Hegemonismus ist ein Grundelement des Sozialpakts, auf den die Volksrepublik China und die KPCh gestern und heute Bezug nehmen. Wir sprachen schon von der Polemik Maos im Jahre 1949 gegen diejenigen, die auf die Wissenschaft und Technologie der Vereinigten Staaten rechnen, um die Entwicklung Chinas voranzubringen. Zu Anfang des neuen Kurses erklärt Deng: »Wir müssen am sozialistischen Weg festhalten. Jetzt sagen einige ganz offen, dass der Sozialismus dem Kapitalismus unterlegen ist. Wir müssen Schluss machen mit dieser Kontroverse.« Trotz der Fehler und der Zickzack-Wege ihrer Geschichte hat die Volksrepublik China – bemerkt Deng im Jahre 1979 – den Abstand zu den fortgeschrittensten Ländern schon erheblich verringert. Der Verzicht auf den Sozialismus und auf die Führung der KPCh würde einen fürchterlichen Rückschritt bedeuten der von der »überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes« nie geduldet werden könnte.<sup>135</sup>

So wird also verständlich, auf welcher Grundlage sich die Debatte und der politische Kampf nicht nur innerhalb der Einheitsfront, sondern auch innerhalb der Partei entwickeln. Man könnte sagen, dass sich innerhalb einer gemeinsamen Beteiligung an einem Emanzipationskampf, an einer nationalen Richtung, die den revolutionären Prozess mit der Erreichung der nationalen Ziele (Modernisierung, Rückgewinnung der nationalen Integrität und Wiedergeburt Chinas) für abgeschlossen hält, eine Richtung mit viel ehrgeizigeren Zielen entgegenstellt, die auf die Geschichte und das Gedankengut der kommunistischen Bewegung verweisen.

Wenn wir die Revolution in China unter Berücksichtigung ihres gesamten Verlaufs analysieren (man vergesse hierbei nicht, dass die KPCh schon zwei

134 Rauschning, 1940, S. 227.

135 Deng Xiaoping, 1995, S. 175 f.

Jahrzehnte vor der Machtübernahme auf nationaler Ebene beginnt, Erfahrungen der Machtausübung zu sammeln), dann können wir feststellen, dass der Große Sprung nach vorn und die Kulturrevolution einen kurzzeitigen Bruch innerhalb eines Prozesses darstellen, der sich im Übrigen durch eine substantielle Kontinuität auszeichnet. Angesichts dieses Tatbestands erweisen sich die Diskurse, die unter positivem oder negativem Vorzeichen von »Restauration des Kapitalismus« sprechen, als voreilig und oberflächlich. Man sollte sich hier dagegen einen wertvollen methodologischen Hinweis Gramscis vor Augen halten: Um eine Revolution für abgeschlossen zu halten, genügt es nicht, dass die neue Klasse die Macht erobert oder konsolidiert hat; es muss ihr auch gelungen sein, eine relativ stabile politische Form der Machtausübung zu finden. Erst nach vielen Jahrzehnten die durch Versuche, Fehler, neue Experimente und erneute Widersprüche und Kämpfe gekennzeichnet waren, im Verlauf einer langen und aufreibenden historischen Epoche, die von 1789 bis 1871 reicht, findet die französische Bourgeoisie in der parlamentarischen Republik die normale und stabile politische Form der Ausübung ihrer Macht und ihrer Hegemonie. Was China betrifft, so ist weiterhin das aus der Revolution hervorgegangene Neue nicht nur auf der Suche nach der politischen Form, sondern auch der ökonomischsozialen Inhalte, in denen sie ihren stabilen Ausdruck finden soll. Wir haben es mit einem Langzeitprozess zu tun, der sich noch in voller Entfaltung befindet; er hat schon außerordentliche Resultate erzielt, aber seine Weiterentwicklung und sein Ausgang sind noch völlig unvorhersehbar.

# XI. Die Linke, China und der Imperialismus

## 1. »Das gekreuzigte China«

Es war einmal ... – so könnte der Anfang einer Arbeit lauten, die sich mit der Haltung der Linken China gegenüber befasst. Doch weit davon entfernt, sich um ein Märchen zu handeln, geht es um eine Geschichte, die sich unter unseren Augen abspielt und zu melancholischen Überlegungen anregt. Ja, es gab einmal eine Linke, die diesem Namen Ehre machte, die die Geschichte kannte und die bereit war, über den provinziellen Tellerrand hinauszublicken. Diese Linke war sich bewusst der Tragödie, die China überrollt hatte – dieses Land, in dem mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt und das, vielleicht deutlicher als jedes andere, die Grausamkeit und Heuchelei des liberalen Westens bloßgelegt hat.

Als eine offenkundige Lüge entlarvte sich in diesem Fall die Ideologie, die den kolonialen Expansionismus begleitete, der ja offiziell im Namen der Verbreitung von Aufklärung und Zivilisation betrieben wurde. Denn China – bemerkte Goethe in einem Gespräch mit Eckermann am 31. Januar 1827 – kannte bereits eine blühende Literatur, »als unsere Vorfahren noch in den Wäldern lebten«. Dieses Land wurde von Leibniz, von Voltaire und anderen Schriftstellern der Aufklärung wegen seines laizistischen Geistes bewundert: Wo gab es dort die Religionskriege, die Europa in Blut getränkt hatten? Und in Europa spielten das Geburtsprivileg und die Übermacht des Erbadels eine weit größere Rolle als im Land des Konfuzianismus, wo die höchsten Ämter der Verwaltung oft mittels öffentlicher Ausschreibung vergeben wurden. Was die Wirtschaft angeht, ist ein Briefwechsel, der sich Ende des 18. Jahrhunderts abspielte, aufschlussreicher als jede Abhandlung. England war damals interessiert an Seide, Porzellan, Arzneimitteln und Tee aus China und wollte diese Waren im Austausch gegen im eigenen Land produzierte Wollkleidung beziehen. Hier die Antwort, von 1793, des Kaisers von China an König Georg III.: »Uns mangelt es an nichts [...] und deshalb haben wir keinerlei Bedarf an Manufakturerezeugnissen aus Ihrem Land.« England war dadurch gezwungen, in Silber zu bezahlen, was zu einem ständigen und wachsenden Aderlass an

seinen Reserven führte. Bis den englischen Kaufleuten und Politikern eine geniale Idee kam: Nämlich das Defizit durch den – China aufgezwungenen – Import von Opium aus Indien auszugleichen.<sup>136</sup> Der Widerstand des Volks und der Regierenden Chinas wurde, einige Jahrzehnte später, mit Waffengewalt gebrochen.

Die Tragödie konnte beginnen. Die Geldströme (und der Aderlass) kehrten ihre Richtung um. Zusammen mit dem Opium brachen die englischen Truppen (und die indischen Kolonialtruppen Ihrer britischen Majestät) über das Land herein: »Chinesische Frauen werden belästigt und vergewaltigt. Die Gräber werden im Namen der wissenschaftlichen Neugier geschändet.«<sup>137</sup> Ein Volk von uralter Kultur wird systematisch vergewaltigt, geplündert, erniedrigt. Die Bevölkerung und das Land werden nach und nach zerstückelt von der Meute der Kolonialisten- und Imperialistenhunde, die immer zahlreicher und gieriger werden: Großbritannien schließen sich, in grausamer wechselseitiger Konkurrenz, Frankreich und Russland an, Portugal, Japan, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien. Keiner will bei diesem Gelage fehlen, das sich fabelhaft anlässt. China wird nach und nach amputiert um Hongkong, Macao, weite Landstriche in Mittelasien, Taiwan; auch Tibet ist in großer Gefahr ... Die territoriale Zerstückelung geht Hand in Hand mit dem Raub und der Zerstörung des künstlerischen Erbes sowie der Erzwingung riesiger Vergütungen zugunsten der Aggressoren. All dem wird ein Schein von Legalität verliehen mittels »ungleicher Verträge«, die mit Waffengewalt durchgesetzt werden: Es triumphieren die Kanonenbootpolitik und das Gesetz des Stärkeren. Hin und wieder überwinden die Großmächte sogar eine Zeit lang ihre Rivalität, um den chinesischen Barbaren, die der imperialistischen Aggression und Herrschaft mit wachsender Abneigung begegnen, eine Lektion zu erteilen. Das geschieht 1900, als Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan, Russland, Deutschland und Italien eine barbarische Strafexpedition durchführen, um den Boxeraufstand niederzuwerfen. In seiner Rede an die Truppen, die sich anschicken nach China aufzubrechen, nimmt Wilhelm II. kein Blatt vor den Mund:

136 Wolf, 1990, S. 360–366.

137 Spence, 1998, S. 53.

»Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! [...] möge der Name ›Deutscher‹ in China auf 1.000 Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!«

Große Skrupel sind nicht angesagt; jetzt ist es nötig, »die Straße zur Zivilisation ein für alle Mal« zu öffnen.<sup>138</sup>

Wie zurecht festgestellt wurde, ist dies eine Geschichtsperiode, in der »China gekreuzigt« wird:

»Je näher das Ende des 19. Jahrhunderts rückt, scheint China das Opfer eines Schicksals zu werden, gegen das kein Kampf mehr möglich ist. Es ist eine allgemeine Verschwörung der Menschen und der Elemente. Das China der Jahre 1850–1950, der schrecklichsten Aufstände der Geschichte, das Ziel fremder Kanonen, der Schauplatz von Invasionen und Bürgerkriegen, ist auch ein Land großer Naturkatastrophen. Es gab ohne Zweifel noch nie in der Weltgeschichte eine höhere Zahl von Opfern.«

Die allgemeine drastische Senkung des Lebensstandards, der Zerfall des Staats- und Regierungsapparats, zusammen mit dessen Unfähigkeit, Korruption und wachsender Unterwerfung und Abhängigkeit vom Ausland, all dies verschlimmert noch die Folgen von Überschwemmungen und Hungersnöten: Beispielsweise beläuft sich die Zahl der Toten auf »fast drei Millionen allein in der Provinz Shenxi im Jahre 1928«.<sup>139</sup>

Wenige Jahre später beginnt die japanische Invasion. Die Plünderung und die »Vergewaltigung Nankings« 1937 ist das blutigste Einzelereignis des Zweiten Weltkriegs; es gab mehr Tote als in Dresden, Hiroshima oder Nagasaki. Ein »vergessener Holocaust«. In den Gebieten des hartnäckigsten Widerstands greifen die Invasoren zur Politik der »drei Alle«: »Alles plündern, alle töten, alles niederbrennen.« In seinem Tagebuch hält ein japanischer Oberst fest: »Ich habe von meinem Vorgesetzten Befehle erhalten, wonach alle Personen hier zu töten sind«<sup>140</sup> Um es kurz zu machen: »Eine ganze Bibliothek

138 In: Balfour, 1968, S. 297.

139 Gernet, 1972, S. 530 f. und 545.

140 Chang, 1997, S. 21 5f.

von Horrorgeschichten würde nicht ausreichen, um die Blutbäder und Verwüstungen zu beschreiben, die China erlitten hat.«<sup>141</sup>

## 2. Liberale Kultur und die Feier der überlegenen »europäischen Rasse«

Zur »Kreuzigung« Chinas haben die Liberalen der Zeit ihren redlichen Beitrag geleistet. John Stuart Mill zögerte in seinem Essay, das die Freiheit feiert (*On Liberty*) nicht, den Opiumkrieg als einen selbstlosen Kreuzzug für die Freiheit zu rechtfertigen, für die »Freiheit des (chinesischen) Käufers« noch mehr als für die »des (englischen) Produzenten oder Verkäufers«. »Ein großes Ereignis« ist dieser schändliche Krieg auch für Tocqueville; er ist »die letzte Etappe in einer langen Reihe von Ereignissen gleicher Art, die schrittweise die europäische Rasse außerhalb ihrer Grenzen treiben und nach und nach all die anderen Rassen deren Herrschaft oder deren Einfluss unterwerfen [...]; es ist die Versklavung von vier Erdteilen zugunsten des fünften.«

Der französische Liberale kann sich gar nicht halten vor Begeisterung: »Wir sollten daher über unser Jahrhundert und uns selbst nicht allzu sehr lästern; die Menschen sind klein, groß aber sind die Ereignisse.«<sup>142</sup>

So wurde mit der großen Kultur der Aufklärung gebrochen, die auf China verwiesen hatte, um den Eurozentrismus infrage zu stellen und einen Außenpunkt zu gewinnen, von dem aus ein kritischer Blick auf Europa möglich sein sollte. Dieser geniale und großzügige Versuch wurde jetzt zu einer schrecklichen Anklage gegen die Aufklärer, die von Tocqueville zum Gespött gemacht wurden, da sie »jene schwachköpfige und barbarische Regierung, die eine Handvoll talentierter Europäer beherrschen kann«, als »Modell« betrachtet hätten.<sup>143</sup>

Alles scheint der überlegenen »europäischen Rasse« erlaubt, die in diesen Jahren und Jahrzehnten sich zum Schaden Chinas unermesslich bereicherte,

141 Romein, 1969, S. 260.

142 Tocqueville, 1951, Bd 4, 1. Halbbd., S. 58 (Brief an Henry Reeve vom 12. April 1840); vgl. Losurdo 2008, 1. Kap., 6.

143 Tocqueville, 1951, Bd. 2, 1. Halbbd., S. 213 (*L'Ancien Regime et la Revolution*, 3. Kap., 4)



indem sie dessen versklavte oder halbversklavte Arbeitskraft ausnutzte. Es geht um die Kulis:

»Verlockt von der Hoffnung auf ein besseres Leben, wurden diese Unglückseligen vor der Abfahrt erst in Baracken und dann in der Tiefe des Laderaums zusammengepfercht, und zwar unter derart entsetzlichen Bedingungen, dass viele schon während der Reise starben; die Frachtschiffe, die diesen einträglichen Sklavenhandel sicherten, waren als ›Schwimmende Höllen‹ bekannt. 1886 hatte die chinesische Regierung eine vertragliche Abmachung vorgelegt, der von den westlichen Mächten jedoch zurückgewiesen wurde.«<sup>144</sup>

Und so tritt, um die ökonomische Entwicklung des Westens voran zu bringen, an die Stelle des Handels mit Schwarzen der Handel mit Gelben. Man versteht jetzt, weshalb die Chinesen immer wieder mit den Schwarzen verglichen wurden, die einen wie die anderen wurden zu Arbeitswerkzeugen im Dienst der weißen Herrenrasse gemacht. Dieses Motiv findet sich bei so unterschiedlichen Schriftstellern wie Nietzsche und Renan. Letzterer, der sich einen »Liberalen« nennt, drückt sich besonders deutlich aus: Die »Erobererrasse«, die »edle« europäische »Rasse der Herren und Soldaten« ist dazu aufgerufen, für die härtesten Arbeiten und die »Zuchthäuser« die »Erdrasse« der Schwarzen oder die »Arbeiterrasse (die chinesische Rasse)« zu nutzen, die von »Natur« her »mit einer wunderbaren Fingerfertigkeit (begabt ist) und der so gut wie alles Ehrgefühl abgeh«. Und so führen zum Beispiel die amerikanischen Gesellschaften den Bau der Eisenbahnlinie in unwegsamem Gelände, die die Eroberung des Femen Westens festigen soll, mittels des Imports von 10.000 Kulis aus China durch. Der Sezessionskrieg ist beendet: Um es mit Engels zu sagen, sucht man jetzt die offiziell abgeschaffte schwarze Sklaverei durch die »verdeckte Sklaverei indischer und chinesischer Kulis« zu ersetzen.<sup>145</sup>

Und wie die Schwarzen werden auch die Chinesen, denen es trotz allem gelingt, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, in den USA das Ziel von Rassenhass und schrecklichen Pogromen.

144 Gernet, 1972, S. 534.

145 Renan, 1947, S. 390 f.; MEW, Bd. 4, S. 1 32

### 3. Die USA, der Dalai Lama und die indonesischen Schlächter

Die kommunistische Partei kommt 1949 auch deshalb an die Macht, weil die breiten Massen in ihr die einzige politische Kraft sehen, die die chinesische Nation aus ihrer seit über einem Jahrhundert währenden Tragödie retten kann. Wir haben gesehen, dass die Kommunistische Partei, dazu entschlossen, ein für allemal der vom Westen seit dem Opiumkrieg praktizierten Politik der Mutilation und Zerstückelung Chinas ein Ende zu setzen, umsichtig vorging und geduldig auf das Auslaufen der Pachtverträge über Hongkong und Macao warteten.

Doch dies reichte nicht aus, um die Auseinandersetzung mit den USA zu vermeiden, die auf Weltherrschaft aus waren. Nachdem sie bereits massiv zugunsten Chiang Kai-scheks eingegriffen hatten, verhinderten die USA, dass der Bürgerkrieg mit der Wiedergewinnung Taiwans durch die Zentralregierung zu seinem Abschluss kam. Die neue planetarische Supermacht wollte das Kapitel des »gekreuzigten China« nicht schließen, sondern tat alles, um es neu aufzuschlagen. Unmittelbar nach der Eroberung der Macht durch die Kommunisten bemühte sich die Regierung Truman, auf der Insel eine Unabhängigkeitsbewegung zustande zu bringen.<sup>146</sup> Wenn es schon nicht möglich war, die Kontrolle über China in seiner Gesamtheit aufrechtzuerhalten, dann durfte auf keinen Fall auf Taiwan verzichtet werden: Zu diesem Zweck war die Bereitschaft nötig, es in »eine sich selbst regierende Nation« umzuwandeln.<sup>147</sup> Der Versuch schlug zunächst zwar fehl, aber damit hatte sich das Ziel der USA, die Insel als »Trampolin« für eine künftige Attacke auf Kontinentalchina zu nutzen, längst nicht erledigt.<sup>148</sup>

Einzig und allein die Intervention der amerikanischen Flotte 1950 verhinderte, dass die von den Kommunisten geführte Volksarmee die Befreiung und Vereinigung Chinas vollenden und so endgültig eins der Hauptkapitel der Geschichte des »gekreuzigten China« schließen konnte. Nach der Sezession Taiwans versucht der US-Imperialismus die Tibets zu bewerkstelligen. Und auch in diesem Fall zeigt die Linke ihren Mangel an Autonomie und histori-

146 Chen Jian, 1994, S. 116.

147 Aptheker, 1977, S. 288.

148 Chen Jian, 1994, S. 96.

schem Gedächtnis. Es gab eine Zeit, da sie sich ausgesuchterem und anspruchsvollerem Lesestoff widmete als der großen Informations- und Desinformationspresse. Jeder Sympathisant und Aktivist der antiimperialistischen Sache wusste damals, dass die chinesische Souveränität über Tibet schon jahrhundertalt war und dass es in erster Linie der britische Kolonialexpansionismus war, der sie infrage zu stellen versuchte.<sup>149</sup> Ja, es reicht, in einem guten Geschichtsbuch zu blättern, um zu erfahren, dass solche Versuche ein integraler Bestandteil einer Politik waren und sind, die auf die »Zerstückelung Chinas« abzielt.<sup>150</sup>

Nicht nur Mao Zedong hat Tibet als untrennbaren Teil des nationalen Territoriums Chinas betrachtet. Sun Yat-sen, der erste Präsident der aus dem Sturz der Mandschu-Dynastie hervorgegangenen Republik, dachte darüber nicht anders. Die Engländer, die ihn einluden, sich aktiv an der Schlächtereier des Ersten Weltkriegs zu beteiligen, um damit die China von Deutschland entrissenen Gebiete zurückzuholen, ließ er wissen, dass Großbritannien noch gieriger wäre: »Ihr würdet uns gerne auch Tibet abnehmen!«<sup>151</sup> Lange wurde die Zugehörigkeit dieser Region zu China nicht einmal von den Historikern, die nichts mit der Linken zu tun hatten, in Zweifel gezogen. Der Autor einer äußerst kritischen Geschichte der Chinesischen Kommunistischen Partei jedenfalls behandelte die Revolte in Tibet 1959 (die, wie wir sehen werden, weitgehend von der CIA inspiriert war und alimentiert wurde) im Rahmen des Kapitels, das der »inneren Entwicklung« Chinas gewidmet war.<sup>152</sup>

Jetzt jedoch ist anscheinend auch die Linke, und sind in Italien sogar *il manifesto* und *Liberazione*, damit beschäftigt, den Separatismus zu unterstützen. Auch daran lässt sich der ideologische, nicht nur militärische, Triumph der USA im Kalten Krieg ablesen. Vor dessen Ausbruch hatte Washington keinerlei Probleme, die Zugehörigkeit Tibets zu China anzuerkennen, das damals von den Nationalisten Chiang Kai-scheks kontrolliert wurde. Noch 1949 fügte das amerikanische State Department einem Buch über die Bezie-

149 Lattimore, 1970, S. 119; Gernet, 1972, S. 418.

150 Romein, 1969, S. 54.

151 Sun Yat-sen, 1976, S. 71.

152 Guillermaz, 1972, S. 237 u. 252.

hungen USA-Chjna eine Karte bei, die Tibet eindeutig als Bestandteil des großen asiatischen Landes auswies.<sup>153</sup>

Doch die Stimmung beginnt mit dem Vormarsch der von Mao Zedong geführten Volksbefreiungsarmee allmählich umzuschlagen. Schon am 13. Januar 1947 schreibt George R. Merrel, Geschäftsträger der USA in Neu Delhi, an den amerikanischen Präsidenten Truman, um dessen Aufmerksamkeit auf die »unschätzbare strategische Bedeutung« der Region – des Dachs der Welt – hinzuweisen: »Tibet kann deshalb als ein Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Asien betrachtet werden, oder zumindest als eine Insel des Konservatismus in einem Meer von politischen Erschütterungen.« Umso mehr – fügt der US-Diplomat hinzu –, als nicht vergessen werden dürfe, dass »die tibetische Hochebene [...] in einer Epoche des Raketenkrieges sich als das wichtigste Gebiet ganz Asiens erweisen kann«.

Ich entnehme diese Tatsachen dem Buch eines amerikanischen Autors, der jahrzehntelang Funktionär der CIA war, wie er uns selbst wissen lässt. Er unterstreicht dabei die Kontinuität zwischen der Auffassung, die in dem eben zitierten Brief an Truman zum Ausdruck kommt, und der des viktorianischen England, das seinerzeit mit dem »großen Spiel« der kolonialen Expansion in Asien beschäftigt war.<sup>154</sup> In der Tat tritt an die Stelle des britischen Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg der amerikanische: Der tibetische Separatismus ist jetzt dazu berufen, »den geopolitischen Interessen der USA« zu dienen, indem er Mao zwingt, seine schon begrenzten Kräfte zu streuen und deshalb die Bedingungen schafft für einen »Regimewechsel in Peking«.<sup>155</sup> Zu diesem Zweck wurden »Guerilleros« in Colorado ausgebildet und dann per Fallschirm über Tibet abgesetzt: Sie wurden auf dem Luftweg mit Waffen, Sprechfunkgeräten etc. versorgt und arbeiteten auch – der Autor und CIA-Funktionär macht daraus kein Hehl – mit »Khampa-Banditen alten Schlages« zusammen.<sup>156</sup>

Der Kontext, in dem die Revolte von 1959 steht, ist also klar. Auch in diesem Fall erweist sich unser Autor als wertvoll, nicht nur wegen der Informationen aus erster Hand, auch wegen seiner Freimütigkeit. Er lässt uns wissen, dass die

153 Aptheker, 1977, S. 272.

154 Knaus, 1999, S. 24f.

155 Knaus, 1999, S. 21 5f.

156 Knaus, 1999, S. 219 und 223.

Revolte unmittelbar nach dem fehlgeschlagenen Versuch der amerikanischen Geheimdienste, von den Philippinen aus Unruhen in China zu provozieren, gestartet wurde. Es war jetzt nötig, sich unverzagt auf Tibet zu konzentrieren. Natürlich hatte die Entfesselung der Revolte – erklärte bei dieser Gelegenheit ein erstrangiger CIA-Repräsentant, den der Autor-Funktionär derselben Organisation zitiert – »wenig zu tun mit Hilfe für die Tibeter«. Es handelte sich vielmehr darum, »die chinesischen Kommunisten« in Schwierigkeiten zu bringen. Es wurde dabei derselben Logik gefolgt, die der von den amerikanischen Geheimdiensten im gleichen Zeitabschnitt gefassten Entscheidung zugrunde lag – so ebenfalls der erstrangige CIA-Vertreter – »den rebellierenden indonesischen Obristen bei ihrem Bemühen zu helfen, Sukarno zu stürzen«, den man beschuldigte, »zu duldsam gegenüber den Kommunisten seines Landes« geworden zu sein.<sup>157</sup> Beim ersten Anlauf gescheitert, wird der Staatsstreich in Indonesien 1965 ein voller Erfolg: Mehrere Hunderttausende von Kommunisten oder Elementen, die man für zu »duldsam« gegenüber den Kommunisten hält, werden massakriert. Wären die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus in Tibet wohl weniger bestialisch vorgegangen, wenn ihr separatistischer Anlauf gelungen wäre?

Ein Detail gibt zu denken. Ich entnehme es dem Aufsatz eines amerikanischen Dozenten in einer amerikanischen Zeitschrift: Die Flucht des Dalai Lama aus Tibet 1959 organisierte ein CIA-Agent, der später in Laos lebte – und zwar »in einem Haus, das geschmückt war mit einem Kranz aus Ohren, die von den Köpfen toter Kommunisten abgeschnitten worden waren«.<sup>158</sup>

#### **4. Die CIA und Hollywood konvertieren zum Buddhismus!**

Die tibetische Revolte von 1959 brachte nicht den erhofften Erfolg. Schon seit langem in Verbindung mit und finanziert von den US-Geheimdiensten, floh der Dalai Lama nach Indien. Doch nach dem Fehlschlag des Feldzugs im Osten (auf tibetischem und chinesischem Gebiet) startet Washington den Feldzug im Westen. Wir haben gesehen, dass für den erstrangigen CIA-Vertreter der

157 Knaus, 1999, S. 119.

158 Wikler, 1999.

Dalai Lama lediglich eine auswechselbare Figur im Spiel der US-Politik war – derselben Art wie die indonesischen Schlächter-Obristen. Jetzt wird dieselbe Person heilig gesprochen: Wird ein Führer der Gewaltlosigkeit, ein lebendes Vorbild an moralischem Adel und Heiligkeit. Die Verklärung wird auch auf den tibetischen Buddhismus als solchen übertragen, der als ein System von spirituellen Übungen sowie Lehren und Techniken sublimen geistiger Erhebung über die Leiden dieser Welt präsentiert wird. Die amerikanische Filmindustrie arbeitet auf Hochtouren, um diesen Mythos zu verbreiten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der Wettlauf zwischen Großbritannien und Russland um die Macht in Tibet in vollem Gang war, ging das Gerücht, der Zar persönlich sei Buddhist geworden.<sup>159</sup> Jetzt dagegen scheint es keine Zweifel mehr zu geben: Hollywood und die CIA sind zum Buddhismus konvertiert!

Eine so außergewöhnliche Konversion musste Wunder bewirken. Jahrhundertlang hatte die westliche Kultur mit Verachtung auf den tibetischen Buddhismus geblickt; er wurde als ein Synonym für orientalischen Despotismus betrachtet, und zwar wegen der zentralen Rolle, die er einem angeblichen Gott-König einräumt, gegen den sich der Hohn von so unterschiedlichen Schriftstellern wie Rousseau, Herder, Hegel richtet. Das 18. und 19. Jahrhundert hindurch wurden die Lama als »eine Inkarnation aller Laster und aller Korruption, und nicht etwa als Inkarnation der verstorbenen Lama« betrachtet.<sup>160</sup> Als sich dann Großbritannien zur Eroberung Tibets anschickt, versucht es diese mit der Notwendigkeit zu rechtfertigen, die Zivilisation in »diese letzte Festung des Obskurantismus« zu tragen, zu »diesem kleinen elenden Volk«. <sup>161</sup> Es versteht sich von selbst: Die Arroganz und die rassistische Ader des Imperialismus stehen außer Frage, doch nicht deshalb ist es nötig, die Schandtaten der tibetischen Theokratie zu beseitigen. Um deren wirkliche Natur zu verdeutlichen, genügt eine Tatsache, die von dem eben zitierten englischen Historiker mitgeteilt wird: Der Anfang des 20. Jahrhunderts amtierende »war einer der wenigen Dalai Lama, die ein höheres Alter erreichten, da die meisten von ihnen gemäß einer Übereinkunft des Regentschaftsrats schon

159 Morris, 1992, Bd. 3, S. 96.

160 Lopez jr., 1998, S. 6f. und 22f.

161 Morris, 1992, Bd. 3, S. 94 und 98.

im Kindesalter eliminiert wurden«. <sup>162</sup> Heute dagegen ist der tibetische Buddhismus, dank dem von Hollywood (und der CIA) bewirkten Wunder, ein Synonym für Frieden, Toleranz und gehobene Geistigkeit geworden. Nun ist klar: Wie zurecht festgestellt wurde, sind gemäß der herrschenden Ideologie und ihren Stereotypen »die Tibeter (...) Übermenschen und die Chinesen Untermenschen«. <sup>163</sup>

Unterhaltsam sind einige Momente des in Gang befindlichen Heiligsprechungsprozesses des Dalai Lama und des tibetischen Buddhismus. Ein wesentliches Element von letzterem ist das Kastenwesen, das sich sogar noch nach dem Tode zeigt: Während der Leichnam eines Mitglieds der Aristokratie beerdigt oder verbrannt wird, wird der eines gemeinen Menschen aus der Volksmasse den Geiern zum Fraß übergeben. Vor einiger Zeit berichtete die *International Herald Tribune* über eines dieser plebejischen Leichenbegängnisse, bei dem der Priester Stück für Stück das Fleisch von den Knochen des Toten löste, um den Geiern, die schon auf dem Berggipfel warteten, die Arbeit zu erleichtern. Es muss hier gesagt werden, dass die Beschreibung präzise und minutiös war, doch dass ihr die Erläuterung eines »Gelehrten« folgte, der das ganze unter ökologischem Aspekt erklärte; <sup>164</sup> er erklärte allerdings nicht, warum zum ökologischen Gleichgewicht nur die Leichen der Plebejer beitragen sollen.

Gegen diese als barbarisch erachtete diskriminierende Kastenpraxis war die Kulturrevolution vorgegangen; doch ihr Versuch, mit Gewalt eine uralte Tradition auszurotten, hatte damit geendet, dass die rückständigsten Sektoren des tibetischen Buddhismus gestärkt wurden, die es verstanden, einen breiten Protest im Namen der Verteidigung der Tradition zu mobilisieren. Die heutige tibetische Regierung ist klüger und rät von diesen Bestattungsriten zwar ab, verbietet sie aber nicht.

162 Morris, 1992, Bd. 3, S. 96.

163 Lopez jr., 1998, S. 7.

164 Faison, 1999 a.

## 5. Tibet und der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion

Leider scheint auch ein Gutteil der Linken sich bekehrt zu haben, und wenn nicht zum Buddhismus im eigentlichen Sinne, so doch zu dem Kitschbild des Dalai Lama und der von ihm bekannten Religion. Auch hier fehlt es an historischem Gedächtnis. Verdrängt wird die schreckliche Realität des vorrevolutionären Tibet, die Realität der Theokratie, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zu Sklaverei oder Knechtschaft verurteilte. Es besteht kein Zweifel, dass die seit 1951 durchgeführten Reformen – um noch einmal das Wort einem Autor zu geben, der keiner Sympathie für Mao Zedong verdächtig ist – »Feudalismus und Knechtschaft abgeschafft« haben.<sup>165</sup> Sie haben auch die Theokratie abgeschafft, die im Gott-König (der zu sein der Dalai Lama behauptet oder behauptete) inkarniert ist, und haben damit die Trennung von religiöser und ziviler Gewalt durchgeführt, die zu den Grundvoraussetzungen des modernen Staates gehört.

Die Reformen und die Revolution öffneten den tibetischen Volksmassen den Zugang zu zuvor unbekannten Menschenrechten, erhöhten erheblich ihren Lebensstandard und verlängerten deutlich ihre Lebenserwartung. Andererseits sind die Kritiken, die an der Volksrepublik China geübt werden, oft nicht nur Mittel zum Zweck, sondern widersprechen sich auch. Während ein französischer Autor die schwache industrielle Entwicklung der Autonomen Region Tibet beklagt, welche im Grunde genommen in »einem proto-industriellen Stadium« verharre,<sup>166</sup> formuliert ein amerikanischer Autor in *Foreign Affairs*, einer dem State Department nahestehenden Zeitschrift, Kritiken und Empfehlungen unter entgegengesetztem Vorzeichen: Die »Politik der raschen Modernisierung« und die »ökonomische Entwicklung« müssten sich »in einem langsameren Rhythmus« voll ziehen, um die kulturelle Identität Tibets zu wahren.<sup>167</sup> Schade nur, dass die USA sich diese Sorgen nicht machen, wenn sie mit ihren Waren, ihren Filmen, ihrer Pop-Musik und ihren »Werten« in jeden Winkel der Welt vordringen, Tibet eingeschlossen!

165 Goldstein, 1998, S. 86.

166 Deshayes, 1997, S. 359.

167 Goldstein, 1998, S. 89 und 95.



Gewiss gibt es auch eine Frage nationaler Rechte. Die Kulturrevolution hat seinerzeit einen unterschiedslosen Kampf gegen jede Form des »Obskurantismus« und der Zurückgebliebenheit entfesselt und hat Tibet als eine gigantische Vendée behandelt, die unterdrückt oder indoktriniert werden musste – in einem pädagogischen Eilverfahren, das inspiriert war von einer intoleranten und aggressiven »Aufklärung«, die aus Peking oder anderen von Han bewohnten urbanen Zentren stammte. Doch inzwischen sind diese Fehler des Extremismus und aggressiven Universalismus korrigiert worden. Die Klöster und das kulturelle Erbe Tibets werden zügig wieder instandgesetzt. *Foreign Affairs* muss, bei aller Kritik, anerkennen, dass in der Autonomen Region Tibet 60 bis 70 Prozent der Funktionäre tibetischer Abstammung sind; sie gibt zu, dass die Zweisprachigkeit gültige Praxis ist, auch wenn sie fragt, ob der Schwerpunkt heute auf die tibetische Sprache gelegt wird.<sup>168</sup> Selbst US-Journalisten, die größtenteils von virulenter Sinophobie befallen sind, rutscht heraus, dass zumindest »die offizielle Politik Chinas« eine Art »*affirmative action* großen Stils« ist; das heißt, dass sie eine Reihe positiver Diskriminierungen zugunsten der Tibeter und der anderen nationalen Minderheiten vorsieht, was die Zulassung zum Hochschulstudium, die Besetzung öffentlicher Ämter und die Familienplanung (die für die Han rigorosier ist) betrifft.<sup>169</sup>

Wie erklärt sich dann die fortdauernde Kampagne gegen die Volksrepublik China? Wenn die Revolte von 1959 auf internationaler Ebene auf die Zerstückelung Chinas oder zumindest seine erhebliche Schwächung zielte, so wollte sie im Innern den Prozess der Emanzipation der Volksmassen und der Modernisierung der Region blockieren. Nicht zufällig spielen unter den Exiltibetern Gruppen, »die in spiritueller Hinsicht fundamentalistisch, in sozialer konservativ sind«, auch heute eine bedeutsame Rolle.<sup>170</sup> Gruppen also, die sich mit dem Ende der Theokratie und der Trennung von Staat und Kirche nicht abfinden wollen und die Feudalismus und feudaler Knechtschaft nachtrauern.

Doch unterscheidet sich die Position des Dalai Lama so wesentlich davon? Dieser »fordert die Schaffung eines Groß-Tibet, zu dem nicht nur das Gebiet gehören soll, das in der Gegenwart das politisch verfasste Tibet ausgemacht

168 Goldstein, 1998, S. 94

169 Faison, 1999 b.

170 Deshayes, 1997, S. 361.

hat, sondern auch tibetische Gebiete im westlichen China, die größtenteils schon im 18. Jahrhundert von Tibet verloren wurden.«<sup>171</sup> Tibetische ethnische Minderheiten leben aber auch in Bhutan, Nepal, Indien usw. Wo fände die Ummodelung der politischen Geografie ein Ende, und welchen Preis würde sie kosten? Da lässt sich gut verstehen, dass sich den vom Dalai Lama geführten Kräften auch Nepal widersetzt, das befürchtet, »dass diese eine Sezession im Norden des Landes provozieren könnten«<sup>172</sup>. Es reicht völlig aus, sich das von der CIA und Hollywood produzierte falsche und verlogene Kitschbild vor Augen zu führen. Gefeierte als ein Held der Gewaltlosigkeit, wurde der Dalai Lama 1989 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Als Indien jedoch atomar aufrüstete, erwies sich dieser Friedensnobelpreisträger als der einflussreichste Befürworter dieser Politik! Als vor nicht zu langer Zeit einige englische Universitäten zum kulturellen Boykott Israels, als Protest gegen die permanente Unterdrückung des palästinensischen Volkes aufriefen, war der Dalai Lama einer der Ersten, der gegen diese englischen Universitäten Stellung nahm (vgl. *International Herald Tribune* vom 4.–5. August 2007). Er lässt sich nie hören, wenn es darum geht, die Sache eines unterdrückten Volkes zu unterstützen oder die vom amerikanischen Imperialismus und seinen Verbündeten und Komplizen entfesselten Aggressionskriege zu verurteilen.

Aber repräsentiert der Dalai Lama doch zumindest das tibetische Volk? Sogar das Schwarzbuch des Kommunismus räumt ein, dass eine elementare historische Analyse »den Mythos zerstört, der von den Parteigängern des Dalai Lama einmütig genährt wird«,<sup>173</sup> In Wirklichkeit sind seit der »friedlichen Befreiung« Tibets 1951 der Sturz des alten Regimes in dieser Region und deren politisch-soziale Umgestaltung auf den erbitterten Widerstand der reaktionärsten Gruppen und der privilegierten Klassen gestoßen, konnten sich aber auf Unterstützung innerhalb der tibetischen Gesellschaft selbst stützen. Das müssen selbst die am heftigsten am antikommunistischen und antichinesischen Feldzug beteiligten Autoren zugeben. Deshalb wettern sie gegen »den siebten Panchen Lama«, der sich »plötzlich mit dem kommunistischen Regime eingelassen« habe. Noch härter fällt das Urteil der Helden des antikommunis-

171 Goldstein, 1998, S. 86 f.

172 Deshayes, 1997, S. 344.

173 Margolin, 1997, S. 594.

tischen und antichinesischen Kreuzzugs über die »Mönche« aus, die 1951 »nicht zögerten sich zu wünschen, dass Tibet bald befreit sein würde«, und die entsprechende Appelle an die Kommunistische Partei und die Volksbefreiungsarmee richteten.

Solchen Autoren will nicht in den Kopf, dass der von ihnen verklarte Dalai Lama von Anfang an nicht nur mit großen Teilen des Volks, sondern auch mit religiösen Kreisen aneinander geriet, die ihn »stürzen« wollen. Die antichinesischen und antikommunistischen Kreuzritter müssen sich damit abfinden. Noch 1992, auf seiner Reise nach London, war der Dalai Lama Ziel feindlicher Kundgebungen seitens der größten buddhistischen Organisation in Großbritannien, die ihn beschuldigte, ein »grausamer Diktator« und ein »Unterdrücker der Religionsfreiheit« zu sein.<sup>174</sup>

Sogar was die Kulturrevolution angeht, die zweifellos ein tragischer Abschnitt in der Geschichte der Region war, darf man nicht vergessen, dass es »auch Tibetern unter den Roten Garden gab: Die Auseinandersetzungen loderten zwischen den maoistischen Gruppen selbst auf; und dabei »wurden insgesamt wahrscheinlich mehr Chinesen als Tibeter getötet«.<sup>175</sup> Es ist das Schwarzbuch des Kommunismus, das auf diese Tatsache aufmerksam macht, das aber dank seines professionellen Antikommunismus trotzdem nicht zögert, China des Genozids am tibetischen Volk zu beschuldigen!

Die Logik des Imperialismus und der herrschenden Ideologie ist klar. Aber wie lassen sich die Sympathien erklären, derer sich der Dalai Lama auch in bestimmten linken Kreisen und sogar bei Leuten erfreut, die die Kulturrevolution seinerzeit begrüßt hatten und noch immer mit einer gewissen Nostalgie von ihr sprechen? Es gibt keinen Zweifel, dass sich die Lage in Tibet eindeutig verbessert hat, was die wirtschaftliche Entwicklung, die Religionsfreiheit und die kulturellen und nationalen Rechte der Bewohner dieser Region angeht. Doch dies scheint eine Linke nicht zu interessieren, die in die Dritte Welt, statt die Bemühungen zu würdigen, aus Rückständigkeit und Elend zu entkommen, die Nostalgie und die Idolisierung einer prämodernen Gesellschaft projiziert, deren Bürger »arm aber schön« sind: Eine Gesellschaft, die – wie gewisse Klöster, die bereits an den Touristenwegen liegen – ständig als Ort der Erho-

174 Lopez jr., 1998, S. 193f.

175 Margolin, 1997, S. 595.

lung und periodischer geistiger wie körperlicher Regeneration von der Qual einer gleichwohl unverzichtbaren Opulenz dienen soll. In den 1960er Jahren wurden für »arm aber schön«, im Vergleich zum Westen, die Chinesen gehalten; doch heute, nach der stürmischen Entwicklung, die sich in China vollzogen hat, sind »arm aber schön« in den Augen jener sogenannten Linken die tibetischen Anhänger des Dalai Lama. Was kümmert es, dass dieser in Wirklichkeit reich und hässlich ist? Ja, er ist reich, insofern er der Exponent einer Ausbeuterklasse ist und schon seit den 1950er Jahren mit Dollars überfüttert wurde; und er ist schlecht und hässlich, weil er die Knechte der tibetischen Aristokratie und Theokratie weiterhin im Zustand der überkommenen Degradation halten wollte. All dies zählt nicht für eine gewisse Linke, der die Hollywoodfilme stets wichtiger sind als Geschichtsbücher und kritische Analysen der Wirklichkeit.

## 6. Ein Blick auf die »Dissidenten«

Neben den Separatisten von Taiwan und Tibet hätscheln die USA in ganz besonderer Weise die sogenannten »Dissidenten«. Zu ihnen lassen wir für diesmal einen italienischen General zu Wort kommen, obwohl dieser der Chinesischen Volksrepublik missgünstig und feindlich gesonnen ist. Ihm zufolge sind diese Dissidenten »vier (an der Zahl)« und »haben noch die Anhänger gehab«.<sup>176</sup> Für eine gewisse »Linke« jedoch sind deren Meinungen und Aktionen weit wichtiger als die gigantische Anstrengung eines Fünftels der Menschheit, der Unterentwicklung und der tragischen Erfahrung von Erniedrigung und nationaler Unterdrückung durch den Imperialismus zu entkommen.

Besonders gehätschelt von Washington wie von der römischen »Linken« wird einer dieser »vier« Dissidenten, nämlich Wei Jingsheng. Eins seiner Bücher steht sogar in der Reihe »*Manifesto Libri*« zur Schau. Aber um eine rasche Vorstellung von seiner Person zu bekommen, können wir uns hier auf das Interview konzentrieren, das er einer amerikanischen Zeitschrift gegeben hat. Nachdem er sich über die dürftige Aufmerksamkeit beklagt hat, die ihm während einer Reise nach Paris von den Behörden wie von der Bevölkerung

176 Mini, 1999, S. 91.

Frankreichs zuteil wurde, urteilt der illustre »Dissident«: »So etwas passiert, wenn westliche Länder die chinesischen Werte übernehmen.<sup>177</sup> Wie man sieht, ist Gegenstand seiner Polemik nicht die Kommunistische Partei Chinas, sondern China überhaupt, das hier zu einem Synonym von Barbarei wird, wie in der übelsten imperialistischen Propaganda. Und wie in dieser Propaganda, wird auch bei dem angeblichen »Dissidentem« der Westen zum einzigen Wächter der Zivilisation und der Menschenrechte erhoben, ungeachtet der Opiumkriege und der Tragödie des »gekreuzigten China«.

Wei Jingsheng geht in seinem Bekenntnis zum Imperialismus und seiner planetarischen Mission sogar noch ein Stück weiter. Da sie sich auf keinen Wirtschaftskrieg (oder auch einen anderer Art?) gegen die chinesische Regierung einlassen wollen, zeigen die USA, dass sie »das chinesische Volk Führern anvertraut (haben), die keinerlei Interesse an den Menschenrechten haben«. Ich habe hier einen entlarvenden Begriff hervorgehoben: Die universale Souveränität kommt qua unveräußerlichem Geburtsrecht dem Weltführer mit Sitz in Washington zu, der sie da und dort gnädig einem seines Vertrauen würdigen Domestiken »anvertrauen« kann.

Doch der angebliche »Dissident« bleibt in seinen Äußerungen auch nicht dabei stehen. Wie erklärt sich, dass die SA und die NATO sich nicht für eine Linie der frontalen Konfrontation mit China entscheiden wollen? Unglücklicherweise »ist im Westen die Großindustrie dabei, zunehmend bedeutenden Einfluss auf die Regierungen zu gewinnen, und sie will, was Peking will«. Gemäß dieser Analyse wäre das politische Gewicht des Geldes in den kapitalistischen Ländern eine recht neue Erscheinung und lässt sich die Haltung der Großindustrie nur mit Pressionen aus Peking erklären. Der Arme scheint in seinem Wahn noch nie etwas von der Existenz eines militärisch-industriellen Apparats gehört zu haben, der ein entschiedenes Interesse hat, in düstersten Farben die »gelbe Gefahr« an die Wand zu malen und jedenfalls ein Klima antichinesischer Hysterie zu erzeugen, das die Produktion und den Verkauf neuer, »intelligenterem und kostspieligerer Waffensysteme begünstigt. In den Augen dieses »Dissidentem« ist der Imperialismus wohl nur eine Erfindung seiner »barbarischem« Landsleute – jener Imperialismus, der heute nicht anders als gestern danach giert, das große asiatische Land mit allen Mitteln in

177 In: Mirsky, 1998.

eine riesige Kolonie oder Halbkolonie zu verwandeln, ohne eigenständige nationale Industrie, ein bloßer Absatzmarkt für die Industrie der USA und des Westens, ein Lieferant von Rohstoffen und vor allem billiger und verknechteter Arbeitskraft, wie die Kulis unseligen Angedenkens.

Tatsache sei – betont der so genannte »Dissident« –, dass »die Völker des Westens nicht begreifen, in welchem Maße ihre Regierungen korrumpiert werden von chinesischen Praktiken, die für die Großindustrie von Vorteil sind«. <sup>178</sup> Erneut zeigt sich jene tendenziell rassistische Diskriminierung des chinesischen Volks, für das schändliche »Werte« und »Praktikern« charakteristisch sein sollen. Darüber hinaus reichen die Tentakel dieses Zentrums der Barbarei und der dunklen Machenschaften bereits in jeden Winkel der Erde. Die offiziell Regierenden in den bedeutendsten Kapitalen des Westens sind in Wirklichkeit bloße Marionetten einer im Schatten operierenden Finanzwelt. Kein Zweifel: Wei Jingsheng spricht von den Chinesen wie die wildesten Antisemiten (und die Nazis) von den Juden!

Eine Frage drängt sich auf. Haben wir es hier wirklich mit Exponenten einer »Demokratie«-Bewegung zu tun? Selten war eine Definition falscher und verlogener. Diese Leute sind, wie wir gesehen haben, alles andere als eine Bewegung. Und sie entlarven sich als höchst kritiklose Hofsänger des planetarischen Despotismus Washingtons. Sie waren zum Beispiel sofort bereit, sich die Hände wund zu klatschen, um den Bomben zu applaudieren, die das serbische Fernsehen zerstörten und die Journalisten ermordeten, die sich von General Clark und Wei Jingsheng abweichende Meinungen hatten zuschulden kommen lassen. Doch dieser Wei Jingsheng und seine »drei« Freunde, sind sie wenigstens »Dissidenten«? Gewiss sind sie es in Hinblick auf das chinesische Volk, das sie offen kundig verachten und das sie vom Hunger geschlagen und gebeugt sehen möchten. Im Übrigen aber haben wir es mit geradezu fanatisch orthodoxen Vertretern des westlichen »Einheitsdenkens« zu tun; um ihm zum Triumph zu verhelfen, sind Wei Jingsheng, seine »drei« Freunde und ihresgleichen bereit, all die Häretiker und ganze Völker zum Hungertod zu verurteilen, die das Verbrechen begehen, tatsächliche »Dissidenten« in Hinblick auf die Washingtoner Weltherrschaftsambitionen zu sein.

178 In: Mirsky, 1998.

## 7. Linke, Selbstbestimmung und Demokratie

Man versteht, warum die USA neben Separatisten jeglicher Sorte auch die sogenannten »Dissidenten« angeworben haben. So wie China heute besteht, ist es ein außergewöhnliches Hindernis für alle die in Washington davon träumen, ein Weltreich zu errichten. Am 23. Januar 1993 erklärte der damalige US-Außenminister Warren Christopher: »Unsere Politik wird eine friedliche Evolution Chinas vom Kommunismus zur Demokratie zu erleichtern suchen.«<sup>179</sup> Ausdrücklich liquidiert wird der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, den nicht nur das Völkerrecht, sondern auch das gemeinsame chinesisch-amerikanische Kommuniqué von Shanghai vom 27. Februar 1972 anerkennt. *Pacta sunt servanda*? Für die Herren der Welt gilt diese Regel nicht.

Mit multimedialem Dauerfeuer, Drohungen mit Wirtschafts- und wirklichen Kriegen wollen die USA China dieselbe »Demokratie« aufzwingen, die sie bereits erfolgreich in die ehemalige Sowjetunion exportiert haben: Mit Jelzin kam eine regelrechte Mafia an die Macht; unbestrittene Herrschaft eines Autokraten, eines Diebs unter Dieben, der bedenkenlos auch das Parlament bombardieren ließ; Massenverelendung und ein erschreckender Rückgang der mittleren Lebenserwartung; Rekolonisierung eines riesigen Gebiets, das in Dritte-Welt-Verhältnisse zurückgestoßen wurde. Und schließlich ein anderer Aspekt, der sich aus der Empfehlung des amerikanischen »Experten« William D. Shingleton ergibt: Dieser schlägt Washington vor, die Erfahrungen mit der Zerstückelung der UdSSR auszuwerten, um »die künftige Aufsplitterung Chinas auf konsequentere Art anzugehen«.<sup>180</sup> Hier zeichnen sich die Umrisse eines ebenso schändlichen wie langfristig angelegten Plans ab. Die extremistischsten Kreise des Imperialismus lassen durchsickern, dass ihr Ziel weit über das der »zwei Chinas« hinausgeht: Warum sollte man sich nicht – so fragt eine angesehene deutsche Wochenzeitung, *Die Zeit* – »sieben Chinas« vorstellen können?<sup>181</sup> Genauer gesagt ist es das Ziel dieser Kreise, China in »viele Tai-

179 Nach Overholt, 1994, S. 315.

180 Nach Mini, 1999, S. 92.

181 Venzky, 1999.

wans«<sup>182</sup> zu zerlegen, die alle, direkt oder indirekt, von Washington kontrolliert werden, das dann die entwickeltsten oder aussichtsreichsten Regionen als abhängige Teile in den kapitalistischen Weltmarkt integrieren könnte, während die anderen dem Schicksal von Unterentwicklung und Elend überlassen würden.

Taiwan, Hongkong, Tibet und Xinjiang sind die strategischen Punkte, auf die sich das imperialistische Vorhaben konzentriert. Am Vorabend der Machtübergabe in Hongkong haben Chris Patten, der von London eingesetzte Gouverneur, und die USA eine Zeit lang versucht, »die grundlegenden Aspekte des Abkommens«, das die Rückgabe des China im Opiumkrieg entrissenen Territoriums vorsah, »zu verleugnen«.<sup>183</sup> An dieser Front fehlgeschlagen, entwickeln sich die Manöver, die den Prozess der Wiedergewinnung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität aufhalten und zurückwerfen wollen an einer anderen Front. Der Dalai Lama hat seine Hoffnungen auf eine Zerschlagung Chinas ähnlich der, die die Tragödie der UdSSR und Jugoslawiens besiegelte, keineswegs aufgegeben.<sup>184</sup>

Sehen wir jetzt, was in Xinjiang geschieht, der Region, die von Uiguren islamischen Glaubens bewohnt wird. Sie durchläuft derzeit eine Periode außerordentlicher Entwicklung.<sup>185</sup> Das sieht auch der bereits zitierte italienische General, obwohl er für die Sezession ist: Die chinesische Zentralregierung ist dabei, »nahezu ohne Rücklauf ungeheure Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren«.<sup>186</sup> Der wirtschaftlichen Entwicklung stehen die Fortschritte in Sachen Autonomie nicht nach: »Die lokale Polizei besteht größtenteils aus Uiguren.« Trotzdem gibt es eine separatistische Agitation, »die teilweise von islamischen Extremisten wie den afghanischen Taliban finanziert wird«. Die separatistische Bewegung »vermischt sich mit dem gewöhnlichen Verbrechen« und lässt sich »Schandtaten« zuschulden kommen. Ihre Attentate zielen anscheinend in erster Linie auf »tolerante oder ›kollaborierende‹ Uiguren« oder die »Polizeiposten«, die, wie wir sahen, von Uiguren kontrolliert wer-

182 Limes, 1995.

183 Overholt, 1994, S. 358.

184 Goldstein, 1998, S. 91.

185 Overholt, 1994, S. 88.

186 Mini, 1999, s. 96



den.<sup>187</sup> Jedenfalls, »wenn die Bewohner von Xinjiang heute zu einem Referendum über die Unabhängigkeit aufgerufen wären, würden sie wahrscheinlich mehrheitlich dagegen stimmen«.<sup>188</sup>

Der instrumentelle Charakter der »Selbstbestimmungs«-Losung, die der Imperialismus gegen die Volksrepublik China schwenkt und die die imperiale »Linke« sich in subalterner Weise zu Eigen macht, wird hier ganz deutlich. Nicht dass es das Problem der Selbstbestimmung nicht gäbe; es nimmt im Gegenteil immer gravierendere Formen an. Doch bedroht ist nicht das Selbstbestimmungsrecht der »Dissidenten«, die grade mal »vier (an der Zahl)« sind, und auch nicht das der uigurischen Bevölkerung Xinjangs, die sich mehrheitlich den secessionistischen Manövern widersetzt und deren erstes Opfer ist. Nein, bedroht ist das Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes.

Um Letzteres besser zu verstehen, kann es nützlich sein, sich der Geschichte Italiens zuzuwenden. Nach US-Dokumenten, die kürzlich freigegeben wurden, war die CIA am Vorabend der Wahlen vom April 1948 bereit, im Fall eines Siegs der Linken secessionistische Bewegungen in Sardinien und Sizilien zu unterstützen und Italien zu zerstückeln.<sup>189</sup> Sollen wir in diesen Manövern nun eine Verbeugung vor dem Prinzip der »Selbstbestimmung« des sardischen und sizilianischen Volkes sehen, oder waren sie vielmehr eine Bedrohung des Selbstbestimmungsrechts des italienischen Volkes in seiner Gesamtheit (einschließlich der Sarden und Sizilianer), dem auf keinen Fall eine den Weltherrschaftsaspiranten nicht genehme Regierung zugestanden werden konnte?

In den selben Jahren, da diese secessionistischen Machenschaften begannen, die dann wegen des Siegs der Christdemokraten wieder eingestellt wurden, starteten auch die Manöver zur Zerstückelung Chinas; und sie sind weiter voll im Gange, da in China, zum Unglück Washingtons, die kommunistische Partei immer noch an der Macht ist. Gelänge es ihm, China zu zerschlagen, würde der Imperialismus jedenfalls das große Land in seiner Gesamtheit, inklusive Xinjiang und Tibet, in eine Reihe von Kolonien und Protektoraten verwandeln. Das »gekreuzigte China« kehrte zurück, mit einer Zahl an Opfern, die, wie wir sahen, »noch nie in der Weltgeschichte ähnlich

187 Mini, 1999, S. 88 f. u. 93 f.

188 Mini, 1999, s. 96.

189 Molinari, 1999.

hoch war«. Nachdem er bereits verhindert hat, dass dieses tragische Kapitel der Weltgeschichte ein für alle Mal geschlossen werden konnte, ist der amerikanische Imperialismus heute bereit, es in großem Maßstab wieder aufzumachen. Die Zerstückelung und Unterdrückung des volkreichsten Lands der Erde – dies wäre für die USA die endgültige Krönung ihrer imperialen Welt-herrschaft, ihres Rechts, auf Kuba, in Korea, im Iran, in jedem Winkel der Erde zu intervenieren, ihres Rechts, mittels ihrer Embargopolitik jedwedes Volk zum Hungertod zu verurteilen, das es wagen sollte, sich zu erheben oder auch nur etwas Missmut gegenüber dem Souverän von Washington zum Ausdruck zu bringen.

In ähnlicher Weise wie das Problem der Selbstbestimmung ist auch das der Demokratie zu sehen. Müssen wir wirklich die Einführung des Mehrparteien-systems westlichen Typs auf Kuba fordern? In dieser Frage tritt deutlicher denn je die Subalternität der Linken und ihre Unfähigkeit zutage, eine konkrete Situation konkret zu untersuchen. Welche Glaubwürdigkeit können Wahlen haben, bei denen es keinerlei *par condicio* gibt (der Kandidat oder vielmehr die pro-amerikanische Partei kann über eine unermessliche Menge Dollars und über eine multimediale Maschinerie riesigen Ausmaßes verfügen) und das Volk mit dem Messer an der Gurgel, das heißt unter der Androhung eines genozidalen Embargos, grausamer Terroranschläge, einer regelrechten militärischen Aggression zu entscheiden gezwungen ist. Welche Freiheit kann ein Volk genießen, das sich, um es mit Gramsci zu sagen, vor diese Wahl gestellt sieht: »Entweder die bürgerliche Ordnung oder der Hunger« (und der Terrorismus einer furchtbaren Kriegsmaschine).<sup>190</sup>

Für China stellt sich das Problem in ähnlicher Weise. Schauen wir uns die Tatsachen an. Ein US-Journalist beschreibt das Verhalten Washingtons so: »Die amerikanischen Führer zücken eine der gewichtigsten Waffen aus ihrem Handelsarsenal, zielen ostentativ auf China und diskutieren dann wild darüber, ob sie auf den Abzug drücken sollen oder nicht.« Die Stornierung normaler Handelsbeziehungen wäre, »in Dollars ausgedrückt, die größte Wirtschaftssanktion in der Geschichte der USA, von den beiden Weltkriegen abgesehen«; wäre »das kommerzielle Äquivalent zu einem nuklearen Angriff«.<sup>191</sup>

190 S. oben, 2. Kap., 1 und 3.

191 Dale, 1996.

Dieser Meinung ist auch Luttwak: »Metaphorisch gesprochen ist die Blockade von Einfuhren aus China die Atomwaffe, die Amerika auf China gerichtet hält.«<sup>192</sup>

Für wie »frei« kann man wohl Wahlen halten, die in einem Land durchgesetzt werden, das unter der beständigen Drohung eines Nuklearangriffs steht (in ökonomischer, aber indirekt auch militärischer Hinsicht)? Die »Dis-sidenten« zögen enorme Vorteile nicht nur aus der multimedialen und finanziellen Übermacht des Imperialismus, sondern noch mehr aus der Tatsache, dass sie sich als die einzige Washington genehme Gruppe präsentieren könnten – und damit auch als die einzige, die die Bevölkerung vor der »Nuklear-attacke« (wirtschaftlicher Art) und dem Hungertod retten kann. Verglichen mit diesen hypothetischen Wahlen wären die seinerzeit von Napoleon III. oder die von Mussolini und Hitler inszenierten entschieden »freier« gewesen!

Es ist ein Verdienst der gegenwärtigen chinesischen Führer, dass sie das – wirkliche und unausweichliche – Problem der Demokratie radikal anders angehen. Sie haben mit der unglückseligen Tradition des »realen Sozialismus« und der »Kulturrevolution« gebrochen und halten die gesetzlich garantierten »formalen« Freiheiten für äußerst wertvoll. Von daher rühre eine ganze Reihe von Reformen, die unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei durchgeführt wurden, aber real und einschneidend sind, auch wenn sie, wie übrigens ausdrücklich erklärt wird, nur die erste Etappe eines langen Weges bilden.

All dies wird nicht widerlege durch die Tragödie, die sich 1989 auf dem Tien-An-Men-Platz abgespielt hat. Nicht nur innere Widersprüche, sondern offenkundig auch die Machenschaften des Imperialismus hatten damals einer Agitation Nahrung gegeben, die kein Ende fand, trotz aller Bemühungen der chinesischen Führung zu vermitteln und mit den Studenten ins Gespräch zu kommen. Und man darf den historischen Kontext nicht aus den Augen verlieren. Es waren die Jahre, in denen die USA ihre Schlussoffensive gegen den »realen Sozialismus« durchführten, die UdSSR und Jugoslawien zerschlugen. Nach einer langen Periode der Unsicherheit und der Versuche, die öffentliche Ordnung auf friedlichem Wege wieder herzustellen, entschied die chinesische Führung, sich auf keinen Fall in den allgemeinen Zusammenbruch hineinrei-

192 Lumvak, 1999, S. 151.

ßen zu lassen. Man muss sogar sagen, dass diese schwierige und harte Entscheidung China (und der Welt) eine Neuauflage, und diese in noch viel größerem Maßstab, der Tragödie erspart hat, die die UdSSR und Jugoslawien traf, und dass sie gerade noch rechtzeitig den von den USA schon im voraus genossenen Endsieg verhinderte. Deren Wut kann man verstehen ... Doch diese Entscheidung hat ganz und gar nicht dem Demokratisierungsprozess ein Ende bereitet, der sich heute sogar auf solideren Grundlagen entwickeln kann.

Die Fortschritte auf dem Weg zur Basisdemokratie in den Dörfern oder bei der Verbreitung der Herrschaft des Gesetzes in dem Riesenland werden auch von der westlichen Presse gesehen, soweit sie nicht völlig vom Antikommunismus verblendet ist; und ebenso wird zähneknirschend die enorme Ausweitung der Menschenrechte anerkannt, die sich der zunehmenden Überwindung der Unterentwicklung verdankt. Heute ist die mittlere Lebenserwartung in China, nach offiziellen Dokumenten von UNO-Organen, rund zehn Jahre höher als in Russland: Die imperialistischen Kreise, die sich darum bemühen, China dasselbe Schicksal wie der UdSSR zu bereiten, arbeiten tatsächlich an einer noch nie da gewesenen Menschenrechtskatastrophe, an einer merklichen Verkürzung der mittleren Lebenserwartung, und somit daran, ein Fünftel der Menschheit zu vorzeitigem Tod zu verurteilen. Gehen der westlichen Linken wenigstens in diesem Punkt die Augen auf?

## **8. Von der Rückkehr Hongkongs zum Mutterland zur Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad**

Es wäre an der Zeit, dass in der Linken eine Debatte über die Wirklichkeit und die internationale Rolle der Volksrepublik China stattfände. Ich möchte gerne einen Beitrag in dieser Richtung leisten, indem ich mich mit der Analyse von zwei Haltungen befasse, die mir in exemplarischer Weise negativ zu sein scheinen. 1997 hat sich *il manifesto*, aus Anlass der Rückkehr Hongkongs zur Volksrepublik China, statt dieses Ereignis zu feiern, weitgehend mit Chris Patten, dem von London eingesetzten Gouverneur identifiziert. Zu dessen Haltung geben wir einem Autor das Wort, der auch Mitarbeiter der Zeitschrift *Foreign Affairs* ist. Er unterstreicht den »verzweifelte[n] Widerstand der Engländer auf dem Weg der Entkolonialisierung«, die »Verbissenheit der britischen Kräfte, ihre Kolonialmacht aufrechtzuerhalten«; dabei sei es ganz und gar nicht um

»die Bevölkerung Hongkongs« gegangen, die skrupellos »den Bemühungen der Politiker ausgesetzt [wurde], um einen hohen Preis und mit hohen Risiken den Kolonialismus zu verlängern«. <sup>193</sup> Um allen zu zeigen, dass er der wahre Souverän sei, griff Chris Patten zu einer »flagranten Verletzung der Normen, die die Gemeinsame Erklärung [Großbritanniens und Chinas] festgelegt hat« (einer Erklärung, die die Modalitäten der Machtübertragung in Hongkong bestimmte) und nahm eine Haltung ein, die »jedes englische Gericht ruhigen Gewissens als illegal bezeichnen« würde. <sup>194</sup> Und doch »hat die Weltpresse«, wie der zitierte Autor beobachtet, »im allgemeinen fast ausschließlich den britischen Standpunkt wiedergegeben«. <sup>195</sup> *Il manifesto* hat dabei keine Ausnahme gemacht.

Wie einst John Stuart Mill den Opiumkrieg als einen Kreuzzug für die Freiheit bejubelte, haben seine heutigen Nachfolger den Helden und Kreuzritter der Freiheit in Chris Patten ausgemacht, dem heutigen Repräsentanten der britischen Kolonialherrschaft (und Opiumhändler). Zumindest bei dieser Gelegenheit hätte die »kommunistische Tageszeitung« sich ruhig in »liberale und neokolonialistische Tageszeitung« umbenennen können.

Sehen wir uns jetzt an, wie ein maßgeblicher Vertreter von *Rifondazione Comunista* (Ramon Mantovaru) die Lage kommentierte, die im Gefolge des NATO-Bombardements der chinesischen Botschaft in Belgrad entstanden war:

»China [...], an den Haaren in die jugoslawische Krise hineingezogen (es fällt verdammt schwer, an einen Irrtum zu glauben), begnügt sich darum, einen ehrenvollen Abschluss des Falls zu verlangen, mit einer Untersuchung und der Bestrafung der Schuldigen, und sucht sich vor künftigen Einmischungen in seine inneren Angelegenheiten zu schützen; doch es denkt im Traum nicht daran, auf das erklärte Ziel des Beitritts zur WTO zu verzichten, um sich endgültig und vollberechtigt in die kapitalistische Globalisierung zu integrieren. <sup>196</sup>

Ich habe diese Passage *in extenso* zitiert, weil ich sie ausführlich und Schritt für Schritt analysieren will. Also:

193 Overholt, 1994, S. 21 f.

194 Overholt, 1994, S. 255 und 250.

195 Overholt, 1994, S. 215.

196 Mantovani, 1999, S. 8.

1. Die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad war beabsichtigt. Man durfte an dieser Stelle einen Ausdruck der Solidarität mit einem Land erwarten, das – wie dieser Akt des internationalen Banditentums in emblematischer Weise zeigt – unter ständigem Beschuss des Imperialismus steht. Doch nichts davon. Ziel der Polemik ist das Opfer, und zwar mehr als der Aggressor und die Politik der »Eindämmung«, Einkreisung, Einschüchterung, Subversion, ganz abgesehen von dem regelrechten militärischen Angriff des Aggressors gegen das große asiatische Land. Daraus entspringt eine kleinliche Polemik gegen die Volksrepublik China – und das war's dann, was die elementarsten Regeln der kommunistischen Ethik – oder der Ethik überhaupt – angeht.
2. Doch sehen wir uns den Inhalt dieser Polemik an: Peking »begnügt sich damit, einen ehrenvollen Abschluss des Falls zu verlangen«. Es besteht kein Zweifel, dass die Bombardierung der Botschaft eine Kriegshandlung war, auf die, gemäß dem Völkerrecht, mit einer entsprechenden Kriegshandlung hätte geantwortet werden können. Mantovani hätte die Nervenstärke der chinesischen Regierung und ihren Beitrag zur Sache des Friedens würdigen müssen, und stattdessen ...
3. Die Reihe von Vorwürfen geht weiter. Statt auf seine Aspirationen, der Welthandelsorganisation (WTO) beizutreten, zu verzichten, versichere China, »sich endgültig und vollberechtigt in die kapitalistische Globalisierung integrieren« zu wollen. Wenn er wenigstens Luttwak gelesen hätte, hätte Mantovani begriffen, wie die »Nuklearwaffe, die Amerika gegen China richtet«, funktioniere: »... da China kein Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) ist, steht es den Vereinigten Staaten immer noch weitgehend frei, protektionistische Maßnahmen gegen dieses Land zu ergreifen«.<sup>197</sup> Was ist Verwerfliches am Wunsch eines beträchtlichen Anteils der Weltbevölkerung, nicht unter der täglichen Bedrohung durch eine auf sie gerichtete »Nuklearwaffe« leben zu wollen? Es ist unsinnig, eine »vollberechtigte« Integration (eine Integration gleichberechtigt mit dem Aggressor) gleichzusetzen mit der Hoffnung des Angegriffenen, sich seiner Bedrohung zu entziehen und somit größere Bewegungsfreiheit zu gewinnen.

197 Luttwak, 1999, S. 151.

Folgte man der Logik Mantovanis, so brächte auch der verzweifelte Kampf des kubanischen Volkes gegen das Embargo und für normale Handelsbeziehungen lediglich das Streben nach Integration in den kapitalistischen Markt und die kapitalistische Welt zum Ausdruck. Rückblickend müssten wir freilich sagen, dass auch der säkulare Kampf der Volksmassen gegen das diskriminierende Zensuswahlrecht die volle Integration in das bürgerliche Wahlsystem zum Ziel hatte; und sich in die patriarchalische und kapitalistische Gesellschaft zu integrieren war das Ziel der Frauen, die die politischen Rechte und den Zugang zu den traditionellerweise als männliches Reservat betrachteten Berufen forderten. Schließlich wäre, um wieder vom Heute zu sprechen, das Verlangen des PRC und auch des Mantovani, eine autonome parlamentarische Gruppe bilden zu können, eindeutiger Ausdruck des Wunschs nach Integration in das bürgerlich-parlamentarische System! Hier geht es nicht mehr bloß um kommunistische Ethik: Vielmehr springt die Unkenntnis der elementarsten Regeln der Grammatik und Syntax des politischen Diskurses in die Augen: Der Protest, der Kampf der Ausgeschlossenen gegen eine Gesellschaft oder eine Weltordnung, die sich auf Diskriminierung und auf furchtbare Ausschlussklauseln stützt, bekräftigt nicht diese Gesellschaft oder diese Ordnung, sondern stellt sie konkret in Frage.

4. Gewiss wird die Volksrepublik China, einmal zur WTO zugelassen, sich bald in eine neue Kampffront verwickelt sehen: Schon heute gestaltet sich als ein Kampf die Notwendigkeit, sich unter den Bedingungen einer Globalisierung zu bewegen, die einerseits die Ausgeschlossenen zu technologischer Apartheid und zum Embargo oder der Drohung mit dem Embargo verurteilt, die sich andererseits derzeit unter der Kontrolle der großen kapitalistischen und imperialistischen Mächte vollzieht. Es handelt sich daher um einen sehr schwierigen und verwickelten Kampf. Doch wer den Sieg des Kapitalismus und Imperialismus für abgemacht hält, hat nicht nur kapituliert, sondern beweist auch, dass er von einigen grundlegenden Tatsachen keine Ahnung hat.

Im Übrigen, wenn denn die Integration in die kapitalistische Globalisierung schon total und abgemachte Sache wäre, wie lässt sich dann die Bombardierung der chinesischen Botschaft durch die USA erklären, auf die Mantovani seine Aufmerksamkeit richtet? Ist dieser Akt der Barbarei denn nicht Zeichen von immer noch offenen Gegensätzen, die sich anscheinend

in dem Maß weiter zuspitzen, in dem die ökonomische und politische Entwicklung Chinas vorankommt?

## **9. Die kommunistische Bewegung und die Tragödie und Farce der »Exkommunikationen«**

Zur negativen Haltung vieler Linker gegenüber der Volksrepublik China hat nicht zuletzt die weit verbreitete Behauptung beigetragen, in diesem Land habe sich bereits eine vollständige Restauration des Kapitalismus vollzogen. Doch schon die Erklärungen und Handlungen der Feinde des großen asiatischen Landes reichen aus, um diese Behauptung in Zweifel zu ziehen. Man sollte vor allem daran erinnern, dass sich die von den heutigen chinesischen Führern verfolgte Politik an einer Theorie inspiriert, die sich die KPCH und die Volksrepublik China in Jahren zu Eigen gemacht haben, in denen niemand ihren Einsatz im Kampf gegen die kapitalistische und imperialistische Welt und für den Aufbau des Sozialismus bezweifelte. Eine Theorie, die in der Entwicklung der Produktivkräfte die unausweichliche Voraussetzung erblickt, um es dem großen asiatischen Land zu ermöglichen, eine Lage prämoderner Rückständigkeit und kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit hinter sich zu lassen und über den Kapitalismus hinauszugehen. Wenn sich heute, vor allem nach dem Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers«, ein Entwicklungsland mittels einer radikalen Nationalisierung der Produktionsmittel völlig dem kapitalistischen Markt verschlüsse, bliebe es, selbst wenn man absieht von den Repressalien kommerzieller und militärischer Art, die das wohl zur Folge hätte, gänzlich abgeschnitten von der fortgeschrittensten Technologie und könnte gewiss das Problem der Entwicklung der Produktivkräfte ebenso wenig lösen wie das des Aufbaus des Sozialismus.

Unglücklicherweise haben sich jene Linken, die da von der völligen Restauration des Kapitalismus in China reden, weder ernsthaft mit den realen Widersprüchen und Schwierigkeiten befasst, denen die kommunistische Bewegung im Lauf ihrer Geschichte konfrontiert war, noch mit jenen realen Widersprüchen und Schwierigkeiten, die sich aus der Theorie und Praxis der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. Notwendig wären historische Bilanzen, grundsätzlich neue theoretische Überlegungen, konkrete Analysen der heutigen Wirklichkeit, der Entwicklungsprozesse, der Kräfteverhältnisse.



Doch diese Aufgabe, die kritisch und vorurteilslos angegangen werden muss, ohne Rücksicht auf wen auch immer, ist schrecklich anspruchsvoll und anstrengend. Viel leichter und schneller geht es, wenn man zur Exkommunikation greift. Und so werden wir Zeugen der unseligen Neuauflage einer Verhaltensweise, die man ein für alle Mal überwunden und *ad acta* gelegt hoffte. Man fühlt sich erinnert an das düstere Kapitel des Verdammungsurteils auf Betreiben Stalins, im Jahr 1948, gegen die Kommunistische Partei Jugoslawiens, die einer Politik der Restauration des Kapitalismus für schuldig erachtet wurde. Damals freilich ging der Bannfluch aus von einem »sozialistischen Lager« unter Führung des Landes, das nicht nur Protagonist der Oktoberrevolution, sondern auch eines heroischen und siegreichen Widerstands gegen die nazifaschistische Barbarei war. Heute dagegen sind es kleine Parteien und ehrgeizige Minderheitsgruppchen, die den Bannfluch gegen eine kommunistische Partei von zig Millionen aktiven Kämpfern schleudern, gegen die Protagonistin einer großen nationalen und sozialen Revolution und Initiatorin eines Prozesses, der das volkreichste Land aus der Unterentwicklung herausführen wird und der deshalb dazu bestimmt ist, die politische Geografie des Planeten und die internationalen Kräfteverhältnisse grundlegend zu verändern. Kein Zweifel, die Tragödie ist zur Farce geworden. Doch diese Farce kann eine neue und viel schwerere Tragödie schüren, da sie die Manöver des Imperialismus begünstigt, die darauf abzielen, das Land, dessen ökonomische und politische Entwicklung in Washington und anderen Hauptstädten die Alarmglocken läuten lässt, zu isolieren und zu schädigen.

## 10. Es war einmal die Linke ...

Kehren wir zu unserem Ausgangsproblem zurück. Es gab einmal die Linke, die mit Sympathie auf Volkschina schaute, nicht nur wegen seines Versuchs, den Sozialismus aufzubauen, sondern auch deshalb, weil das Land objektiv ein Gegengewicht zum Imperialismus darstellte. Eine Linke, die dieses Namens würdig sein will, muss ihr historisches Gedächtnis und ihre Fähigkeit zur politischen und geopolitischen Analyse wiedergewinnen. Die Tragödie, die dem chinesischen Volk seit dem Opiumkrieg zugefügt wurde, gehört zu den abstoßendsten Kapiteln in den Annalen des Kolonialismus und Imperialismus und ist ein Geschehen, dessen Ausgang die Vereinigten Staaten wieder zur Dis-

kussion stellen wollen: Sie haben eindeutig in der Volksrepublik China ihren Hauptfeind ausgemacht, das Haupthindernis bei der Verfolgung des Ziels, eine unter ihrem Kommando gleichgeschaltete Welt zu schaffen.

## XII. China und das Ende der kolumbianischen Epoche Zwei Interviews

### 1. Vereinigte Staaten, China, geopolitischer Konflikt und Menschenrechte

*Samantha Agro:* Die außerordentliche ökonomische Entwicklung Chinas wird im Westen manchmal als Bedrohung und manchmal als Chance erlebt. Wie blickt China auf den Westen?

*Domenico Losurdo:* Wie immer in solchen Fällen haben wir es sowohl mit einer Herausforderung als auch mit einer Opportunität zu tun. Der Westen muss sich mit einer Tatsache abfinden: Seine Industrie wird immer häufiger die Konkurrenz mit einem Land aufnehmen müssen, das bemüht ist, sich auch in den Sektoren zu entwickeln, die eine hochspezialisierte Technologie verlangen. Entschieden relevanter sind die Gelegenheiten, die sich aus der raschen Überwindung der Unterentwicklung ergeben, deren Protagonist das volkreichste Land der Welt ist. Schon heute trägt China wesentlich zum weltwirtschaftlichen Aufschwung bei; seine Importe haben entscheidend zu Japans Überwindung der langen Stagnationsphase beigetragen und heute wirken sie kräftig an der Entwicklung der Länder Südostasiens, Lateinamerikas usw. mit.

Es wäre aber kurzsichtig und engstirnig, sich auf den ökonomischen Aspekt zu beschränken. Im Jahre 1820 trug China mit mehr als 32 % zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt bei. Etwa 20 Jahre später kam es zu den infamen Opiumkriegen; mit ihnen hat die tragischste Periode des großen asiatischen Reichs begonnen, eine Zeit, in der es aufeinanderfolgenden Aggressionen und territorialen Zerstückelungen und Demütigungen aller Art ausgesetzt war. Mit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 nimmt, nach Abschluss eines Intervalls von einem Jahrhundert, eine große tausendjährige Kultur im Konzert der Nationen den ihr zustehenden Platz wieder ein. Bei genauerem Hinsehen ist die vom Wiedererwachen des asiatischen Giganten gebotene Chance noch bedeutender auf politischem und kulturellem als auf ökonomischem Gebiet: Es ergibt sich jetzt die Möglichkeit eines anderen, auf

die gegenseitige Achtung gegründeten Verhältnisses zwischen den verschiedenen Kulturen, zwischen den verschiedenen Völkern und Ländern.

*S.A.:* All das führt uns zur Außenpolitik. Hat der sog. »Krieg gegen den Terrorismus« die chinesische Außenpolitik geändert?

*D.L.:* Ich glaube, dass es eine grundlegende Kontinuität gibt. Bei einem seiner Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten Bush jr. vor dem Anschlag auf das World Trade Center hat der ehemalige Präsident Jiang Zemin einen Denkspruch von Konfuzius zitiert: »Der Weise liebt die Harmonie, aber nicht die Einförmigkeit.« Dies ist der Schlüssel auch zum Verständnis der Außenpolitik der jetzigen chinesischen Führung, die auf dem wohltuenden Charakter einer Welt im Zeichen der Multipolarität besteht. In diesen Erklärungen wird im Allgemeinen die Polemik gegen die Einseitigkeit Washingtons betont. Und dieser Aspekt ist natürlich vorhanden. Aber es gibt noch etwas anderes. In den Jahren des Kalten Krieges hatten wir zwar eine zweipolige Welt, die aber tendenziell einpolig war: Jede der beiden Supermächte strebte danach, die ganze Welt unter ihrer Führung zu vereinen. Es ist verständlich, dass die Sieger nach der Niederlage der Sowjetunion maßlose imperiale Ambitionen hegen. Aber es handelt sich um eine Anschauung, die nicht nur potenziell katastrophal, sondern auch kurzsichtig ist. Neben so vielen Tragödien hat das 20. Jahrhundert einerseits den Entwicklungsprozess der Einigung Europas und andererseits das mächtige Wiedererwachen alter Kulturen erlebt, die vorher vom Westen mit Füßen getreten und gedemütigt worden sind: Auf der Weltbühne erscheinen China, Indien usw. wieder, während die islamische Welt noch ihren Weg sucht. Die Multipolarität ist etwas Irreversibles und sie fordert die wechselseitige Anerkennung der verschiedenen Subjekten, aus denen sie sich zusammensetzt. In diesem Sinne besteht China auf der absoluten Notwendigkeit der »Demokratie in den internationalen Beziehungen«. Heute redet man viel und mit Recht von Menschenrechten; aber ihre Förderung kann nicht von der Förderung der »Demokratie in den internationalen Beziehungen« getrennt werden.

*S.A.:* Kehren wir zur Innenpolitik zurück: Wie will man die Entwicklung vor allem hinsichtlich des Verhältnisses Stadt–Land regulieren?

*D.L.:* In China ist das Gefälle zwischen Küstengebieten und Gebieten im Inneren (oft gebirgig und wüstenhaft), zwischen Osten und Westen ein altes

Problem. Die Küstengebiete sind nicht nur von der Geografie her begünstigt, sondern haben auch das Glück, an Länder zu grenzen, die sich ebenfalls in voller ökonomischer Entwicklung befinden. Der Westen Chinas grenzt dagegen an ein auf ökonomischer Ebene weniger dynamisches Gebiet, das außerdem nach der Auflösung der Sowjetunion eine lange Rezessionsphase durchgemacht hat. Trotz allem muss man ein nicht zu vernachlässigendes Detail hinzufügen: Wenn der Westen Chinas auch weniger schnell voraneilt als der Osten, so hat er doch eine keineswegs unerhebliche Wachstumsrate zu vermelden. Und dennoch stellt die unterschiedliche Beschleunigung der Ökonomie in den Küstengebieten und in den Regionen im Inneren ein Problem dar, das die chinesische Führung klar vor Augen hat. Schon im Jahre 2000 hat sie die Parole ausgegeben: Go West! Kolossale Investitionen gibt es vor allem für die Infrastrukturen. Und schon in den allerletzten Jahren können Regionen (Provinzen in der chinesischen Diktion) wie Tibet oder Xinjiang ökonomische Wachstumsraten aufweisen, die über dem nationalen Durchschnitt liegen. In relativ kurzer Zeit wird Xinjiang als Motor für Zentralasien fungieren und wird das Modell einer mehrheitlich islamischen Region sein, die gleichzeitig entwickelt, modern und pluralistisch ist. Die chinesische Führung ist am Fortschritt von Chinas Westen auch aus geopolitischen Gründen interessiert, um die Sicherheit des Landes zu verstärken und seine Attraktivität zu steigern.

S. A.: Sie zitierten vorher das Interesse für die Menschenrechte: Was halten Sie von der Analyse von Amnesty International?

D. L.: China muss heute einen doppelten Ausnahmezustand bewältigen. Auf ökonomischem Gebiet muss es mehr als 1,3 Milliarden Menschen ernähren, obwohl es eine proportional eindeutig geringere Anbaufläche zur Verfügung hat. Eine ähnliche Disproportion besteht für den Bergbau, die Wasserversorgung usw. Wir haben es mit einem Land zu tun, das Langzeitprobleme lösen muss: Auf der einen Seite die Desertifikation, auf der anderen verheerende Überschwemmungen. Es geht um Herausforderungen und Katastrophen, die in der Vergangenheit Hunderttausende oder Millionen Opfer gefordert haben.

Es gibt aber auch einen zweiten Ausnahmezustand und zwar den militärischen. Seit ihrer Gründung ist die Volksrepublik China von den Vereinigten Staaten mehrmals mit Atomwaffen bedroht worden. Und noch heute bemüht sich Washington darum, das große asiatische Land einzukreisen. Als genügten

nicht schon die Militärstützpunkte in Korea und in Japan und die Flotte, die China bedrohlich vom Süden her bedrängen, sind nach dem 11. September noch die Militärstützpunkte in Zentralasien hinzugekommen, die vom Norden her drohen. Man darf nicht vergessen, dass im Frühjahr 1999 die chinesische Botschaft in Belgrad im Verlauf einer Operation bombardiert worden ist, über deren Zufälligkeit die internationale Presse viele Zweifel geäußert hat. Im Jahre 1949 ist China, wegen des Eingreifens der Vereinigten Staaten in den Bürgerkrieg, daran gehindert worden, die nationale Einigung zu vervollständigen und Taiwan einzugliedern. Und noch heute wird die Insel, obwohl sie von der internationalen Gemeinschaft, von der UNO und sogar von Washington als integraler Bestandteil des chinesischen Territoriums betrachtet wird, von den Vereinigten Staaten bis an die Zähne bewaffnet gegen das Mutterland. Wenn man in Bezug auf China von Rechten redet, sollte man einen wichtigen Punkt nicht vergessen: Es ist seit mehr als einem halben Jahrhundert Opfer einer kolossalen Verletzung des internationalen Rechts, deren Verantwortung gerade bei dem Land liegt, das sich als weltweites Vorbild des Rechts aufspielt.

Und doch hat China, trotz dieser schwierigen Lage, auch auf dem Gebiet der Menschenrechte unzweifelhafte Fortschritte erzielt. Der Weg ist natürlich noch weit und man hat dem Recht auf Leben den Vorrang gegeben, um viele Hundertmillionen Menschen dem traditionellen Schicksal des Hungers zu entreißen. Um aber die Fortschritte auch hinsichtlich der anderen Menschenrechte adäquat beurteilen zu können, genügt eine Erwägung: Der Angriff vom 11. September hat in den Vereinigten Staaten den Horror von Guantanamo hervorgebracht, wo kleine Jungen und Greise nicht nur ohne Prozess, sondern auch ohne Anklage eingesperrt sind. Meines Wissens gibt es in China nichts Vergleichbares, obwohl größere Bedrohungen auf ihm lasten.

Interview mit Samantha Agro, unter dem Titel: *Non solo una questione di pil* (Nicht nur eine Frage des BIP) in *La Gazzetta Politica* (Chefredakteur Claudio Signorile) vom 12. November 2004 veröffentlicht.

## 2. Entwicklung der Produktivkräfte und Emanzipationsprozess

*Joao Quartim de Moraes:* In seiner Rezension (*O Globo* vom 1. Januar 2005) der brasilianischen Ausgabe von *Flucht aus der Geschichte?* Die russische Revolution und die chinesische Revolution heute behauptet Leandro Konder, dass »die strenge und streng ökonomische Motivierung« (die die heutige politische Linie der Führung der Volksrepublik China kennzeichne), »nicht mit den sozialistischen Idealen, mit dem unablässigen Kampf vereinbar ist, die diese gegen die Ungleichheiten, gegen die Unterdrückung, gegen die Ungerechtigkeiten und zugunsten einer Förderung der Beteiligung der Volksmassen am politischen Leben führen.

*Domenico Losurdo:* Vergaß Lenin, als er die Hauptaufgaben des aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Landes in der Formel »Sowjetmacht plus Elektrifizierung« zusammenfasste, den Kampf gegen die Ungerechtigkeit und gegen die Unterdrückung? Und vergaß ihn das Manifest der Kommunistischen Partei, als es das siegreiche Proletariat dazu aufrief, sich der politischen Macht in erster Linie dazu zu bedienen, »die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren«? In Wahrheit werden in beiden Fällen die Industrialisierung, die Modernisierung, die Entwicklung der Produktivkräfte als das fundamentale Instrument in einer ganz bestimmten Lage (Kontrolle des Staatsapparats) betrachtet, um wirklich zu beginnen, die neue Gesellschaft, die man anstrebt, aufzubauen, um sie attraktiver zu gestalten und im Notfall zu verteidigen, um konkret die Emanzipationsideale voranzubringen, die die Revolution gekennzeichnet hatten.

Was die Volksrepublik China betrifft, so stehen die Dinge nicht anders. In meinem Buch erinnere ich an die Behauptung Maos am unmittelbaren Vorabend der Machtübernahme, im September 1949, Washington sei bestrebt, China vom »amerikanischen Mehl« abhängig zu machen, um es damit in »eine amerikanische Kolonie« zu verwandeln. Dem großen kommunistischen Führer war es ganz klar, dass der Kampf gegen den Imperialismus von der vorwiegend militärischen Phase zur vorwiegend ökonomischen Phase überging. Allerdings hat in diesem Kampf nie die ökonomische Dimension gefehlt, und Mao hat sie nie aus den Augen verloren. So schreibt er etwa am 23. Januar 1934 (*Unsere Wirtschaftspolitik*), als es darum ging, kleine und isolierte »befreite« Gebiete unter kommunistischer Kontrolle gegen die Einkreisung und gegen den Angriff der Reaktion zu verteidigen:

»Die Imperialisten und die Kuomintang setzen sich das Ziel, die roten Gebiete zu zerstören (...) den wirtschaftlichen Aufbau zu hintertreiben (...) Es ist völlig klar, dass nur unser Sieg über den Imperialismus und die Kuomintang, nur unsere planmäßige und organisierte Arbeit am wirtschaftlichen Aufbau das ganze chinesische Volk aus der beispiellosen Katastrophe retten kann.«

Zehn Jahre später greift der Zweite Weltkrieg um sich und in China entwickelt sich der Widerstand gegen den japanischen Imperialismus. Auf der ganzen Welt sprechen entschieden die Waffen, doch Mao verspüre das Bedürfnis, erneut zu bekräftigen: »Unter den gegenwärtigen Kriegsbedingungen müssen sich alle Organismen, die Schulen und Heeresseinheiten aktiv dem Anbau von Gemüse, der Schweinezucht, dem Holz sammeln, der Holzkohleproduktion widmen; sie müssen das Handwerk entwickeln und einen Teil des für ihren Unterhalt notwendigen Getreides erzeugen (...) Die Führung der Partei, der Regierung und des Heeres auf allen Ebenen, sowie die der Schulen müssen systematisch die Kunst erlernen, die Massen in der Produktion zu leiten. Derjenige, der nicht aufmerksam die Probleme der Produktion erforscht, ist kein guter Führer (*Zur Senkung der Mieten*, 1. Oktober 1943).

»Gemüse« und »Getreide« anbauen, »Schweine« züchten: Wo ist hier der Kampf gegen die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit geblieben? Gerade mit der Lösung so bescheidener und so prosaischer Aufgaben hat in Wahrheit eine große Revolution gesiegt, die dem Imperialismus einen vernichtenden Schlag versetzt und dem Anliegen der Befreiung der Völker einen enormen Auftrieb gegeben hat. Das Universale realisiert sich immer durch die Vermittlung des Besonderen, und wer das Universale in seiner unberührten Reinheit sucht, wird es nie finden.

Die heutige Lage weist nicht wenige Berührungspunkte mit der Vergangenheit auf. Natürlich übt die kommunistische Partei die Macht keineswegs nur über beschränkte Regionen des riesigen asiatischen Reichs aus, sondern kontrolliert es insgesamt. Und dennoch ist es wie umzingelt von der kapitalistischen und imperialistischen Welt, die ihm gegenüber weiterhin eine Politik der ökonomischen Erstickung führt. Gewiss haben sich inzwischen viele Dinge geändert, aber die Vereinigten Staaten versuchen auf jede Weise den Zugang Chinas zur hochentwickelten Technologie zu verhindern. Washington würde China gerne, wenn schon nicht im Zustand wirklicher Unterentwicklung, so doch in einer Lage der Rückständigkeit erhalten, um es erpres-



sen, bedrohen, zum geeigneten Zeitpunkt angreifen und zerstückeln zu können. Erneut ist das Anwachsen der Produktivkräfte ein wesentliches Element des Widerstands gegen den Imperialismus. Aber diesbezüglich kommt es zu einem recht singulären Phänomen. Eine gewisse Linke ist ergriffen und begeistert, wenn sie sieht, wie ein gedemütigtes, erniedrigtes und ausgehungertes Volk verzweifelt versucht, das Joch der Unterdrückung abzuschütteln und seine Lage zu verbessern; wenn aber dieses Volk die Macht erobert hat und in der Lage ist, den Kampf um die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit unter weniger desaströsen Bedingungen und Kräfteverhältnissen zu führen, zieht diese Linke einen schiefen Mund: Sie kann einen Emanzipationskampf nur dann anerkennen und unterstützen, wenn sich dieser Kampf in einer tragischen Lage befindet. Wenn auch mit Mühe, gelingt es einer gewissen Linken, mit Blick auf die Vergangenheit, Sympathie für den Einsatz der roten Regionen der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre zu empfinden, die im Widerstandskampf gegen die Kuomintang und den japanischen Imperialismus Getreide und Gemüse erzeugten und Schweine züchteten; aber kalt und verächtlich betrachtet sie die heutigen Anstrengungen der Volksrepublik China, die elektronische Industrie und die Informatik zu entwickeln.

*J. Q. M.:* Aber Leandro Konder wendet ein, dass man riskiert, das Ideal der Gleichheit zu vergessen oder unterzubewerten, wenn man den Akzent auf *rue* Entwicklung der Produktivkräfte legt.

*D. L.:* Als die Chinesische Kommunistische Partei 1949 an die Macht kam, musste sie ein Land führen, dessen Pro-Kopf-Einkommen das niedrigste auf der Welt war. Diese extreme Ungleichheit im Vergleich zu den entwickelten Ländern war keine natürliche Tatsache. Bedeutende Forscher haben darauf hingewiesen, dass noch am Ende des 18. Jahrhunderts die chinesische Lebenserwartung etwa auf englischem Niveau lag und damit höher als der Durchschnitt im kontinentalen Europa war. Dann kommen die infamen Opiumkriege. Die Unterschiede hinsichtlich des Einkommens und des Wohlstands zwischen den großen Kulturen waren im 18. Jahrhundert relativ gering. Später gingen die kolonialen Eroberungen und die Industrialisierung des Westens Hand in Hand mit der Entindustrialisierung der Länder, die nach und nach unterworfen wurden. Dies ist die Geschichte der Herausbildung der Dritten Welt und ihrer Unterentwicklung.

Zumindest von der Oktoberrevolution an ist der Kampf gegen diese von der kapitalistischen und imperialistischen Aggression und Ausplünderung aufgezwungene furchterliche Ungleichheit zum Nachteil des Südens der Welt ein zentraler Punkt des Klassenkampfes auf internationalem Gebiet. Nachdem das chinesische Volk jahrzehntelang gezwungen war, diesen Kampf militärisch zu führen, kann es ihn jetzt auf ökonomischer Ebene aufnehmen. Und zweifellos sind große Resultate erzielt worden. Wenn auch von außerordentlicher Bedeutung, ist vielleicht die Überwindung der Unterentwicklung von mehr als einem Fünftel der Weltbevölkerung noch nicht einmal das Wichtigste. Das Anliegen der Gleichheit unter den Völkern kann jetzt auch auf kulturellem Gebiet große Fortschritte machen: Der kapitalistische und imperialistische Westen ist dabei, das Technologie-Monopol zu verlieren, dessen er sich bis jetzt nicht nur bedient hatte, um die Dritte Welt zu kontrollieren und zu ersticken, sondern auch um seinen Anspruch durchzusetzen, die Zivilisation schlechthin zu repräsentieren und damit sein Recht, die »Barbaren« zu beherrschen. Für diejenigen, die in der Lage sind, die Einheit von Allgemeinem und Besonderem zu sehen, bedeutet erneut die erstaunliche ökonomische Entwicklung des heutigen Chinas keineswegs das Vergessen des Gleichheitsideals, sondern ist der Gipfelpunkt des Kampfs um die Abschaffung einer internationalen Ordnung, die auf die Ungleichheit gegründet ist und von der kapitalistischen und imperialistischen Gewalt aufgezwungen wird.

Das Problem der Gleichheit stellt sich natürlich nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch in jedem einzelnen Land. Und was China betrifft, steht es außer Zweifel, dass sich die Küstenregionen schneller entwickeln als die Regionen in seinem Westen. Noch könnte es anders sein: Sehr eigenartig wären ein historischer Materialismus und ein Marxismus, die der Geografie nicht Rechnung trügen. Dennoch ist festzuhalten, dass der Kontrast zwischen dem Osten und dem Westen Chinas nicht der zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, sondern der zwischen zwei verschiedenen Stufen der Entwicklung ist. Es ist, als hätten wir zwei Züge vor uns, die nicht gleich schnell, aber in Richtung auf ein gemeinsames Ziel zufahren, das Ziel der Reduzierung und der Annullierung der Verspätung und der Ungleichheit im Vergleich zu den hochentwickelten Ländern.

Auch diejenigen, die bis jetzt mit dem langsameren Zug fahren, haben inzwischen die Tragödien der Vergangenheit hinter sich. Ich sprach schon von

der verheerenden Lage des großen asiatischen Landes zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Kommunisten. Der Hungertod war etwas Alltägliches; in Krisenmomenten vernichtete er Millionen Menschenleben. Selbst wenn sich die Ernährungslage in China nach 1949 merklich gebessert hatte, ist sie eine Zeit lang ziemlich prekär geblieben: Ende der 1950er Jahre hat sich, infolge des unerbittlichen Embargos seitens des Imperialismus wie infolge von Fehlern der politischen Führung, eine von der Schlechtwetterlage ausgelöste Hungersnot in eine Katastrophe verwandelt: Erneut traf der Hungertod die chinesische Bevölkerung in großem Umfang. Es stimmt, die Verteilung der geringen Ressourcen war stark egalitär. Aber dennoch stellte, wenn auch quantitativ sehr gering, der Unterschied zwischen denen, die eine Schale Reis zum Überleben zur Verfügung hatten und denen, die es nicht hatten, einen absoluten Unterschied und eine absolute Ungleichheit dar. Und diese absolute Ungleichheit ist nur dank der Entwicklung der Produktivkräfte eliminiert worden.

Zweifellos muss bis zur Realisierung der Gleichheit noch ein weiter Weg zurückgelegt werden. Gerade die starken Punkte der Küstenregionen ausnützend, ist es jetzt möglich, die Entwicklung der anderen Regionen weiter und entscheidend zu beschleunigen. Dieser Prozess ist seit mehreren Jahren im Gange und hat schon einige wenn auch unregelmäßig, punktuell verbreitete, wichtige Resultate erzielt. Vor einiger Zeit konnte man in der Wirtschaftsbeilage der wichtigsten italienischen Tageszeitung eine recht signifikante Analyse finden: Die politische Linie der heutigen Pekinger Führung sei von dem Willen gekennzeichnet, eine »Umverteilung des Reichtums« durchzuführen und die »letzte Etappe des chinesischen Wunders« zu Ende zu bringen, die die zentralen Regionen des Westen erreichen soll:

»Xian ist wegen der Terrakotta-Krieger weltberühmt, ist aber dabei, zum Silicon Valley Asiens zu werden. Ein wenig bekannter Fall: 36 Universitäten, ein Projekt, bis zum Jahr 2007 gut hunderttausend Ingenieure im technologischen Park zu beschäftigen, wo die Forschungen auf dem Gebiet der Software und der Raumfahrtindustrie entwickelt werden. Wer weiß, dass in Xian Komponenten für die Boeing und für die Gulfstream produziert werden?« (Fabio Cavallera, *La nuova Lunga Marcia verso Ovest (Der neue Lange Marsch nach Westen)*, in »Corriere della Sera« vom 20. Dezember 2004, »Corrier Economia«, S. 7).

*J. Q. M.:* Aber wenn »der entscheidende Widerspruch« zwischen Kapitalismus und Sozialismus die jeweilige »Fähigkeit, Produktivkräfte zu entwickeln« wäre, »könnte der Kapitalismus auch überlegen sein«, meint Konder.

*D. L.:* Nachdem mich der Genosse Leandro Kondor gewissermaßen im Namen der Orthodoxie (man dürfe nicht den Klassenkampf gegen die Unterdrückung und die Ausbeutung vergessen!) kritisiert hat, liquidiert er seelenruhig einen der Eckpfeiler der Marxschen Theorie. Zweifellos spielt in Marxens Denken das Thema der Entwicklung der Produktivkräfte eine zentrale Rolle: Der Kommunismus setzt einen außerordentlichen materiellen Reichtum voraus, der es jedem Individuum ermöglichen soll, seine Bedürfnisse zu befriedigen, und der Sozialismus, der das erste Stadium des Kommunismus bildet, muss die Vorbedingungen für all das schaffen.

Von Konders Positionen aus versteht man nicht einmal mehr den historischen Materialismus: Nach Marx stützt die Revolution die Gesellschaftsordnung und die Produktionsverhältnisse um, die die Entwicklung der Produktivkräfte behindern. Natürlich ist niemand gezwungen, Marxist zu sein. Was mich betrifft, möchte ich kurz erklären, warum ich, zumindest diesbezüglich, die von Marx und von Engels (und von den chinesischen Kommunisten) behauptete Theorie weiterhin für gültig halte. Dem Beispiel der vom Manifest der Kommunistischen Partei beschriebenen riesigen Zerstörung von Produktivkräften durch die periodischen Überproduktionskrisen der kapitalistischen Gesellschaft könnte man zahlreiche andere hinzufügen. Die ganze Welt hat die Katastrophe mitangesehen, die über Südostasien hereingebrochen ist: Ein winzig kleiner Teil der US-amerikanischen Militärausgaben hätte genügt, um ein System rechtzeitiger Vorwarnung auf die Beine zu stellen, um die Zerstörungswut des Tsunami wirksam einzuschränken: Mehr denn je führen Kapitalismus und Imperialismus zu einer schrecklichen Vergeudung materieller Ressourcen und zu einem grenzenlosen Opfer von Menschenleben.

*J. Q. M.:* Nach Konder machst du gelegentlich den Eindruck, eine »Wette« über China abzuschließen (in dem Sinn, den der Ausdruck »Wette« im Pascalschen Diskurs annimmt, als »mögliche Benutzung der Vernunft in der Sphäre, die über die Vernunft hinausgeht«. Wärest du, ohne dein Wissen, ein Pascalianer geworden?

*D. L.:* In Wahrheit spricht das Buch in Bezug auf China von »einem Langzeitprozess«, der sich schon außerordentlicher Resultate rühmen kann, aber

dessen Ausgang »vollkommen unvorhersehbar ist«. Leandro Konder und viele andere Linke, die ähnlich wie er argumentieren, halten indessen den kapitalistischen Ausgang für abgemacht und schon eingetreten. Hier hätten jedoch alle die Pflicht, in erster Linie sich selber klarzumachen, was in dem großen asiatischen Land geschehen ist. Die Macht hat weiterhin die Kommunistische Partei inne, die in ihrem Statut und in ihren Dokumenten erklärt, sich am Marxismus-Leninismus zu orientieren und auf dem Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus vorangehen zu wollen. Ist das alles nur Theater? Nach den von einer angesehenen bürgerlichen Tageszeitung (*Il Sole-24 ore* vom 8. November 2003) zitierten Daten sind eine breite Mehrheit der Parteimitglieder Arbeiter, Bauern und Rentner: Sollen wir Millionen oder Dutzende Millionen von Männern und Frauen für Komplizen oder idiotische Opfer eines Theaters ohne jegliche Glaubwürdigkeit halten? Historisch gesehen ist die Chinesische Kommunistische Partei Protagonist einer der größten Revolutionen der Geschichte gewesen. Hat sie radikal ihre Natur geändert? Und wann hat dann diese radikale Änderung ihrer Natur stattgefunden? Mit der Durchsetzung der Linie, die auf der zentralen Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte besteht? Aber dies war über lange Zeit die offizielle Linie der Kommunistischen Partei insgesamt und war es, als China der Vorposten des Kampfes gegen den Imperialismus war. Außerdem konnte und kann diese Linie Kontinuität zu den Thesen beanspruchen, die, wie wir gesehen haben, vom Manifest der Kommunistischen Partei und auch von Lenin vertreten worden sind. Sollen wir nunmehr die Chinesische Kommunistische Partei als dem Marxismus und dem Sozialismus fernstehend betrachten, weil sie eine weite Ausdehnung kapitalistischer Ökonomie toleriert? Lesen wir erneut, was Mao am 25. Dezember 1947 (*Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben*) erklärt hat:

»Auf Grund der Rückständigkeit der chinesischen Wirtschaft wird selbst nach dem Sieg der Revolution im ganzen Land noch auf lange Zeit das Fortbestehen des kapitalistischen Wirtschaftssektors (...) gestattet werden müssen (...) Dieser kapitalistische Sektor ist noch ein unentbehrlicher Bestandteil der gesamten Volkswirtschaft«.

Man könnte zahlreiche andere, ähnliche Stellungnahmen Maos, noch Jahre nach der Machtübernahme (z. B. 1958) anführen, aber das wäre eine unnütze Zeit- und Platzverschwendung, auch weil ich einige schon in meinem Buch zitiert habe.

Und dann? Dann muss man von der Realität Kenntnis nehmen. Die Geschichte und die Theorie der Chinesischen Kommunistischen Partei sind großenteils unbekannt. Man kennt wohl die Thesen, die beim Zusammenstoß mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und in den Jahren der Kulturrevolution aufgestellt worden sind. Abgesehen davon weiß man wenig oder nichts. Wie viele haben zum Beispiel etwas von der Polemik gehört, die Mao in einem programmatischen Text der chinesischen Revolution (*Über die neue Demokratie*, Januar 1940) gegen die »linken Schwätzer« geführt hat, die »nicht verstehen, dass die Revolution in Phasen aufgeteilt ist, dass wir zur zweiten Phase erst dann übergehen können, wenn wir die erste abgeschlossen haben und dass es nicht die geringste Möglichkeit gibt, alles ›auf einen Schlag‹ zu lösen«?

Aus diesem Grund ist ein und dasselbe Ereignis in China und außerhalb anders und entgegengesetzt wahrgenommen worden. Deng Xiaopings Machtübernahme und die Wiederbehauptung der zentralen Bedeutung des wirtschaftlichen Aufbaus, die im Westen als gleichbedeutend mit der Preisgabe des Marxismus und des Sozialismus interpretiert wurden, sind in China als die Wiederaufnahme und die Entwicklung der Linie begrüßt worden, die den Triumph der chinesischen Revolution begleitet hatte und die nur eine relative kurze Zeitspanne lang aufgegeben worden war. Täte die Linke des Westens und Lateinamerikas nicht besser daran, eine Linie, eine Theorie, eine politische Tradition zu untersuchen, die weitgehend unbekannt sind? Richtig oder falsch, wie sie auch sein mögen, verdienen der Marxismus und der Sozialismus mit chinesischen Merkmalen, die sich schon mit Mao abzuzeichnen beginnen, mehr als eine summarische und sogar präventive Liquidierung.

*J. Q. M.*: Schließlich bringt Konder seine Skepsis zum Ausdruck, wenn du schreibst, dass es noch »wichtige Parteien und Ländern gebe, die »um den Aufbau einer Gesellschaft bemüht sind, die über den Kapitalismus hinausgehob. In deinem Hinweis auf China als einem Land, das »von mehr als einem Fünftel der Menschheit bewohnt wird«, findet er einen »tendenziell epischen Ton«. Muss man zwischen seinem ironischen Ton und deinem angeblich epischen Ton wählen?

*D. L.*: Die außerordentliche Bedeutung dessen, was sich in dem großen asiatischen Land abspielt, wird von Autoren hervorgehoben, die keineswegs zu leichtfertiger Begeisterung und noch weniger zu leichtfertiger China-

freundlicher Begeisterung neigen. Wenn er von der vielversprechenden Entwicklung der bisher zurückgebliebenen Regionen in China berichtet, spricht der schon zitierte Journalist der Tageszeitung *Corriere della Sera* bereits im Titel seines Artikels von dem »Neuen Langen Marsch nach Westen«. Und der wirkliche Lange Marsch, der eine kleine und verfolgte Kommunistische Partei dazu führt, unter dramatischen Bedingungen Tausende von Kilometern zurückzulegen, um den Widerstandskampf gegen einen der barbarischsten Imperialismen anzuführen, ist zweifellos eines der großen epischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts und der Menschheitsgeschichte schlechthin. In diesem Kontext sollte man vor allem Samuel Huntington zitieren. Er hat geschrieben: Wenn der gegenwärtige gigantische Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess Erfolg haben sollte, »wird China zu einer Großmacht werden, die jedes andere vergleichbare Phänomen in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrtausends übertreffen wird«. Es würde sich also um das wichtigste Ereignis in der Geschichte der letzten 500 Jahre handeln.

Diese Behauptung ist 1996 aufgestellt worden, im Jahr der Veröffentlichung des Buchs *Clash of Civilisations*. Wenn wir etwa fünf Jahrhunderte zurückgehen, stoßen wir auf die Entdeckung-Eroberung Amerikas. Damals begann der Westen seinen Triumphmarsch, indem er sich die ganze Welt unterwarf, ganze Kulturen zerstörte und die Völker, die sie zum Ausdruck brachten, dezimierte und sogar vernichtete. Dass es ein von einer Kommunistischen Partei geführtes Land ist, das dieses Kapitel der Geschichte abschließen will, ist kein Zufall. Es ist ein neues Kapitel der Geschichte, die mit der Oktoberrevolution begonnen hat, die an die Sklaven in den Kolonien appelliert, ihre Ketten zu sprengen. Das zweite Kapitel dieser Geschichte ist das, das dem nazi-faschistischen Versuch, die koloniale Tradition wieder aufleben zu lassen, eine entscheidende Niederlage bereitet: Dem Versuch, ganze Bevölkerungen zu versklaven, wie in den schlimmsten Zeiten des Sklavenhandels, um die »Untermenschen« der »Herrenrasse« zu unterwerfen. Der Lange Marsch ist für Asien das, was für Europa Stalingrad ist: Auf der Woge dieser beiden epochalen Niederlagen des Imperialismus entwickelt sich ein gewaltiger Emanzipationsprozess der Kolonialvölker, der weit über den Zweiten Weltkrieg hinausgeht, die ganze Welt mit einbezieht, und besonders bedeutsam wird, was Länder wie Vietnam und Kuba betrifft. Heute sehen wir, wie sich ein neues Kapitel der Geschichte, das mit der Oktoberrevolution begonnen hat, entfaltet. Ein Land mit einer tausendjährigen Kultur, das mit den Opiumkriegen

angegriffen, mit Füßen getreten und erniedrigt worden war, ist dabei, wieder als Protagonist auf der Weltszene aufzutreten und zwar nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf kulturellem und technologischem Gebiet, wie es jahrtausendlang der Fall gewesen ist. Wenn China einem tragischen Kapitel seiner Geschichte ein Ende setzt, bringt es praktisch ein weitaus umfangreicheres Kapitel der Weltgeschichte zum Abschluss, in welchem, gerade wegen der unbestrittenen Vorherrschaft des Westens, zur Rechtfertigung der brutalsten Formen dieser Herrschaft, die größten und infamsten rassistischen Ideologien aufgetaucht sind und sich lange Zeit durchgesetzt haben.

Wie die Zukunft im Allgemeinen, kann auch die Zukunft Chinas nicht vorausgesehen werden. Man sollte sich auf die Gegenwart konzentrieren: Sicher fehlt es nicht an Schattenseiten, Fehlern, Verspätungen, Widersprüchen, Gründen für Sorgen und Enttäuschungen. Vor aller Augen spielt sich das Schauspiel ab, dass ein beträchtlicher Teil der Weltbevölkerung sehr schnell aus der Armut, aus der Unterentwicklung, aus der Rückständigkeit herauskommt. Es ist nicht nur eine Frage der Ökonomie. Das starke Potenzial politischer, sozialer und ideologischer Emanzipation zu ignorieren, das der außerordentlichen ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik China innewohnt, würde bedeuten, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen.

Interview mit Joao Quartim de Moraes. In »*Crítica Marxista*«, Rio de Janeiro, erschienen.



## Zitierte Literatur

- Aldo Agosti (Hrsg.) 1974–1979:** *La Terza Internazionale. Storia documentaria*, Editori Riuniti, Roma
- Gar Alperovitz, 1995:** *The Decision to Use the Atomic Bomb and the Architecture of an American Myth*, Knopf, New York
- Stephen E. Ambrose, 1991:** *Eisenhower: Soldier and President*, (1983–1984), Simon & Schuster, New York
- Herbert Aptheker, 1977:** *American Foreign Policy and The Cold War* (1962), Kraus Reprint Millwood, New York
- Hannah Arendt, 1989:** *Zionism Reconsidered* (Oktober 1945); dt. Übersetzung von E. Geisel, Der Zionismus aus heutiger Sicht, in: *Die Krise des Zionismus. Essays & Kommentare*, 2, Tiamat, Berlin
- Michael Balfour, 1968:** *The Kaiser and his Times* (1964), ital. Übersetzung von Alberto Aiello und Marco Papi, *Guglielmo II e i suoi tempi*, il Saggiatore, Milano
- Elazar Barkan, 1992:** *The Retreat of Scientific Racism. Changing Concepts of Race in Britain and the United States between the World Wars*, University Press, Cambridge
- August Bebel, 1964:** *Die Frau und der Sozialismus* (1883), 60. Aufl., Dietz, Berlin
- Ernst Bloch, 1961:** *Naturrecht und menschliche Würde*, Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Ernst Bloch, 1971:** *Geist der Utopie* (1918: 1. Aufl.), Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Oleg B. Borissow/Boris T. Koloskow, 1973:** *Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945–1970*, deut. Übersetzung aus dem russischen Original (1971) von Wolfgang Eckstein, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin
- Peter G. Boyle (Hrsg.), 1990:** *The Churchill-Eisenhower Correspondence 1953–1955*, The University of Carolina Press, Chapel Hill and London
- Alan Bullock, 1990:** *Hitler and Stalin. Parallel Lives*, Knopf, New York
- Luciano Canfora, 1996:** *Le Foibe, Tito e la «politica estera» della sinistra*, in: *Corriere della Sera* vom 17. August

- Edward H. Carr, 1964:** *A History of Soviet Russia. The Bolshevik Revolution 1917–1923* (1950), ital. Übersetzung von Franco Lucemini, Sergio Caprioglio und Paolo Basevi, *La rivoluzione bolscevica*, 4. Aufl., Einauclic, Torino
- Iris Chang, 1997:** *The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II*, Basic Books, New York
- Chen Jian, 1994:** *China's Road to the Korean War. The Making of Sino-American Confrontation*, Columbia University Press, New York
- Giulietto Chiesa, 1997:** *Russia addio. Come si colonizza un impero*, Editori Riuniti, Roma
- Noam Chomsky, 2002:** *The Chomsky Reader* (1987), ital. Übersetzung von Cesare Salmaggi, *Linguaggio e libertà. Dietro la maschera dell'ideologia*, Tropea, Milane
- Gregory Clark, 1996:** *Other Asians Should Have a Word With China and Taiwan*, in: *International Herald Tribune* vom 2. Februar
- Daniel Shaver Clemens, 1975:** *Yalta* (1970), ital. Übersetzung von Manuela Disegni, *Yalta*, Einaudi, Torino
- Richard Cohen, 2000:** *No, Mr. Lieberman, America Isn't Really God's Country*, in: *International Herald Tribune* vom 8. September, S. 7 (Im Artikel spricht man fälschlicherweise von Lieberman, aber am nächsten Tag ist in der *IHT* auf S. 6 eine Berichtigung erschienen.)
- Reginald Dale, 1996:** *Time to Put Away the Big Trade Gun*, in: *International Herald Tribune* vom 30. April
- Alcide De Gasperi, 1956:** *La democrazia cristiana e il momento politico* (1944), in: *Discorsi politici*, hrsg. v. Tommaso Bozza, Cinque June, Roma
- Deng Xiaoping, 1994:** *Selected Works*, Bd. 3 (1982–1992), Foreign Languages Press, Beijing
- Deng Xiaoping, 1995:** *Selected Works*. Bd. 2 (1975–1982), 2. Aufl., Foreign Languages Press, Beijing
- Laurent Deshayes, 1997:** *Histoire du Tibet*, Fayard, Paris
- Isaac Deutscher, 1972:** *Ironies of History. Essays on Communism* (1966), ital. Übersetzung von Elsa Pelitti, *Ironie della storia. Saggi sul comunismo contemporaneo*, Longanesi, Milane
- Milovan Djilas, 1978:** *Conversations with Stalin* (1962), ital. Übersetzung von Elena Spagnol Vaccari, *Conversazioni con Stalin*, Feltrinelli (Universale Economica), Milane

- Seth Faison, 1999 a:** In: *Tibetan »Sky Burials«, Vultures Dispose of the Dead*, in: *International Herald Tribune* vom 6. Juli, S. 2
- Seth Faison, 1999 b:** *For Tibetans in Sichuan, Lie in the Shadow of Intolerance*, in: *International Herald Tribune* vom 1. September, S. 4
- Orlando Figes, 2000:** *A People's Tragedy* (1996), ital. Übersetzung von Raffaele Petrillo, *La tragedia di un popolo. La Rivoluzione russa 1891–1924* (1997), TEA, Milano
- Andre Fontaine, 1967:** *Histoire de la guerre froide*, Fayard, Paris
- Jacques Gernet, 1972:** *Le monde chinois*, Armand Colin, Paris
- Melvyn C. Goldstein, 1998:** *The Dalai Lamas Dilemma*, in: *Foreign Affairs*, Januar–Februar, S. 83–97
- Antonio Gramsci, 1971:** *Lettera dell'Ufficio politico del PCI al Comitato Centrale del Partito Comunista Sovietico* (1926), in: *La costruzione del partito comunista*, Einaudi, Torino
- Antonio Gramsci, 1975:** *Quaderni del carcere*, kritische Ausgabe, hrsg. vom Valerio Gerratana, Einaudi, Torino
- Daniel Guerin, 1968:** *La lutte de classes sous la Première République*, Gallimard, Paris
- Jacques Guillerma, 1972:** *Histoire du Parti Communiste Chinois. Le Parti Communiste Chinois au pouvoir; 1<sup>er</sup> octobre 1949–1<sup>er</sup> mars 1972*, Payot, Paris
- Andreas Hillgruber, 1988:** *Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegs-epoche 1914 bis 1945*, Propyläen, Berlin
- Eric J. Hobsbawm, 1995:** *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, Abacus, London
- Richard Hofstadter und Beatrice K. Hofstadter, 1982:** *Great Issues in American History* (1958), Vintage Books, New York
- Carlo Jean, 1995:** *Geopolitica*, Laterza, Roma-Bari
- Jiang Zemin, 1997:** *Report Delivered on the 15th National Congress of the Communist Party of China on September 12, 1997*, in: *Beijing Review* vom 6.–12. Oktober, S. 10–33
- Robin D.G. Kelley, 1990:** *Hammer and Hoe. Alabama Communists during the Great Depression*, The University of North Carolina Press, Chapel Hill and London

- Paul Kennedy, 1989:** *The Rise and Fall of the Great Powers* (1987), ital. Übersetzung von Andrea Cellino, *Ascesa e declino delle grandi potenze*, Garzanti, Milano
- Gottfried-Karl Kindermann, 2001:** *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840–2000*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-München
- Henry Kissinger, 1994:** *Diplomacy*, Simon & Schuster, New York
- Viktor Klemperer, 1975:** LTI. Notizbuch eines Philologen (1947), Reclam, Leipzig
- John Kenneth Knaus, 1999:** *Orphans of the Cold War: America and the Tibetan Struggle for Survival*, Public Affairs, New York
- Owen Lattimore, 1970:** *Studies in Frontier History* (1962), ital. Übersetzung von Andrea Ginzburg und Ajdo Serafini, *La frontiera. Popoli e imperialismi alla frontiera tra Cina e Russia*, Einaudi, Torino
- Wladimir I. Lenin, 1955 a:** *Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen* (1914), in: *Werke*, 1955 ff., Dietz, Berlin, Bd. 20
- Wladimir I. Lenin, 1955 b:** *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917), in: *Werke*, 1955 ff., Dietz, Berlin, Bd. 22
- Wladimir I. Lenin, 1955 c:** *Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes* (17. Januar 1918), in: *Werke*, 1955 ff., Dietz, Berlin, Bd. 26
- Wladimir I. Lenin, 1955 d:** *Referat über Krieg und Frieden* (7. März 1918), in: *Werke*, 1955 ff., Dietz, Berlin, Bd. 27
- Wladimir I. Lenin, 1955 e:** *Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch kulturelle Aufklärung* (21. Oktober 1921), in: *Werke*, 1955 ff., Dietz, Berlin, Bd. 33
- Limes, 1995:** *Una Cina o molte Tawan?*, Editorial von Nr. 1, S. 7–12
- Donald S. Lopez, jr., 1998:** *Prisoners of Shangri-La. Tibetan Buddhism and the West*, University of Chicago Press, Chicago and London
- Domenico Losurdo, 1993:** *Marx e il bilancio storico del Novecento*, Biblioteca, Roma
- Domenico Losurdo, 1997:** *Antonio Gramsci dal liberalismo al »comunismo critico«*, Gamberetti, Roma
- Domenico Losurdo, 1998:** *Il peccato originale del Novecento*, Laterza, Roma-Bari
- Domenico Losurdo, 1999:** *Introduzione zu Karl Marx-Friedrich Engels, Manifesto del partito comunista*, hrsg. von Domenico Losurdo, Laterza, Roma-Bari

- Domenico Losurdo, 2000:** *Antonio Gramsci dal liberalismo al »comunismo critico«*, deut. Übersetzung von Erdmute Brielmayer, *Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum »kritischen Kommunismus«*, hrsg. von Harald Neubert, VSA, Hamburg
- Domenico Losurdo, 2004:** *Guerra preventiva, americanismo e antiamericanismo*, in: Giuseppe Prestipino (Hrsg.), *Guerra e pace*, Istituto Italiano per gli Studi Filosofici-La Città del Sole, Napoli, S. 137–169
- Domenico Losurdo, 2007:** *Il revisionismo storico. Problemi e miti* (1996), deut. Übersetzung von Erdmute Brielmayer, *Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen*, PapyRossa, Köln
- Domenico Losurdo, 2008:** *Democrazia o bonapartismo. Trionfo e decadenza del suffragio universale* (1993), deut. Übersetzung von Klaus Winkler, *Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Dekadenz des allgemeinen Wahlrechts*, PapyRossa, Köln
- Edward Luttwak, 1999:** *USA-Giappone-Cina, la strana geometria*, in: Limes, Nr. 1, S. 149–152
- Michael A. Lutzker, 1987:** *The Precarious Peace: China, the United States, and the Quemoy-Matsu-Crisis, 1954–1955, 1958*, in: Joan R. Challinor and Robert L. Beisner (Hrsg.), *Arms At Rest. Peacemaking and Peacekeeping in American History*, Greenwood Press, New York
- Ramon Mantovani, 1999:** *Gli obiettivi raggiunti di questa guerra, in: Dalla guerra nei Balcani un nuovo ordine imperiale*, Partito della Rifondazione Comunista, Roma
- Mao Tsetung, 1968–1978:** *Ausgewählte Werke*, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
- Mao Zedong, 1998:** *On Diplomacy*, Foreign Languages Press, Beijing
- Jean-Louis Margolin, 1997:** *Chine: Une longue marche dans la nuit*, in: Stéphane Courtois et al., *Le livre noir du communisme*, Fayard, Paris
- Karl Marx-Friedrich Engels, 1955:** *Werke*, Dietz, Berlin, 1955 ff. (= MEW)
- Edoarda Masi, 1979:** *Breve storia della Cina contemporanea*, Laterza, Roma-Bari
- Neville Maxwell, 1973:** *India's China War* (1972, 1. Aufl. 1970), ital. Übersetzung von Gigliola Re, *L'India e la Cina. Storia di un conflitto*, Mazzotta, Milano
- Roy A. Medwedew, 1977:** *Lo stalinismo. Origini storia conseguenze*, ital. Übersetzung der engl. Version (1971), von Raffaello Ubaldi, Mondadori, Milano

- Fabio Mini, 1999:** *Xinjiang o Turkestan orientale?*, in: *Limes*, Nr. 1., S. 83–96
- Jonathan Mirsky, 1998:** *Talking with Wei Jingsheng*, in: *The New York Review of Books* vom 5. März, S. 39
- Maurizio Molinari, 1999:** *1948, guerra civile a Roma*, in: *La Stampa* vom 14. September, S. 23
- James Morris, 1992:** *Pax Britannica*, The Folio Society, London
- William H. Overholz, 1994:** *The Rise of China. How Economic Reform is Creating a New Superpower* (1993), ital. Übersetzung von Giuseppe Barile, *Il risveglio della Cina, il Saggiator*, Milano
- S. C. M. Paine, 1996:** *Imperial Rivals. China, Russia, and Their Disputed Frontier*; Sharpe, Armonk, New York and London
- Clive Ponting, 1992:** *Churchills plan for race purity*, in: *The Guardian*, 20./21. Juni
- Hermann Rauschning, 1940:** *Gespräche mit Hitler* (1939), Europa Verlag, New York
- Ernest Renan, 1947:** *La réform intellectuelle et morale de la France* (1871), in: *Oeuvres completes*, hrsg. von J. Psichari, Calmann-Levy, Paris, Bd. 1
- Renmin Ribao (Volkszeitung), 1971:** *Ancora a proposito dell'esperienza storica della dittatura del proletariato* (1956): Der nicht signierte Artikel kann in: *Sulla questione di Stalin*, Edizioni Oriente, Milane, 3. Aufl. nachgelesen werden.
- Michael Richardson, 1999:** *Asia Looks to Zhu Jor Sign of Backing off on Spratlys*, in: *International Herald Tribune* vom 22. November, S. 5
- Jan Romein, 1969:** *Il secolo dell'Asia. Imperialismo occidentale e rivoluzione asiatica nel secolo XX* (1956), aus dem Niederländischen Übersetzung von di Fernando Solinas und Enzo Collotti, Einaudi, Torino
- Arthur M. Schlesinger jr., 1992:** *Four Days with Fidel: A Havana Diary*, in: *The New York Review of Books*, 26. März
- Shen Zhihua, 2002:** *Interests Conflicts and Their Solution during the Talks on the Sino-Soviet Treaty of 1950*, in: *Social Sciences in China*, Nr. 2 (Sommer) S. 41–53
- Michael S. Sherry, 1995:** *In the Shadow of War. The United States Since the 1930s*, Yale University Press, New Haven and London
- Jonathan Spence, 1998:** *God's Chinese Son. The Taiping Heavenly Kingdom of Hong Xiuquan*, Harper Collins, London
- Josef W. Stalin, 1971:** *Werke*, Roter Morgen, Hamburg

- Sun Yat-sen, 1976:** *L'imperialismo dei bianchi e l'imperialismo dei gialli* (1924), in: Ders., *I tre principi del popolo*, aus dem franz. übersetzt von Settimio Severo Caruso, Einaudi, Torino
- Alexis de Tocqueville, 1951:** *Oeuvres complètes*, hrsg. von Jacob Peter Mayer, Gallimard, Paris, 1951 ff.
- Hugh Thomas, 1988:** *Armed Truce. The Beginnings of the Cold War 1945–1946* (1986), Sceptre, London
- Lester Thurow, 1992:** *Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe and America*, Morrow, New York
- Lew D. Trotzki, 1968:** *La Revolution trahie* (1936–1937); ital. Übersetzung von Livio Maitan, *La rivoluzjone tradita*, Samona e Savelli, Roma
- Robert C. Tucker, 1990:** *Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941*, Norton, New York-London
- Alfredo G. A. Valladao, 1996:** *Le XXIe siecle sera americain* (1993), ital. Übersetzung von Francesco Sircana, *Il XXI secolo sarà americano* (1994), il Saggiatore, Milano
- Gabriele Venzky, 1999:** *Aufstand des kleinen Bruders. Taiwan verwirft das Dogma der Wiedervereinigung mit China – zu Recht*, in: *Die Zeit* vom 22. Juli, S. 6
- Arthur Waldron, 1995:** *After Deng the Deluge. China's Next Leap Forward*, in: *Foreign Affairs*, September-Oktober
- Daniel Wikler, 1999:** *The Dalai Lama and the CIA*, in: *The New York Review of Books* vom 23. September, S. 81
- Eric R. Wolf, 1990:** *Europe and the People without History* (1982); ital. Übersetzung von Fabrizio Rondolino, durchgesehen von Berardino Palumbo und Pier Giorgio Solinas, *L'Europa e i popoli senza storia*, Il Mulino, Bologna
- C. Vann Woodward, 1966:** *The Strange Career of Jim Crow* (1955), 2. durchgesehene Auflage, Oxford University Press, London, Oxford, New York

## Quellen

Die Kapitel 1–7 des vorliegenden Bandes, zunächst als Artikel in »L'Ernesto, mensile comunista« veröffentlicht, sind in Buchform unter dem Titel *Fuga dalla storia? Il movimento comunista tra autocritica e autofobia*, La Citta del Sole, Napoli 1999, erschienen; deutsche Übersetzung Neue Impulse Verlag, Essen, 2000 (Marxistische Blätter, Flugschriften, Nr. 1); englische Übersetzung in NST: *Nature, Society, and Thought. A Journal of Dialectical and Historical Materialism*, University of Minnesota, 2000; spanische Übersetzung Universidad de Buenos Aires, Facultad de Filosofia y Letras, 2003. Die französische Übersetzung (Le Temps des Cerises, Paris, 2000) ist erweitert und schließt auch das 8. Kapitel des vorliegenden Bandes ein.

Das 9. Kapitel ist ursprünglich (unter dem Titel *Fallimento, tradimento, processo di apprendimento. Tre approcci nella lettura della storia del movimento comunista*) in: *I Quaderni dell' Ernesto Toscano*, Nr. 3, 2003 erschienen; deutsche Übersetzung in: Hans Modrow, Harald Neubert, Domenico Losurdo, Monty Johnstone, *Zur Hypothek des kommunistischen Erbes. Überlegungen zur historischen Niederlage des Sozialismus*, in: *Pankower Vorträge*, Heft 47, Berlin 2003, und, leicht gekürzt, in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 53, März 2003; englische Übersetzung in NST. *Nature, Society, and Thought. A Journal of Dialectical and Historical Materialism*, University of Minnesota, 2003.

Das 10. Kapitel ist ursprünglich auf Deutsch (unter dem Titel *Die Dialektik der Revolution. Russland und China im Vergleich*) in *Topos*, Heft 18, 2001 erschienen; daraufhin wurde es (unter dem Titel *La dialettica della Rivoluzione in Russia e in Cina: Un'analisi comparata* in: *Marxismo Oggi*, Nr. 1, 2002 veröffentlicht und schließlich in: Domenico Losurdo und Stefano Azzara (Hrsg.), *Cinquant'anni di storia della Repubblica Popolare Cinese. Un incontro di culture tra Oriente e Occidente*, Istituto Italiano per gli Studi Filosofici – La Citta del Sole, Napoli 2004, aufgenommen.



Das 11. Kapitel ist ursprünglich als Broschüre (mit dem Titel *La sinistra, Ja Cina e l'imperialismo*), La Citta del Sole, Napoli, 2000, erschienen; deutsche Übersetzung: Neue Impulse Verlag, Essen, 2000 (Marxistische Blätter; Flug-schriften, Nr. 2).

Mit ein paar leichten Abänderungen sind die hier aufgeführten Texte zum ersten Mal in Brasilien in einem Band mit dem Titel: *Fuga da Historia? A revolução russa e a revolução chinesa vistas de hoje*, Editora Revan, Rio de Janeiro 2004, gesammelt worden. Darauf folgte die neue italienische Version, *Fuga dalla storia? La rivoluzione russa e la rivoluzione cinese oggi*, La Citta del Sole, Napoli 2005, die erneut durchgesehen und um das 12. Kapitel bereichert wurde, das zwei Interviews wiedergibt; das zweite Interview entstand auf der Woge der von der brasilianischen Ausgabe ausgelösten Debatte. Neue französische Übersetzung, editions Delga, Paris 2007. Die hier vorgelegte deutsche Übersetzung folgt der neuen französischen Version.

Was der Autor vormals in zwei Flugschriften unserer Zeitschrift »Marxistische Blätter« veröffentlicht hat, wurde von ihm überarbeitet, aktualisiert und erweitert. Denn sein Anliegen ist und bleibt für heutige Kommunisten hochaktuell: Sich der eigenen Geschichte kritisch bilanzierend stellen und daraus neue Kraft für kommunistische Identität schöpfen. Dazu hat der Autor in seinem Vorwort »Es versteht sich von selbst, dass der Kampf gegen die Plage des Selbsthasses desto wirksamer sein wird, je radikaler und vorurteilsfreier die kritische Bilanz der großen und faszinierenden Epoche ausfällt, die mit der Oktoberrevolution eingeleitet wurde. ... Wenn Selbstkritik die Voraussetzung dafür ist, kommunistische Identität wiederzugewinnen, dann ist Selbsthass das Synonym für Kapitulation und Verleugnung einer autonomen Identität.«